

Kreishaushalt 2012

Haushaltssicherungskonzept

Oberbergischer Kreis

(gemäß Kreistagsbeschluss vom 22.03.2012)

Haushaltssatzung und
Haushaltsplan
Ergebnis- und
Finanzplan 2012 - 2015



Inhaltsverzeichnis Entwurf Kreishaushalt 2012

Haushaltssatzung	I
Haushaltsplan	
<i>Hinweise zu den ausgewiesenen Rechnungsergebnissen</i>	
Gesamtergebnisplan	1
Gesamtfinanzplan	3
Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne	6
Anhang (gelb)	
Stellenplan	467
Übersichten	477
<i>Übersicht über die Bürgschaften</i>	478
<i>Übersicht über den Stand von Sonderabgaben</i>	479
<i>Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen</i>	480
<i>Übersicht über die Kreditverbindlichkeiten</i>	481
Beteiligungen	483
<i>Übersicht über die Beteiligungen</i>	484
<i>Erfolgspläne / Wirtschaftspläne gem. § 2 Abs. 2 Ziff. 8 GemHVO</i>	487
Zuwendungen an die Kreistagsfraktionen gem. § 40 Abs. 3 KrO	490
Zuordnung von Ausschüssen zu Produktgruppen	494
Finanzstellen (PSP-I)	498
Kosten- und Leistungsrechnung	504
Produktübersicht	510

Haushaltssatzung

des Oberbergischen Kreises für das Haushaltsjahr 2012

Aufgrund des § 53 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW, S. 646), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.10.2011 und der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW, S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.12.2011 (GV. NRW, S. 685) hat der Kreistag des Oberbergischen Kreises am 22.03.2012 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012, der die zur Erfüllung der Aufgaben des Oberbergischen Kreises voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

Im Ergebnisplan mit	
Gesamtbetrag der Erträge auf	293.981.335 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	297.810.231 €
Im Finanzplan mit	
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	291.149.913 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	283.701.517 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit auf	2.679.600 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit auf	16.138.526 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2012 für Investitionen erforderlich ist, wird auf **13.458.926 €** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Kredite für Umschuldungen wird auf 0 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf **6.480.000 €** festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage bzw. der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf **3.828.896 €** festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2012 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **60.000.000 €** festgesetzt.

§ 6

1. Zur Deckung des durch sonstige Erträge nicht gedeckten Finanzbedarfs wird von den Gemeinden gem. § 56 Abs. 1 Kreisordnung NW eine **Kreisumlage** erhoben.
Der Umlagesatz beträgt einheitlich **44,3000 %**
der für die Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen.
2. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben der Kreisvolkshochschule wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch die **Kreisvolkshochschule** versorgt werden, gem. § 56 Abs. 4 Kreisordnung NW eine einheitliche Mehrbelastung in Höhe von **0,2326 %**
der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben.
3. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Berufsschulwesens wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch das **Berufsschulwesen** des Oberbergischen Kreises versorgt werden, gem. § 56 Abs. 4 Kreisordnung NW eine Mehrbelastung der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben in Höhe von

Bergneustadt	2,5853 %
Engelskirchen	2,3228 %
Gummersbach	2,4687 %
Hückeswagen	1,3131 %
Lindlar	2,3972 %
Marienheide	2,6277 %
Morsbach	2,1313 %
Nümbrecht	2,5336 %
Radevormwald	0,4642 %
Reichshof	2,4537 %
Waldbröl	2,4449 %
Wiehl	2,3403 %
Wipperfürth	2,6906 %

Bei der Berechnung der Hebesätze werden von den Schülerzahlen der amtlichen Schulstatistik (aktuellster Stand zum 15.10.2009) Vollzeit- und Teilzeitschüler im Verhältnis 5 zu 1,5 gewichtet. Die gewichteten Schülerzahlen und die Umlagegrundlagen der Gemeinden bilden zu je 50% die Berechnungsgrundlage.

Bei den Städten Hückeswagen und Radevormwald werden die Umlagegrundlagen nur anteilig berücksichtigt (Hückeswagen 48,76 %, Radevormwald 24,022 %). Der Anteil berechnet sich aus der Verteilung der Schüler auf die Schulzweckverbände des Oberbergischen Kreises und des "Zweckverbandes für das Berufskolleg Bergisch Land" (Hückeswagen, Radevormwald, Wermelskirchen).

4. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Kreisjugendamtes wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch das **Jugendamt** des Oberbergischen Kreises versorgt werden, gem. § 56 Abs. 5 Kreisordnung NW eine einheitliche Mehrbelastung in Höhe von **25,0207 %** der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben.
5. Die im Jahr 2012 kassenwirksamen Umlagen werden mit einem Zwölftel zum 05. eines jeden Monats fällig.

§ 7

Die **Wertgrenze** für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen im Teilfinanzplan gemäß § 26 Abs. 1 Buchstabe g KrO NRW in Verbindung mit § 4 Abs. 4 GemHVO NRW wird auf **50.000 €** festgesetzt.

Gummersbach, den 22.03.2012

gez.
Hagen Jobi
Landrat

gez.
Kreistagsmitglied

gez.
Britta Block
Schriftführerin

Haushaltsplan



Hinweis zu den ausgewiesenen Rechnungsergebnissen 2010:

Die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 ist vom Kreistag in der Sitzung vom 13.10.2011 festgestellt worden. Dies ist die Voraussetzung im die Jahresabschlüsse 2009 und 2010 zu erstellen. Aufgrund des großen Umfangs konnten diese Arbeiten noch nicht abgeschlossen werden. Im HH-Entwurf sind daher in der Spalte *Ergebnis 2010* nur vorläufige Werte ausgewiesen. Veränderungen ergeben sich noch im Bereich der Abschreibungen und Sonderposten, durch noch umzusetzende Umbuchungen und Verrechnungen aus der Kostenrechnung sowie durch Jahresabschlussbuchungen (Rechnungsabgrenzung, Mittelübertragung, Pensionsrückstellungen, etc.).

Inhaltsverzeichnis

Produktbereich	Produktgruppe	Bezeichnung	Seite
Gesamtergebnisplan			1
Gesamtfinanzplan			3
1.01	Innere Verwaltung		6
	1.01.01	Politische Gremien	10
	1.01.02	Verwaltungsführung	14
	1.01.03	Gleichstellung von Mann und Frau	18
	1.01.04	Beschäftigtenvertretung	22
	1.01.05	Rechnungsprüfung	26
	1.01.06	Zentrale Dienste	33
	1.01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	48
	1.01.08	Personalmanagement	52
	1.01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	60
	1.01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung	67
	1.01.11	Recht	75
	1.01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement	79
	1.01.13	Technisches Immobilienmanagement	86
	1.01.14	Kommunalaufsicht	89
	1.01.15	Kreispolizeibehörde	92

Produktbereich	Produktgruppe	Bezeichnung	Seite
1.02	Sicherheit und Ordnung		96
	1.02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten	99
	1.02.02	Verbraucherschutz	105
	1.02.03	Tiergesundheit	109
	1.02.04	Verkehrsangelegenheiten	114
	1.02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse	124
	1.02.06	Kfz-Angelegenheiten	128
	1.02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen	134
	1.02.08	Statistik	140
	1.02.09	Wahlen	145
	1.02.10	Bevölkerungsschutz	148
	1.02.11	Rettungsdienst	159
1.03	Schulträgeraufgaben		168
	1.03.01	Förderschulen	170
	1.03.02	Berufskollegs	175
	1.03.03	Schülerbeförderung	183
	1.03.04	Sonstige schulische Aufgaben	186
1.04	Kultur und Wissenschaft		195
	1.04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung	197
	1.04.02	Weiterbildung und Studium	202
	1.04.03	Museum	210
	1.04.04	Heimatbildstelle	217

Produktbereich	Produktgruppe	Bezeichnung	Seite
1.05	Soziale Leistungen		221
	1.05.01	Unterstützung von Senioren	224
	1.05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen	230
	1.05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	240
	1.05.04	Betreuungsleistungen	250
1.06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		256
	1.06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	260
	1.06.02	Jugendarbeit und Familienförderung	267
	1.06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	277
	1.06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz	307
1.07	Gesundheitsdienste		311
	1.07.01	Gesundheitsförderung	313
	1.07.02	Gutachten und Stellungnahmen	319
	1.07.03	Gesundheitshilfe	323
	1.07.04	Gesundheitsschutz	327
1.08	Sportförderung		333
	1.08.01	Sportförderung	335
1.09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen		339
	1.09.01	Räumliche Planung	341
	1.09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten	349
	1.09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement	360
	1.09.04	Grundstückswertermittlung	367

Produktbereich	Produktgruppe	Bezeichnung	Seite
1.10	Bauen und Wohnen		371
	1.10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	373
	1.10.02	Denkmalschutz u. Denkmalpflege	379
	1.10.03	Wohnungsbauförderung	382
	1.10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung	386
	1.10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht	390
1.12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV		394
	1.12.01	Öffentliche Verkehrsflächen	397
	1.12.02	ÖPNV	412
1.13	Natur- und Landschaftspflege		416
	1.13.01	Natur und Landschaft	418
	1.13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft	427
1.14	Umweltschutz		432
	1.14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser	434
1.15	Wirtschaft und Tourismus		443
	1.15.01	Wirtschaftsförderung	445
	1.15.02	Tourismus	449
1.16	Allgemeine Finanzwirtschaft		453
	1.16.01	Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen	455
	1.16.02	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	458

Haushaltsplan 2012



Gesamtergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-3.049.013	-2.753.030	-2.886.740	-2.800.000	-2.800.000	-2.800.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-207.888.098	-220.363.873	-230.037.929	-234.085.009	-237.610.203	-240.295.971
3	+ Sonstige Transfererträge	-4.126.678	-4.237.350	-3.912.850	-3.947.850	-3.947.850	-3.947.850
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18.692.363	-21.064.468	-22.524.564	-21.044.766	-21.082.613	-21.281.183
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.777.999	-1.247.370	-1.230.116	-1.280.116	-1.280.116	-1.280.116
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-17.411.551	-39.678.246	-27.724.197	-30.178.446	-31.198.154	-31.172.047
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-3.368.886	-2.890.510	-4.053.939	-3.958.521	-3.874.222	-3.810.851
10	= Ordentliche Erträge	-256.314.587	-292.234.847	-292.370.335	-297.294.708	-301.793.158	-304.588.018
11	- Personalaufwendungen	46.475.761	51.878.880	58.745.585	59.263.198	59.764.729	60.137.150
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	33.406.879	49.417.657	32.970.667	29.824.657	29.591.013	29.857.763
14	- Bilanzielle Abschreibungen	324.483	8.622.907	9.056.850	9.607.802	10.046.296	10.331.443
15	- Transferaufwendungen	136.394.197	143.582.317	147.917.249	152.057.441	154.811.078	156.882.038
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	43.693.426	47.809.279	45.620.527	45.453.839	45.199.024	45.046.681
17	= Ordentliche Aufwendungen	260.294.745	301.311.040	294.310.878	296.206.937	299.412.140	302.255.075
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	3.980.158	9.076.193	1.940.543	-1.087.771	-2.381.018	-2.332.943
19	+ Finanzerträge	-1.568.801	-911.000	-1.611.000	-1.611.000	-1.611.000	-1.611.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.589.410	3.009.464	3.499.353	3.812.934	3.848.215	3.775.660
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	1.020.609	2.098.464	1.888.353	2.201.934	2.237.215	2.164.660

Haushaltsplan 2012



Gesamtergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
22	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 18 und 21)	5.000.767	11.174.657	3.828.896	1.114.163	-143.803	-168.283
26	= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	5.000.767	11.174.657	3.828.896	1.114.163	-143.803	-168.283

Haushaltsplan 2012



Gesamtfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-3.054.954	-2.753.030	-2.886.740	-2.800.000	-2.800.000	-2.800.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-210.068.594	-218.967.303	-228.335.636	-232.416.057	-235.906.425	-238.544.620
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-3.959.095	-4.237.350	-3.912.850	-3.947.850	-3.947.850	-3.947.850
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18.984.700	-21.064.468	-22.524.564	-21.044.766	-21.082.613	-21.281.183
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.817.283	-1.247.370	-1.230.116	-1.280.116	-1.280.116	-1.280.116
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-17.399.155	-39.678.246	-27.724.197	-30.178.446	-31.198.154	-31.172.047
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.158.514	-2.890.510	-2.924.810	-2.890.110	-2.890.410	-2.890.710
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-1.460.597	-911.000	-1.611.000	-1.611.000	-1.611.000	-1.611.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-257.902.893	-291.749.277	-291.149.913	-296.168.345	-300.716.568	-303.527.526
10	- Personalauszahlungen	42.333.066	48.274.880	55.260.593	55.835.034	56.379.012	56.928.437
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	34.463.809	49.417.657	32.970.667	29.824.657	29.591.013	29.857.763
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	2.577.711	3.009.464	3.499.353	3.812.934	3.848.215	3.775.660
14	- Transferauszahlungen	136.206.850	143.582.317	147.917.249	152.057.441	154.811.078	156.882.038
15	- sonstige Auszahlungen	43.111.046	47.809.279	44.053.655	43.545.705	43.373.924	43.319.941
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	258.692.482	292.093.597	283.701.517	285.075.771	288.003.242	290.763.839
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (9 J. 16)	789.589	344.320	-7.448.396	-11.092.574	-12.713.326	-12.763.687
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-3.458.851	-8.439.097	-2.677.100	-1.956.100	-1.247.100	-1.349.100

Haushaltsplan 2012



Gesamtfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-38.933	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-5.680					
22	+ sonstige Investitionseinzahlungen	-217					
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	-3.503.681	-8.441.597	-2.679.600	-1.958.600	-1.249.600	-1.351.600
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	401.166	209.000	243.000	190.000	219.000	187.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	7.427.334	16.033.000	7.376.000	3.000.000	1.350.000	2.130.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.302.897	2.816.458	3.616.992	2.104.219	1.784.677	1.694.977
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	17.500					
28	- Auszahlungen für Erwerb von aktivierbaren Zuwendungen		550.000	4.482.000	6.609.200		
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	52.079	4.000	420.534	263.100	263.300	263.500
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	10.200.976	19.612.458	16.138.526	12.166.519	3.616.977	4.275.477
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 23 und 30)	6.697.295	11.170.861	13.458.926	10.207.919	2.367.377	2.923.877
32	= Finanzmittelüberschuß / -fehlbetrag (17 und 31)	7.486.884	11.515.181	6.010.530	-884.655	-10.345.949	-9.839.810
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	-14.696.483	-11.170.860	-13.458.926	-7.912.919	-2.367.377	-2.923.877
34	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	4.182.063	3.127.752	3.482.238	3.849.630	4.027.265	4.005.757

Haushaltsplan 2012



Gesamtfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
35	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-10.514.419	-8.043.108	-9.976.688	-4.063.289	1.659.888	1.081.880
36	= Änderung des Bestands an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 35)	-3.027.535	3.472.073	-3.966.158	-4.947.944	-8.686.061	-8.757.930
38	= Liquide Mittel (= Zeilen 36 und 37)	-3.027.535	3.472.073	-3.966.158	-4.947.944	-8.686.061	-8.757.930

Haushaltsplan 2012

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, III, IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-276.798	-674.068	-604.568	-604.568	-604.568
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-198.965	-220.050	-210.050	-210.050	-210.050	-210.050
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-766.895	-397.370	-327.370	-327.370	-327.370	-327.370
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-965.136	-928.300	-258.200	-258.200	-258.200	-258.200
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-346.832	-280.100	-316.575	-281.575	-281.575	-281.575
10	= Ordentliche Erträge	-2.277.828	-2.102.618	-1.786.263	-1.681.763	-1.681.763	-1.681.763
11	- Personalaufwendungen	11.236.634	10.959.895	11.326.958	11.413.925	11.506.053	11.560.670
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.716.923	8.217.687	7.756.131	6.049.211	6.163.162	6.199.012
14	- Bilanzielle Abschreibungen	41.021	3.394.490	3.680.828	3.977.677	4.154.479	4.145.493
15	- Transferaufwendungen	73.492	85.500	88.000	85.500	88.000	85.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.040.148	3.353.380	3.454.201	3.385.477	3.356.721	3.351.780
17	= Ordentliche Aufwendungen	20.108.218	26.010.952	26.306.117	24.911.789	25.268.415	25.342.455
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	17.830.390	23.908.334	24.519.854	23.230.026	23.586.652	23.660.692
19	+ Finanzerträge	-779.084	-775.000	-1.157.000	-1.157.000	-1.157.000	-1.157.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	223					
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-778.861	-775.000	-1.157.000	-1.157.000	-1.157.000	-1.157.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	17.051.529	23.133.334	23.362.854	22.073.026	22.429.652	22.503.692
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	17.051.529	23.133.334	23.362.854	22.073.026	22.429.652	22.503.692

Haushaltsplan 2012**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, III, IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-5.988.803	-10.475.954	-10.572.733	-9.458.691	-9.662.791	-9.663.749
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	11.743	16.580	10.842	10.224	10.337	10.412
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	11.074.469	12.673.960	12.800.963	12.624.559	12.777.198	12.850.354

Haushaltsplan 2012

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, III, IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-201.036	-220.050	-210.050		-210.050	-210.050	-210.050
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-753.465	-397.370	-327.370		-327.370	-327.370	-327.370
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-333.388	-921.000	-265.808		-265.808	-265.808	-265.808
7	+ Sonstige Einzahlungen	-279.878	-280.100	-315.100		-280.100	-280.100	-280.100
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-779.084	-775.000	-1.157.000		-1.157.000	-1.157.000	-1.157.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.346.852	-2.593.520	-2.275.328		-2.240.328	-2.240.328	-2.240.328
10	- Personalauszahlungen	14.082.094	17.687.754	21.060.197		21.270.672	21.483.256	21.697.963
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.052.086	8.514.300	8.110.418		6.368.898	6.483.754	6.519.604
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	223						
14	- Transferauszahlungen	80.353	374.500	97.000		94.500	97.000	94.500
15	- sonstige Auszahlungen	5.966.020	6.483.159	6.797.482		6.487.362	6.495.991	6.485.558
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	26.180.776	33.059.713	36.065.097		34.221.432	34.560.001	34.797.625
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	23.833.924	30.466.193	33.789.769		31.981.104	32.319.673	32.557.297
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-5.680						
23	= investive Einzahlungen	-5.680						
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			41.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	267.319	396.380	715.300		204.200	205.100	206.000
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	35.383		416.534		259.100	259.300	259.500
30	= investive Auszahlungen	302.702	396.380	1.172.834		463.300	464.400	465.500

Haushaltsplan 2012**1.01 Innere Verwaltung**verantwortlich:
KD, Dez. I, II, III, IV

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	297.022	396.380	1.172.834		463.300	464.400	465.500

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung**1.01.01 Politische Gremien****Beschreibung**

- Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Sitzungen politischer Gremien
- Unterstützung und Beratung von Fraktionen, Gruppen und Mitgliedern der Gremien
- Koordination der Ausschussarbeit

Auftragsgrundlage

Kreisordnung, Gemeindeordnung, Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis, Geschäftsordnung für den Kreistag des Oberbergischen Kreises, Entschädigungsverordnung, Mitteilungsverordnung

Ziele

fristgerechte Planung und Durchführung von Sitzungen
zeitnahe Nachbereitung von Sitzungen

Zielgruppen

Kreistagsmitglieder, sachkundige Bürger, Parteien, Fraktionen und Gruppen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.01 Politische Gremien



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
11	- Personalaufwendungen	62.805	51.980	66.581	67.047	67.552	67.769
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	500					
15	- Transferaufwendungen	4.753	500	3.000	500	3.000	500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	604.663	619.142	634.792	637.244	641.627	627.680
17	= Ordentliche Aufwendungen	672.721	671.623	704.373	704.791	712.180	695.949
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	672.721	671.623	704.373	704.791	712.180	695.949
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	672.721	671.623	704.373	704.791	712.180	695.949
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	672.721	671.623	704.373	704.791	712.180	695.949
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	71.343	114.192	111.301	111.412	111.996	112.003
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	744.064	785.814	815.673	816.203	824.176	807.952

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Politische Gremien

Über die Produktgruppe *Politische Gremien* werden die Kosten von Kreistag, Ausschüssen, Fraktionen und sonstigen Sitzungen abgewickelt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind die Kosten des Förderpreises und des Vorlesewettbewerbs (Kst. 1410 und 1412) abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.01 Politische Gremien



Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* beinhaltet die Aufwandsentschädigungen für stellvertretende Landräte und Fraktionsvorsitzende (vgl. KrO i. V. m. Entschädigungsverordnung), die Entschädigungen der Kreistagsmitglieder und die der sachkundigen Bürger sowie die Zuwendungen an Kreistagsfraktionen. Die Höhe der Mittelanmeldungen können sich durch Neuordnung nach einer Kreistagswahl und einer Reduzierung bzw. Erhöhung der Kreistagsmitglieder sowie durch eine abweichende Zahl der Fraktionen verändern oder durch einen entsprechenden Kreistagsbeschluss. Des weiteren werden in dieser Kontengruppe Kosten wie Ehrungen, Jubiläen, Empfänge, Gästebewirtung und sonstige Kosten im Zusammenhang mit Kreistags- und Ausschusssitzungen und die Kosten der Erstellung des Sozialberichts (Kostenart 542900) verausgabt.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung**1.01.01 Politische Gremien**OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
10	- Personalauszahlungen	42.928	31.698	42.500		42.925	43.355	43.788
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	500						
15	- sonstige Auszahlungen	588.429	566.635	611.283		583.199	587.041	572.548
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	631.857	598.333	653.783		626.124	630.396	616.336
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	631.857	598.333	653.783		626.124	630.396	616.336

Beschreibung

- Entwurf und Vorgabe von Richtlinien zur Führung der Verwaltung
- strategische Planung und Koordination der Verwaltungsziele
- Erstellung von Vorgaben zur Erreichung operativer Ziele
- Aufstellung und Anpassung einer Verwaltungsstruktur
- Durchführung eines Zielcontrollings
- am Bürger orientiertes Ausrichten des Verwaltungshandelns

Auftragsgrundlage

Dienstanweisungen, Organisationsverfügungen

Ziele

Zielgruppen

Bedienstete, Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.02 Verwaltungsführung


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-10.455	-13.000	-13.000	-13.000	-13.000	-13.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-83.001	-70.000				
10	= Ordentliche Erträge	-93.456	-83.000	-13.000	-13.000	-13.000	-13.000
11	- Personalaufwendungen	1.203.971	1.234.587	1.259.755	1.268.821	1.278.556	1.283.220
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	239.249	116.330	101.330	46.330	46.330	46.330
14	- Bilanzielle Abschreibungen		1.135	1.345	1.424	1.503	1.541
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	46.862	51.277	59.138	43.473	43.580	43.574
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.490.081	1.403.329	1.421.568	1.360.048	1.369.969	1.374.666
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.396.625	1.320.329	1.408.568	1.347.048	1.356.969	1.361.666
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	223					
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	223					
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.396.848	1.320.329	1.408.568	1.347.048	1.356.969	1.361.666
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.396.848	1.320.329	1.408.568	1.347.048	1.356.969	1.361.666
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-1.076.387	-1.099.105	-1.126.691	-1.134.193	-1.143.030	-1.147.410
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	46.955	44.985	42.229	41.537	41.531	41.531
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	367.416	266.209	324.105	254.392	255.469	255.786

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Verwaltungsführung

Über die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* wird die Abführung von Einnahmen aus Nebentätigkeiten und die Erstattung für Kfz-Nutzung abgewickelt.

In der Kontengruppe *Kostenerstattung und Kostenumlage* werden Zuschüsse zu den Projekten werden/wurden Zuschüsse zu den Projekten Gewaltprävention an Schulen und Weitblick dargestellt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter *Sonstige Sach- und Dienstleistungen* werden die Kosten des Projektes Gewaltprävention an Schulen sowie das Projekt Weitblick dargestellt. Die Bewirtschaftung erfolgt hier im Vorfeld über eine Kostenstelle. Daneben sind hier Aufwendungen für Kreismarketing mit enthalten. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Verfügungsmittel des Landrates mit 14.000 € veranschlagt und fortgeschrieben (Ansatz 2011: 14.740 €; vgl. Kostenart 549100). Die Aufwandsentschädigungen des Landrates und seines allgemeinen Vertreters als besondere Zulage für einen allgemein mit der Stelle zusammenhängenden Aufwand (vgl. §§ 5 u. 6 Eingruppierungsverordnung) sind Bestandteil der Personalaufwendungen. Des weiteren sind hier u. a. die Geschäftskosten des Integrationsbeauftragten (Dez. II) zwecks Förderung von Integrationsmaßnahmen (Kostenart 543905) sowie die Geschäftsaufwendungen des Bündnisses für Familien ausgewiesen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.02 Verwaltungsführung


**OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-10.455	-13.000	-13.000		-13.000	-13.000	-13.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-60.000	-50.000					
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-70.455	-63.000	-13.000		-13.000	-13.000	-13.000
10	- Personalauszahlungen	849.816	800.185	815.351		823.505	831.741	840.059
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	75.638	72.000	77.000		22.000	22.000	22.000
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	223						
15	- sonstige Auszahlungen	38.890	39.290	46.600		31.600	31.600	31.600
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	964.567	911.475	938.951		877.105	885.341	893.659
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	894.112	848.475	925.951		864.105	872.341	880.659

Beschreibung

- Gleichstellung in der Verwaltung
- Beratung und Unterstützung von Verwaltungsführung, Ämtern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
 - Beteiligung an sozialen, organisatorischen und personellen Maßnahmen
 - o Umsetzung und Fortschreibung des Frauenförderplans
 - o Bewerbungsverfahren
 - o Mitwirkung an der Entwicklung von Konzepten, Richtlinien u.ä. im Personalbereich
 - Teilnahme an internen Besprechungen und Sitzungen politischer Gremien
 - Arbeitsgruppe Telearbeit

Förderung der Gleichstellung der Bürgerinnen und Bürger

- o Beratung der externen Zielgruppen
- o Öffentlichkeitsarbeit
- o Kooperation und Vernetzung auf Kreis- und Landesebene

Zusammenarbeit mit Interessenvertretern und Interessenvertreterinnen auf Kreis- und Landesebene

Grundgesetz, Landesgleichstellungsgesetz (LGG NW), Kreisordnung NW, Hauptsatzung des Oberbergischen Kreises, Dienstanweisungen und -vereinbarungen

Auftragsgrundlage

Ziele

- Verbesserung der beruflichen Situation der, in der Verwaltung beschäftigten Frauen
 - Statistik zum Frauenförderplan
- Optimierung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
 - Anzahl innovativer Vorschläge, Maßnahmen oder ähnliches
- Erhalt der Standards in den Bereichen Betriebliche Kinderbetreuung, Familientag, Frauenspezifische Fortbildung
 - Zahl der Teilnehmenden
- Erhalt der Standards in den Bereichen Veranstaltungen, Beratung und Information.
 - Zahl der Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Beratungen

Zielgruppen

Mitarbeiterinnen und mitarbeiter der Kreisverwaltung, externe Bewerberinnen und Bewerber, Verwaltungsführung, Dezernate, Ämter, politische Gremien, Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Gleichstellungsstellen, Beratungsstellen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung
1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann

 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-4					
10	= Ordentliche Erträge	-4					
11	- Personalaufwendungen	64.127	67.447	69.818	70.263	70.754	70.879
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.013	2.062	2.063	2.063	2.063	2.063
14	- Bilanzielle Abschreibungen		142	168	178	188	193
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.663	3.397	3.463	3.391	3.431	3.400
17	= Ordentliche Aufwendungen	68.803	73.048	75.512	75.895	76.436	76.534
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	68.799	73.048	75.512	75.895	76.436	76.534
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	68.799	73.048	75.512	75.895	76.436	76.534
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	68.799	73.048	75.512	75.895	76.436	76.534
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.870	10.550	7.232	6.706	6.714	6.706
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	73.670	83.599	82.745	82.601	83.150	83.240

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gleichstellung von Frau und Mann

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden alle Sachkosten (Kostenart 529100) im Rahmen der Gleichstellung von Frau und Mann verausgabt. Veranstaltungen und Veröffentlichungen werden äußerst restriktiv geplant, auf alle nicht zwingend erforderlichen Aktivitäten wird verzichtet.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung**1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
10	- Personalauszahlungen	39.738	41.130	42.435		42.859	43.288	43.721
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.832	2.050	2.050		2.050	2.050	2.050
15	- sonstige Auszahlungen	158	690	690		690	690	690
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	41.727	43.870	45.175		45.599	46.028	46.461
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	41.727	43.870	45.175		45.599	46.028	46.461

Beschreibung

Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Personalvertretungsrecht
Mitbestimmung, Mitwirkung und Beteiligung in Personalangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Landespersonalvertretungsgesetz NRW (LPVG NRW)

Ziele

- Sicherstellung der umfassenden Beratung und konkreten Hilfestellung der Beschäftigten in arbeits-, beamten- bzw. sozialrechtlichen Fragen.
- Sicherstellung der Arbeitsplätze der Beschäftigten unter humanen Arbeitsbedingungen unter Erhalt des jeweiligen Einkommens.
- Vertrauensvolle Zusammenarbeit der Dienststelle und der Personalvertretung zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben zum Wohle der Beschäftigten im Rahmen der bestehenden Gesetze und Tarifverträge.

Zielgruppen

Beschäftigte des Oberbergischen Kreises

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Amt 10

1.01 Innere Verwaltung

1.01.04 Beschäftigtenvertretung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-16					
10	= Ordentliche Erträge	-16					
11	- Personalaufwendungen	182.124	185.344	170.169	171.606	173.101	174.226
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	759	1.680	1.845	1.845	1.845	1.845
14	- Bilanzielle Abschreibungen		426	504	534	564	578
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.174	8.826	9.737	9.568	9.610	9.609
17	= Ordentliche Aufwendungen	191.056	196.276	182.255	183.553	185.120	186.258
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	191.040	196.276	182.255	183.553	185.120	186.258
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	191.040	196.276	182.255	183.553	185.120	186.258
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	191.040	196.276	182.255	183.553	185.120	186.258
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	18.775	28.780	37.774	28.803	28.978	29.097
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	209.816	225.056	220.029	212.356	214.097	215.355

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Beschäftigtenvertretung

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* wird die Aufwandsdeckung für den Personalrat nach den Vorgaben der entsprechenden Rechtsverordnung für Personalvertretungen sichergestellt (Kostenart 524900). Darüber hinaus sind an dieser Stelle Gerichts- und Anwaltskosten veranschlagt (Kostenart 528903).

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Amt 10

1.01 Innere Verwaltung

1.01.04 Beschäftigtenvertretung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
10	- Personalauszahlungen	156.387	133.129	120.317		121.520	122.735	123.963
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	547	1.640	1.802		1.802	1.802	1.802
15	- sonstige Auszahlungen	1.870	2.150	2.760		2.760	2.760	2.760
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	158.804	136.919	124.879		126.082	127.297	128.525
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	158.804	136.919	124.879		126.082	127.297	128.525

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.01.05.01 Rechnungsprüfung und Beratung

1.01.05.02 Prüfungen für Dritte

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.01.05.01

Rechnungsprüfung und Beratung

Beschreibung

a.) Durchführung folgender Pflichtprüfungen für den Kreis:

- Eröffnungsbilanz
- Jahresabschlüsse
- Gesamtabchlüsse
- Vorgänge in der Finanzbuchhaltung
- dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung
- Programmprüfung im Bereich der Finanzbuchhaltung vor Einsatz
- Finanzvorfälle für den Landesrechnungshof
- Vergaben

b.) Durchführung der vom Kreistag übertragenen sonstigen Prüfaufgaben:

- Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse
 - o Zweckverband Naturpark Bergisches Land
 - o Oberbergisches Kreisorchester e.V.
 - o Biologische Station Oberberg e.V.
 - o Touristikverband Oberbergisches Land e.V.
 - o Rheinisches Studieninstitut Köln
 - o Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach (GTC)
 - o Bergische Agentur für Kulturlandschaft (BAK gGmbH)
 - o Programmprüfung für Gemeinsame kommunale Datenzentrale Rhein-Sieg/Oberberg

c.) Sonderprüfungen nach Auftrag des Landrates

Auftragsgrundlage

GO NRW, Landeshaushaltsordnung, Handelsgesetzbuch, Rechnungsprüfungsordnung

Ziele

- a.) Unterstützung des Kreistages und der Verwaltungsleitung durch Bereitstellung steuerungsrelevanter Informationen zur Sicherstellung der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns sowie zur Verbesserung der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit.
 - Jährliche Prüfung der Zahlungsabwicklung
 - Laufende Prüfung der Vergaben entsprechend der Vergabedienstanweisung
 - Jährliche Prüfung von 10 % der Produkte
 - Prüfung der Jahresabschlüsse, nach rechtzeitiger Vorlage, bis 15.11. einschl. Berichterstattung
- b.) Jährliche Prüfung der Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse einschl. Berichterstattung innerhalb der jeweiligen Vorlagetermine

Kurzfristige Durchführung von Sonderprüfungen

Zielgruppen

- a.) alle Ämter der Kreisverwaltung
- b.) Gesellschafter, Aufsichtsrat, Vorstände, Mitglieder
- c.) alle Ämter der Kreisverwaltung

1.01.05.02

Prüfungen für Dritte

Beschreibung

Wahrnehmung von Prüfungs-, Beratungs- und sonstigen Dienstleistungen für kreisangehörige Kommunen aufgrund öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen gegen Kostenerstattung:

Bergneustadt, Engelskirchen, Morsbach, Reichshof, Waldbröl, Wipperfürth

Auftragsgrundlage

GO NRW, Landeshaushaltsordnung, Handelsgesetzbuch, Rechnungsprüfungsordnung

Ziele

Abwicklung der jeweils vereinbarten Beratungs-, Prüfungs- und sonstigen Leistungen zur Unterstützung des Rates und des Verwaltungsvorstandes zur Stärkung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns.

Zielgruppen

Verwaltungsvorstand und alle Ämter der jeweiligen Kommune

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.05 Rechnungsprüfung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-58.983	-80.000	-70.000	-70.000	-70.000	-70.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.205	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-28					
10	= Ordentliche Erträge	-61.216	-82.000	-72.000	-72.000	-72.000	-72.000
11	- Personalaufwendungen	386.320	491.450	520.831	524.437	528.334	529.987
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	254	248	252	252	252	252
14	- Bilanzielle Abschreibungen		1.135	1.345	1.424	1.503	1.541
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.796	26.670	30.216	29.767	29.945	30.011
17	= Ordentliche Aufwendungen	411.370	519.503	552.644	555.880	560.035	561.792
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	350.155	437.503	480.644	483.880	488.035	489.792
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	350.155	437.503	480.644	483.880	488.035	489.792
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	350.155	437.503	480.644	483.880	488.035	489.792
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-11.776	-10.614	-12.706	-11.764	-11.798	-11.810
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	61.717	59.548	71.463	63.309	63.232	63.165
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	400.095	486.437	539.400	535.425	539.469	541.147

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Rechnungsprüfung

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) nach der Gebührensatzung (Produkt Prüfung, Beratung, etc. für Dritte) abgewickelt. Das Rechnungsprüfungsamt prüft aufgrund öffentl.-rechtlicher Vereinbarungen für diverse Kommunen im Oberbergischen Kreis Teile der örtlichen Jahresrechnung. In der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden die Einnahmen/Erträge aus dem Verkauf (Kostenart 441100) von Ausschreibungsunterlagen erfasst. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Erstattung von Personalkosten (Kostenart 442400) für ADV-Prüfer. Das Rechnungsprüfungsamt prüft ADV-Programme des Zweckverbandes für kommunale Informationsverarbeitung OBK/RSK/Solingen (Civitec).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* enthält die Kosten für die Bekanntmachung (Kostenart 543600) von Ausschreibungen sowie sonstige Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900; z.B. Druckkosten, Sachkosten etc. für Prüfberichte u. a.). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.05 Rechnungsprüfung


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-52.977	-80.000	-70.000		-70.000	-70.000	-70.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.205	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-4.374						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-59.556	-82.000	-72.000		-72.000	-72.000	-72.000
10	- Personalauszahlungen	266.974	315.692	333.139		336.430	339.754	343.111
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		150	150		150	150	150
15	- sonstige Auszahlungen	4.395	5.450	7.250		7.250	7.250	7.250
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	271.369	321.292	340.539		343.830	347.154	350.511
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	211.812	239.292	268.539		271.830	275.154	278.511

Beschreibung

Diese Produktgruppe setzt sich aus folgenden Produkten und Teilprodukten zusammen:

- 1.01.06.01 Druckerei
- 1.01.06.02 Poststelle
- 1.01.06.03 Bürgerservice
- 1.01.06.04 Fuhrpark
- 1.01.06.05 Sonstige zentrale Dienste

- 1.01.06.06 Zentrale Bußgeldstelle
 - 1.01.06.06.01 Bußgelder Abfallwirtschaft
 - 1.01.06.06.02 Bußgelder Bauordnung
 - 1.01.06.06.03 Bußgelder Gewässerschutz
 - 1.01.06.06.04 Bußgelder Ordnungsamt
 - 1.01.06.06.05 Bußgelder sonstige Ordnungswidrigkeiten
 - 1.01.06.06.06 Bußgelder Veterinäraufsicht
 - 1.01.06.06.07 Bußgelder verkehrsrechtliche Genehmigungen

- 1.01.06.07 Submission, Datenschutz, AGG, sonst.

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.01.06.01

Druckerei

Beschreibung

Erstellen von Druckerzeugnissen unterschiedlichster Art für die Verwaltung und politische Arbeit.

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Geringe Fehlerquote bei der Erstellung der Drucke

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01.06.02

Poststelle

Beschreibung

Verteilen der Eingangspost
Versand der Postausgänge der Kreisverwaltung
Interne Postverteilung

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Verteilung der Ein- und Ausgangspost innerhalb eines Arbeitstages

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01.06.03

Bürgerservice

Beschreibung

- Besucherinformation
- Telefonauskunft und Weitervermittlung von Telefongesprächen
- Verwaltung von Dienstkraftfahrzeugen
- Kontaktstelle für Rückfragen Schrankenanlage (Zu- und Ausfahrt Kreisparkplatz)

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrates

Ziele

- Zeitnahe Besucherinformation
- Unmittelbare Weitervermittlung von Telefongesprächen

Zielgruppen

Auskunftssuchende (Besucher, Anrufer), Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01.06.04

Fuhrpark

Beschreibung

- Einkauf von Dienstfahrzeugen
- Veranlassen von Wartungen und Reparaturen
- Bereitstellung der Fahrzeuge

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

- Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Dienstfahrzeugen
- Umweltschutz durch geringen CO₂ - Ausstoß

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01.06.05

Sonstige zentrale Dienste

Beschreibung

- Beschaffung von Verbrauchsmaterial, Büchern, Einrichtungsgegenständen und Dienstleistungen
- Registraturarbeiten im Zwischenarchiv (Aktentransport und Aussonderung nach Vorgabe durch die Fachämter)

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Zeitnahe, vollständige und wirtschaftliche Abwicklung der Beschaffung

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01.06.06

Zentrale Bußgeldstelle

Beschreibung

- Prüfung und Ahndung der von den Fachämtern des Hauses und des Bundesversicherungsamtes vorgelegten Ordnungswidrigkeitenverfahren (z.B. Verstöße gegen baurechtliche Bestimmungen, lebensmittel- und veterinärrechtliche Bestimmungen, abfallrechtliche Bestimmungen, waffenrechtliche Bestimmungen, Verstöße gegen die Handwerksordnung oder das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, Verstöße gegen das Pflichtversicherungsgesetz u.a.)
- Beratung der Fachämter – Koordination der Ermittlungen- und Beratung der kreisangehörigen Kommunen
- Vertretung des Kreises vor den zuständigen Amtsgerichten

Auftragsgrundlage

Bauordnung NRW, Kreislaufwirtschaft- und Abfallgesetz, Handwerksordnung, Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, Tierschutzgesetz, Personenbeförderungsgesetz, Viehverkehrsordnung, Trinkwasserverordnung, Arzneimittelgesetz, Bundesseuchengesetz, Fahrlehrergesetz, Schulpflichtgesetz, Lebensmittel- und Futtermittelgesetz, Lebensmittelhygieneverordnung, Waffengesetz, Gewerbeordnung, Makler- und Bauträgerverordnung, Landesjagdgesetz, Katastrophenschutzgesetz, Betäubungsmittelgesetz, Bundesausbildungsförderungsgesetz, Güterkraftverkehrsgesetz, Landschaftsgesetz u.a.

Ziele

Einhaltung von Rechtsvorschriften durch den Bürger und damit u.a. Verhinderung von Schwarzbauten, Verhinderung von wirtschaftsschädlicher Schwarzarbeit, Verhinderung von Umweltbelastungen, Verhinderung von Seuchen u.a. durch Ahndung der Verstöße innerhalb der gesetzlich geregelten Verjährungsfrist

Zielgruppen

Ordnungswidrig handelnde natürliche und juristische Personen

1.01.06.07

Submission, Datenschutz, AGG, sonst.

Beschreibung

- a.) Allgemeine Korruptionsprävention durch:
 - Umsetzung der in den Leitlinien festgelegten Maßnahmen (Prävention, Schulung, Beratung, Aufbau "Internes Kontrollsystem", Sensibilisierung, Öffentlichkeitsarbeit)
 - Anwendung und Einhaltung der Dienstanweisungen (VDA, Annahme von Belohnungen und Geschenken, Sponsoring)
 - Aufgabe des Korruptionsbeauftragten
- b.) Zentrale Submission, zentrale Vergabe:
 - Aufbau und Pflege der zentralen Bieterdatei
 - Geschäftsführung der zentralen Submissionsstelle
 - Planung und Durchführung der Submissionstermine
 - Kontrolle der Einhaltung von VOB, VOL, VOF, HOAI
- c.) Behördlicher Datenschutz
 - stellvertretender behördlicher Datenschutzbeauftragter
 - Sicherstellung des Datenschutzes, Beratungs- und Überwachungsfunktion
 - Führung Verfahrensverzeichnis
 - Durchführung der Vorabkontrollen
 - Beteiligung an Datenschutz- und IT- Sicherheitskonzept
- d.) Informationsfreiheit
 - Koordination und Antragsbearbeitung, Statistik
- e.) Allg. Gleichbehandlungsgesetz
 - Beschwerdestelle
 - Beratung und Beseitigung von Benachteiligungen aus Gründen der Rasse, ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, der Behinderung, des Alters und der sexuellen Identität insbesondere in den Anwendungsbereichen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, Auswahl- und Einstellungskriterien, Gesundheitsschutz, Bildung und soziale Vergünstigungen einschließlich öffentliche Güter und Dienstleistungen

Auftragsgrundlage

Zu a.):

- Korruptionsbekämpfungsgesetz, Runderlass Innenministerium vom 26.04.2005
- Leitlinien des Kreises für ein transparentes und integriertes Verwaltungshandeln vom 22.09.2005
- DA Sponsoring, DA Annahme Geschenke/Belohnungen, VDA

Zu b.): Vergabedienstsanweisung, VOB, VOL, VOF, HOAI

Zu c.): DSGVO.NRW und DA gbDSB vom 23.05.2002

Zu d.): IFG.NRW und Verfügung LR- Nr. 03.2002 vom 17.01.2002

Zu e.): AGG und Organisationsverordnung des LR vom 19.09.2007

Ziele

Zu a.):

- Sensibilisierung der Verwaltung und Politik,
- Flächendeckende Einführung des IKS in allen Dezernaten/Ämtern,
- Jährliche Schulung aller neuen Auszubildenden,
- Beratung, Beurteilungshilfe durch Korruptionsbeauftragten innerhalb von 7 Tagen
- Dokumentation und Jahresbericht aller Maßnahmen bis 15.11.

Zu b.):

- Sicherstellung eines fairen, transparenten und ordnungsgemäßen Wettbewerbes
- Vermeidung von Diskriminierung
- Einhaltung von Produktneutralität
- Gleichbehandlung aller Bieter

Zu c.):

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Landesdatenschutzgesetz (DSG. NRW)

Zu d.):

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG. NRW); insbesondere Einhaltung der Monatsfrist zur Antragsentscheidung

Zu e.):

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Zielgruppen

- a.) Gesamte Verwaltung und politische Vertreter in Kreistag etc.
- b.) alle Ämter der Kreisverwaltung
- c.) alle Ämter und Bedienstete der Kreisverwaltung, Bürger
- d.) Bürger
- e.) Beschäftigte und BewerberInnen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.06 Zentrale Dienste



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-14.124	-20.050	-20.050	-20.050	-20.050	-20.050
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-894	-870	-870	-870	-870	-870
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-17.694	-16.150	-12.650	-12.650	-12.650	-12.650
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-179.413	-160.000	-160.000	-160.000	-160.000	-160.000
10	= Ordentliche Erträge	-212.125	-197.070	-193.570	-193.570	-193.570	-193.570
11	- Personalaufwendungen	1.123.715	1.125.886	1.145.632	1.156.030	1.166.709	1.175.943
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	166.407	153.620	191.351	193.351	194.751	198.151
14	- Bilanzielle Abschreibungen	4.715	218.933	257.699	129.453	112.841	97.191
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	367.518	422.853	424.619	406.434	403.838	407.900
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.662.354	1.921.293	2.019.301	1.885.268	1.878.138	1.879.185
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.450.229	1.724.223	1.825.731	1.691.698	1.684.568	1.685.615
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.450.229	1.724.223	1.825.731	1.691.698	1.684.568	1.685.615
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.450.229	1.724.223	1.825.731	1.691.698	1.684.568	1.685.615
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-384.286	-649.457	-659.730	-517.381	-504.407	-497.001
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	304.638	565.648	418.134	398.092	398.676	398.684
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.370.581	1.640.414	1.584.135	1.572.409	1.578.836	1.587.297

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Zentrale Dienste

Zur Produktgruppe 1.01.06 Zentrale Dienste:

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören neben den Ausgaben für Dienst- u. Schutzkleidung im Zuge des Aufbaus einer Corporate Identity (Kostenart 541600) auch anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Zu den Produkten 1.01.06.01 bis 1.01.06.05 (Amt 10):

Zur Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* zählen Entgelte für Kraftwagennutzung (Kostenart 442900, Produkt Fuhrpark) und Erstattungen von Geschäftsausgaben der OAG (Kostenart 442600, Produkt Sonstige Zentrale Dienste). Zu den *Sonstigen ordentlichen Erträgen* gehören u. a. die Erlöse aus dem Verkauf von geringwertigen beweglichen Sachen und sonstige vermischte Einnahmen (Kostenart 451500 u. 459100, Produkt Sonstige Zentrale Dienste). In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind u. a. Kosten für Kurierdienste (Kostenart 529909, Produkt Poststelle) veranschlagt, sowie Kosten der Betriebsorganisation und die Kosten des Archivberaters (Kostenart 524900 u. 528905, Produkt Sonstige Zentrale Dienste). In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind u. a. Miete- und Wartungskosten von Verfielfältigungsautomaten (Kostenart 542910, Produkt Sonstige Zentrale Dienst) sowie die GEZ - Gebühren (Kostenart 542300, Produkt Sonstige Zentrale Dienste) geplant. Ferner sind hier die Unterhaltungskosten der Fahrzeuge (Kst. 40100, Kostenart 523400 u.a.) ausgewiesen, die von Amt 10 bewirtschaftet werden; die Verrechnung der Kfz-Kosten erfolgt über die Leistungsverrechnung (Zeile 27-28 im Ergebnisplan).

Zum Produkt: 1.01.06.06 Zentrale Bußgeldstelle (Amt 30):

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren für Aktenversendungen (Kostenart 431100) abgewickelt. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* sind diverse Bußgelder (Kostenart 452110) erfasst, z. B. aus den Bereichen Veterinär, Bauordnung, Gewässerschutz, Abfall und sonstige Bereiche. Die Bußgelder im Zusammenhang mit der Geschwindigkeitsüberwachung sind dagegen im Produkt 1.02.04.02 (Überwachung des

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.06 Zentrale Dienste



fließenden Verkehrs) abgebildet, die Bußgelder aus dem Bereich 32/1 im Produkt 1.02.01.02 (Gewerbe und Handwerk). In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Erstattung von Kosten der Rechtsverteidigung (Kostenart 528902 Kostenerstattungen an Anwälte u. a.) sowie Erstattungen von Auslagen für Zeugen und Sachverständige (Kostenart 528900) erfasst. Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Kosten der optischen Archivierung sowie Erstattungen von Bußgeldern aus Vorjahren (Kostenart 549800) veranschlagt.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.06 Zentrale Dienste



Nachrichtlich: Hilfs- oder Gemeinkosten wie Porto, Telefon, Drucksachen, Bekanntmachungen, Aktenvernichtung, Kosten für Datenleitungen, ADV-Kosten (GKD), Unterhaltung von Fahrzeugen (Fahrzeugpool Amt 10) usw. sind auf sog. *Kostenstellen* veranschlagt. Die Verteilung dieser Kosten erfolgt verursachungsgerecht auf Organisationseinheiten bzw. direkt auf Produkte.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung
1104	Telefonanlage	1124	Serv. Sitzungsdienst
1108	Bürobedarf	1126	Behördenselbstschutz
1114	Portogebühren	1128	Kurierdienst Medienzentrum
1116	Fernmeldegebühren	1130	Corporate Identity
1118	Bekanntmachungen	1134	Kopierkosten Druckerkonzept
1120	Aktenvernichtung	1140	Juris
1122	Opt. Archivierung		

Kst.	Beschreibung	Amt	Kst.	Beschreibung	Amt
100100	Hauptamt 10	Amt 10	100400	Schulamt (Schulfachlicher Bereich)	Amt 40
100000	Verw.führung	Amt 11	103400	Schulverwaltungsamt 40	Amt 40
100110	Personalverwaltung 11	Amt 11	101410	Kultur- und Museumsamt 41	Amt 41
102140	Rechnungsprüfungsamt 14	Amt 14	101430	Kreisvolkshochschule 43	Amt 43
100190	Gleichstellung 19	Amt 19	103500	Amt für Soziale Angelegenheiten 50	Amt 50
101200	Amt f. Finanzwirt. u. Kommunalaufsicht 20	Amt 20	103510	Jugendamt / Sportamt / PBS 51	Amt 51
104230	Liegenschaftsamt 23	Amt 23	103530	Gesundheitsamt 53	Amt 53
102300	Rechtsamt 30	Amt 30	104610	Kreis- und Regionalentwicklung 61	Amt 61
100310	Kreispolizeiverwaltung 31	Amt 31	104620	Geoinformation u. Liegenschaftskat. 62	Amt 62
101321	Bürobetrieb 32/1 + 2	Amt 32	104650	Bauamt 65	Amt 65
101322	Leitstellenbetrieb	Amt 38	104660	Tiefbauabtl. 61/3	Amt 61/3
101323	Bürobetrieb 38	Amt 38	102670	Umweltamt 67	Amt 67
102360	Straßenverkehrsamt 36	Amt 36	100800	Wirtschaftsförderung 80	Amt 80
102390	Veterinär- und Lebensmittelüberw.amt 39	Amt 39	109000	Personalrat	Personalrat

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.06 Zentrale Dienste


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-16.776	-20.050	-20.050		-20.050	-20.050	-20.050
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-784	-870	-870		-870	-870	-870
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-24.707	-16.150	-12.650		-12.650	-12.650	-12.650
7	+ Sonstige Einzahlungen	-152.504	-160.000	-160.000		-160.000	-160.000	-160.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-194.771	-197.070	-193.570		-193.570	-193.570	-193.570
10	- Personalauszahlungen	973.033	810.438	844.346		852.789	861.319	869.932
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	146.328	158.065	173.400		175.000	176.000	179.000
15	- sonstige Auszahlungen	924.495	1.065.048	1.071.482		1.081.654	1.080.688	1.081.688
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.043.856	2.033.551	2.089.228		2.109.443	2.118.007	2.130.620
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.849.086	1.836.481	1.895.658		1.915.873	1.924.437	1.937.050
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	99.353	84.150	126.000		123.000	123.000	123.000
30	= investive Auszahlungen	99.353	84.150	126.000		123.000	123.000	123.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	99.353	84.150	126.000		123.000	123.000	123.000

Planerläuterung Teilfinanzplan

Erläuterung zu Zeile 26:

Allgemeine Erläuterungen zu GwG und BGA:

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.06 Zentrale Dienste



Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz **GWG**) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz **BGA**). Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto).

Zentrale Dienste:

Typische Investitionen bzw. Ersatzbeschaffungen sind Mobiliar (Bürotische, Bürostühle, Rollcontainer, Regale, etc.), Büromaschinen oder Werkstatteinrichtungen. Da das Zentralamt für die Beschaffung grundsätzlich zuständig ist, werden die Kosten in der Produktgruppe 1.01.06 Zentrale Dienste veranschlagt (die Beschaffung von Hard- und Software wird über die Produktgruppe 1.01.10 abgewickelt). Die Kosten für Büromaterial (Papier, Toner, Schreibwaren, etc.) sind hier nicht veranschlagt. Im betriebswirtschaftlichen Rechnungswesen bezeichnet man mit Büromaterial alle Verbrauchsgüter im Büroalltag. In der Finanzbuchhaltung werden Ausgaben für Büromaterial als Sofort-Aufwand (und damit nicht als Investition) gebucht. Die Mittel für Büromaterial sind auf den Organisationskostenstellen veranschlagt.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.101010 (GWG, Anlagevermögen < 410 Euro netto)
bzw. über die Finanzstelle 5.101020 (BGA, Anlagevermögen > 410 Euro netto)
bzw. über die Finanzstelle 5.101003 (Einrichtung Telearbeitsplätze) abgewickelt.

Beschreibung

- Informationsverarbeitung und –weitergabe an die Medien und interessierte Öffentlichkeit
- Darstellung der Aufgaben der Kreisverwaltung
- Gestaltung und Pflege des Internetauftritts

Auftragsgrundlage

Ziele

- umfassende und zeitnahe Informationsweitergabe an Medien und Öffentlichkeit
- Optimierung des Informationsflusses
- Steigerung der Zugriffszahlen auf die Internetseite des Oberbergischen Kreises

Zielgruppen

Medien, Öffentlichkeit

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit


**OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
11	- Personalaufwendungen	167.126	195.340	164.153	165.516	166.938	167.966
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		970	900	900	900	900
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.914	13.140	13.140	13.140	13.140	13.140
17	= Ordentliche Aufwendungen	176.040	209.450	178.193	179.556	180.978	182.006
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	176.040	209.450	178.193	179.556	180.978	182.006
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	176.040	209.450	178.193	179.556	180.978	182.006
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	176.040	209.450	178.193	179.556	180.978	182.006
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	19.964	39.147	29.933	28.395	28.355	28.322
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	196.004	248.597	208.126	207.951	209.333	210.329

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Kosten im Bereich der Koordination von Europaangelegenheiten (Kostenart 529100) ausgewiesen. Bei den *sonstigen ordentlichen Aufwendungen* handelt es sich u. a. um Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit (Kostenart 543700). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
10	- Personalauszahlungen	128.462	134.991	114.904		116.053	117.214	118.386
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		970	900		900	900	900
15	- sonstige Auszahlungen	6.791	13.140	13.140		13.140	13.140	13.140
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	135.253	149.101	128.944		130.093	131.254	132.426
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	135.253	149.101	128.944		130.093	131.254	132.426

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.01.08.01 Personalsteuerung und –entwicklung
- 1.01.08.02 Personalausbildung und –qualifizierung
- 1.01.08.03 Personalbetreuung
- 1.01.08.04 Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.01.08.01

Personalsteuerung und -entwicklung

Beschreibung

- Grundsatzfragen der Personalwirtschaft (Personaleinsatz, Personalauswahl, Personalbedarfsplanung, Fortbildung, Prüfberichte, Haushaltsangelegenheiten, etc.)
- Personalangelegenheiten von besonderer Bedeutung (Entlassungen, Beschwerden, Nebentätigkeiten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)
- Aufstellung des Stellenplans

Auftragsgrundlage

Beamten- und Tarifrecht, sonstige arbeitsrechtliche Bestimmungen, Stellenplan sowie Beschlüsse der politischen Gremien

Ziele

Zielgruppen

Bedienstete des Kreises

1.01.08.02

Personalausbildung und -qualifizierung

Beschreibung

- Bewerbungsverfahren
 - o Werbung für Nachwuchskräfte, Beratung von Bewerbern
 - o Durchführung des Auswahl- und Einstellungsverfahrens
- Ausbildung
 - o Überwachung der Ausbildung; Einsatzplanung der Azubis; Beratung der Auszubildenden
 - o Führung der Ausbildungsakten; Schriftverkehr mit Fachhochschule, Studieninstitut, Berufsschule, Agentur für Arbeit, IHK
- Fortbildung
 - o Prüfung und Auswertung von Fortbildungsangeboten; Organisation eigener Fortbildungsmaßnahmen
 - o Anmeldung und Abrechnung von Fortbildungsmaßnahmen

Auftragsgrundlage

Beamten- und Tarifrecht, diverse Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen

Ziele

Erfolgreiche Durchführung der Ausbildung von Nachwuchskräften und sonstiger Weiterbildungsmaßnahmen (Angestelltenlehrgänge I und II, Prüfungserleichterter Aufstieg) in 90 % aller Fälle

Zielgruppen

Potentielle Nachwuchskräfte, Auszubildende und Anwärter, Bedienstete des Kreises

1.01.08.03

Personalbetreuung

Beschreibung

- Bearbeitung sämtlicher Personalangelegenheiten der Beamten, Ehrenbeamten und Beschäftigten einschließlich
 - o Versorgungsangelegenheiten der Beamten und Ruhestandsbeamten
 - o steuer-, sozialversicherungs- und zusatzversorgungsrechtlicher Angelegenheiten der Beschäftigten
 - o Kindergeld
- Durchführung des ADV-Änderungsdienstes; Zusammenarbeit mit ADV zur Bestandpflege der Programme
- Zahlbarmachung von Entgelt für die Bediensteten des DRK, Kreisverband Oberbergischer Kreis, sowie der OAG
- Bearbeitung von Dienstaufsichtsbeschwerden
- Beihilfen für Kreisbedienstete, Pensionäre, Lehrer und Bedienstete der Kreispolizeibehörde
- Bearbeitung sonstiger nebendienstrechtlichen Sachgebiete (Reisekosten, Nebentätigkeiten, Jobticket, etc.)

Auftragsgrundlage

Beamten- und Tarifrecht, sonstige arbeitsrechtliche Bestimmungen

Ziele

- Korrekte Zahlbarmachung von Besoldung/Entgelt und der darauf zu leistenden Abgaben
- Einhaltung der Zahlungstermine von Besoldung/Entgelt und der darauf zu leistenden Abgaben
- Rechtsfehlerfreie Bearbeitung der Beihilfeanträge einschließlich Auszahlung der Beihilfe innerhalb von 20 Arbeitstagen nach Eingang

Zielgruppen

Bedienstete und Versorgungsempfänger (*bei Beihilfen außerdem*: Polizisten der Kreispolizeibehörde, Lehrer an Grund-, Haupt- und Förderschulen im Kreis; *bei Zahlbarmachung außerdem*: Bediensteten des DRK und der OAG)

1.01.08.04

Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz

Beschreibung

- Feststellung arbeitssicherheitstechnischer Mängel
- Vorbeugung gesundheitlicher Gefahren
- Bereitstellung von Schutzkleidung
- Aufgaben der Fachkraft für Arbeitssicherheit
- Aufgabenwahrnehmung des Personalarztes:
 - o Beratung im Rahmen der betriebsmedizinischen Sprechstunde
 - o Betriebsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen
 - o Arbeitsplatzbegehungen
 - o Gripeschutzimpfungen

Auftragsgrundlage

Arbeitsschutzgesetz, Bildschirmarbeitsplatzverordnung, Arbeitsstättenverordnung

Ziele

- Verhütung von Unfällen
- Erhaltung der Arbeitsfähigkeit
- Früherkennung von Krankheiten

Zielgruppen

Bedienstete der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.08 Personalmanagement



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-787.677	-159.150	-168.550	-168.550	-168.550	-168.550
10	= Ordentliche Erträge	-787.677	-159.150	-168.550	-168.550	-168.550	-168.550
11	- Personalaufwendungen	3.118.818	2.413.152	2.344.962	2.362.568	2.381.302	2.391.672
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.365	4.404	8.038	5.538	5.539	5.539
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	207.197	259.468	254.056	256.855	262.252	267.461
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.334.380	2.677.023	2.607.057	2.624.961	2.649.094	2.664.671
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.546.703	2.517.873	2.438.507	2.456.411	2.480.544	2.496.121
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.546.703	2.517.873	2.438.507	2.456.411	2.480.544	2.496.121
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.546.703	2.517.873	2.438.507	2.456.411	2.480.544	2.496.121
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	198.121	307.909	265.022	244.199	246.301	245.563
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.744.824	2.825.783	2.703.529	2.700.611	2.726.845	2.741.684

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Personalmanagement

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.08 Personalmanagement



Die Kostengruppe *Kostenerstattung* beinhaltet Erstattungen vom Zweckverband Civitec (Kostenart 442400), der Rheinischen Versorgungskasse (Kostenart 442500), Kostenerstattungen durch die OAG (Kostenart 442600) und durch das DRK (Kostenart 442900), Einnahmen aus dem Verkauf von Job-Tickets (Kostenart 444901) sowie die Rückzahlungen von Personalausgaben (Kostenart 443900)

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Dazu gehören weiter die Kosten im Rahmen der Ausbildung von Nachwuchskräften, die gesamten Personalkosten im Rahmen von Alternteilzeitregelungen sowie die Leistungsentgelte aus Vorjahren gemäß TVÖD (Kostenart 501210).

Bei den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich um die anteiligen Kosten der Unterhaltung von Datenverarbeitungseinrichtungen für die Auszubildenden bei Amt 62 (Bewirtschaftung über Kostenstelle 104620, Kostenart 523610). Über die Kostenart *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden u. a. Dienstupfallbedingte Aufwendungen (Kostenart 541904), Ausgaben für Dienst- u. Schutzkleidung (Kostenart 541600) sowie arbeitsmedizinische Untersuchungen und Arbeitsschutz (Kostenart 543906), Kosten für Job-Tickets (Kostenart 541903) und Kosten für die „Re-Auditierung Beruf und Familie“ (Kostenart 543907) verausgabt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Auszug aus der *Kst.-Struktur*:

Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung
1002	Beitr. VersKa Beamte	1016	Dienstreisen	1025	Personalgestellung Kreiskantine GKD
1004	Beihilfen, Unterst.	1017	Ausbildung	1026	Re-Audit.Beruf & Fam
1006	Zuführ. PensionsRSt	1018	Fortbildung	1027	Archivberater
1008	Beitr. VersKa Besch.	1019	Supervision	1028	Schulsozialarbeit
1010	Beitr.Soz.vers.Besch	1020	Kosten FÖJ	1029	Fahrzeugführerermittlungen
1012	Pers.nebenausgaben	1023	Regionalagentur Köln	1030	Kameradschaftskasse
1014	Zuführung sonst. RSt	1024	Kosten Jobticket	1031	Cent-Spende an die Welthungerhilfe

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.08 Personalmanagement


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilfinanzplan			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-186.370	-171.850	-176.158		-176.158	-176.158	-176.158
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-186.370	-171.850	-176.158		-176.158	-176.158	-176.158
10	-	Personalauszahlungen	7.873.198	11.921.342	15.018.581		15.168.680	15.320.279	15.473.395
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	220.173	179.200	259.696		222.846	224.502	225.252
15	-	sonstige Auszahlungen	647.285	748.000	789.360		798.105	806.888	815.708
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.740.656	12.848.542	16.067.637		16.189.631	16.351.669	16.514.355
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	8.554.286	12.676.692	15.891.479		16.013.473	16.175.511	16.338.197

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.01.09.01 Haushaltssteuerung
1.01.09.01.01 Beteiligungen

1.01.09.02 Kasse und Vollstreckung
1.01.09.02.01 Zahlungsabwicklung
1.01.09.02.02 Vollstreckung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.01.09.01

Haushaltssteuerung

Beschreibung

1. Aufstellung, Bewirtschaftung und Rechnungslegung des produktorientierten Haushaltes (Ergebnis- und Finanzrechnung, Bilanz)
2. Vermögens- und Schuldenverwaltung
3. Anlagenbuchhaltung
4. Beteiligungsverwaltung
5. Versicherungsangelegenheiten des Kreises
6. Steuer- und Gebührenverwaltung

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), jährliche Haushaltssatzung

Ziele

Zu 2:

Darstellung des Vermögens, der Schulden und des Ressourcenverbrauchs des Oberbergischen Kreises

Zielgruppen

Kreistag, Ämter der Kreisverwaltung, Mitarbeiter der Kreisverwaltung, Beteiligungsgesellschaften

1.01.09.02

Kasse und Vollstreckung

Beschreibung

Im Bereich Zahlungsabwicklung :

- Abwicklung des unbaren und baren Zahlungsverkehrs
- Bewirtschaftung der Kassenmittel mit Liquiditätsplanung
- zahlungswirksame Buchführung einschließlich Belegaufbewahrung
- Bebuchung u. Aufstellung der Finanzrechnung
- Verwahrung von Wertgegenständen
- Fertigung von Tages-, Zwischen- und Jahresabschlüssen

Im Bereich Vollstreckung:

- Mahnungen
- Beitreibung eigener Forderungen durch den eigenen Vollziehungsbeamten oder mittels Amtshilfeersuchen durch andere Vollstreckungsbehörden
- Durchführung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gem. VwVG
- Wahrnehmung von Interessen im Insolvenzverfahren
- Feststellung der Uneinbringlichkeit von Forderungen zur Vorbereitung der Entscheidung über Stundung, Niederschlagung und Erlass

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) und zugehörige Verwaltungsvorschriften, Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG), Dienstanweisungen

Ziele

- Sichere und wirtschaftliche Anlage von Kassenmitteln
- Zeitnahe und möglichst vollständige Beitreibung von Forderungen
- Zeitnahe Verbuchung angewiesener Ein- und Auszahlungen

Zielgruppen

Bürger des Oberbergischen Kreises, alle Organisationseinheiten des Kreises sowie Mitarbeiter, Zahlungsempfänger und Zahlungspflichtige

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-553	-500	-500	-500	-500	-500
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-144.536	-120.100	-155.100	-120.100	-120.100	-120.100
10	= Ordentliche Erträge	-145.089	-120.600	-155.600	-120.600	-120.600	-120.600
11	- Personalaufwendungen	1.412.864	1.427.300	1.537.236	1.547.994	1.559.613	1.564.597
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	58.906	2.557	19.796	19.796	99.796	99.796
14	- Bilanzielle Abschreibungen	33.422	5.675	6.724	7.118	7.516	7.707
15	- Transferaufwendungen	68.739	85.000	85.000	85.000	85.000	85.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	478.624	502.561	706.429	685.228	648.523	648.153
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.052.554	2.023.093	2.355.185	2.345.135	2.400.448	2.405.252
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.907.465	1.902.493	2.199.585	2.224.535	2.279.848	2.284.652
19	+ Finanzerträge	-779.084	-775.000	-1.157.000	-1.157.000	-1.157.000	-1.157.000
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-779.084	-775.000	-1.157.000	-1.157.000	-1.157.000	-1.157.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.128.381	1.127.493	1.042.585	1.067.535	1.122.848	1.127.652
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.128.381	1.127.493	1.042.585	1.067.535	1.122.848	1.127.652
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-22.198	-24.535	-16.442	-15.537	-15.669	-15.699
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	119.472	217.311	151.809	140.804	140.966	140.784
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.225.655	1.320.270	1.177.952	1.192.802	1.248.145	1.252.738

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Finanzmanagement und Rechnungswesen

Die Kostengruppe *Kostenerstattung* beinhaltet Erstattungen von Vollstreckungskosten (Kostenart 442900). Zu den sonstigen Ordentlichen Erträgen zählen Vollstreckungsgebühren, Säumniszuschläge, Mahngebühren und Stundungszinsen (Kostenart 452200 - 452230), Einnahmen aus der Vollstreckung niedergeschlagener Forderungen und Quoteneinnahmen aus Insolvenzverfahren (Kostenart 459800) sowie Einnahmen aus Versicherungsansprüchen (Kostenart 452700).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gehören die Kosten der überörtlichen Prüfung (Kostenart 529921, GPA NRW) sowie Sachkosten im Rahmen der Einführung von NKF (Kostenart 529922). Innerhalb der Kontengruppe *Transferaufwendungen* ist die Gesellschaftsumlage/Kostenbeitrag zum Rheinischen Studieninstitut (Kostenart 531600) veranschlagt.

Über die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden u. a. Gebühren für Giro- und Postscheckkonten (Kostenart 542310), Kosten der Vollstreckung (Kostenart 543900), Kosten der optischen Archivierung und die Körperschaftssteuer (im Rahmen der Beteiligung bei Radio Berg, Kostenart 548200) verausgabt. Darüber hinaus werden an dieser Stelle die Beiträge für nachfolgend aufgeführte Vereine und Verbände (Kostenart 544300) veranschlagt: Bergisches Chorfest, Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter, ZEBIO e.V., Touristik-Verband Oberbergisches Land e.V., Deutscher Verein, Förderverein NRW-Stiftung, Verein zur Förderung der Abteilung Gummersbach der Fachhochschule Köln, Gesellschaft für historische Waffen- und Kostümkunde, Deutscher Museumsbund, Verband rheinischer Museen, Bergischer Geschichtsverein, Naturhistorischer Verein der Rheinlande und Westfalens, Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande, Deutsche Gesellschaft für Volkskunde, Rheinische Vereinigung für Volkskunde, Bergisches Freilichtmuseum Lindlar, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung, Landkreistag NRW, Kommunaler Arbeitgeberverband, Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land, Förderverein Stegerwaldstiftung, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF), Deutsches Volksheimstättenwerk, Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, Deutsche Gartenbau-Gesellschaft, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Weiter entstehen ADV-Kosten (Kst. 1204) im Rahmen der Einführung von NKF (Schulungskosten, Kosten für Entwicklung und Beratung, Lizenzkosten, RZ-Betrieb und Betreuung). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

In der Kontengruppe *Finanzerträge* sind die Gewinnanteile aus der Beteiligung am BAV, Anteil am Gewinn von Radio Berg (Kostenart 469100) sowie Zinsen für Kreisdarlehen (Kostenart 461900) vereinnahmt. Der Reingewinn der Kreissparkasse (Kostenart 469900) ist hier ebenso veranschlagt wie die teilweise Weiterleitung an die Gemeinden als sonstiger ordentlicher Aufwand (Kostenart 549900)

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Die Kosten für *Versicherungen* werden i. d. R. bei Amt 20 abgewickelt, nachfolgend sind die entsprechenden Kostenstellen abgebildet. Die Gebäudeversicherungen werden unmittelbar auf den Gebäudekostenstellen gebucht. Gleiches gilt für die Kostenstellen:

Kst.	Beschreibung	Kst.	Beschreibung
1304	Kfz-Versicherung (Verwaltung)	1318	Vermögenseigenschadens-Versicherung
1308	Gesetzl. Schüler-Unfallversicherung BK	1320	Versicherung Maschinen
1309	Gesetzl. Schüler-Unfallversicherung FS	1322	Sammelwaldbrandversicherung
1310	Gesetzl. Allg. Unfallvers. Beschäftigte	1326	Rechtsschutzversicherung
1311	Gesetzl. Allg. Unfallversicherung KTM	1330	Allgemeine Haftpflichtversicherung
1312	Elektronikversicherung	1332	Strafrechtsschutzversicherungen
1314	Schlüsselverlustversicherung	1334	Vermögensschadenversicherung
1316	Ausstellungsversicherung		

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-175	-500	-500		-500	-500	-500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-109.468	-120.100	-155.100		-120.100	-120.100	-120.100
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-779.084	-775.000	-1.157.000		-1.157.000	-1.157.000	-1.157.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-888.727	-895.600	-1.312.600		-1.277.600	-1.277.600	-1.277.600
10	- Personalauszahlungen	990.184	919.611	980.361		990.165	1.000.067	1.010.068
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	174.787	158.625	176.250		176.750	256.750	256.750
14	- Transferauszahlungen	80.353	94.500	97.000		94.500	97.000	94.500
15	- sonstige Auszahlungen	585.006	647.244	869.800		874.840	879.910	885.060
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.830.330	1.819.980	2.123.411		2.136.255	2.233.727	2.246.378
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	941.603	924.380	810.811		858.655	956.127	968.778
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-5.680						
23	= investive Einzahlungen	-5.680						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	-5.680						

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.01.10.01 Informationstechnische Infrastruktur
 - 1.01.10.01.01 Amt 10
 - 1.01.10.01.02 Amt 40
 - 1.01.10.01.03 Amt 62
- 1.01.10.02 Organisationsangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.01.10.01

Informationstechnische Infrastruktur

Beschreibung

- A)
- IT-Organisation
 - System- und Netzwerkbetreuung
 - Hard- und Software-Beschaffung und Installation
 - Kommunikationstechnologie
 - Nachrichten- und Sicherheitstechnik
 - Grundschulung und Anwendungsbetreuung
- B)
- IT-Organisation Berufskollegs und Förderschulen des Oberbergischen Kreises
 - System- und Netzwerkbetreuung
 - Hard- und Softwarebeschaffung, Installation

Auftragsgrundlage

Zu A): Organisationsentscheidung des Landrates

Zu B): Schulgesetz NRW (SchulG)

Ziele

Zu A):

- Bereitstellung einer funktionierenden, angemessenen und ausreichenden IT-Infrastruktur einschließlich Software(-Anwendungen) an den Arbeitsplätzen der Kreisverwaltung
- Gewährleistung einer hohen Datenverfügbarkeit und Datensicherheit
- Umsetzung von Datenschutzmaßnahmen

Zu B):

- Bereitstellung und Funktionsgewährleistung einer bedarfsgerechten und zeitgemäßen IT-Infrastruktur zur schulischen und beruflichen Ausbildung
- Gewährleistung einer hohen Betriebssicherheit und Datensicherheit

Zielgruppen

Zu A): Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Zu B): Schüler/innen, Lehrkräfte

1.01.10.02

Organisationsangelegenheiten

Beschreibung

- Erstellen und Pflege von Organisationsplänen
- Stellenbewertungen
- Organisationsberatungen
- Organisationsüberprüfungen
- Stellenbedarfsberechnungen

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Rechtssichere Bewertung der Stellen

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

KD, Dez. III, Dez. IV

1.01 Innere Verwaltung
1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul


Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-13.076	-15.000	-7.500	-7.500	-7.500	-7.500
10	= Ordentliche Erträge	-13.076	-15.000	-7.500	-7.500	-7.500	-7.500
11	- Personalaufwendungen	1.195.221	1.223.057	1.254.728	1.264.593	1.274.995	1.281.576
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.732	12.469	16.046	16.046	16.046	16.046
14	- Bilanzielle Abschreibungen		167.316	195.784	206.273	214.426	219.779
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	194.059	276.986	246.323	243.725	245.077	244.305
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.410.012	1.679.828	1.712.880	1.730.637	1.750.544	1.761.705
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.396.937	1.664.828	1.705.380	1.723.137	1.743.044	1.754.205
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.396.937	1.664.828	1.705.380	1.723.137	1.743.044	1.754.205
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.396.937	1.664.828	1.705.380	1.723.137	1.743.044	1.754.205
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-254.654	-411.209	-314.336	-300.454	-300.321	-300.147
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	230.499	470.815	313.202	291.916	292.707	292.882
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.372.781	1.724.434	1.704.247	1.714.600	1.735.430	1.746.941

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Organisationsangelegenheiten und TUI

Bei der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen/ -umlage* sind Erträge aus dem Ersatz von Fernsprechgebühren bei privater Telefonnutzung der Bediensteten veranschlagt (Kostenart 443903).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich um die Kosten des behördlichen Vorschlagswesens. Im Rahmen einer Dienstanweisung können Verbesserungsvorschläge von Beschäftigten der Verwaltung prämiert werden (Kostenart 524900). Darüber hinaus erscheinen an dieser Stelle die anteilig verrechneten Aufwendungen der Kostenstelle 1214 für Materialverbrauch im Bereich von Hard- und Software (Kostenart 526800).

Die *Bilanziellen Abschreibungen* dienen der Darstellung von AfA für beschaffte Hard- und Software über und unter 410,- €. Sofern die Beschaffungen im laufenden Haushaltsjahr bestimmten Organisationseinheiten zugeordnet werden können, werden auch die bilanziellen Abschreibungen auf den entsprechenden Ämterkostenstellen verbucht.

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* erscheint in erster Linie der Aufwand für Miete und Wartung der Arbeitszeiterfassungsanlage (Kostenart 542909). Darüber hinaus werden hier Kosten erfasst, die bei der Ersteinweisung neuer Software entstehen. Zu weiteren Aufwendungen führen die Beratungskosten im Rahmen der Einführung von E – Government (Kostenart 542700). Der Oberbergische Kreis muss in diesem Zusammenhang auf externe Anbieter zurückgreifen, weil eine entsprechende Schulung des eigenen Personals zu kosten- und zeitintensiv wäre. Ferner beinhaltet diese Kontengruppe Aufwendungen für die Einführung von Telearbeitsplätzen (Kostenart 541901) und vermischten Ausgaben (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. Nachrichtlich: Der überwiegende Teil der ADV-Kosten (GKD-Umlage, NKF-Kosten, ADV-Leasing, Datenleitungen, Bauelemente,

etc.) wird über Kostenstellen abgewickelt und nach IT-Arbeitsplätzen bzw. Kosten der Verfahren verrechnet und belastet damit direkt die entsprechenden Produktgruppen.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Bezeichnung
1202	ADV-K. ZV GKD
1204	NKF-Kosten
1206	Leasingkosten
1208	Datenleitungen
1210	Aktive Bauelemente
1212	Ersteinweis. Software

Auszug Finanzstellen-Struktur (PSP-I)

Finanzstelle	Bezeichnung
5.103010	GWG Hard-/Software
5.103020	BuG Hard-/Software

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

KD, Dez. III, Dez. IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.363	-15.000	-7.500		-7.500	-7.500	-7.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.363	-15.000	-7.500		-7.500	-7.500	-7.500
10	- Personalauszahlungen	930.445	835.850	851.982		860.502	869.107	877.798
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	83.110	18.920	22.420		22.420	22.420	22.420
15	- sonstige Auszahlungen	2.176.016	2.352.597	2.446.787		2.165.679	2.159.779	2.147.879
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.189.571	3.207.367	3.321.189		3.048.601	3.051.306	3.048.097
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.188.208	3.192.367	3.313.689		3.041.101	3.043.806	3.040.597
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	163.051	301.230	69.300		70.200	71.100	72.000
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	35.383		416.534		259.100	259.300	259.500
30	= investive Auszahlungen	198.434	301.230	485.834		329.300	330.400	331.500
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / J. Auszahlung)	198.434	301.230	485.834		329.300	330.400	331.500

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

KD, Dez. III, Dez. IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul



OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs-ermäch-tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahl-ungen/-auszahl-ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	198.434	301.230	485.834		329.300	330.400	331.500	666.793	2.143.827
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	198.434	301.230	485.834		329.300	330.400	331.500	666.793	2.143.827

Beschreibung

- Führen von Rechtsstreitverfahren des Kreises in allen verwaltungsgerichtlichen Verfahren, allen sozialgerichtlichen Verfahren, in zivilgerichtlichen Verfahren vor den Amtsgerichten, in arbeitsgerichtlichen Verfahren
- Fachliche Begleitung von Rechtsstreitigkeiten in zivilgerichtlichen und arbeitsgerichtlichen Verfahren bei anwaltlicher Vertretung
- Fertigen von Strafanzeigen
- Beratung und Unterstützung der Verwaltungsführung und der Fachämter in juristischen Fragen
- Vorbereitung der Wahlen von ehrenamtlichen Richtern
- Ausbildung von Rechtsreferendaren im Rahmen der Verwaltungsstation

Auftragsgrundlage

Prozessordnungen der jeweiligen Gerichte, Sämtliche Fachgesetze, Allgemeine Dienst- und Geschäftsanweisung, Einschlägige Satzungen, Aufträge der Verwaltungsführung und anderer Produktverantwortlicher

Ziele

- Rechtlich qualifizierte Prozessführung zur erfolgreichen Beendigung von Gerichtsverfahren; Erwidern innerhalb der von den Gerichten gesetzten Fristen
- Zeitnahe, umfassende und rechtlich qualifizierte Beratung zur rechtlichen Absicherung der Verwaltungstätigkeit; Beantwortung innerhalb der gesetzten Fristen, spätestens aber innerhalb von drei Wochen

Zielgruppen

Verwaltungsführung und alle Ämter der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2012

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.11 Recht

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-4.939	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
10	= Ordentliche Erträge	-4.939	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
11	- Personalaufwendungen	357.519	404.009	437.086	439.956	443.099	444.079
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	285.680	69.201	69.272	69.272	69.272	69.272
14	- Bilanzielle Abschreibungen	320	3.973	4.707	4.982	5.261	5.395
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	35.278	37.087	38.268	36.412	36.666	36.590
17	= Ordentliche Aufwendungen	678.798	514.270	549.334	550.623	554.298	555.336
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	673.859	511.270	546.334	547.623	551.298	552.336
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	673.859	511.270	546.334	547.623	551.298	552.336
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	673.859	511.270	546.334	547.623	551.298	552.336
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-56.694	-78.093	-52.623	-49.779	-50.184	-50.257
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	70.433	96.475	69.812	65.880	66.057	65.966
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	687.597	529.652	563.523	563.724	567.171	568.046

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Recht

Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen/ -umlage* sind die Erstattungen von Prozesskosten (Kostenart 442900) ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst alle Gerichts-, Anwalts- und Prozesskosten (Kostenart 528903) sowie die Kosten von Vorverfahren (und ähnliche Kosten). Soweit sich diese Kosten einer Fachabteilung/Produkt zuordnen lassen, können im Wege der internen Leistungsverrechnung die jeweiligen Produkte mit Einzelbeträgen belastet werden.

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind anteilige Kosten des Informationssystems Juris abgebildet (Kostenart 542900, Bewirtschaftung über Kostenstelle 1140). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.11 Recht


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilfinanzplan			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-2.228	-3.000	-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.228	-3.000	-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
10	-	Personalauszahlungen	254.443	259.918	269.743		272.440	275.164	277.916
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	297.662	68.970	68.970		68.970	68.970	68.970
15	-	sonstige Auszahlungen	13.801	15.814	15.814		15.814	15.814	15.814
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	565.906	344.702	354.527		357.224	359.948	362.700
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	563.678	341.702	351.527		354.224	356.948	359.700

Beschreibung

Bewirtschaftung vorhandener Verwaltungs- und Schulgebäude sowie Sonderimmobilien des Kreises, kaufmännische Leistungen und Dienstleistungen im Bereich des Gebäudebetriebes, Flächenmanagement, Bereitstellung und Pflege der Infrastruktur.

Auftragsgrundlage

Aufträge durch Politik und Verwaltungsleitung sowie Nutzer der Gebäude und Einrichtungen des Kreises

Ziele

- Umweltschonendes und wirtschaftliches Betreiben der Gebäude des Kreises durch Senkung des Energieverbrauches
- Ausreichende Bereitstellung von Flächen für Schulen und Verwaltung

Zielgruppen

Nutzer der Verwaltungsgebäude, Schulen, Sonderimmobilien des Kreises, Mieter und Vermieter, Auftragnehmer (Versorger, Industrie und Handwerk, Dienstleister)

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-276.798	-674.068	-604.568	-604.568	-604.568
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-276					
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-751.983	-381.500	-310.000	-310.000	-310.000	-310.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-19.582	-626.000	-27.500	-27.500	-27.500	-27.500
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-22.883		-1.475	-1.475	-1.475	-1.475
10	= Ordentliche Erträge	-794.723	-1.284.298	-1.013.043	-943.543	-943.543	-943.543
11	- Personalaufwendungen	557.290	598.595	673.746	679.857	686.130	691.550
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.932.889	7.853.575	7.344.648	5.693.228	5.725.778	5.758.228
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.345	2.993.769	3.210.197	3.623.801	3.808.047	3.808.870
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	992.252	1.056.136	953.463	943.061	941.152	942.213
17	= Ordentliche Aufwendungen	6.483.777	12.502.075	12.182.054	10.939.947	11.161.108	11.200.860
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	5.689.054	11.217.777	11.169.011	9.996.404	10.217.565	10.257.317
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	5.689.054	11.217.777	11.169.011	9.996.404	10.217.565	10.257.317
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	5.689.054	11.217.777	11.169.011	9.996.404	10.217.565	10.257.317
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-5.449.821	-10.345.916	-10.076.797	-9.010.266	-9.222.876	-9.226.369
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	39.919	35.618	38.399	35.781	35.886	36.032
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	279.152	907.480	1.130.614	1.021.919	1.030.574	1.066.980

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Grundstücks- und Gebäudemanagement

Bei der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* handelt es sich um die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten durch Zuwendungen des Landes für Investitionen (Kostenart 416210). Die Auflösung solcher Sonderposten erfolgt über die erwartete Nutzungsdauer des Investitionsgutes (vgl. Bilanzielle Abschreibungen). Die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* beinhaltet Erlöse aus dem Verkauf (Kostenart 441100) von Ausschreibungsunterlagen, Mieteinnahmen (Kostenart 441200) sowie Erlöse aus Mietnebenkosten (Kostenart 441210). Die Mieteinnahmen beziehen sich auf Dienstwohnungen, Pachteinnahmen Tiefgarage, Vermietung von Parkplätzen, Verpachtung der Kantine und sonstige Mieten (StVA, Garagen, Mobilfunksender, Wohnungs- und Geschäftsgrundstücke). Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden insbesondere die Zuschüsse im Rahmen des Konjunkturpakets II dargestellt. Es entstehen Ausgaben in gleicher Höhe. Darüber hinaus werden dort Erstattungen von Bewirtschaftungskosten (z. B. Jugendzeltplatz, Kostenart 442800) und der Anteil der OAG zu Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten (Kostenart 444904) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* beinhalten die Kosten der kreiseigenen Gebäude (mit Ausnahme der Rettungswachen) für Energie, Abwasser, Wasser sowie Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten. Die Kosten je Gebäude werden auf separaten Objekt-Kostenstellen (Kst. 10000-15000) erfasst, anschließend werden die einzelnen Produkte mit diesen Kosten über Verrechnungsschlüssel belastet, gleichzeitig erfolgt über die Interne Leistungsbeziehung eine Entlastung des vorliegenden Produktes.

Bei den Transferaufwendungen handelt es sich um einen Investitionskostenzuschuss für die Sanierung des Walter-Leo-Schmitz-Bades an die Stadt Wipperfürth. Der Zuschuss wird aufgrund vertraglicher Leistungen im Rahmen des Schulsports geleistet (Kostenstelle 15200; Kostenart 531300).

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* zählen die Kosten zur Überprüfung von Elektroanlagen bzw. Beseitigung von Elektromängeln (Kostenart 542916), Ausgaben zur Erstellung eines ADV-Gebäudekatasters (Kostenart 543910), Maßnahmen zur Arbeitssicherheit (Kostenart 543911) und andere sonstige Geschäftsaufwendungen (z.B. Umzugskosten, Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Nachrichtlich: Die Erstattungen im Rahmen der Nutzung von Schulräumen durch Dritte oder Wohnungsmieten für Hausmeister an Schulen werden auf den betroffenen Produkten vereinnahmt, die Erstattung der Nebenkosten durch den LVR (Bewirtschaftung der Helen-Keller-Schule) werden beispielsweise in der Produktgruppe Förderschulen vereinnahmt. Die Gebäudekosten (Strom, Gas, Fernwärme, Heizöl, Wasser, Unterhaltung, Sanierung, Mieten, Bewirtschaftung, Abfallentsorgung, Reinigung, Grundsteuer, Gebäudeversicherungen) sind auf Kostenstellen geplant worden. Die Verteilung dieser Kosten (nach m²-Schlüssel) erfolgt verursachungsgerecht auf die Ämter bzw. auf die Produkte.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung**1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement**

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung
10000	Verw.geb. Allg.	10220	KVHS, Mühlenbergweg 3a	11130	Mat.cont.BK W'fürth	15100	Geb. "Hülsenbusch"
10010	Kreishaus Hochhaus	10230	Nebst.Gesundh.A.W.	11140	Lagerfl. Mertenpark	15110	Ruine Eibach
10020	Kreishaus "Kantine"	10510	NSt.KatasterA.,WB	11150	Moltkestr. 20-22	15120	Ruine Biberstein
10030	Hohenzollernbad	10520	W'ip.,Hindenburgstr.	12000	Berufskollegs Allg.	15130	Munitionsdepot
10040	Moltkestr. 34 (OAG)	10530	La-Roche-Sur-Yon 3	12010	BK Dieringhausen	15140	Fischteiche Kaltenbach
10050	Moltkestr. 38	10550	Tiefgar. Bismarckpl.	12020	Berufskolleg GM	15150	Wildannahmestellen
10060	Moltkestr. 40	10560	Am Wiedenhof 21	12025	BK GM, Waldbröl	15200	Walter-Leo-Schmitz-Bad Wipperfürth
10080	Am Wiedenhof 1-3	10570	Jugendzeltplatz	12030	BK Wipperfürth	19000	Abwickl. Konjunkturpaket II Maßnahmen
10090	Am Wiedenhof 5	10580	Villa-Kohlgrüber	13000	Förderschulen Allg.	19001	Amokpräv. a.d. Helen-Keller-Schule
10100	Am Wiedenhof 7	11010	Nebst.STVA H'wagen	13010	Helen-Keller-Schule	19002	Amokprävention Anne-Frank-Schule
10110	Am Wiedenhof 9	11020	Polizeiverw., GM	13020	Anne-Frank Schule	19003	Amokprävention FöS Sprache Wiehl
10120	Am Wiedenhof 11	11030	Klassen BK GM,W'bröl	13050	FS Emot.u.soz. Entw.	19004	Amokprävention Anna-Freud-Schule
10130	Am Wiedenhof 13	11040	Förderschule Sprache	14000	FW / RD Allg.	19005	Amokprävention E-Schule
10140	Am Wiedenhof 15	11050	Schule für Kranke	14010	Kreisgeb. Lockenfeld	19006	Amokpräv. BK GM u. Waldbröl
10150	Am Wiedenhof 17	11060	Mertenpark,Kl. BK D.	15000	Sonstiges Allgemein	19007	Amokpräv. BK GM-Dieringh.
10160	Am Wiedenhof 19	11070	Cont.ARGE Berg.stadt	15010	Schloss-Museumsgeb.	19008	Amokpräv. BK Wipperfürth
10170	La-Roche-Sur-Yon 5	11080	Zentraldepot	15020	Schloss-Verw.geb.	19010	Kreishausfassade
10180	Sport-/Turnhalle	11090	Werkst.,Hardtwiesen	15060	Haus Dahl		
10190	Verw.geb. "PBS"	11100	Schulcontainer (FS)	15070	FSH Bergneustadt		
10200	STVA GM	11110	Schulcontainer (BK)	15080	FSH Oberengelskirch.		
10210	KVHS, Mühlenbergweg 3	11120	WerkstattKl. BK Wip.	15090	FSH Ösinghausen		

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-276						
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-738.663	-381.500	-310.000		-310.000	-310.000	-310.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-15.672	-626.000	-27.500		-27.500	-27.500	-27.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-17.906						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-772.517	-1.007.500	-337.500		-337.500	-337.500	-337.500
10	- Personalauszahlungen	500.203	439.759	496.316		501.279	506.292	511.355
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.051.475	7.853.460	7.327.530		5.675.760	5.707.960	5.740.060
14	- Transferauszahlungen		280.000					
15	- sonstige Auszahlungen	972.435	1.018.920	913.595		903.710	901.510	902.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.524.112	9.592.139	8.737.441		7.080.749	7.115.762	7.153.915
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	5.751.595	8.584.639	8.399.941		6.743.249	6.778.262	6.816.415
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			41.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	4.915	11.000	520.000		11.000	11.000	11.000
30	= investive Auszahlungen	4.915	11.000	561.000		11.000	11.000	11.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	4.915	11.000	561.000		11.000	11.000	11.000

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5230003 Blockheizkraftwerk Kreishaus										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen			484.500						484.500
13	= Summe Auszahlungen			484.500						484.500
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			484.500						484.500

Beschreibung

Bauliche Unterhaltung (Substanzerhalt) der Liegenschaften des Oberbergischen Kreises, Planung, Realisierung, Projektsteuerung und Bauherrenbetreuung von Neubau-, Umbau- und Erweiterungsbaumaßnahmen.

Auftragsgrundlage

Aufträge durch Politik und Verwaltungsleitung sowie Nutzer der Gebäude und Einrichtungen des Kreises.

Ziele

- Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit sowie Substanzerhaltung der Gebäude des Oberbergischen Kreises im Verhältnis von 1,2% des Gebäudewertes als Instandhaltungsmittel (KGST), um bilanziellen Investitionsstau zu vermeiden,
- Wirtschaftliche Erledigung von Baumaßnahmen durch Einhaltung des vorgegebenen Kostenrahmens.

Zielgruppen

Nutzer der Verwaltungsgebäude, Schulen, Sonderimmobilien des Kreises, Mieter und Vermieter, Auftragnehmer

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.13 Technisches Immobilienmanagement


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.358		-1.500	-1.500	-1.500	-1.500
10	= Ordentliche Erträge	-1.358		-1.500	-1.500	-1.500	-1.500
11	- Personalaufwendungen	570.828	655.924	645.713	651.365	657.203	661.923
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	218	61	63	63	63	63
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.594	22.161	23.596	23.353	23.518	23.556
17	= Ordentliche Aufwendungen	592.640	678.146	669.372	674.781	680.785	685.542
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	591.282	678.146	667.872	673.281	679.285	684.042
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	591.282	678.146	667.872	673.281	679.285	684.042
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	591.282	678.146	667.872	673.281	679.285	684.042
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	29.190	90.549	67.657	63.292	63.699	63.998
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	620.472	768.695	735.529	736.573	742.984	748.039

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Technisches Immobilienmanagement

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.13 Technisches Immobilienmanagement



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.358		-1.500		-1.500	-1.500	-1.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.358		-1.500		-1.500	-1.500	-1.500
10	- Personalauszahlungen	495.700	476.351	465.880		470.539	475.244	479.997
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	495.700	476.351	465.880		470.539	475.244	479.997
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	494.343	476.351	464.380		469.039	473.744	478.497

Beschreibung

Der Landrat nimmt für das Land NRW im eigenen Namen Aufsichtstätigkeiten wahr. Die Kommunalaufsicht hat den Status einer Landesbehörde auf der unteren Ebene der Landesverwaltung („untere staatliche Verwaltungsbehörde“) und ist somit den Weisungen der Bezirksregierung bzw. des Innenministeriums NRW unterworfen.

Die Aufsichtsfunktion der Kommunalaufsicht umfasst folgende Tätigkeiten:

- Allgemeine Aufsicht (Rechtsaufsicht und finanzwirtschaftliche Aufsicht) über die 13 kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie entsprechende Zweckverbände (ASTO, BTV, Zweckverband der Förderschulen, Sparkassen-Zweckverbände)
- Entscheidungen über Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Kommunen sowie über Vereinbarungen zur Interkommunalen Zusammenarbeit
- Bearbeitung von Beschwerden (Petitionen, Eingaben, Vergabebeschwerden, Dienstaufsichtsbeschwerden)
- Disziplinarangelegenheiten der Bürgermeister oder in Einzelfällen der Beamten der Kommunen

Auftragsgrundlage

Gemeindeordnung (GO), Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG), Kreisordnung (KrO), Landesbeamtengesetz (LBG), Landesdisziplinargesetz, Kommunalwahlgesetz

Ziele

Über die Aufsichtsfunktion hinaus:

Beratung der kreisangehörigen Kommunen und Zweckverbände

Zielgruppen

Kreisangehörige Städte und Gemeinden sowie deren Zweckverbände mit Sitz im Oberbergischen Kreis
Bürger, Unternehmen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.14 Kommunalaufsicht



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
11	- Personalaufwendungen	229.856	268.134	279.229	281.039	283.029	283.599
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	299	77	83	83	83	83
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	15.796	17.089	18.231	17.061	17.255	17.199
17	= Ordentliche Aufwendungen	245.951	285.300	297.542	298.182	300.366	300.881
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	245.951	285.300	297.542	298.182	300.366	300.881
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	245.951	285.300	297.542	298.182	300.366	300.881
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	245.951	285.300	297.542	298.182	300.366	300.881
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	14.486	25.535	18.826	17.516	17.563	17.555
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	260.438	310.835	316.368	315.698	317.929	318.437

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kommunalaufsicht

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.14 Kommunalaufsicht

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
10	- Personalauszahlungen	147.743	164.923	171.197		172.909	174.639	176.385
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	147.743	164.923	171.197		172.909	174.639	176.385
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	147.743	164.923	171.197		172.909	174.639	176.385

Beschreibung

Leistungen (Querschnittsaufgaben):

1. Personal- und Organisationsplanung
2. Bearbeitung von Rechtsangelegenheiten
3. Haushaltsplanung und –ausführung

Auftragsgrundlage

zur Sicherstellung eines effizienten Polizeikräfte- und Mitteleinsatzes durch Abdecken eines administrativen Bereiches. Beamten- und Tarifrecht, Waffenrecht, Ordnungswidrigkeiten- und Strafrecht, Vereinswesen- und Versammlungsrecht, Landeshaushaltsordnung, VOL, BGB

Ziele

Im Oberbergischen Kreis sind 10.979 Waffenbesitzkarten ausgestellt. Darin sind insgesamt 9.349 Kurz- und 18.922 Langwaffen registriert. Die Aufbewahrung der Waffen ist bisher nach Inkrafttreten des neuen Waffengesetzes zu 10 % überprüft worden. In den kommenden Jahren wird die Kreispolizeibehörde Oberbergischer Kreis alle übrigen Waffenbesitzer überprüfen. Ab 2008 werden kontinuierlich bis 2015 jährlich rund 750 Waffenbesitzer überprüft.

- Beschränkung der Anzahl von Waffen in Privathand.

Zielgruppen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Organisationseinheiten der Kreispolizeibehörde, übergeordnete Behörden, Bürger, Vereine, Speditionen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.15 Kreispolizeibehörde



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-125.582	-120.000	-120.000	-120.000	-120.000	-120.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-38.566	-38.500	-38.500	-38.500	-38.500	-38.500
10	= Ordentliche Erträge	-164.148	-158.500	-158.500	-158.500	-158.500	-158.500
11	- Personalaufwendungen	604.051	617.690	757.319	762.832	768.737	771.686
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	651	433	444	444	444	444
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.218	1.986	2.354	2.491	2.630	2.697
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	31.758	36.586	38.730	36.764	37.106	36.990
17	= Ordentliche Aufwendungen	637.678	656.695	798.846	802.531	808.917	811.817
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	473.530	498.195	640.346	644.031	650.417	653.317
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	473.530	498.195	640.346	644.031	650.417	653.317
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	473.530	498.195	640.346	644.031	650.417	653.317
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	48.374	52.491	54.640	53.265	53.173	53.067
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	521.904	550.685	694.987	697.296	703.590	706.384

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kreispolizeibehörde

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für polizeiliche Erlaubnisse (insb. waffenrechtliche Erlaubnisse), für polizeiliche Begleitung von Schwertransporten, für Falschalarme (Fehlalarme von Überfall- und Einbruchmeldeanlagen) und sonstige Verwaltungsgebühren (gemäß § 7a der Kostenordnung zu § 77 Verwaltungsvollstreckungsgesetz, insb. polizeiliche Ersatzvornahmen) veranschlagt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* handelt es sich um auf Kostenstellen bewirtschaftete und verrechnete Aufwendungen beispielsweise für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Kostenstelle 100310, Kostenart 523600) sowie für sonstigen Materialverbrauch (Kostenstelle 1214, Kostenart 526800).

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900) für soziale Belange der Polizei sowie der Beitrag (Kostenart 544300) zum IBZ Schloss Gimborn e.V. ausgewiesen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.15 Kreispolizeibehörde


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-131.007	-120.000	-120.000		-120.000	-120.000	-120.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-38.500	-38.500	-38.500		-38.500	-38.500	-38.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-169.507	-158.500	-158.500		-158.500	-158.500	-158.500
10	- Personalauszahlungen	432.840	402.737	493.145		498.077	503.058	508.089
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	35	250	250		250	250	250
15	- sonstige Auszahlungen	6.450	8.181	8.921		8.921	8.921	8.921
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	439.324	411.168	502.316		507.248	512.229	517.260
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	269.817	252.668	343.816		348.748	353.729	358.760

Haushaltsplan 2012

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.386	-37.726	-71.853	-70.554	-72.680	-76.381
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-12.265.889	-15.092.918	-16.870.214	-15.620.616	-15.638.463	-15.836.533
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.401	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-407.690	-618.821	-621.181	-300.700	-283.200	-280.700
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.927.933	-2.551.060	-2.550.360	-2.550.660	-2.550.960	-2.551.260
10	= Ordentliche Erträge	-14.606.299	-18.301.525	-20.114.608	-18.543.530	-18.546.303	-18.745.874
11	- Personalaufwendungen	8.225.888	8.005.909	13.802.655	13.923.523	14.048.247	14.150.491
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.435.448	9.786.506	5.742.917	4.369.897	4.449.147	4.509.047
14	- Bilanzielle Abschreibungen	167.355	704.011	959.524	1.140.330	1.299.966	1.465.026
15	- Transferaufwendungen	32.500	38.800	40.000	40.000	40.000	40.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.881.849	3.513.559	3.661.947	3.294.411	3.157.197	3.077.795
17	= Ordentliche Aufwendungen	20.743.040	22.048.785	24.207.044	22.768.161	22.994.557	23.242.359
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	6.136.741	3.747.260	4.092.436	4.224.631	4.448.254	4.496.485
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	6.136.741	3.747.260	4.092.436	4.224.631	4.448.254	4.496.485
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	6.136.741	3.747.260	4.092.436	4.224.631	4.448.254	4.496.485
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	598.204	934.704	933.940	907.009	907.775	908.096
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	6.734.945	4.681.964	5.026.376	5.131.640	5.356.029	5.404.581

Haushaltsplan 2012

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.386	-3.750	-3.750			-3.750	
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-12.561.747	-15.092.918	-16.870.214		-15.620.616	-15.638.463	-15.836.533
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.174	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-379.278	-618.821	-621.181		-300.700	-283.200	-280.700
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.037.285	-2.551.060	-2.550.360		-2.550.660	-2.550.960	-2.551.260
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-14.982.870	-18.267.549	-20.046.505		-18.472.976	-18.477.373	-18.669.493
10	- Personalauszahlungen	5.975.079	5.582.747	10.026.721		10.126.054	10.226.382	10.327.716
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	9.434.946	9.782.705	5.738.555		4.365.535	4.444.785	4.504.685
14	- Transferauszahlungen	34.500	38.800	40.000		40.000	40.000	40.000
15	- sonstige Auszahlungen	1.564.376	2.181.330	2.249.200		2.002.030	1.848.170	1.773.210
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	17.008.901	17.585.582	18.054.476		16.533.619	16.559.337	16.645.611
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.026.032	-681.967	-1.992.029		-1.939.357	-1.918.036	-2.023.882
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-780.185	-41.500	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-29.725						
23	= investive Einzahlungen	-809.910	-41.500	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	50.624	3.215.000	1.500.000			200.000	800.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.105.370	1.803.735	2.159.031		1.182.100	829.600	720.800
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	17.500						
30	= investive Auszahlungen	1.173.494	5.018.735	3.659.031		1.182.100	1.029.600	1.520.800

Haushaltsplan 2012**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	363.584	4.977.235	3.617.531		1.140.600	988.100	1.479.300

Beschreibung

Diese Produktgruppe besteht aus folgenden Produkten und Teilprodukten:

1.02.01.01 Allgemeine Gefahrenabwehr

1.02.01.01.01 Jagd und Fischerei

1.02.01.02 Gewerbe und Handwerk

1.02.01.02.01 Schornsteinfegeraufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.02.01.01

Allgemeine Gefahrenabwehr

Beschreibung

- Überwachen der Zuverlässigkeit von Personen, die mit Jagdwaffen, Sprengstoff und anderen gefährlichen Stoffen umgehen
- Abnahme von Jäger- und Fischerprüfungen, Erteilen von Jagdscheinen
- Ordnungsbehördliche Einzelaufgaben z.B. zum Schutz der Sonn- und Feiertage oder im Friedhofs- und Bestattungswesen
- Beraten kreisangehöriger Kommunen in ordnungsrechtlichen Angelegenheiten
- Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler ordnungsrechtlicher Entscheidungen, soweit nicht anders zugeordnet

Auftragsgrundlage

Jagdgesetze Bund u. Land sowie Fischereigesetz NRW mit allen Verordnungen, Sprengstoffgesetz, Gefahrstoffverordnung, Chemikalienverbotsverordnung, Sonn- und Feiertagsgesetz NRW, Bestattungsgesetz NRW, Gräbergesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz, Ordnungsbehördengesetz NRW

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Schutz von Wild- und Fischbeständen durch eine geordnete Bewirtschaftung

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler Interessen
- Sicherstellen der Rechtmäßigkeit staatlicher Eingriffe in die Handlungsfreiheit Einzelner

Zielgruppen

Jägerschaft und Eigentümer von Wald- und Wiesenflächen, Fischerei-Interessierte und Eigentümer von Gewässern; Sportschützen, Einzelhandelsbetriebe; allgemeine Bevölkerung, Ordnungsbehörden kreisangehöriger Kommunen

1.02.01.02

Gewerbe und Handwerk

Beschreibung

- Überwachen der Zuverlässigkeit von Gewerbetreibenden insbesondere durch Untersagung des Gewerbes bei nachgewiesener Unzuverlässigkeit sowie Erteilen von Genehmigungen für Finanz- und Immobilienmakler, Ahnden von Verstößen gegen Gewerbe- und Handwerksordnung, Unterstützen der Zollbehörden bei Verdacht auf Schwarzarbeit, Untersagung des Handwerks bei nachgewiesener Unzuverlässigkeit.
- Schornsteinfegeraufsicht:
Überwachen und Unterstützen bei der Erledigung ihrer öffentlichen Aufgaben.
- Beraten kreisangehöriger Kommunen in gewerberechtlichen Angelegenheiten; Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler gewerberechtlicher Entscheidungen

Auftragsgrundlage

Gewerbeordnung, Handwerksordnung, Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung, Schornsteinfegergesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz, Ordnungsbehördengesetz NRW

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Schutz legal arbeitender Gewerbe- und Handwerksbetriebe vor illegaler Konkurrenz

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und kommunaler Interessen,
- Sicherstellen der Rechtmäßigkeit staatlicher Eingriffe in die Gewerbefreiheit von Privatpersonen

Zielgruppen

Gewerbetreibende aller Art, Finanz- und Immobilienmakler, Handwerksbetriebe; Schornsteinfeger; alle kreisangehörigen kommunalen Gewerbebehörden; alle Personen, die gegen Vorschriften der Gewerbe/Handwerksordnung verstoßen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-112.178	-90.300	-97.300	-84.300	-84.300	-91.300
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.940					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-267					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-6.602	-26.300	-25.300	-25.300	-25.300	-25.300
10	= Ordentliche Erträge	-120.987	-116.600	-122.600	-109.600	-109.600	-116.600
11	- Personalaufwendungen	321.678	328.463	387.995	390.691	393.609	394.827
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.598	5.151	5.941	5.941	5.941	5.941
14	- Bilanzielle Abschreibungen	7.265	5.215	5.857	6.191	6.529	6.692
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	44.607	48.875	51.499	46.949	47.539	47.355
17	= Ordentliche Aufwendungen	377.149	387.705	451.292	449.772	453.618	454.815
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	256.162	271.105	328.692	340.172	344.018	338.215
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	256.162	271.105	328.692	340.172	344.018	338.215
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	256.162	271.105	328.692	340.172	344.018	338.215
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-73.525	-121.593	-82.646	-78.138	-78.670	-79.035
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	95.362	162.236	110.398	103.260	103.556	103.768
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	277.999	311.748	356.444	365.295	368.904	362.948

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Ordnungsbedürftige Tätigkeiten

Erträge der Produktgruppe ‚*Ordnungsbedürftige Tätigkeiten*‘ bestehen einerseits aus *Buß- Zwangs- und Verwarnungsgeldern*, die bei der Ahndung von Gesetzesverstößen z.B. gegen die Vorschriften der Handwerks- oder Gewerbeordnung festgesetzt werden (Kostenart 452110-452130). Andererseits werden als Leistungsentgelt Verwaltungsgebühren eingenommen, z.B. für das Erteilen einer Sprengstofflaubnis oder eines Jagdscheins. Die Gebühreneinnahmen können immer nur Teilbereiche der Produktgruppe finanzieren. Sachaufwendungen entstehen insbesondere für die Durchführung von Jäger- und Fischerprüfungen. Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich tätige Personen (z.B. im Kreisjagdbeirat oder als Fischereiberater) werden unter sonstige ordentliche Aufwendungen erfasst.

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Gebühren nach dem Sprenggesetz, Jagdscheingebühren, Gebühren für Jägerprüfungen u.a., Gebühren für Fischerprüfungen u. a., Verwaltungsgebühren für Gewerbesachen und Verwaltungsgebühren Schornsteinfeger gesammelt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten der Durchführung der Jäger- und der Fischereiprüfungen (Kostenart 524900). Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Beschäftigte (Kreisjagdbeirat, Fischereiberater, Kostenart 542800) erfasst. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-112.959	-90.300	-97.300		-84.300	-84.300	-91.300
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.940						
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-87						
7	+ Sonstige Einzahlungen	-41.149	-26.300	-25.300		-25.300	-25.300	-25.300
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-156.135	-116.600	-122.600		-109.600	-109.600	-116.600
10	- Personalauszahlungen	219.921	209.586	246.609		249.074	251.565	254.081
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.906	6.220	11.600		11.600	11.600	11.600
15	- sonstige Auszahlungen	13.574	11.520	12.730		12.740	12.740	12.740
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	235.401	227.326	270.939		273.414	275.905	278.421
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	79.266	110.726	148.339		163.814	166.305	161.821

Beschreibung

- Kontrollen und Probeentnahmen in Betrieben, in denen Lebensmittel, Bedarfsgegenstände, Kosmetika und Tabakerzeugnisse hergestellt, behandelt und in Verkehr gebracht werden
- Schlachtier- und Fleischuntersuchung
- Überwachung des Verkehrs mit Tierarzneimitteln und Futtermitteln

Auftragsgrundlage

Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch, Tierschutzgesetz, Fleischbeschausatzung des Oberbergischen Kreises, Fleischhygienegesetz, Arzneimittelgesetz, Verordnung (EG) 178/2002, Verordnung (EG) 852/2004, Verordnung (EG) 853/2004

Ziele

- Durchführung von Betriebskontrollen (100 %)
- Durchführung der Probenentnahmen (100 %)

Zielgruppen

Gewerbetreibende auf allen Stufen der Herstellung, Behandlung und Verarbeitung von Lebensmitteln und Futtermitteln; Landwirte, Tierärzte, Tierheilpraktiker, Verbraucher, Inhaber von Schlachtbetrieben, Jäger, amtl. Kontrollpersonal

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.02 Verbraucherschutz



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-150.578	-169.000	-155.000	-155.000	-155.000	-155.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.933	-3.300	-3.300	-3.300	-3.300	-3.300
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-11.998	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
10	= Ordentliche Erträge	-164.509	-177.300	-163.300	-163.300	-163.300	-163.300
11	- Personalaufwendungen	605.110	594.003	665.965	670.902	676.019	680.031
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	385.069	395.505	430.521	462.521	497.521	535.521
14	- Bilanzielle Abschreibungen	394	4.181	4.803	5.094	5.379	5.565
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	64.619	71.429	76.966	76.428	76.855	76.950
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.055.192	1.065.117	1.178.255	1.214.945	1.255.773	1.298.067
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	890.683	887.817	1.014.955	1.051.645	1.092.473	1.134.767
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	890.683	887.817	1.014.955	1.051.645	1.092.473	1.134.767
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	890.683	887.817	1.014.955	1.051.645	1.092.473	1.134.767
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-24.822	-36.060	-25.591	-24.388	-24.590	-24.755
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	59.377	96.213	72.901	68.799	68.869	69.185
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	925.239	947.970	1.062.266	1.096.057	1.136.752	1.179.197

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Verbraucherschutz

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100, z.B. Fleischschau) sowie für zusätzliche amtliche Kontrollen abgebildet. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/ -umlage* stellt die Erstattungen (Kostenart 442900) von Kosten im Bereich der Lebensmitteluntersuchungen dar. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* werden Verwarnungsgelder (Kostenart 452130) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* wird der Ankauf und insbesondere die Untersuchungen (Kostenart 529908) von Lebensmitteln und Bedarfgegenständen abgedeckt. Darüber hinaus werden hier die Kosten für den laufenden Laborbedarf, für Verbraucherschutz und regionale Vermarktung (Kostenart 524905) sowie für den Kurierdienst (Kostenart 529909) veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich in erster Linie um Gebührenaussgaben (Kostenart 542300) für bakteriologische Fleischuntersuchungen und BSE-Pflichttests, aber auch um die Kosten der Vergütung für externe Sachverständige (Kostenart 542907) sowie der Materialbeschaffung (Kostenart 543110) im Rahmen der Fleischschauung und Kosten im Rahmen der Untersuchung von Futtermittelproben (543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung sowie anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.02 Verbraucherschutz

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-155.127	-169.000	-155.000		-155.000	-155.000	-155.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.766	-3.300	-3.300		-3.300	-3.300	-3.300
7	+ Sonstige Einzahlungen	-11.893	-5.000	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-168.785	-177.300	-163.300		-163.300	-163.300	-163.300
10	- Personalauszahlungen	555.251	469.106	502.880		506.976	511.114	515.293
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	477.141	395.380	430.380		462.380	497.380	535.380
15	- sonstige Auszahlungen	26.754	32.670	35.080		35.080	35.080	35.080
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.059.146	897.156	968.340		1.004.436	1.043.574	1.085.753
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	890.361	719.856	805.040		841.136	880.274	922.453
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		1.800	1.800		1.800	1.800	1.800
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	17.500						
30	= investive Auszahlungen	17.500	1.800	1.800		1.800	1.800	1.800
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	17.500	1.800	1.800		1.800	1.800	1.800

Beschreibung

- Überwachung von Tierhaltungen und Tierhandel gemäß tierseuchenrechtlicher Bestimmungen
- Maßnahmen gegen die allgemeine und die besondere Seuchengefahr
- Überwachung von Tierhaltungen, -zuchten, -handel und -transporten gemäß Tierschutzgesetz
- Vorbeugende und akute Maßnahmen zum Schutz der Tiere
- Überwachung, Entsorgung und ggf. Verwertung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen
- Zuchtberatung, Förderung und Vermarktung von Zuchttieren, Ausrichtung von Tierschauen

Auftragsgrundlage

Tierseuchengesetz, Tierschutzgesetz, Landeshundegesetz, Tierzuchtgesetz, Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz, VO (EG) 1774/2002

Ziele

Zielgruppen

Tierhalter, Tierhändler, Tiertransporteure, Tierärzte, Verbraucher, Jäger, Schädlingsbekämpfer, Landwirte, Inhaber von Schlachtbetrieben, amtl. Kontrollpersonal, Gastronomiebetriebe, Tierzüchter

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.03 Tiergesundheit



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-35.563	-17.000	-28.000	-28.000	-28.000	-28.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-6.530	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.210	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
10	= Ordentliche Erträge	-39.883	-31.000	-42.000	-42.000	-42.000	-42.000
11	- Personalaufwendungen	596.164	560.446	527.800	532.679	537.671	542.129
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	446.298	470.973	471.526	468.526	468.526	468.526
14	- Bilanzielle Abschreibungen	767	725	500	500	500	500
15	- Transferaufwendungen	23.000	22.310	23.000	23.000	23.000	23.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	50.672	66.608	55.164	54.726	55.074	70.651
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.116.901	1.121.062	1.077.991	1.079.431	1.084.771	1.104.807
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.077.018	1.090.062	1.035.991	1.037.431	1.042.771	1.062.807
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.077.018	1.090.062	1.035.991	1.037.431	1.042.771	1.062.807
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.077.018	1.090.062	1.035.991	1.037.431	1.042.771	1.062.807
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	32.980	56.562	40.814	38.223	38.323	38.426
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.109.999	1.146.624	1.076.805	1.075.654	1.081.094	1.101.233

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Tiergesundheit

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Bescheinigungen nach dem Tierseuchengesetz sowie Gebühren nach dem Tierschutzgesetz, Landeshundesgesetz u. a. abgewickelt. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen/ -umlage* erfasst die Erstattung von Kosten zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 442900) sowie die Fahrtkostenerstattung durch Zuchtvereine. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* werden Verwarnungsgelder und Zwangsgelder (Kostenart 452130 und 452120) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Kosten für die Unterhaltung (Kostenart 523600) der Medizinischen Geräte und sonstige Gebrauchsgegenstände erfasst, aber auch die Kosten der Unterhaltung und Reinigung der Wildsammelstellen (Kostenart 523300 u. 523720) sowie die Sachkosten des Kreistierzuchtberaters (Kostenart 526800), die Kosten der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 524902), die Beschaffung von Mitteln u. Verbrauchsmaterialien zur Tierseuchenbekämpfung (Kostenart 524903) und sonstige Aufwendungen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung (z. B. TSE-Monitoring), die Kosten der Kurierdienste (Kostenart 529909) und insbesondere die Kosten der Tierkörperbeseitigung nach dem TierNebG (Kostenart 529910). Der Oberbergische Kreis hat hier einen Vertrag über die Entsorgungskosten mit der Fa. Secanim geschlossen. Ferner werden hier die über die Kostenstelle 1415 bewirtschafteten Aufwendungen der Restabwicklung TBA Bergisch-Born dargestellt (Kostenart 528901).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind die Mittel für die Förderung der Viehzucht und für sonstige landwirtschaftliche Belange sowie Zuschüsse zu Körungen und Prämien veranschlagt (Kostenart 531900). Durch gezielte Maßnahmen sollen die Kreisfördermittel zum Zweck der Sicherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der tierhaltenden Betriebe verwendet werden.

Über die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Leistungen/Vergütungen von externen Sachverständigen (Kostenart 542907, z. B. im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung oder Bekämpfung der Blauzungenkrankheit) verausgabt, diese Personen werden je nach Bedarf im Auftrag des Amtstierarztes zur Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen tätig. Des Weiteren sind hier Geschäftsaufwendungen für Aufgaben nach dem Tierschutzgesetz (Kostenart 543900) sowie für Dienst- und Schutzkleidung (Kostenart 541600) angesetzt. Im Übrigen sind die Kosten der Tierschau (Kostenart 549900) im Jahr 2011 veranschlagt, welche i. d. R. alle vier Jahre durchgeführt wird. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige

Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.03 Tiergesundheit



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-38.379	-17.000	-28.000		-28.000	-28.000	-28.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-982	-8.000	-8.000		-8.000	-8.000	-8.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.360	-6.000	-6.000		-6.000	-6.000	-6.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-41.721	-31.000	-42.000		-42.000	-42.000	-42.000
10	- Personalauszahlungen	515.143	408.517	393.185		397.117	401.088	405.099
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	448.628	470.790	471.330		468.330	468.330	468.330
14	- Transferauszahlungen	23.000	22.310	23.000		23.000	23.000	23.000
15	- sonstige Auszahlungen	12.911	28.520	13.680		13.680	13.680	29.180
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	999.682	930.137	901.195		902.127	906.098	925.609
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	957.961	899.137	859.195		860.127	864.098	883.609
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	495	4.500					
30	= investive Auszahlungen	495	4.500					
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	495	4.500					

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.02.04.01 Verkehrsregelung und -lenkung

1.02.04.02 Überwachung des fließendes Verkehrs

1.02.04.02.01 Polizeiliche Geschwindigkeitsanzeigen

1.02.04.02.02 Geschwindigkeitsüberwachung

1.02.04.03 Verkehrsrechtliche Genehmigungen

1.02.04.04 Verkehrserziehung und -aufklärung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.02.04.01

Verkehrsregelung und -lenkung

Beschreibung

- Entscheidung über Verkehrszeichen und –einrichtungen
- Geschäftsführung in der Unfallkommission zur Beseitigung von Unfallhäufungspunkten
- Verkehrslenkungsmaßnahmen im Baustellen- und Veranstaltungsbereich

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrs-Ordnung (StVO), Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), verschiedene Richtlinien, Zuständigkeitsregelung des Landes NRW

Ziele

- Verkehrsregelungs- und -lenkungsmaßnahmen zur Erhaltung der Verkehrssicherheit im Straßenverkehr
- Zeitnahe sach- und fachgerechte Reaktion gegenüber Kommunen und Unternehmen
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Allgemeinheit, Interessengruppen, Einzelpersonen, Bauunternehmer, kreisangehörige Städte und Gemeinden

1.02.04.02

Überwachung des fließenden Verkehrs

Beschreibung

- Prüfung der Anträge von u.a. Bürgern und Behörden zur Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen sowie Festlegung dieser Messstellen im Benehmen mit der Polizei
- Feststellung und Ahndung von Geschwindigkeitsüberschreitungen an Unfallhäufungspunkten, unfallkritischen Strecken, gefährdeten und besonders schutzwürdigen Bereichen (z. B. an Spielplätzen, Schulen, Schulwegen, Kindergärten, Altenheimen)
- Ahndung der von der Polizei und anderen Behörden vorgelegten Ordnungswidrigkeitenverfahren (z. B. Verkehrsunfälle, Alkohol- und Betäubungsmittelverstöße, Überschreitung von Lenkzeiten, Verstöße gegen die Beförderung gefährlicher Güter)
- Vertretung des Kreises vor den Amtsgerichten

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrsgesetz, Straßenverkehrsordnung, Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, Fahrpersonalgesetz, Ordnungsbehördengesetz, Gefahrgutgesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele

Senkung des Geschwindigkeitsniveaus und Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Rückgang der Verkehrsunfallzahlen

Zielgruppen

Antragsteller sowie mittelbar oder unmittelbar betroffene Verkehrsteilnehmer

1.02.04.03

Verkehrsrechtliche Genehmigungen

Beschreibung

- Erteilung / Entziehung von Erlaubnissen für den gewerblichen Güterkraftverkehr, von EG-Lizenzen und von Genehmigungen für den gewerblichen Taxen- und Mietwagenverkehr
- Erteilung von Erlaubnissen und Ausnahmegenehmigungen für Großraum- und Schwertransporte
- Erteilung von Ausnahmegenehmigungen von straßenverkehrsrechtlichen Vorgaben

Auftragsgrundlage

Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG), Personenbeförderungsgesetz (PBefG), Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft), Straßenverkehrsordnung (StVO), Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO)

Ziele

- Gewährleistung des gewerblichen Kraft- und Personenbeförderungsverkehrs durch zuverlässige und wirtschaftlich leistungsfähige Unternehmen; zudem Vorgaben bei den Transportgeschäften zur Vermeidung von Verkehrsbehinderungen
- Hilfestellung für Personen im Straßenverkehr mit besonderen Ausrichtungen
- Zeitnahe sach- und fachgerechte Reaktion gegenüber Unternehmen und Fachbehörden
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Gewerbliche Unternehmer des Personenbeförderungsverkehrs und des Güterkraftverkehrs, Allgemeinheit, Interessengruppen, Einzelpersonen, Handwerker, Menschen mit Behinderung, Fahrzeughalter

1.02.04.04

Verkehrserziehung und -aufklärung

Beschreibung

- Durchführung von Verkehrssicherheitsaktionen, Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung der Verkehrssicherheitsarbeit der Kreispolizei und der Kreisverkehrswacht

Auftragsgrundlage

Gemeinsamer Runderlass des IM NRW und des MSV NRW

Ziele

- Verbesserung des Kenntnisstandes der Bevölkerung aller Altersgruppen bezogen auf medizinische, wissenschaftliche, unfallrelevante Neuerungen in der Verkehrssicherheitsarbeit; unter besonderer Sensibilisierung der Autofahrer gegenüber den schwächeren Verkehrsteilnehmern
- Intensivierung der Seniorenarbeit im Straßenverkehr ab 2008 ff
- Erhöhung der Zahl der entsprechenden Veranstaltungen

Zielgruppen

Alle am öffentlichen Straßenverkehr Beteiligten

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.386	-3.750	-3.750		-3.750	
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-196.170	-175.000	-183.000	-183.000	-183.000	-183.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-4.033					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.885.111	-2.500.500	-2.500.500	-2.500.500	-2.500.500	-2.500.500
10	= Ordentliche Erträge	-2.086.700	-2.679.250	-2.687.250	-2.683.500	-2.687.250	-2.683.500
11	- Personalaufwendungen	1.140.357	1.184.346	1.197.798	1.207.276	1.217.255	1.223.678
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	71.756	123.723	125.468	117.968	125.468	117.968
14	- Bilanzielle Abschreibungen	59.955	13.403	13.667	17.018	17.397	17.816
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	343.933	384.406	400.512	359.032	362.525	361.463
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.616.001	1.705.877	1.737.446	1.701.295	1.722.646	1.720.925
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-470.699	-973.373	-949.804	-982.205	-964.604	-962.575
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-470.699	-973.373	-949.804	-982.205	-964.604	-962.575
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-470.699	-973.373	-949.804	-982.205	-964.604	-962.575
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-160.696	-261.438	-304.187	-305.661	-306.899	-307.475
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	248.362	355.065	408.405	406.856	407.680	407.911
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-383.032	-879.745	-845.587	-881.010	-863.823	-862.139

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Verkehrsangelegenheiten

Die Produktgruppe „1.02.04 Verkehrsangelegenheiten“ umfasst Aufgabenbereiche vom Amt 30 (Rechtsamt) und Amt 36 (Straßenverkehrsamt).

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* weist Zuweisungen vom Land im Rahmen der Verkehrserziehung, z.B. für den Verkehrssicherheitstag aus (Kostenart 414200). In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* [Produkt: 1.02.04.03 Verkehrsrechtliche Genehmigungen] sind die Gebühren (Kostenart 431100) für den gewerblichen Personen- und Güterverkehr, Großraum- und Schwerverkehr, Veranstaltungen sowie Baustellen (Anordnungsbefugnis Amt 36) veranschlagt, sowie Gebühren für Aktenversendungen (Amt 30). Bei den *Erträgen aus Kostenerstattung/-umlage* handelt es sich um Personalkostenerstattungen von Gemeinden für vom Oberbergischen Kreis übertragene Aufgaben im Bereich der verkehrsrechtlichen Genehmigungen [Produkt: 1.02.04.03].

Unter der Kontengruppe *sonstige ordentliche Erträge* [Produkt: 1.02.04.02 Überwachung des fließenden Verkehrs] sind folgende Einnahmen/Erträge (Kostenart 452110 u. 452130, Anordnungsbefugnis Amt 30) ausgewiesen:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Bußgelder wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten | 800.000 € |
| 2. Bußgelder aus mobiler und stationärer Geschwindigkeitsüberwachung | 500.000 € |
| 3. Verwarngelder aus mobiler und stationärer Geschwindigkeitsüberwachung | 1.200.000 € |

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei den *Transferaufwendungen* handelt es sich um einen Zuschuss zur Unterstützung der Kreispolizei und der Kreisverkehrswacht, welcher alle 2 Jahre zur Auszahlung kommt (Kostenart 531900).

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten für Entgelte an Dritte für Filmentwicklung (Kostenart 529913) sowie die Unterhaltungskosten (Kostenart 523300) der Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen (Amt 30). Des weiteren sind hier die Betriebskosten (Kostenart 523400) des Verkehrsinformationsbusses, die Kosten im Rahmen der Verkehrssicherung und -lenkung (Kostenart 529100), insbesondere der Durchführung des Verkehrs-

sicherheitstages (Kostenart 524900) sowie die Kosten im Rahmen der Verkehrserziehung (Kostenart 529100) zur Unterstützung der Kreispolizeibehörde und der Verkehrswacht Oberbergischer Kreis veranschlagt (Amt 36).

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Leasingkosten (Kostenart 542200) des Geschwindigkeitsmesssystems sowie das Material (Kostenart 543110) für die Geschwindigkeitsüberwachung und die Kosten im Zusammenhang mit der Entschädigung für die Durchführung von Fahrzeugführerermittlungen bzw. Zwangsstilllegungen erfasst (Kostenart 541905, Amt 30). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.386	-3.750	-3.750			-3.750	
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-196.640	-175.000	-183.000		-183.000	-183.000	-183.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-2.942						
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.955.203	-2.500.500	-2.500.500		-2.500.500	-2.500.500	-2.500.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.156.171	-2.679.250	-2.687.250		-2.683.500	-2.687.250	-2.683.500
10	- Personalauszahlungen	887.760	815.646	816.201		824.363	832.606	840.932
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	69.085	127.990	129.570		122.070	129.570	122.070
15	- sonstige Auszahlungen	43.122	52.560	52.690		37.710	37.730	37.750
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	999.967	996.196	998.461		984.143	999.906	1.000.752
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.156.205	-1.683.054	-1.688.789		-1.699.357	-1.687.344	-1.682.748
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		91.350	43.000		1.000	1.000	1.000
30	= investive Auszahlungen		91.350	43.000		1.000	1.000	1.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)		91.350	43.000		1.000	1.000	1.000

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5300010 Digitaltechnik										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		90.000	42.000					90.000	132.000
13	= Summe Auszahlungen		90.000	42.000					90.000	132.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		90.000	42.000					90.000	132.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investitionen / Ersatzbeschaffungen** im Rahmen der Geschwindigkeitsüberwachung. Die Nassfilmtechnik wird bei 3 mobilen und 2 stationären Überwachungskameras durch Digitaltechnik ersetzt.

Die Kosten *Digitaltechnik* belasten (i.d.R. über AfA) das Produkt 1.02.04.02 "Überwachung des fließenden Verkehrs" zu 100%.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.300010* abgewickelt.

Beschreibung

- Erteilung, Verlängerung, Entziehung und Versagung von Fahrerlaubnissen
- Maßnahmen zur Fahrerlaubniserteilung auf Probe und im Punktesystem
- Maßnahmen zur Überprüfung der Kraftfahreignung
- Umtausch in den EU-Kartenführerschein
- Ausgabe von Fahrerkarten
- Erteilung von Fahrlehr- und Fahrschulerlaubnissen sowie Überwachung der Fahrschulen

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrsgesetz (StVG), Fahrerlaubnisverordnung (FeV), Verordnung zur Durchführung des Fahrpersonalgesetzes, EU-Führerscheinrichtlinien, Verordnung über den internationalen Kraftverkehr, Fahrlehrergesetz inkl. Durchführungsverordnungen

Ziele

- Gewährleistung der ordnungsgemäßen Ausbildung und Prüfung von Fahrerlaubnisbewerbern einschließlich ihrer Ausbilder zur konfliktfreien Mitwirkung am öffentlichen Straßenverkehr; des weiteren Entscheidungen über die Eignung von Kraftfahrzeugführern im Straßenverkehr; Schutz der Allgemeinheit vor ausgehenden Gefahren von ungeeigneten Verkehrsteilnehmern
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Fahrerlaubnisbewerber bzw. -inhaber, Bewerber bzw. Inhaber von Fahrgastbeförderungsscheinen, Personen mit Eignungsmängeln, Fahrlehrer und Fahrschulinhaber

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-511.676	-420.000	-450.000	-450.000	-450.000	-450.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-23.000	-23.000			
10	= Ordentliche Erträge	-511.676	-443.000	-473.000	-450.000	-450.000	-450.000
11	- Personalaufwendungen	478.723	512.807	531.465	536.126	540.939	544.843
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.717	20.072	20.160	2.160	2.160	2.160
14	- Bilanzielle Abschreibungen	4.585					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	229.499	259.615	271.984	251.011	253.715	252.859
17	= Ordentliche Aufwendungen	720.524	792.494	823.610	789.297	796.814	799.862
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	208.848	349.494	350.610	339.297	346.814	349.862
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	208.848	349.494	350.610	339.297	346.814	349.862
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	208.848	349.494	350.610	339.297	346.814	349.862
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	45.886	89.669	101.115	100.180	100.433	100.537
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	254.734	439.163	451.725	439.477	447.248	450.400

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Fahr- und Beförderungserlaubnisse

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Gebühren (Kostenart 431100) für den Bereich Führerschein- und Fahrlehrerwesen abgebildet.

Bei den *Kostenerstattungen und Kostenumlagen* handelt es sich ausschließlich um die Erstattung der Kosten der Fahrschulüberprüfungen inkl. Verwaltungsgebühren durch die Fahrschulinhaber (neu ab 2011). Den Einnahmen stehen durch die Vergabe der Fahrschulüberprüfungen an externe Dritte *Aufwendungen* für andere sonst. *Sach- und Dienstleistungen* (Kostenart 529900) gegenüber.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind andere sonstige Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900) wie Kosten für den Druck der Karten, Führerscheine, Fahrerkarten etc. veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-501.829	-420.000	-450.000		-450.000	-450.000	-450.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen		-23.000	-23.000				
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-501.829	-443.000	-473.000		-450.000	-450.000	-450.000
10	- Personalauszahlungen	410.662	363.253	383.869		387.708	391.585	395.501
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.320	18.100	18.100		100	100	100
15	- sonstige Auszahlungen	61.655	80.000	80.000		80.000	80.000	80.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	474.637	461.353	481.969		467.808	471.685	475.601
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-27.192	18.353	8.969		17.808	21.685	25.601



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.02.06.01 Zulassung

1.02.06.02 Überwachung der Halterhaftung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.02.06.01

Zulassung

Beschreibung

Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen einschließlich

- Ausnahmegenehmigungen für Sonderfahrzeuge
- Internationale Zulassungen
- Änderung der Fahrzeugpapiere
- Sonderkennzeichen

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG), Ministerielle Richtlinien, EG-Richtlinien, Fahrzeugzulassungsverordnung (FZV)

Ziele

- Kennzeichnung von Fahrzeugen zur Unterbindung von Schädigungen, Gefährdungen und Belästigungen durch Fahrzeuge gegenüber der Allgemeinheit
- Erhaltung eines aktuellen Datenbestandes
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Fahrzeughalter, Kfz-Händler, Kennzeicheninhaber

1.02.06.02

Überwachung der Halterhaftung

Beschreibung

Vorbeugende Maßnahmen bis hin zur Zwangstilllegung in den Bereichen

- fehlender Versicherungsschutz
- Kfz-Steuerückstand
- Nichtbeseitigung von Fahrzeugmängeln
- nicht vorgenommener Umschreibung des Fahrzeuges

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG), Pflichtversicherungsgesetz (PflversG), Fahrzeugzulassungsverordnung (FZV)

Ziele

- Sicherstellung, dass nur die Fahrzeuge sich im Straßenverkehr bewegen, die den geltenden Bestimmungen (wie Versicherung etc.) entsprechen
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Fahrzeughalter, Kennzeicheninhaber

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.06 Kfz-Angelegenheiten



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.506.612	-2.511.000	-2.586.000	-2.586.000	-2.586.000	-2.586.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.231	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-51.117	-24.400	-150	-150	-150	-150
10	= Ordentliche Erträge	-2.558.959	-2.536.400	-2.587.150	-2.587.150	-2.587.150	-2.587.150
11	- Personalaufwendungen	1.058.398	1.091.769	1.100.993	1.111.505	1.122.202	1.132.278
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	52.484	44.478	40.448	40.448	40.448	40.448
14	- Bilanzielle Abschreibungen	52.495					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	506.474	644.067	660.074	607.498	614.276	612.129
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.669.851	1.780.314	1.801.516	1.759.451	1.776.926	1.784.856
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-889.108	-756.086	-785.634	-827.699	-810.224	-802.294
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-889.108	-756.086	-785.634	-827.699	-810.224	-802.294
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-889.108	-756.086	-785.634	-827.699	-810.224	-802.294
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	114.809	221.064	248.759	246.860	247.528	247.808
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-774.299	-535.022	-536.875	-580.839	-562.696	-554.486

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kfz-Angelegenheiten

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Gebühren (Kostenart 431100) für den Bereich Kfz-Zulassung bzw. Kfz-Abmeldungen, Verwaltungsgebühren für fehlenden Versicherungsschutz sowie sonstige Gebühren für Aufgabenerledigungen im Mängel-, Halterwechsel- und Sicherungsübereignungsbereich veranschlagt.

Über die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden die Verkaufserlöse (Kostenart 441100) Kfz-Kennzeichen abgewickelt. In der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* sind hauptsächlich Erstattungen vom Land (Kostenart 442200, Verwaltungskostenbeteiligung zur Durchführung der VMZbV) ausgewiesen. Des weiteren sind in der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* Einnahmen durch Werbung (Kostenart 459100) im Straßenverkehrsamt veranschlagt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten für Mikroverfilmung (Kostenart 529100) sowie die Kostenerstattungen an Gemeinden (Kostenart 525300) im Rahmen der Amtshilfe. Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind insbesondere Kosten für Zulassungsbescheinigungen (vormals Plaketten, Kfz-Briefe), Karten-Führerscheine, Fahrerkarten, usw. abgebildet (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.06 Kfz-Angelegenheiten



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.473.829	-2.511.000	-2.586.000		-2.586.000	-2.586.000	-2.586.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.004	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-51.117	-24.400	-150		-150	-150	-150
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.525.949	-2.536.400	-2.587.150		-2.587.150	-2.587.150	-2.587.150
10	- Personalauszahlungen	1.004.200	821.157	836.174		844.536	852.981	861.511
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	37.547	39.400	35.150		35.150	35.150	35.150
15	- sonstige Auszahlungen	90.386	165.000	150.000		150.000	150.000	150.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.132.133	1.025.557	1.021.324		1.029.686	1.038.131	1.046.661
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.393.816	-1.510.843	-1.565.826		-1.557.464	-1.549.019	-1.540.489

Beschreibung

In der Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.02.07.01 Einwohnerangelegenheiten
1.02.07.01.01 Einbürgerungen

1.02.07.02 Regelung des Aufenthalts von Ausländern
1.02.07.02.01 Humanitäre Aufenthalte

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.02.07.01

Einwohnerangelegenheiten

Beschreibung

1. Bearbeiten aller Fragen zur deutschen Staatsangehörigkeit und Namensänderungen, insbesondere
 - Vornahme/Ablehnen von Einbürgerungen
 - Feststellen der deutschen Staatsangehörigkeit
 - Ausstellen von Urkunden über die deutsche Staatsangehörigkeit
 - Durchführen von Namensänderungen öffentlich-rechtlicher Art
2. Standesamtsaufsicht:
Unterstützen und Überwachen der Tätigkeit aller Standesämter im Kreisgebiet
3. Beraten kreisangehöriger Kommunen in melde-, ausweis- und passrechtlichen Angelegenheiten;
Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler melde-, ausweis- und passrechtlicher Entscheidungen

Auftragsgrundlage

Staatsangehörigkeitsgesetz, Namensänderungsgesetz; Personenstandsgesetz; Meldegesetze Bund und Land, Personalausweis- und Passgesetz, jeweils mit allen Verordnungen; Ordnungsbehördengesetz NRW, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Erleichtern der eindeutigen Identifizierung Einzelner durch die Einhaltung klarer Vorgaben zu Namen, Staatsangehörigkeit, Ausweisen und Anschriften

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler Interessen
- Sicherstellen der einheitlichen Arbeitsweise aller Standesämter, Melde-, Ausweis- und Passbehörden der kreisangehörigen Kommunen

Zielgruppen

Einbürgerungswillige ausländische Personen sowie alle deutschen Einwohner und Einwohnerinnen des Kreisgebietes, die Standesämter, Melde-, Ausweis- und Passbehörden aller kreisangehöriger Kommunen

1.02.07.02

Regelung des Aufenthalts von Ausländern

Beschreibung

Vollzug aller aufenthaltsrechtlichen Regelungen des Bundes im Kreisgebiet, insbesondere Erteilen/Ablehnen von Aufenthaltsgenehmigungen zu unterschiedlichen Aufenthaltswegen (Familienzusammenführung, Erwerbstätigkeit, Studium usw), Verpflichten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen, Entgegennahme von Unterhaltsverpflichtungserklärungen, Durchführen aufenthaltsbeendender Maßnahmen soweit erforderlich

Auftragsgrundlage

Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet - mit allen Verordnungen und internationalen Abkommen; Freizügigkeitsgesetz für Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union; Asylverfahrensgesetz; Ordnungsbehördengesetz NRW, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Steuern und Begrenzen des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik; Gestalten der Zuwanderung u.a. durch Fördern integrativer Maßnahmen und Erfüllen humanitärer Verpflichtungen

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler und wirtschaftlicher Interessen
- bedarfsorientierte Entscheidungen, die unter Beachtung aller gesetzlichen und gerichtlichen Vorgaben durchgesetzt werden

Zielgruppen

Alle im Kreisgebiet lebenden ausländischen Personen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-157.199	-127.500	-198.000	-185.500	-185.500	-185.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-43.908	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.085	-500	-500	-500	-500	-500
10	= Ordentliche Erträge	-202.192	-136.000	-206.500	-194.000	-194.000	-194.000
11	- Personalaufwendungen	1.000.126	1.027.564	1.105.013	1.113.081	1.121.715	1.126.073
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.093	1.524	6.145	6.145	6.145	6.145
14	- Bilanzielle Abschreibungen	12.395					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	149.312	216.044	374.969	355.527	357.397	356.815
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.164.927	1.245.133	1.486.127	1.474.753	1.485.258	1.489.034
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	962.735	1.109.133	1.279.627	1.280.753	1.291.258	1.295.034
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	962.735	1.109.133	1.279.627	1.280.753	1.291.258	1.295.034
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	962.735	1.109.133	1.279.627	1.280.753	1.291.258	1.295.034
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	81.263	153.960	115.354	108.370	108.716	108.988
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.043.998	1.263.093	1.394.981	1.389.123	1.399.974	1.404.021

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen



Erträge der Produktgruppe ‚Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen‘ bestehen weit überwiegend aus Verwaltungsgebühren, die als Leistungsentgelt für eine Einbürgerung oder das Erteilen einer Aufenthaltserlaubnis erhoben werden. Gelegentlich werden Kosten erstattet, die anlässlich einer Amtshilfe für andere Behörden entstehen, oder bei Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht Buß- und Verwarnungsgelder festgesetzt. Die Gebühreneinnahmen können immer nur Teilbereiche der Produktgruppe finanzieren. Sachaufwendungen entstehen insbesondere durch ärztliche Begutachtungen, die in Einzelfällen zur Überprüfung eines Aufenthaltsrechtes eingeholt werden müssen.

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Gebühren nach dem Aufenthaltsgesetz sowie die Gebühren für Staatsangehörigkeitswesen (z.B. Einbürgerungen) erfasst. Die Kontengruppe *Kostenerstattungen* umfasst Einnahmen im Zusammenhang mit dem Ersatz von Abschiebekosten und Sicherheitsleistungen (Kostenart 442900). Bei den *Sonstigen ordentlichen Erträgen* handelt es sich um Verwarnungsgelder (Kostenart 452130).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich um die anteiligen Kosten für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Bewirtschaftung über Kostenstelle 101321, Kostenart 523600).

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Kosten für Ausländerangelegenheiten (Kostenart 542900, z.B. Humanitäre Hilfen, Dolmetscher, ärztliche Gutachten, etc.), für die Erstattungen von Einbürgerungsgebühren (Kostenart 549900) sowie für die Vordrucke der Bundesdruckerei (Kostenart 543913) dargestellt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, Kfz-Kosten, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-156.273	-127.500	-198.000		-185.500	-185.500	-185.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-16.421	-8.000	-8.000		-8.000	-8.000	-8.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.085	-500	-500		-500	-500	-500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-173.779	-136.000	-206.500		-194.000	-194.000	-194.000
10	- Personalauszahlungen	720.361	674.833	720.688		727.895	735.174	742.526
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	70						
15	- sonstige Auszahlungen	24.486	78.690	227.500		222.500	222.500	222.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	744.917	753.523	948.188		950.395	957.674	965.026
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	571.139	617.523	741.688		756.395	763.674	771.026
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	34.710						
30	= investive Auszahlungen	34.710						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	34.710						

Beschreibung

- Bereitstellung und Aufbereitung statistischer Daten für eigene Zwecke
Zuarbeit im Rahmen der jeweils aktuellen Aufgaben in Kreis- und Regionalentwicklung. Beitrag zur
Öffentlichkeitsarbeit, regelmäßige Veröffentlichung des Beitrages „Der Oberbergische Kreis in Zahlen“, Schulstatistik
u.a.
- Bereitstellung und Aufbereitung statistischer Daten auf Anfrage von Unternehmen, Verwaltungen, Institutionen,
Gutachtern, Privaten u.a. aus den Bereichen:
- Demographie / Verwaltung / Wahlen, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Flächennutzung / Land- und Forstwirtschaft,
Touristik, Bildungswesen
- Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung amtlicher Zählungen
Zensusgesetze bzw. -verordnungen

Auftragsgrundlage

Ziele

- Erarbeitung nachvollziehbarer und im regionalen und überregionalen Zusammenhang vergleichbarer Grundlagen
(Zahlenwerke und Grafik) zur Beurteilung von Fragen, die die Entwicklung des Oberbergischen Kreises berühren
- Informationen interessierter Dritter über Struktur und Entwicklung des Oberbergischen Kreises
- Vorbereitung von Entscheidungen / Vorgaben für Politik, Verwaltung und Wirtschaft; Basiserhebung für
Standortmarketing der Region

Zielgruppen

Politik, Behörden, Wirtschaft, Gesellschaft

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.08 Statistik



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-476.221	-317.481			
10	= Ordentliche Erträge		-476.221	-317.481			
11	- Personalaufwendungen	123.385	284.940	278.906	281.015	283.255	284.526
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	706	2.034	1.035	35	35	35
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.197	452.721	162.020	7.234	7.277	7.264
17	= Ordentliche Aufwendungen	131.288	739.695	441.961	288.284	290.567	291.826
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	131.288	263.474	124.480	288.284	290.567	291.826
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	131.288	263.474	124.480	288.284	290.567	291.826
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	131.288	263.474	124.480	288.284	290.567	291.826
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.078	13.140	13.470	11.640	11.652	11.662
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	135.366	276.613	137.951	299.925	302.219	303.487

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Statistik

Unter dem Produkt 1.02.08 ist neben dem regulären Produkt "Statistik" für die Jahre 2011 und 2012 das Projekt Zensus 2011, welches in diesen Jahren ein Gros der Aufwendungen in diesem Produkt darstellt, eingeplant.

Unter der Kontengruppe *Kostenerstattungen und Kostenumlagen* sind die Personal- und Sachkostenerstattungen des Landes für das Projekt Zensus 2011 erfasst.

Die *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* entfallen ebenfalls nur auf das Projekt Zensus 2011.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900) wie Beschaffung von Material (Statistikdaten vom LDS, etc.) und die Herausgabe von Schriften veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.08 Statistik



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen		-476.221	-317.481				
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		-476.221	-317.481				
10	- Personalauszahlungen	86.764	189.083	185.200		187.053	188.924	190.814
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	635	2.000	1.000				
15	- sonstige Auszahlungen	1.010	447.200	156.350		1.700	1.700	1.700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	88.409	638.283	342.550		188.753	190.624	192.514
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	88.409	162.062	25.069		188.753	190.624	192.514

<u>Beschreibung</u>	Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Wahlen und Abstimmungen
<u>Auftragsgrundlage</u>	Europawahlgesetz und Europawahlordnung, Bundeswahlgesetz und Bundeswahlordnung, Landeswahlgesetz und Landeswahlordnung, Kommunalwahlgesetz und Kommunalwahlordnung, Gemeindeordnung, Kreisordnung, Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden
<u>Ziele</u>	<ul style="list-style-type: none">- ordnungsgemäße Vorbereitung der Wahl bzw. Abstimmung- fehlerfreie Ergebnisermittlung
<u>Zielgruppen</u>	Wahlberechtigte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, Träger von Wahlvorschlägen, Wahlbewerberinnen und -bewerber

Haushaltsplan 2012

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.09 Wahlen

Kreisdirektor



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-236.191		-189.400	-209.400	-191.900	-189.400
10	= Ordentliche Erträge	-236.191		-189.400	-209.400	-191.900	-189.400
11	- Personalaufwendungen	29.778	29.433	30.951	31.165	31.395	31.485
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	541.505		151.500	165.400	229.800	223.800
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	39.956	5.820	44.720	44.500	73.600	51.100
17	= Ordentliche Aufwendungen	611.239	35.253	227.171	241.065	334.795	306.385
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	375.048	35.253	37.771	31.665	142.895	116.985
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	375.048	35.253	37.771	31.665	142.895	116.985
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	375.048	35.253	37.771	31.665	142.895	116.985
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.480	7.845	6.135	5.828	5.820	5.814
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	379.528	43.098	43.907	37.493	148.715	122.799

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wahlen

Folgende Wahlen sind in den folgenden Jahren geplant:

- Haushaltsjahr 2012 Landtagswahl
- Haushaltsjahr 2013 Bundestagswahlen
- Haushaltsjahr 2014 Kommunalwahlen und Europawahlen
- Haushaltsjahr 2015 Bürgermeister- und Landratswahl

Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* sind die Erstattungen der Kosten für Wahlen von Bund bzw. Land (Kostenart 442100 u. 442200) ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind die Erstattungen von Wahlkosten (nach Abzug der Kosten des Kreiswahlleiters) an die Städte und Gemeinden für die Durchführung von Wahlen veranschlagt (Kostenart 525300).

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Aufwandsentschädigungen (Kostenart 542800) für die Beisitzer des Kreiswahlausschusses sowie die Geschäftsausgaben (Kostenart 543900, Beschaffung von Vordrucken, Bekanntmachungen, etc.) und die ADV-Kosten (Kostenart 542901, Bereitstellung des Programms Wahlinfo durch die GKD) die anlässlich der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen anfallen, veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.09 Wahlen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-236.191		-189.400		-209.400	-191.900	-189.400
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-236.191		-189.400		-209.400	-191.900	-189.400
10	- Personalauszahlungen	20.308	18.650	19.538		19.734	19.931	20.130
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	393.682		151.500		165.400	229.800	223.800
15	- sonstige Auszahlungen	40.018	5.820	44.720		44.500	73.600	51.100
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	454.007	24.470	215.758		229.634	323.331	295.030
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	217.817	24.470	26.358		20.234	131.431	105.630

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.02.10.01 Brandschutz
 - 1.02.10.01.01 Werkstatt für Feuerwehrausrüstung
 - 1.02.10.01.02 Vorbeugender Brandschutz
 - 1.02.10.01.03 Brandschau Kommunen
 - 1.02.10.01.04 Kreisausbildung Freiwillige Feuerwehren
- 1.02.10.02 Katastrophenschutz
 - 1.02.10.02.01 Sachausstattung Einsatzkräfte
 - 1.02.10.02.02 Zuschüsse Einsatzorganisationen

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.02.10.01

Brandschutz

Beschreibung

- Gefahrenabwehr für den Brandfall, insbesondere durch Betrieb einer Leitstelle für Feuerschutz (Notruf 112), Überörtliche Aus- und Fortbildung kommunaler Feuerwehrräfte, Betrieb einer Werkstatt für Atemschutzgeräte und Schlauchpflegerei, zentrale Beschaffungsmaßnahmen für kommunale Feuerwehren
- Gestellung von Brandschutztechnikern an die kreisangehörigen Kommunen
- Vorbeugender Brandschutz in Genehmigungsverfahren
- Beraten kreisangehöriger Kommunen insbesondere zu Brandschutzbedarfsplänen
- Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler Entscheidungen im Feuerschutz

Auftragsgrundlage

Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NRW, Ordnungsbehördengesetz NRW, Zivilschutzgesetz, Wehrpflichtgesetz, Zivildienstgesetz, Sicherstellungsgesetze, jeweils mit allen Verordnungen und Erlassen

Ziele

Global:

Schutz von Leib und Leben aller Personen im Kreisgebiet, Ausbau des Bevölkerungsschutzes beim Kreis in Umsetzung der bundesweiten „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“

Strategisch:

Stärkung der überörtlichen Zusammenarbeit aller Einsatzkräfte der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und THW unter Berücksichtigung kommunaler Interessen durch Ausbau des zentralen kreiseigenen Brandschutzzentrums zu einem Rettungszentrum

Zielgruppen

Kreisangehörige Kommunen mit ihren Feuerwehren; Werksfeuerwehren; Hilfsorganisationen (DRK, Malteser, Johanniter, DLRG) u. Technisches Hilfswerk; Verpflichtete, die Wehersatzdienst bei einer Einsatzorganisation leisten; Gesamtbevölkerung des Kreisgebietes.

1.02.10.02

Katastrophenschutz

Beschreibung

Hilfeleisten in überörtlichen Großschadenslagen, die zivile oder militärische Ursachen haben können, insbesondere durch

- Betrieb einer Leitstelle für Bevölkerungsschutz (Notruf 112),
- Koordinieren der Einsatzkräfte und Hilfeleistungen in einer Großschadenslage,
- Erstellen vorbereitender Gefahrenabwehr- und Einsatzpläne,
- Planen und Durchführen von Übungen,
- Überwachen von Wehersatzdienst-Verpflichtungen,

ergänzende Sachausstattung der Einsatzkräfte von Hilfsorganisationen und Feuerwehren.

Auftragsgrundlage

Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NRW, Ordnungsbehördengesetz NRW, Zivilschutzgesetz, Wehrpflichtgesetz, Zivildienstgesetz, Sicherstellungsgesetze, jeweils mit allen Verordnungen und Erlassen.

Ziele

Global:

Schutz von Leib und Leben aller Personen im Kreisgebiet,
Ausbau des Bevölkerungsschutzes beim Kreis in Umsetzung der bundesweiten "neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland"

Strategisch:

Stärkung der überörtlichen Zusammenarbeit aller Einsatzkräfte der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und THW unter Berücksichtigung kommunaler Interessen durch Ausbau des zentralen kreiseigenen Brandschutzzentrums zu einem Rettungszentrum

Zielgruppen

Kreisangehörige Kommunen mit ihren Feuerwehren; Werksfeuerwehren; Hilfsorganisationen (DRK, Malteser, Johanniter, DLRG) u. Technisches Hilfswerk; Verpflichtete, die Wehersatzdienst bei einer Einsatzorganisation leisten;
Gesamtbevölkerung des Kreisgebietes

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.10 Bevölkerungsschutz



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-33.976	-39.333	-41.784	-40.160	-47.611
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-300		-180	-180	-180	-180
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-5.305	-10.900	-6.850	-6.850	-6.850	-6.850
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-11.460	-11.760	-12.060	-12.360	-12.660	-12.960
10	= Ordentliche Erträge	-17.065	-56.636	-58.423	-61.174	-59.850	-67.601
11	- Personalaufwendungen	1.337.243	1.094.058	1.200.006	1.209.260	1.219.056	1.224.937
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	96.866	230.340	231.820	220.900	220.250	220.650
14	- Bilanzielle Abschreibungen		261.668	325.575	338.015	342.616	343.618
15	- Transferaufwendungen	9.500	16.490	17.000	17.000	17.000	17.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	112.863	106.900	112.200	106.570	94.630	94.670
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.556.472	1.709.456	1.886.601	1.891.745	1.893.552	1.900.875
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.539.407	1.652.820	1.828.178	1.830.571	1.833.702	1.833.274
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.539.407	1.652.820	1.828.178	1.830.571	1.833.702	1.833.274
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.539.407	1.652.820	1.828.178	1.830.571	1.833.702	1.833.274
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-747	-191.048	-170.943	-165.313	-161.614	-161.682
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	124.233	193.316	220.315	218.449	218.869	218.985
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.662.892	1.655.087	1.877.549	1.883.707	1.890.957	1.890.577

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Bevölkerungsschutz

Erträge der Produktgruppe *Bevölkerungsschutz* bestehen einerseits aus Kostenerstattungen der kreisangehörigen Kommunen für die Inanspruchnahme bestimmter Leistungen des Kreises im Brandschutz, andererseits aus dem Entgelt für die Aufschaltung von Brandmeldeanlagen auf die Kreisleitstelle. Sachaufwendungen dienen insbesondere der Anschaffung und Unterhaltung von Maschinen und technischen Anlagen im Brandschutzzentrum sowie der notwendigen Dienstfahrzeuge. Die Einsatzorganisationen im Kreisgebiet werden begrenzt finanziell unterstützt.

Die Kontengruppe *Kostenerstattungen* umfasst die Einnahmen/Erstattungen (Kostenart 442200 u. 442600) im Zusammenhang mit den Betriebskosten der Relaisfunkstation Unnenberg sowie die Erstattungen der Gemeinden (Kostenart 442300) für Verbrauchsgüter der Atemschutzwerkstatt. Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* sind Konzessionsabgaben (Kostenart 452600, Kostenpauschale für die Brandmelde-Übertragungs-Anlage) ausgewiesen. Bei den *Zuwendungen und allgemeinen Umlagen* handelt es sich um Erträge aus der Auflösung von Zuwendungen für Investitionen (Kostenart 416210).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Hier fließen auf die Personalkosten für die Durchführung der Brandschau mit ein.

Die *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* umfasst die Unterhaltung (Kostenart 523300 u. 523610) von Geräten bzw. technischen Anlagen und Datenverarbeitungseinrichtungen im Brandschutzzentrum (Maschinen/Geräte etc. im Rahmen für Großschadensereignisse), aber auch die Kosten der Kreisausbildung der Freiwilligen Feuerwehren (Kostenart 524900). Darüber hinaus werden hier die Ersatzteile der Atemschutzwerkstatt (Kostenart 526802) sowie der Materialverbrauch Brandschutzzentrum (Kostenart 526803) veranschlagt. Die *Transferaufwendungen* beinhalten Zuschüsse an den Kreisfeuerwehrverband bzw. Zuschüsse an die Jugendfeuerwehr (Kostenart 531900).

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind u. a. die Leasingraten für die Schlauchpflegeanlage (Kostenart 542200) und Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung (Kostenart 541600) hinterlegt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.10 Bevölkerungsschutz

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-300		-180		-180	-180	-180
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-10.483	-10.900	-6.850		-6.850	-6.850	-6.850
7	+ Sonstige Einzahlungen	-11.460	-11.760	-12.060		-12.360	-12.660	-12.960
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-22.243	-22.660	-19.090		-19.390	-19.690	-19.990
10	- Personalauszahlungen	1.341.857	1.220.335	1.313.544		1.326.678	1.339.945	1.353.345
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	143.303	230.340	231.820		220.900	220.250	220.650
14	- Transferauszahlungen	11.500	16.490	17.000		17.000	17.000	17.000
15	- sonstige Auszahlungen	131.960	106.900	112.200		106.570	94.630	94.670
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.628.620	1.574.065	1.674.564		1.671.148	1.671.825	1.685.665
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.606.377	1.551.405	1.655.474		1.651.758	1.652.135	1.665.675
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-780.185	-41.500	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-13.235						
23	= investive Einzahlungen	-793.420	-41.500	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-28.283	1.365.000					
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	341.511	430.965	741.731		152.000	48.000	48.000
30	= investive Auszahlungen	313.227	1.795.965	741.731		152.000	48.000	48.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	-480.193	1.754.465	700.231		110.500	6.500	6.500

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.10 Bevölkerungsschutz



OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
5231300 Baumaßnahmen Notfallzentrum										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-750.185							-750.185	-750.185
6	= Summe Einzahlungen	-750.185							-750.185	-750.185
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-28.283	1.365.000						1.352.798	1.352.798
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		112.500	170.000					112.500	282.500
13	= Summe Auszahlungen	-28.283	1.477.500	170.000					1.465.298	1.635.298
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-778.469	1.477.500	170.000					715.113	885.113

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestition** im Bereich des **Brandschutzzentrums Kotthausen** (Ausbau als Rettungszentrum des Kreises). Die Abwicklung der Baumaßnahme wird vom Zentralen Immobilienmanagement betreut.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.231300* abgewickelt.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.10 Bevölkerungsschutz



OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5323003 Ausstattung Katastrophenschutz 2009										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen								4.770	4.770
13	= Summe Auszahlungen								4.770	4.770
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)								4.770	4.770

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5323005 Atemschutzreserve Freiwillige Feuerwehr										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	101.682	81.000	11.581					182.682	194.263
13	= Summe Auszahlungen	101.682	81.000	11.581					182.682	194.263
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	101.682	81.000	11.581					182.682	194.263

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition / Ersatzbeschaffung** im Bereich Brandschutz und Katastrophenschutz.

Hier ist im Jahr 2010 ein sog. **Wechselader** angeschafft worden. In 2011 wurde ein **Abrollbehälter für den Atemschutz** angeschafft. Der Erwerb der Anlagengüter wird von Amt 38 geleitet.

Die Kosten für den Abrollbehälter belasten (i.d.R. über AfA) mit 70 % das Produkt Brandschutz und mit 30 % das Produkt Katastrophenschutz.

Die Kosten für den Wechselader belasten (i.d.R. über AfA) mit 50 % das Produkt Brandschutz und mit 50 % das Produkt Katastrophenschutz.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.323005* abgewickelt.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.10 Bevölkerungsschutz



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlun gen / - auszahlun gen
5323006 Ausstattung (Katastrophenschutz)										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-30.000	-30.000	-30.000		-30.000	-30.000	-30.000	-90.000	-210.000
6	= Summe Einzahlungen	-30.000	-30.000	-30.000		-30.000	-30.000	-30.000	-90.000	-210.000
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	10.313	36.540	74.000		45.000	45.000	45.000	46.853	255.853
13	= Summe Auszahlungen	10.313	36.540	74.000		45.000	45.000	45.000	46.853	255.853
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-19.687	6.540	44.000		15.000	15.000	15.000	-43.147	45.853

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition / Ersatzbeschaffung** im Bereich Brandschutz und Katastrophenschutz.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.323006* abgewickelt.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.10 Bevölkerungsschutz



OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5323020 Digitalfunk BOS										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	218.191	90.000	180.000		100.000			308.191	588.191
13	= Summe Auszahlungen	218.191	90.000	180.000		100.000			308.191	588.191
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	218.191	90.000	180.000		100.000			308.191	588.191

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investitionen / Ersatzbeschaffungen** im Rahmen der Einführung des **Digitalfunks** (Ausstattung der KFZ aus Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz mit Digitalfunk BOS).

Die Kosten *Digitalfunk Leitstelle* belasten (i.d.R. über AfA) zu 25 % das Produkt Brandschutz, zu 5 % den Katastrophenschutz und zu 70 % den Rettungsdienst.

Die Kosten *Digitalfunk Kfz* belasten (i.d.R. über AfA) zu 10 % das Produkt Brandschutz, zu 2 % den Katastrophenschutz und zu 88 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.323020* abgewickelt.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.10 Bevölkerungsschutz



OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5323022 Gerätewagen Messtechnik										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		90.000	270.000					90.000	360.000
13	= Summe Auszahlungen		90.000	270.000					90.000	360.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		90.000	270.000					90.000	360.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investition / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Katastrophenschutzes**, hier werden **Fahrzeuge / Gerätewagen Messtechnik** erworben. Die Kosten belasten (i.d.R. über AfA) zu 100 % das Produkt Katastrophenschutz.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.323022* abgewickelt.

Beschreibung

Sicherstellen der Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der

- Notfallrettung einschließlich des notärztlichen Dienstes und des
- Krankentransportes, der mit medizinischer Betreuung durchgeführt werden muss (sogen. qualifizierte Transporte),

insbesondere durch

- Erstellen eines rettungsdienstlichen Bedarfsplans,
- Betrieb einer Leitstelle für den Rettungsdienst (Notruf 112),
- Trägerschaft für zehn Rettungswachen im Kreisgebiet,
- Berechnen und Festlegen der Gebühren für rettungsdienstliche Leistungen,
- Einzug der Benutzungsgebühren bei den Betroffenen und ihren Krankenkassen,
- Aufsicht über kreisangehörige Kommunen, die Träger einer Rettungswache sind.

Auftragsgrundlage

Rettungsgesetz NRW mit allen Verordnungen, Rettungsdienstlicher Bedarfsplan (Kreistagsbeschluss); Kommunalabgabengesetz NRW, (Kreis-) Gebührensatzung für den Rettungsdienst

Ziele

Global:

Schutz von Leib und Leben aller Betroffenen im Kreisgebiet

Strategisch:

Bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes nach Maßgabe des Rettungsbedarfsplanes

Zielgruppen

Alle Personen, die im Kreisgebiet krank oder verletzt transportiert werden müssen; Krankenhäuser und Hilfsorganisationen, die rettungsdienstliche Leistungen erbringen; Krankenkassen, die die Kosten übernehmen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.11 Rettungsdienst



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-28.770	-28.770	-28.770	-28.770
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-8.595.613	-11.583.118	-13.172.734	-11.948.636	-11.966.483	-12.157.553
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-230					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-58.407	-65.000	-65.000	-65.000	-65.000	-65.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-13.888	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge	-8.668.137	-11.649.118	-13.267.504	-12.043.406	-12.061.253	-12.252.323
11	- Personalaufwendungen	1.534.926	1.298.080	6.775.762	6.839.823	6.905.129	6.965.683
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.826.355	8.492.705	4.258.352	2.879.852	2.852.852	2.887.852
14	- Bilanzielle Abschreibungen	29.497	418.821	609.122	773.512	927.545	1.090.835
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.332.717	1.257.073	1.451.837	1.384.936	1.214.310	1.146.537
17	= Ordentliche Aufwendungen	10.723.496	11.466.679	13.095.073	11.878.123	11.899.836	12.090.908
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.055.359	-182.439	-172.431	-165.283	-161.417	-161.415
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.055.359	-182.439	-172.431	-165.283	-161.417	-161.415
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.055.359	-182.439	-172.431	-165.283	-161.417	-161.415
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-23.979	-49.917	-52.671	-52.106	-52.298	-52.313
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	71.140	245.690	232.311	224.149	220.400	220.270
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.102.520	13.335	7.209	6.760	6.685	6.542

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Rettungsdienst

Erträge der Produktgruppe *Rettungsdienst* bestehen aus den Benutzungsgebühren, die für die Inanspruchnahme rettungsdienstlicher Leistungen erhoben werden. Nimmt eine Kommune als Träger einer eigenen Rettungswache die Kreisleitstelle in Anspruch, erstattet sie dem Kreis die anfallenden Kosten. Die Benutzungsgebühren sind grundsätzlich kostendeckend kalkuliert, nur ausnahmsweise sind Kosten rettungsdienstlicher Maßnahmen bei der Kalkulation nicht zu berücksichtigen. Sachaufwendungen dienen der Finanzierung des für den Rettungsdienst notwendigen Personals, der Rettungsmittel (Fahrzeuge) und der Rettungswachen. Der Bedarf wird regelmäßig in einem Bedarfsplan festgelegt, der mit den Krankenkassen abgestimmt und vom Kreistag beschlossen wird.

Unter der Kontengruppe *Leistungsentgelte* sind die Gebühren (432100) für den Rettungsdienst ausgewiesen. Die Position *Kostenerstattungen* umfasst die Erstattungen von Gemeinden (Kostenart 442300) für die anteiligen Kosten der Leitstelle. Sonstige Ordentliche Erträge fallen an im Rahmen von Kostenerstattungen durch Versicherungen und Dritte (Kostenart 452710).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* beinhaltet insbesondere die Kosten des Medizinischen Bedarfs (Kostenart 529907), für Fahrzeuge im Rettungsdienst (Kst. 40323 ff., Kostenart 523400 u.a.) sowie die Unterhaltungskosten (Strom, Energie, Wasser, Sanierung, Reinigung, etc.) der Rettungswachen im Kreisgebiet (Kst. 14015 ff.), welche von Amt 38 (Hinweis: Für kreiseigenen Gebäude ist das Zentrale Immobilienmanagement verantwortlich) bewirtschaftet werden.

Die *Sonstige ordentliche Aufwendungen* umfassen die Kosten für Aus-, Fortbildung und Umschulung im notärztlichen Bereich (Kostenart 541200), die Kosten des Luftrettungsdienstes (Kostenart 542900) sowie Kostenerstattungen für Einsätze der Hilfsorganisationen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I



Hinweis: Die Kostenerstattung für notärztliche Dienst bzw. Rettungswachen öffentlich wirtschaftliche Unternehmen, die Kostenerstattung ärztlicher Leiter im Rettungsdienst sowie die Kosten der Rettungswachen (z.B. Gebäudekosten) oder die Kosten für KFZ sind auf Kostenstellen erfasst und werden im Wege der Verrechnung auf Produkte verteilt.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Rettungswachen-Kst.		Fahrzeuge-Kst.		Fahrzeuge-Kst.	
14015	Rettungsdienst	40334	2. RTW Gummersbach	40354	NEF Ärztlicher Leit.
14020	RW Bergneustadt	40335	RTW Hückeswagen	40355	NEF Gummersbach
14030	RW Engelskirchen	40336	RTW Lindlar	40356	NEF Engelskirchen
14040	RW Gummersbach	40337	RTW Marienheide	40357	NEF Waldbröl
14050	RW Hückeswagen	40338	RTW Lichtenberg	40358	NEF Wipperfürth
14060	RW Lindlar	40339	RTW Elsenroth	40359	NEF Reserve 1
14070	RW Marienheide	40340	RTW Waldbröl	40360	Fahrzeug ORGL RD
14080	RW Lichtenberg	40341	RTW Wipperfürth	40400	Kfz Brandschutz (Allg.)
14090	RW Elsenroth	40342	RTW Reserve 1	40401	Kdw KBM GM-KV-6697
14100	RW Radevormwald	40343	RTW Reserve 2	40402	LKW Werkstatt
14110	RW NN	40344	1. KTW Engelskirchen	40403	ELW GM-2650
14120	RW Waldbröl	40345	2. KTW Engelskirchen	40404	Wechsellader
14130	RW Wiehl	40346	1. KTW Gummersbach	Organisations-Kst.	
14140	RW Wipperfürth	40347	2. KTW Gummersbach	101322	Leistellenbetrieb
14150	RW gesamt	40348	KTW Marienheide	101323	Bürobetrieb 32/3
Fahrzeuge-Kst.		40349	Kfz RD 32/3 Nr. 19	200321	Personalkosten NÄ
40323	Kfz Rettungsdienst (Allg.)	40350	KTW Waldbröl	200322	Personalkosten RW
40331	RTW Bergneustadt	40351	KTW Wiehl	200323	Personalkosten QS
40332	RTW Engelskirchen	40352	KTW Wipperfürth		
40333	1. RTW Gummersbach	40353	KTW Reserve 1		

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.11 Rettungsdienst

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-8.926.411	-11.583.118	-13.172.734		-11.948.636	-11.966.483	-12.157.553
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-230						
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-59.290	-65.000	-65.000		-65.000	-65.000	-65.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-14.135	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-9.000.066	-11.649.118	-13.238.734		-12.014.636	-12.032.483	-12.223.553
10	- Personalauszahlungen	212.853	392.581	4.608.833		4.654.920	4.701.469	4.748.484
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.860.629	8.492.485	4.258.105		2.879.605	2.852.605	2.887.605
15	- sonstige Auszahlungen	1.118.501	1.172.450	1.364.250		1.297.550	1.126.510	1.058.490
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.191.983	10.057.516	10.231.188		8.832.075	8.680.584	8.694.579
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	191.916	-1.591.602	-3.007.546		-3.182.561	-3.351.899	-3.528.974
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-16.490						
23	= investive Einzahlungen	-16.490						
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	78.907	1.850.000	1.500.000			200.000	800.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	728.654	1.275.120	1.372.500		1.027.300	778.800	670.000
30	= investive Auszahlungen	807.562	3.125.120	2.872.500		1.027.300	978.800	1.470.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	791.072	3.125.120	2.872.500		1.027.300	978.800	1.470.000

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.11 Rettungsdienst



OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5323030 Baumaßnahmen Rettungswachen										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	78.907	1.850.000	1.500.000			200.000	800.000	1.928.907	4.428.907
13	= Summe Auszahlungen	78.907	1.850.000	1.500.000			200.000	800.000	1.928.907	4.428.907
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	78.907	1.850.000	1.500.000			200.000	800.000	1.928.907	4.428.907

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition** im Bereich des **Rettungsdienstes**, hier: **Baumaßnahme Notfallzentrum Kotthausen**. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.323030* abgewickelt.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.11 Rettungsdienst



OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlun gen / - auszahlun gen
5323035 Beschaffung Kfz f.d. RD										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	514.549	909.000	771.500		687.300	488.800	380.000	1.423.549	3.751.149
13	= Summe Auszahlungen	514.549	909.000	771.500		687.300	488.800	380.000	1.423.549	3.751.149
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	514.549	909.000	771.500		687.300	488.800	380.000	1.423.549	3.751.149

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investition / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Rettungsdienstes**, hier werden regelmäßig **Fahrzeuge** für den Einsatz erworben. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.323035* abgewickelt.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.11 Rettungsdienst



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5323040 Ausstattung / medizinische Geräte RD										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	134.183	225.000	250.000		225.000	225.000	225.000	359.183	1.284.183
13	= Summe Auszahlungen	134.183	225.000	250.000		225.000	225.000	225.000	359.183	1.284.183
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	134.183	225.000	250.000		225.000	225.000	225.000	359.183	1.284.183

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investition / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Rettungsdienstes**. Hier werden regelmäßig Medizinische Geräte erworben. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.323040* abgewickelt.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.11 Rettungsdienst


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-16.490							-27.090	-27.090
2	- Summe der investiven Auszahlungen	68.920	141.120	351.000		115.000	65.000	65.000	562.621	1.158.621
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	52.430	141.120	351.000		115.000	65.000	65.000	535.531	1.131.531

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine Reihe von **Investition** im Bereich des **Brandschutzzentrums Kotthausen (Rettungsdienst)**. Bei der Summe der investiven Einzahlungen sind Investitionskostenzuschüsse (1600.3680) und Veräußerungserlöse (1600.3450) veranschlagt. Über die Auszahlungen werden Geräte und Inventargegenstände (sowohl GWG als auch BGA) zur Ausstattung der Kreisleitstelle (1600.9352) sowie investive Beschaffungen zwecks Ausstattung der Rettungswachen mit Fahrzeugen und Geräten (1600.9350) verausgabt. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 38 geleitet.

Die o. g. Zuschüsse bzw. Investition werden über folgende *Finanzstellen (PSP-I)* abgewickelt:

- 5.323004 Ausstattung Kreisleitstelle
- 5.323014 GWG - Ausstattung Kreisleitstelle
- 5.323008 Investitionskostenzuschuss
- 5.323008 Veräußerungserlöse
- 5.323008 Ausstattung der Rettungswachen
- 5.323018 GWG - Ausstattung Rettungswachen

Haushaltsplan 2012

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.889.306	-2.137.031	-2.083.889	-2.083.889	-1.916.189	-1.916.189
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-815	-1.300	-1.300	-1.300	-1.300	-1.300
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-851	-500				
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-131.977	-381.000	-410.000	-410.000	-410.000	-410.000
10	= Ordentliche Erträge	-2.022.948	-2.519.831	-2.495.189	-2.495.189	-2.327.489	-2.327.489
11	- Personalaufwendungen	2.387.375	2.417.136	2.389.322	2.409.148	2.429.531	2.446.878
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.280.397	3.651.369	3.952.003	3.991.703	3.711.009	3.794.809
14	- Bilanzielle Abschreibungen	433	375.463	409.566	447.101	484.782	538.430
15	- Transferaufwendungen	71.000	348.870	121.000	121.000	91.000	91.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	605.808	473.002	487.501	460.105	463.688	465.705
17	= Ordentliche Aufwendungen	6.345.013	7.265.840	7.359.391	7.429.057	7.180.010	7.336.822
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	4.322.064	4.746.009	4.864.202	4.933.868	4.852.521	5.009.333
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	4.322.064	4.746.009	4.864.202	4.933.868	4.852.521	5.009.333
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	4.322.064	4.746.009	4.864.202	4.933.868	4.852.521	5.009.333
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-5.686	-2.090	-2.826	-2.195	-2.223	-2.228
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.290.207	6.095.987	6.393.827	5.855.770	6.055.681	6.057.461
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	7.606.585	10.839.905	11.255.203	10.787.442	10.905.979	11.064.567

Haushaltsplan 2012

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

Dezernat III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.909.896	-2.137.031	-2.083.889		-2.083.889	-1.916.189	-1.916.189
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-756	-1.300	-1.300		-1.300	-1.300	-1.300
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-851	-500					
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-134.294	-381.000	-410.000		-410.000	-410.000	-410.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-84						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.045.881	-2.519.831	-2.495.189		-2.495.189	-2.327.489	-2.327.489
10	- Personalauszahlungen	2.182.511	1.834.059	1.819.294		1.835.637	1.852.141	1.868.813
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.107.427	3.471.800	3.771.520		3.810.320	3.528.720	3.612.520
14	- Transferauszahlungen	71.000	68.870	121.000		121.000	91.000	91.000
15	- sonstige Auszahlungen	263.257	136.757	132.350		118.250	118.250	118.250
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.624.195	5.511.486	5.844.164		5.885.207	5.590.111	5.690.583
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.578.315	2.991.655	3.348.975		3.390.018	3.262.622	3.363.094
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-655.597					
23	= investive Einzahlungen		-655.597					
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	5.089.012	3.700.000	3.335.000		1.500.000		
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	861.754	552.690	614.200		614.200	639.200	639.200
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	8.009						
30	= investive Auszahlungen	5.958.774	4.252.690	3.949.200		2.114.200	639.200	639.200
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	5.958.774	3.597.093	3.949.200		2.114.200	639.200	639.200

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.03.01.01 Förderschule Geistige Entwicklung (Helen-Keller-Schule)

1.03.01.01.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.02 Förderschule Geistige Entwicklung (Anne-Frank-Schule)

1.03.01.02.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.03 Förderschule Sprache (Wiehl)

1.03.01.03.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.04 Schule für Kranke (Anna-Freud-Schule)

1.03.01.04.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.05 Förderschule emotionale und soziale Entwicklung (Gummersbach)

1.03.01.05.01 Schulpauschale (anteilig)

- Bereitstellung bedarfsorientierter Schulausstattung
- Einsatz von Zivildienstleistenden und Teilnehmer/-innen am Freiwilligen Sozialen Jahr zur pflegerischen Betreuung
- Haushaltsplanung und -abwicklung
- Sicherstellung der Schülerverpflegung
- verwaltungsmäßige und finanzielle Abwicklung von Fördermaßnahmen
- Bearbeitung von Verwaltungsverfahren auf Schulträgererebene

Auftragsgrundlage

Landesverfassung, Schulgesetz NRW – SchulG, Beschluss des Kreistages

Ziele

Bereitstellung einer am Förderbedarf orientierten sachgerechten und zeitgemäßen Ausstattung bei maximaler Einsatzmitteleffizienz

Zielgruppen

Förderschulen sowie die Schule für Kranke in Trägerschaft des OBK, Schüler/-innen, Schulleitungen, Lehrkräfte

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.01 Förderschulen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-155.184	-178.721	-186.152	-186.152	-186.152	-186.152
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-763	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-500					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-76.537	-368.500	-397.500	-397.500	-397.500	-397.500
10	= Ordentliche Erträge	-232.984	-548.221	-584.652	-584.652	-584.652	-584.652
11	- Personalaufwendungen	886.286	849.597	858.645	865.220	871.902	878.239
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	283.832	293.204	306.632	306.632	306.632	306.632
14	- Bilanzielle Abschreibungen	300	60.783	69.215	70.776	73.250	77.360
15	- Transferaufwendungen	4.150	284.026	4.150	4.150	4.150	4.150
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	111.456	102.777	113.632	106.891	107.696	107.815
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.286.024	1.590.387	1.352.275	1.353.670	1.363.630	1.374.197
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.053.039	1.042.166	767.623	769.018	778.978	789.545
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.053.039	1.042.166	767.623	769.018	778.978	789.545
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.053.039	1.042.166	767.623	769.018	778.978	789.545
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.151.044	2.332.807	1.722.198	1.549.969	1.557.416	1.557.533
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.204.083	3.374.973	2.489.821	2.318.987	2.336.394	2.347.077

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Förderschulen

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet den Landeszuschuss zu Fördermaßnahmen der Förderschule Sprache in Oberwiehl sowie den Landeszuschuss zu Fördermaßnahmen der Förderschule mit dem Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung in Gummersbach-Vollmerhausen. Außerdem wird hier die Schulpauschale für die Förderschulen anteilig im Verhältnis der Schülerzahlen vereinnahmt. (Kostenart 414200).

Bei den *Öffentlich-Rechtlichen Leistungsentgelten* handelt es sich um Einnahmen aus der Schulraumbenutzung durch Dritte. Die *Privatrechtlichen Leistungsentgelte* setzen sich zusammen aus den Mieteinnahmen und den Nebenkosten für die Dienstwohnung des Hausmeisters an der Helen-Keller-Schule (nur bis 2009).

In der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* sind die Kostenerstattung durch den Landschaftsverband Rheinland für die Helen-Keller-Schule Wiehl (Kostenart 442300) enthalten. Darüber hinaus beinhaltet diese Summe die Kostenbeteiligung der Eltern an der Schülerverpflegung an den beiden Schulen für geistig behinderte Kinder sowie die Elternbeiträge für die offene Ganztagschule der Förderschule Sprache (Kostenart 444900).

Die Kontengruppe *Personalaufwendungen* erfasst die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Daneben werden hier alle Kosten für die an den Förderschulen eingesetzten Zivildienstleistenden und Teilnehmer/innen am freiwilligen sozialen Jahr veranschlagt (Kostenart 501900).

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden Lehr-/Lernmittel und Unterrichtsbedarf (Kostenart 524300), die Kosten des Turn- und Schwimmunterrichts der Anne-Frank-Schule (Benutzung des Walter-Leo-Schmitz Bades in Wipperfürth, Kostenart 525300), die Durchführung von Fördermaßnahmen sowie die Schülerverpflegung abgebildet (Kostenart 529937 und 529938).

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet Zuschüsse an die Fördervereine der kreiseigenen Förderschulen (Kostenart 531300). Für das Jahr 2011 war hier ein Zuschuss in Höhe von 280.000 Euro für die Sanierung des Walter-Leo-Schmitz Bades in Wipperfürth eingeplant. In der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Geschäftsausgaben sowie die vermischten Ausgaben der Förderschulen erfasst (Kostenart 543900).

Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.01 Förderschulen



Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. In 2011 entstehen insb. Mehrausgaben bei der Sanierung der Gebäude FöS Anne-Frank, Wipperfürth, und FöS Emotionale Entwicklung, Gummersbach, sowie rd. 300 Tsd. Euro für Maßnahmen i. R. d. Amokprävention.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Beschreibung	Kst.	Beschreibung
2230	Leasing, Miete, EDV Berufskollegs	103400	Schulverwaltungsamt 40
2240	Leasing, Miete, EDV Förderschulen		

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.01 Förderschulen

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-175.774	-178.721	-186.152		-186.152	-186.152	-186.152
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-720	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-500						
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-78.332	-368.500	-397.500		-397.500	-397.500	-397.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-255.326	-548.221	-584.652		-584.652	-584.652	-584.652
10	- Personalauszahlungen	815.379	651.141	664.751		669.670	674.635	679.652
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	277.647	293.000	306.420		306.420	306.420	306.420
15	- sonstige Auszahlungen	38.959	27.900	28.700		28.500	28.500	28.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.131.985	972.041	999.871		1.004.590	1.009.555	1.014.572
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	876.659	423.820	415.219		419.938	424.903	429.920
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	62.639	76.140	85.900		85.900	85.900	85.900
30	= investive Auszahlungen	62.639	76.140	85.900		85.900	85.900	85.900
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	62.639	76.140	85.900		85.900	85.900	85.900

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.03.02.01 Berufskolleg Kaufmännische Schulen Gummersbach und Waldbröl

1.03.02.01.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.02.02 Berufskolleg Ernährung-Sozialwesen-Technik Gummersbach-Dieringhausen

1.03.02.02.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.02.03 Berufskolleg Wipperfürth

1.03.02.03.01 Schulpauschale (anteilig)

- Bereitstellung bedarfsorientierter und berufsfeldbezogener Schulausstattung
- Haushaltsplanung und –Abwicklung
- Verwaltungsmäßige und finanzielle Abwicklung von Fördermaßnahmen
- Entwicklung und Umsetzung von IT-Strategien
- Bearbeitung von Verwaltungsverfahren auf Schulträgererebene

Auftragsgrundlage

Landesverfassung NRW, Schulgesetz NRW – SchulG, Beschluss des Kreistages

Ziele

Bereitstellung einer bedarfs- und zukunftsorientierten, sachgerechten und technisch zeitgemäßen Ausstattung bei maximaler Einsatzmitteleffizienz

Zielgruppen

Berufskollegs in der Trägerschaft des Oberbergischen Kreises, Schüler/innen, Auszubildende, Schulleitungen, Lehrkräfte, Ausbildungsbetriebe

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.02 Berufskollegs



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.717.414	-1.717.413	-1.693.337	-1.693.337	-1.693.337	-1.693.337
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-52	-300	-300	-300	-300	-300
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-351	-500				
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-55.440	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500
10	= Ordentliche Erträge	-1.773.257	-1.730.713	-1.706.137	-1.706.137	-1.706.137	-1.706.137
11	- Personalaufwendungen	861.339	872.159	786.186	793.463	800.890	807.714
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	510.158	538.595	580.878	541.778	542.684	542.684
14	- Bilanzielle Abschreibungen	133	314.607	339.684	375.595	410.740	460.216
15	- Transferaufwendungen	66.850	64.844	66.850	66.850	66.850	66.850
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	464.329	332.102	319.813	313.137	315.668	317.625
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.902.808	2.122.307	2.093.410	2.090.823	2.136.832	2.195.088
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	129.551	391.594	387.273	384.686	430.695	488.951
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	129.551	391.594	387.273	384.686	430.695	488.951
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	129.551	391.594	387.273	384.686	430.695	488.951
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-84.056	-30.679	-41.476	-32.214	-32.620	-32.694
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.140.646	3.672.200	4.580.495	4.231.039	4.423.461	4.425.240
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.186.141	4.033.115	4.926.293	4.583.511	4.821.536	4.881.498

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Berufskollegs

Bei der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* handelt es sich um die anteilig im Verhältnis der Schülerzahlen veranschlagte Schulpauschale. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Erstattung des Bundesamtes für den Zivildienst (Kostenart 442100) sowie den Schülerbeitrag zum Fach Nahrungszubereitung (Kostenart 444900).

Über die *Öffentlich-Rechtlichen Leistungsentgelte* werden Einnahmen aus der Schulraumbenutzung durch Dritte veranschlagt. Bei den *Privatrechtlichen Leistungsentgelten* handelt es sich um die Mieterträge und Nebenkosten der Hausmeisterwohnungen (Kostenarten 441200 und 441210) sowie um die Einnahmen aus der Nebentätigkeit der Hausmeister (Warenverkauf in den Pausen; Kostenart 441903).

Die Kontengruppe *Personalaufwendungen* erfasst die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* bildet die Kosten für Lehrmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz (Kostenart 524200), für Lehr-/Lernmittel und Unterrichtsbedarf (Kostenart 524300), sowie den Sachaufwand Schulmitwirkung für die 3 Berufskollegs des Oberbergischen Kreises ab (Kostenart 524900). Des weiteren werden an dieser Stelle die Erstattungen für die Schulsozialarbeit an das DRK verbucht (Kostenart 528906).

Über die Kontengruppe *Transferaufwendungen* wird die Beteiligung an der Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr am Berufskolleg Dieringhausen (Kostenart 531800) sowie Zuschüsse an die Fördervereine der kreiseigenen Berufskollegs (Kostenart 531900) abgewickelt.

Die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* enthält die Geschäftsausgaben und die vermischten Ausgaben (Kostenart 543900). Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Auf der Ebene der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Beschreibung	Kst.	Beschreibung
2230	Leasing, Miete, EDV Berufskollegs	103400	Schulverwaltungsamt 40
2240	Leasing, Miete, EDV Förderschulen		

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.02 Berufskollegs

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.717.414	-1.717.413	-1.693.337		-1.693.337	-1.693.337	-1.693.337
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-36	-300	-300		-300	-300	-300
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-351	-500					
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-55.962	-12.500	-12.500		-12.500	-12.500	-12.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-84						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.773.847	-1.730.713	-1.706.137		-1.706.137	-1.706.137	-1.706.137
10	- Personalauszahlungen	850.419	704.423	641.348		647.640	653.995	660.415
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	336.133	359.320	400.700		360.700	360.700	360.700
14	- Transferauszahlungen	71.000	68.870	71.000		71.000	71.000	71.000
15	- sonstige Auszahlungen	215.549	93.607	76.300		73.400	73.400	73.400
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.473.101	1.226.220	1.189.348		1.152.740	1.159.095	1.165.515
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-300.746	-504.493	-516.789		-553.397	-547.042	-540.622
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-655.597					
23	= investive Einzahlungen		-655.597					
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	5.089.012	3.700.000	3.335.000		1.500.000		
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	797.438	475.650	527.300		527.300	552.300	552.300
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	8.009						
30	= investive Auszahlungen	5.894.459	4.175.650	3.862.300		2.027.300	552.300	552.300
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	5.894.459	3.520.053	3.862.300		2.027.300	552.300	552.300

Planerläuterung Teilfinanzplan

Erläuterung zu Zeile 26: Hierbei handelt es sich um GWG und BGA der Berufskollegs. Der Ansatz ist für vermögenswirksame Anschaffung von Inventar (Mobiliar, spez. Lehr-/Lernmittel, Ausstattung Fachräume etc.) bestimmt und berücksichtigt die speziellen Aufgabenstellungen und die örtliche Situation an den Schulen. Die Ansätze werden nach bestimmten Kopfbeträgen pro Schüler ermittelt. Die Abwicklung wird vom Schulamt begleitet.

Die Investitionen werden über folgende Finanzstellen (PSP-I) abgewickelt:

- 5.400010.710 BGA - BK Dieringhausen
- 5.400020.720 GwG - BK Dieringhausen
- 5.400030.710 BGA - BK Gummersbach
- 5.400040.720 GwG - BK Gummersbach
- 5.400050.710 BGA - BK Wipperfürth
- 5.400060.720 GwG - BK Wipperfürth
- 5.232400.710 Ersatzbeschaffung, Geräte (ZIM-BK)

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.02 Berufskollegs



OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlun gen / - auszahlun gen
5232410 Erweiterung/Sanierung BK- Dieringhausen										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	381.752	3.200.000	3.335.000		1.500.000			3.600.599	8.435.599
13	= Summe Auszahlungen	381.752	3.200.000	3.335.000		1.500.000			3.600.599	8.435.599
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	381.752	3.200.000	3.335.000		1.500.000			3.600.599	8.435.599

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestitionen** im Bereich der **Berufsschule Dieringhausen**. Der Gebäudekomplex soll durch einen Anbau erweitert werden, in den Folgejahren ist zusätzlich eine vermögenswirksame Fassadensanierung geplant. Die Planungs- und Baukosten belaufen sich insg. auf rd. 9,0 Mio. Euro, davon entfallen rd. 5,0 Mio. Euro auf die Fassadensanierung (2013: rd. 1,2 Mio. €) und rd. 4,0 Mio. Euro auf den Erweiterungsbau. Die Maßnahme wird vom Zentraler Immobilienmanagement (Amt 23) koordiniert. Die Investitionspauschale wurde der Investition für die Jahre 2012 bis 2014 zugeordnet.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.232410 Erweiterung/Sanierung BK-Dieringhausen* abgewickelt.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.02 Berufskollegs


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5232414 Erweiterung BK-Wipperfürth										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-655.597						-1.362.002	-1.362.002
6	= Summe Einzahlungen		-655.597						-1.362.002	-1.362.002
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.739.628	500.000						6.588.739	6.588.739
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	22.022							22.022	22.022
13	= Summe Auszahlungen	3.761.650	500.000						6.610.761	6.610.761
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	3.761.650	-155.597						5.248.759	5.248.759

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Die Investitionsmaßnahme im Bereich der **Berufsschule Wipperfürth** ist im Jahr 2011 fertig gestellt und abgewickelt worden (*Finanzstelle 5.232414*).

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.02 Berufskollegs



OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5232450 Erweiterung BK Waldbröl										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	967.632							967.632	967.632
13	= Summe Auszahlungen	967.632							967.632	967.632
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	967.632							967.632	967.632

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Die **Bauinvestitionen** im Bereich der **Berufsschule Gummersbach/Waldbröl** ist im Jahr 2010 fertig gestellt über die *Finanzstelle 5.232412* abgewickelt worden.

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.03.03.01 Schülerbeförderung Förderschulen

1.03.03.02 Schülerbeförderung Berufskollegs

Gewährleistung der Schülerbeförderung

- bei den Berufskollegs in Form von Schülertickets
- bei den Förderschulen durch Schülerspezialverkehr
- Sonstige Maßnahmen nach Schülerfahrkostenverordnung

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NRW (SchulG), Schülerfahrkostenverordnung NRW

Ziele

Schülerbeförderung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung spezifischer Anforderungen

Zielgruppen

Anspruchsberechtigte Schüler/innen der Berufskollegs, Förderschulen, Schule für Kranke des Oberbergischen Kreises

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.03 Schülerbeförderung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
11	- Personalaufwendungen	21.562	21.622	18.858	18.977	19.111	19.144
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.442.267	2.442.601	2.651.501	2.730.301	2.811.601	2.895.401
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	78	237	276	245	248	247
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.463.907	2.464.460	2.670.635	2.749.524	2.830.960	2.914.792
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.463.907	2.464.460	2.670.635	2.749.524	2.830.960	2.914.792
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.463.907	2.464.460	2.670.635	2.749.524	2.830.960	2.914.792
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.463.907	2.464.460	2.670.635	2.749.524	2.830.960	2.914.792
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	222	639	552	484	482	480
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.464.129	2.465.099	2.671.186	2.750.008	2.831.442	2.915.273

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Schülerbeförderung

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* beinhaltet die Kosten der Schülerbeförderung (Kostenart 524100) für alle kreiseigenen Schulen, die Erfassung der Kosten erfolgt differenziert für Förderschulen und Berufskollegs.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.03 Schülerbeförderung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
10	- Personalauszahlungen	13.284	13.057	11.331		11.444	11.559	11.674
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.454.277	2.442.600	2.651.500		2.730.300	2.811.600	2.895.400
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.467.561	2.455.657	2.662.831		2.741.744	2.823.159	2.907.074
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.467.561	2.455.657	2.662.831		2.741.744	2.823.159	2.907.074

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.03.04.01 Schulpsychologie
- 1.03.04.02 Medienzentrum
- 1.03.04.03 Schulaufsicht
- 1.03.04.04 Bildungsnetzwerk Oberberg
- 1.03.04.05 Übergangsmanagement Schule-Beruf

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.03.04.01

Schulpsychologie

Beschreibung

Beratung und Hilfe bei Schulschwierigkeiten

- Einzelfallhilfe
- Beratung des Systems Schule

Auftragsgrundlage

Beschluss des Kreistages, Erlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung

Ziele

- Gewährleistung einer kurzen durchschnittlichen Zeit zwischen erster Kontaktaufnahme und Beratungsgespräch (zeitnahe Beratung und Hilfe)
- Effiziente Beratung des Systems Schule (Multiplikatorenfunktion)

Zielgruppen

Schüler/innen, Erziehungsberechtigte, Lehrkräfte im Oberbergischen Kreis

1.03.04.02

Medienzentrum

Beschreibung

Bereitstellung von zeitgemäßen Bildmedien zu Unterrichts- und Bildungszwecken

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NRW (SchulG), Kreistagsbeschluss

Ziele

- Angebot von bedarfsorientierten und zeitgemäßen Medien für Bildung
- Umstellung von herkömmlichen Medien auf Online-Medien

Zielgruppen

Lehrkräfte, Schüler/innen, Vereine im Oberbergischen Kreis

1.03.04.03

Schulaufsicht

Beschreibung

- Stellenplanmäßige Bewirtschaftung der Grundschulen im Oberbergischen Kreis
- Verwaltungsfachliche Beratung der Schulräte und der Schulleitungen der Grund-, Haupt- und Förderschulen im Oberbergischen Kreis
- Entscheidung verwaltungsfachlicher Verfahren, soweit die Zuständigkeit der unteren Schulaufsichtsbehörde gegeben ist
- Bereitstellung der Sachausstattung für den örtlichen Lehrpersonalrat Grundschulen

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NRW (SchulG), sonstige schulrechtliche Vorschriften des Landes NRW, LPVG

Ziele

- Sicherstellung einer bedarfsgerechten und gleichmäßigen Lehrerversorgung an den Grundschulen im Oberbergischen Kreis
- Sicherstellung eines im Rahmen der rechtlichen Vorgaben störungsfrei stattfindenden Schullebens

Zielgruppen

Schulministerium, Bezirksregierung Köln, Schulaufsichtsbeamte, Schulleiter, Lehrer, Schüler/innen und deren Erziehungsberechtigte

1.03.04.04

Bildungsnetzwerk Oberberg

Beschreibung

In dem Bildungsnetzwerk sollen alle regionalen Akteure schulischer und außerschulischer Bildung, Betreuung, Beratung und Erziehung zusammenarbeiten. Die Regionale Geschäftsstelle des Netzwerkes fungiert in dem beim Schulamt eingerichteten Bildungsbüro.

Auftragsgrundlage

Kooperationsvertrag mit dem Land NRW vom 22.06.2009; Kreistagsbeschluss

Ziele

- Sicherstellung einer optimalen und individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen
- Profilierung und Stärkung des Bildungs- und Wirtschaftsstandortes Oberberg

Zielgruppen

Schulministerium, Bezirksregierung Köln, Schulaufsichtsbeamte, Schulleitungen, Lehrer/innen, Schüler/innen und deren Erziehungsberechtigte, außerschulische Akteure

1.03.04.05

Übergangsmanagement Schule-Beruf

Beschreibung

Regional abgestimmte Koordination des Übergangs Schule und Beruf

Auftragsgrundlage

Landesverfassung, Schulgesetz NRW, Beschluss des Kreistages

Ziele

Erhöhung der Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler
Förderung und Unterstützung von Schüler/innen beim Übergang von Schule in Beruf
Übergang ohne Brüche

Zielgruppen

Schulen im OBK, Schüler/innen, Auszubildende, Schulleitungen, Lehrkräfte, Eltern, Ausbildungsbetriebe

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-16.708	-240.897	-204.400	-204.400	-36.700	-36.700
10	= Ordentliche Erträge	-16.708	-240.897	-204.400	-204.400	-36.700	-36.700
11	- Personalaufwendungen	618.188	673.758	725.632	731.487	737.629	741.780
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	44.140	376.969	412.992	412.992	50.092	50.092
14	- Bilanzielle Abschreibungen		73	667	730	792	854
15	- Transferaufwendungen			50.000	50.000	20.000	20.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	29.946	37.886	53.779	39.831	40.076	40.018
17	= Ordentliche Aufwendungen	692.274	1.088.686	1.243.071	1.235.040	848.588	852.745
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	675.566	847.789	1.038.671	1.030.640	811.888	816.045
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	675.566	847.789	1.038.671	1.030.640	811.888	816.045
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	675.566	847.789	1.038.671	1.030.640	811.888	816.045
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	76.666	118.929	129.231	104.297	104.719	104.674
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	752.232	966.718	1.167.902	1.134.937	916.607	920.719

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Sonstige schulische Aufgaben

In den Haushaltsjahren 2011 und 2012 sind die Einnahmen und Ausgaben des Projekts "Eintopf" veranschlagt (vgl. Zeile 2 u. 13 im Ergebnisplan). Für das Produkt *1.03.04.05 Übergangsmangement Schule-Beruf* werden in der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* die Zuweisungen des Landes und vom sonst. öffentlichen Bereich ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst die Kosten für Medien (Kostenart 524400) für das Medienzentrum des Oberbergischen Kreises, für das Übergangsmangement Schule-Beruf (Kostenart 529937), sowie die anfallenden Kosten für den Kurierdienst (Kostenart 529909).

Über die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Fortbildungskosten, Verbrauchsmaterial und die Geschäftsausgaben im Bereich des Bildungsnetzwerks Oberberg und der Schulpsychologie sowie die Sachkosten der Geschäftsführung der Personalvertretung (staatl. Schulamt) abgebildet. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-16.708	-240.897	-204.400		-204.400	-36.700	-36.700
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-16.708	-240.897	-204.400		-204.400	-36.700	-36.700
10	- Personalauszahlungen	503.429	465.438	501.864		506.883	511.952	517.072
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	39.370	376.880	412.900		412.900	50.000	50.000
14	- Transferauszahlungen			50.000		50.000	20.000	20.000
15	- sonstige Auszahlungen	8.750	15.250	27.350		16.350	16.350	16.350
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	551.548	857.568	992.114		986.133	598.302	603.422
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	534.841	616.671	787.714		781.733	561.602	566.722
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.676	900	1.000		1.000	1.000	1.000
30	= investive Auszahlungen	1.676	900	1.000		1.000	1.000	1.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	1.676	900	1.000		1.000	1.000	1.000

Haushaltsplan 2012

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

Dez. I, Dez. III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-880.064	-1.066.120	-1.045.680	-1.095.680	-845.680	-845.680
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-968.062	-1.037.600	-1.107.600	-1.372.900	-1.372.900	-1.372.900
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-250.261	-302.700	-383.846	-433.846	-433.846	-433.846
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-153.485	-178.211	-218.746	-218.746	-218.746	-218.746
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.329	-3.500	-3.500	-3.500	-3.500	-3.500
10	= Ordentliche Erträge	-2.253.201	-2.588.131	-2.759.372	-3.124.672	-2.874.672	-2.874.672
11	- Personalaufwendungen	2.814.099	2.881.429	2.983.870	3.036.457	3.053.811	3.068.193
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	510.736	376.817	391.057	579.907	579.907	579.907
14	- Bilanzielle Abschreibungen		25.458	32.763	28.435	33.290	38.291
15	- Transferaufwendungen	17.681	21.130	18.250	21.130	18.250	21.130
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	271.109	280.393	399.448	462.349	462.984	463.037
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.613.625	3.585.227	3.825.389	4.128.277	4.148.242	4.170.558
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.360.424	997.096	1.066.017	1.003.605	1.273.570	1.295.886
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.360.424	997.096	1.066.017	1.003.605	1.273.570	1.295.886
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.360.424	997.096	1.066.017	1.003.605	1.273.570	1.295.886
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	511.025	690.626	860.718	564.091	565.077	564.101
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.871.449	1.687.722	1.926.735	1.567.697	1.838.647	1.859.986

Haushaltsplan 2012

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

Dez. I, Dez. III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-880.222	-1.066.120	-1.045.680		-1.095.680	-845.680	-845.680
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-968.839	-1.037.600	-1.107.600		-1.372.900	-1.372.900	-1.372.900
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-247.199	-302.700	-383.846		-433.846	-433.846	-433.846
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-135.416	-178.211	-218.746		-218.746	-218.746	-218.746
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.329	-3.500	-3.500		-3.500	-3.500	-3.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.233.004	-2.588.131	-2.759.372		-3.124.672	-2.874.672	-2.874.672
10	- Personalauszahlungen	2.583.865	2.370.935	2.464.449		2.513.994	2.527.926	2.541.999
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	351.360	219.670	233.430		421.780	421.780	421.780
14	- Transferauszahlungen	9.030	12.130	9.250		12.130	9.250	12.130
15	- sonstige Auszahlungen	165.373	177.080	292.550		358.550	358.550	358.550
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.109.628	2.779.815	2.999.679		3.306.454	3.317.506	3.334.459
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	876.624	191.684	240.307		181.782	442.834	459.787
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-1.643.248	-6.100.000					
23	= investive Einzahlungen	-1.643.248	-6.100.000					
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	273.896						
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	818.324	7.100.000	1.000.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	32.949	47.993	83.301		60.359	67.217	67.217
30	= investive Auszahlungen	1.125.169	7.147.993	1.083.301		60.359	67.217	67.217
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	-518.079	1.047.993	1.083.301		60.359	67.217	67.217

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.04.01.01 Veranstaltungen / Kulturförderung / Sonstige Kultureinrichtungen
- 1.04.01.01.01 Sonderausstellungen
- 1.04.01.01.02 Kreis- und Stadtbücherei

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.04.01.01

Beschreibung

Veranstaltungen/ Kulturförderung/Sonstige Kultureinrichtungen

- Konzeption, Organisation und Durchführung von **Veranstaltungen** in allen Kultursparten zur Attraktivitätssteigerung der kulturellen Einrichtungen und zur Erfüllung eines kulturellen Auftrages.
- **Kulturförderung**: Unterstützung und Förderung von Kulturschaffenden (z. B. durch den „Kulturförderpreis des Oberbergischen Kreises“).
- Konzeption, Organisation und Durchführung von **Sonderausstellungen**.
- Finanzielle Beteiligung an der **Kreis- und Stadtbücherei** und **Kreisorchester**.
- **Kreisarchiv**

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschlüsse, Archivgesetz NRW

Ziele

- Halten oder Steigerung der Besucherzahlen bei kulturellen Veranstaltungen
- hohe Besucherzufriedenheit
- nachhaltige Kundenbindung (durch Werbemaßnahmen etc.)
- Attraktivitätssteigerung durch vielfältiges Veranstaltungsprogramm
- Verbesserung der Wirtschaftlichkeit

Zielgruppen

Bevölkerung der Region und Gesamt-NRW

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-11.200	-15.000	-15.000	-65.000	-65.000	-65.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	536	-2.600	-2.600	-49.900	-49.900	-49.900
10	= Ordentliche Erträge	-10.664	-17.600	-17.600	-114.900	-114.900	-114.900
11	- Personalaufwendungen	162.026	170.482	118.249	119.348	120.470	121.481
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	196.166	185.074	190.685	218.685	218.685	218.685
15	- Transferaufwendungen	17.681	21.130	18.250	21.130	18.250	21.130
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.539	38.979	45.832	132.534	132.607	132.626
17	= Ordentliche Aufwendungen	413.411	415.665	373.016	491.698	490.013	493.922
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	402.747	398.065	355.416	376.798	375.113	379.022
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	402.747	398.065	355.416	376.798	375.113	379.022
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	402.747	398.065	355.416	376.798	375.113	379.022
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	77.709	68.613	9.731	9.479	9.499	9.093
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	480.456	466.679	365.147	386.277	384.612	388.116

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung



Bei der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* handelt es sich um Zuschüsse der Kulturstiftung Oberberg in Trägerschaft der Kreissparkasse Köln (Kostenart 414700). Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Gebühreneinnahmen (Kostenart 432100) für kulturelle Veranstaltungen veranschlagt. In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* umfassen die Aufwendungen für kulturelle Veranstaltungen (Kostenart 529100) im Kreishaushausfoyer, im Museum Schloss Homburg sowie für die kulturellen Veranstaltungen der KULTUR-ZEIT in Haus Dahl. Darüber hinaus sind die Aufwendungen für die Erstellung einer Homepage (Kostenart 529100) sowie Aufwendungen für die Betreuung der Kunstsammlung (Kostenart 524900) in dieser Kontengruppe veranschlagt. Entsprechend einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Gummersbach aus dem Jahr 1975 ist der Oberbergische Kreis verpflichtet, die Hälfte der Kosten der Kreis- und Stadtbücherei zu übernehmen. Diese Erstattung (Kostenart 525300) an die Stadt Gummersbach ist ebenfalls unter dieser Kontengruppe veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind folgende Zuschüsse an Gemeinden und übrige Bereiche (Kostenart 531300 u. 531900) veranschlagt: Zuschuss zum Wettbewerb „Jugend musiziert“, Zuschuss zum Sinfonieorchester, Zuschuss zum Sängerkreis Oberbergisches Land, sonstige Förderung von Vereinen im Jugend-Kulturbereich, Förderung der Jugendarbeit in Chören und Musikvereinen. Für die seit 1955 bestehende Patenschaft mit dem Landkreis Lauenburg in Pommern wird jährlich eine finanzielle Unterstützung geleistet. Über die Vergabe von Zuschüssen zu kulturellen Projekten im Kreisgebiet entscheidet der Ausschuss für Kultur und Weiterbildung. Der Kulturförderpreis (Kostenart 531900) des Oberbergischen Kreises wird alle zwei Jahre (2011, 2013 und 2015) vergeben. Zur Koordinierungsstelle „Regionale Kulturpolitik Bergisches Land“ leistet der Oberbergische Kreis neben weiteren Städten und Kreisen einen Finanzierungszuschuss.

Die Kontengruppe *Sonstige Ordentliche Aufwendungen* beinhaltet die Aufwendungen für Verbrauchsmaterial/Gästebewirtung (Kostenart 543700) für Veranstaltungen und Empfänge sowie Aufwendungen für Sonderausstellungen (549900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-11.200	-15.000	-15.000		-65.000	-65.000	-65.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	536	-2.600	-2.600		-49.900	-49.900	-49.900
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-10.664	-17.600	-17.600		-114.900	-114.900	-114.900
10	- Personalauszahlungen	146.610	126.463	88.324		89.208	90.100	91.001
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	33.525	28.320	33.500		61.000	61.000	61.000
14	- Transferauszahlungen	9.030	12.130	9.250		12.130	9.250	12.130
15	- sonstige Auszahlungen	9.338	11.310	17.600		104.600	104.600	104.600
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	198.503	178.223	148.674		266.938	264.950	268.731
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	187.839	160.623	131.074		152.038	150.050	153.831

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.04.02.01 Volkshochschule

1.04.02.01.01 Abendgymnasium

1.04.02.02 Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren (AGewiS)

1.04.02.02.01 Grundausbildung

1.04.02.02.02 Weiterbildung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.04.02.01

Volkshochschule

Beschreibung

Die Volkshochschule des Oberbergischen Kreises ist eine Pflichtaufgabe nach dem Weiterbildungsgesetz NRW und bietet zweimal im Jahr ein Programm für 12 oberbergische Städte und Gemeinden (außer Gummersbach) an. Das Angebot berücksichtigt individuelle Bedürfnisse und orientiert sich am gesellschaftlichen Bedarf. Angeboten werden Veranstaltungen zur allgemeinen, beruflichen, politischen, gesundheitlichen und kulturellen Bildung und schließt den Erwerb von Schulabschlüssen und Zertifikaten ein.

Auftragsgrundlage

Weiterbildungsgesetz NRW, Beschlüsse des Kreistages, Satzung der VHS

Ziele

Bereitstellung und Durchführung eines bedarfsgerechten, qualifizierenden, flächendeckenden und ortsnahe Aus- und Weiterbildungsangebotes

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger des Oberbergischen Kreises

1.04.02.02

Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren (AGewiS)

Beschreibung

Die Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren (AGewiS) des oberbergischen Kreises ist eine durch die Bezirksregierung anerkannte Einrichtung zur Aus- und Fortbildung in der Altenpflege. Es bietet die staatlich anerkannten Ausbildungen zum/zur Altenpflegehelfer/in und Altenpfleger/in sowie qualifizierte Fort- und Weiterbildungsangebote für Pflegepersonal an.

Auftragsgrundlage

Bundesaltenpflegegesetz mit entsprechender Ausbildungs- und Prüfungsverordnung, Beschlüsse des Kreistages

Ziele

Sicherstellung eines qualifizierten, bedarfsdeckenden Angebotes an Erstausbildungen und differenzierten Qualifizierungsmaßnahmen zur Fort- und Weiterbildung

Zielgruppen

Personen mit den jeweils entsprechenden Zugangsvoraussetzungen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.02 Weiterbildung und Studium



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-745.781	-801.120	-780.680	-780.680	-780.680	-780.680
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-964.887	-1.030.000	-1.100.000	-1.100.000	-1.100.000	-1.100.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-247.490	-300.200	-382.846	-382.846	-382.846	-382.846
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-152.788	-178.211	-218.746	-218.746	-218.746	-218.746
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-792	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500
10	= Ordentliche Erträge	-2.111.738	-2.311.031	-2.483.772	-2.483.772	-2.483.772	-2.483.772
11	- Personalaufwendungen	2.272.551	2.374.118	2.577.231	2.590.209	2.603.639	2.614.309
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	116.270	164.807	171.451	171.451	171.451	171.451
14	- Bilanzielle Abschreibungen		16.607	29.410	22.936	24.866	26.776
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	182.220	186.791	228.891	225.957	226.276	226.207
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.571.042	2.742.323	3.006.983	3.010.554	3.026.233	3.038.744
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	459.303	431.292	523.211	526.782	542.461	554.972
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	459.303	431.292	523.211	526.782	542.461	554.972
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	459.303	431.292	523.211	526.782	542.461	554.972
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	226.880	217.593	239.478	216.394	216.135	215.988
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	686.183	648.886	762.689	743.175	758.595	770.960

Planerläuterung Teilergebnisplan Volkshochschule

In der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden die Landeszuweisungen (Kostenart 414200) eingebucht (Produkte Volkshochschule und Grundausbildung). Das Produkt Modellprojekt Altenpflege wird durch das Land im "Modellprojekt Altenpflegehilfe" gefördert.

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden Höregebühren (Kostenart 432902) vereinnahmt (Produkt Volkshochschule). Teilnehmerbeiträge zu Fortbildungsveranstaltungen (Kostenart 441900) werden in der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* abgebildet. *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* sind andere sonstige Kostenerstattungen, wie die Erstattung von Fernsprechgebühren und Fotokopien (Kostenart 443900), die Erstattung von Personalkosten, Honoraren etc. (Kostenart 443908) und die Erträge aus der Anzeigenwerbung (Kostenart 444902) im Programmheft (Produkt Volkshochschule). Im Bereich Abendgymnasium werden Erstattungen von Zweckverbänden (Kostenart 442400) vereinnahmt. Die Erträge beim Produkt Grundausbildung setzen sich aus den Erstattungen vom Bund (Kostenart 442100), hier im Besonderen die Kostenerstattung der Agentur für Arbeit, den Erstattungen von übrigen Bereichen, wie die Erstattung von Ausbildungsvergütungen und anderen sonstigen Kostenerstattungen (Kostenart 443900) zusammen. Untere *Sonstige ordentliche Erträge* fallen die Erträge aus der Vereinnahmung von Mahngebühren (Kostenart 452220) und andere sonstige ordentliche Erträge (Kostenart 459100), wie nicht näher benannte vermischte Einnahmen (Produkt Volkshochschule).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Personalaufwendungen* zählen weiter die Honorare für Dozenten (Kostenart 501950) und die Abteilungsleitervergütungen (Kostenart 501900) (Produkt Volkshochschule). Honorare werden für Fort- und Weiterbildungsseminare und anteilig als Personalkosten zum "Modellprojekt Altenpflegehilfe" verausgabt (Produkt Weiterbildung und Projekt Modellprojekt Altenpflegehilfe). Weitere Honoraraufwendungen sind bei den Produkten Grundausbildung und Abendgymnasium veranschlagt.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden die Kosten für die Unterhaltung und Anschaffung von Lehrmitteln (Kostenart 524300), die Kosten für die Unterbringung und Verpflegung bei Seminaren (Kostenart 524907), die Erstattung von Sachausgaben an Gemeinden (Kostenart 525300), die Entgelte für ADV-Eingaben bzw. für die ADV-Programmpflege (Kostenart 529923 und 529924), Arbeitspläne für die Hörer der Kreisvolkshochschule (Kostenart 529930) sowie die Kosten für eine Hilfskraft im pädagogischen Dienst (Vorbereitung von KVHS-Kursen, Kostenart 529931) verausgabt (Produkt Volkshochschule). Zu den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* beim Produkt Grundausbildung gehört das Anschaffen von Lernmitteln. Lehrmittel für das Fort- u. Weiterbildungsseminar (Kostenart 524300) und Kosten für die Projektentwicklung (Kostenart 529929) werden beim Produkt Weiterbildung im Aufwand gebucht. Das

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.02 Weiterbildung und Studium



Produkt Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren (AGewiS) belastet den Haushalt durch sächliche Kosten bei Seminar und Studienfahrten (Kostenart 524907) und Erstattungen an verbundene Unternehmen (Kostenart 525600) und Beteiligungen in Form von Erstattung von Serviceleistungen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen fallen bei der Aus- und Fortbildung, Umschulung durch die Fortbildung der Dozenten (Kostenart 541200) an. Weitere Aufwendungen für übernommene Reisekosten (Kostenart 541300) entstehen durch Reisekosten für Fortbildungsveranstaltungen des hauptamtlichen Personals und für Dienstreisen, durch die Erstattung von Sachausgaben an andere Träger (Mieten, Kostenart 542100), GEMA-Gebühren (Kostenart 542300), Prüfungsgebühren (Kostenart 542915), sonstige Geschäftsaufgaben und vermischte Ausgaben, Einführung eines Qualitätsmanagementsystems (Zertifizierung, Kostenart 543909) und dem Mitgliedsbeitrag (Kostenart 544300) zum Landesverband der Volkshochschule Nordrhein-Westfalen (Produkt Volkshochschule). Ebenfalls zur Kontengruppe der sonstigen ordentlichen Aufwendungen gehören die Aufwendungen für Werbemaßnahmen (Kostenart 543800), für sonstige Geschäftsausgaben und die Einführung des Qualitätsmanagementsystems (Produkt Fachseminar für Pflegeberufe, Kostenart 543909). Beim Produkt Weiterbildung werden Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Umschulung in Form von Kosten für die Unterbringung von Teilnehmern der Weiterbildungslehrgänge eingeplant. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.02 Weiterbildung und Studium

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-745.938	-801.120	-780.680		-780.680	-780.680	-780.680
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-962.720	-1.030.000	-1.100.000		-1.100.000	-1.100.000	-1.100.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-244.370	-300.200	-382.846		-382.846	-382.846	-382.846
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-135.416	-178.211	-218.746		-218.746	-218.746	-218.746
7	+ Sonstige Einzahlungen	-792	-1.500	-1.500		-1.500	-1.500	-1.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.089.236	-2.311.031	-2.483.772		-2.483.772	-2.483.772	-2.483.772
10	- Personalauszahlungen	2.075.392	1.988.191	2.155.278		2.166.016	2.176.861	2.187.815
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	120.626	164.450	171.060		171.060	171.060	171.060
15	- sonstige Auszahlungen	132.145	140.360	180.950		179.950	179.950	179.950
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.328.163	2.293.001	2.507.288		2.517.026	2.527.871	2.538.825
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	238.927	-18.030	23.516		33.254	44.099	55.053
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-306.248	-1.300.000					
23	= investive Einzahlungen	-306.248	-1.300.000					
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	273.896						
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	135.428	1.300.000					
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	24.649	28.800	60.400		28.800	28.800	28.800
30	= investive Auszahlungen	433.972	1.328.800	60.400		28.800	28.800	28.800
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / . Auszahlung)	127.724	28.800	60.400		28.800	28.800	28.800

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.02 Weiterbildung und Studium

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5610040 Akademie für Gesundheitswirtschaft										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-306.248	-1.300.000						-1.606.248	-1.606.248
6	= Summe Einzahlungen	-306.248	-1.300.000						-1.606.248	-1.606.248
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	273.896							273.896	273.896
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	135.428	1.300.000						1.439.938	1.439.938
13	= Summe Auszahlungen	409.323	1.300.000						1.713.833	1.713.833
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	103.075							107.585	107.585

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.04.03.01 Museum Schloss Homburg
- 1.04.03.01.01 Schloss Homburg
- 1.04.03.01.02 Haus Dahl

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.04.03.01

Museum Schloss Homburg

Beschreibung

Standorte:

- Museum Schloss Homburg in Nümbrecht (Kunst-, Kultur- und naturgeschichtliche Abteilungen)
- Museum Haus Dahl in Marienheide (Lebens- und Arbeitswelten der ländlichen Bevölkerung)

Aufgabe:

Sammeln, Bewahren, Erforschen, Ausstellen, Vermitteln des regionalen Kultur- und Naturgutes

Das Museum ist eine „gemeinnützige, ständige, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtung, im Dienste der Gesellschaft und ihrer Entwicklung, die zu Studien-, Bildungs- und Unterhaltungszwecken materielle Zeugnisse von Menschen und ihrer Umwelt beschafft, bewahrt, erforscht, bekannt macht und ausstellt“. (Definition gem. ICOM, ethische Richtlinien des Internationalen Museumsrates)

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschlüsse

Ziele

1. **Museum:** Präsentation kulturhistorischer Exponate für mind. 60.000 Besucher p.a.
(mögliche Einschränkungen der Öffnungszeiten während der Bauphase 2009 - 2011)
2. **Museumsshop:** Steigerung der Attraktivität und Aufwertung des Museumsbesuches im Museum Schloss Homburg und im Museum Haus Dahl;
Steigerung der Wirtschaftlichkeit durch möglichst hohen Einnahmeüberschuss bei der Verkaufsware
3. **Museumspädagogik:** Vermittlung der Museumsthemen an möglichst viele Einzel- und Gruppenbesucher

Zielgruppen

Bevölkerung der Region und Gesamt-NRW, Touristen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.03 Museum



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-123.084	-250.000	-250.000	-250.000		
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.566	-4.000	-4.000	-222.000	-222.000	-222.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.771	-2.500	-1.000	-51.000	-51.000	-51.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-697					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-537	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
10	= Ordentliche Erträge	-129.654	-258.500	-257.000	-525.000	-275.000	-275.000
11	- Personalaufwendungen	349.237	306.870	257.568	295.774	298.268	300.665
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	198.277	26.429	28.414	189.264	189.264	189.264
14	- Bilanzielle Abschreibungen		8.850	3.353	5.499	8.425	11.515
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	49.575	51.545	121.348	100.688	100.915	101.021
17	= Ordentliche Aufwendungen	597.090	393.694	410.684	591.226	596.871	602.465
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	467.436	135.194	153.684	66.226	321.871	327.465
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	467.436	135.194	153.684	66.226	321.871	327.465
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	467.436	135.194	153.684	66.226	321.871	327.465
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-7.781	-8.000	-6.424	-6.483	-6.526	-6.134
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	212.533	410.838	616.210	343.248	344.514	343.700
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	672.188	538.032	763.470	402.990	659.858	665.030

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Museum

In der Kontengruppe *Zuwendungen* werden allgemeine Finanzzuwendungen des Fördervereins Schloss Homburg ausgewiesen. Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Benutzungsgebühren (Kostenart 432100) für das Museum Schloss Homburg und Haus Dahl veranschlagt. Im Detail handelt es sich um die Eintrittsgelder zum Besuch der Museen, die Gebühren für museumspädagogische Führungen, Gebühren für die Nutzung des Audioguidesystems sowie Gebühren für standesamtliche Trauungen in den Räumlichkeiten des Museums. In der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* sind die Einnahmen aus Verkäufen (Kostenart 441100) der Museumsshops sowie die Einnahmen der Brotverkäufe zusammengefasst. Die Spendeneinnahmen (452800) für die Museen werden unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* gebucht.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden neben den fest angestellten Mitarbeitern der Kreisverwaltung auch die Personalaufwendungen für sonstige Beschäftigte (Kostenart 501900, z. B. museumspädagogisches Führungspersonal, Bäcker) aufgeführt.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind die Kosten für die Unterhaltung und Anschaffung von Gebrauchsgegenständen (Kostenart 523600), Museumsgut und Archivalien und die Wartungskosten für das Audioguidesystem erfasst. Weiter fallen die Aufwendungen für den Wareneinkauf (Kostenart 526400) von Museumsshop-Artikeln und die Anschaffung von Zubehör für die Museumsshops in diese Kontengruppe. Weitere Sonstige Sach- und Dienstleistungen fallen für die Inventarisierung von Museumsgut an. Die Verwendung der Spenden wird ebenfalls hier veranschlagt. Des Weiteren werden die Aufwendungen für museumspädagogische Maßnahmen, Restaurierungsbedarf sowie die Verbrauchsmittel für die Backaktionen unter dieser Kontengruppe verbucht. Auch die Kosten der Fachfirma für den Aufsichts- und Kassendienst (Kostenart 529912) unter Sach- und Dienstleistungen veranschlagt.

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* umfasst insbesondere die Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit (Kostenart 543800). Darüber hinaus werden an dieser Stelle die Gebühren (Gebühren 542300) für bargeldlose Zahlverfahren an der Museumskasse von Schloss Homburg sowie Geschäftsausgaben für den musealen Bereich veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.03 Museum

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-123.084	-250.000	-250.000		-250.000		
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-5.500	-4.000	-4.000		-222.000	-222.000	-222.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.829	-2.500	-1.000		-51.000	-51.000	-51.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-537	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-131.949	-258.500	-257.000		-525.000	-275.000	-275.000
10	- Personalauszahlungen	333.163	233.954	197.912		235.606	237.569	239.553
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	197.210	26.400	28.370		189.220	189.220	189.220
15	- sonstige Auszahlungen	23.606	23.940	92.500		72.500	72.500	72.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	553.979	284.294	318.782		497.326	499.289	501.273
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	422.030	25.794	61.782		-27.674	224.289	226.273
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-1.337.000	-4.800.000					
23	= investive Einzahlungen	-1.337.000	-4.800.000					
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	682.897	5.800.000	1.000.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	6.600	19.193	22.901		31.559	38.417	38.417
30	= investive Auszahlungen	689.497	5.819.193	1.022.901		31.559	38.417	38.417
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	-647.503	1.019.193	1.022.901		31.559	38.417	38.417

Haushaltsplan 2012

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum

Dezernat I

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5233211 Erweiterung Schloß Homburg										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-1.337.000	-4.800.000						-6.165.000	-6.165.000
6	= Summe Einzahlungen	-1.337.000	-4.800.000						-6.165.000	-6.165.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	682.897	5.800.000	1.000.000					6.921.658	7.921.658
13	= Summe Auszahlungen	682.897	5.800.000	1.000.000					6.921.658	7.921.658
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-654.103	1.000.000	1.000.000					756.658	1.756.658

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme *Erweiterung Schloss Homburg*

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestitionen** im Bereich des **Museums des Oberbergischen Landes auf Schloss Homburg**. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 11.12.2008 die Erweiterung in einem Gesamtvolumen (Planungs- und Baukosten) von rd. 10,1 Mio. Euro beschlossen. Für Planungskosten sind bis zum Stichtag 31.12.2008 bereits rd. 460.000 Euro verausgabt worden. Der Ansatz für 2009 wurde nur im geringen Umfang ausgeschöpft. Ab 2010 ff wurde die Investitionsmaßnahme neu veranschlagt. Hierdurch werden die Summen der Gesamteinzahlungen/ -auszahlungen unvollständig wiedergegeben. Die Baumaßnahme wird mit öffentlich-rechtlichen und privat-rechtlichen Zuweisungen gefördert.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.233211* abgewickelt.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.03 Museum



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	6.600	19.193	22.901		31.559	38.417	38.417	51.506	182.800
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	6.600	19.193	22.901		31.559	38.417	38.417	51.506	182.800

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich **Kultur- und Museumsamt** sowie Neuanschaffungen von **Museumsgüter und Exponate** (Anlagenklasse Kunstgegenstände). Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für die Anschaffung von Museumsgütern bzw. den Ankauf von herausragenden Exponaten (3211.9350), für die Anschaffung von speziellen Inventargegenständen (3210.5200 u. 3211.9351, z. B. Vitrinen, Stellwände, Beleuchtungssysteme, Beschallungsanlagen, etc.) sowie für anteilige Kosten zwecks Einrichtung der kulturgeschichtlichen Dauerausstellung (3211.9356) bestimmt. Die Restaurierung von Museumsgütern ist hier nicht veranschlagt. Die Maßnahmen werden vom Kultur- und Museumsamt (Amt 41) begleitet.

Die o. g. Investitionen werden über folgende *Finanzstelle (PSP-I)* abgewickelt:

5.410000	Museumsgut u. Exponate
5.410010	BGA - Inventar über 410 € (Museum)
5.410020	GwG - Inventar unter 410 € (Museum)
5.410030	BGA - Kulturgeschichtl. Dauerausstellung
5.410040	GWG - Kulturgeschichtl. Dauerausstellung

Beschreibung

- Digitale Sicherung / inhaltliche Erfassung historischer Fotobestand
- Zur Verfügung stellen von Fotos für gewerbliche, öffentliche und private Nutzung wie z.B. für Publikationen, Ausstellungen, Presseartikel, schulische Belange.
- Unterstützung von kreiseigenen Einrichtungen wie Pressestelle, Kreisarchiv und Kultur- und Museumsamt.
- Ergänzung des Bestandes durch Ankauf

Auftragsgrundlage

Ziele

- Durch Bereitstellung von historischem Fotobestand Unterstützung von regionaler Forschung, Präsentation Oberbergischer Gegebenheiten, Darstellung der Kreisverwaltung.
- Archivierung und Sicherung historischer Fotobestände für die Zukunft.

Zielgruppen

Wissenschaftlich-historisch Arbeitende, Journalisten, Verleger, Lehrer, Verwaltung

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.04 Heimatbildstelle



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.145	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge	-1.145	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
11	- Personalaufwendungen	30.285	29.960	30.822	31.125	31.433	31.738
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	23	506	507	507	507	507
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.774	3.078	3.378	3.168	3.186	3.182
17	= Ordentliche Aufwendungen	32.082	33.544	34.706	34.800	35.126	35.426
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	30.937	32.544	33.706	33.800	34.126	34.426
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	30.937	32.544	33.706	33.800	34.126	34.426
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	30.937	32.544	33.706	33.800	34.126	34.426
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.684	1.581	1.723	1.454	1.456	1.454
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	32.622	34.126	35.430	35.254	35.582	35.880

Planerläuterung Teilergebnisplan Heimatbildstelle

Die Kontengruppe *Öffentlich–Rechtliche Leistungsentgelte* beinhaltet die Einnahmen für Reproduktionen (Kostenart 431100 u. 432100) durch die Heimatbildstelle.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden der Kosten für Reproduktionen (Kostenart 529100) veranschlagt. Die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* bildet die Kosten für die Anschaffung von Fotos und Fotorechten sowie die Geschäftsausgaben der Heimatbildstelle ab (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.04 Heimatbildstelle

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.155	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.155	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
10	- Personalauszahlungen	28.699	22.327	22.935		23.164	23.396	23.630
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		500	500		500	500	500
15	- sonstige Auszahlungen	284	1.470	1.500		1.500	1.500	1.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	28.983	24.297	24.935		25.164	25.396	25.630
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	27.828	23.297	23.935		24.164	24.396	24.630
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.700						
30	= investive Auszahlungen	1.700						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	1.700						

Haushaltsplan 2012

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-2.774.385	-2.594.000	-2.800.000	-2.800.000	-2.800.000	-2.800.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-862.538	-808.933	-838.781	-838.781	-838.781	-838.781
3	+ Sonstige Transfererträge	-1.657.706	-1.643.500	-1.284.000	-1.284.000	-1.284.000	-1.284.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-25.740	-27.150	-24.150	-24.150	-24.150	-24.150
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-12.456.799	-25.012.514	-24.228.840	-27.095.070	-28.449.278	-28.498.171
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-400	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge	-17.777.567	-30.087.097	-29.176.771	-32.043.001	-33.397.209	-33.446.102
11	- Personalaufwendungen	3.208.659	8.287.907	8.047.321	8.116.901	8.188.952	8.245.781
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.162.926	9.106.142	7.162.453	7.122.453	7.122.453	7.122.453
14	- Bilanzielle Abschreibungen	11.805	7.945	9.414	9.965	10.522	10.790
15	- Transferaufwendungen	31.971.655	31.891.926	34.973.426	34.908.926	33.989.326	33.929.326
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	34.212.498	37.891.774	33.818.443	33.791.580	33.794.238	33.793.507
17	= Ordentliche Aufwendungen	75.567.543	87.185.694	84.011.058	83.949.825	83.105.491	83.101.856
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	57.789.976	57.098.597	54.834.287	51.906.824	49.708.282	49.655.754
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	57.789.976	57.098.597	54.834.287	51.906.824	49.708.282	49.655.754
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	57.789.976	57.098.597	54.834.287	51.906.824	49.708.282	49.655.754
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-19.706	-32.993	-21.737	-20.441	-20.581	-20.638

Haushaltsplan 2012

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	351.258	544.682	459.296	421.058	420.672	420.196
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	58.121.528	57.610.285	55.271.847	52.307.440	50.108.373	50.055.313

Haushaltsplan 2012

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-2.774.385	-2.594.000	-2.800.000		-2.800.000	-2.800.000	-2.800.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-830.862	-808.933	-838.781		-838.781	-838.781	-838.781
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-1.532.673	-1.643.500	-1.284.000		-1.284.000	-1.284.000	-1.284.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-21.113	-27.150	-24.150		-24.150	-24.150	-24.150
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-13.163.366	-25.012.514	-24.228.840		-27.095.070	-28.449.278	-28.498.171
7	+ Sonstige Einzahlungen	-500	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-18.322.898	-30.087.097	-29.176.771		-32.043.001	-33.397.209	-33.446.102
10	- Personalauszahlungen	2.268.463	7.235.781	5.763.178		5.820.810	5.879.019	5.937.808
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.170.295	9.105.252	7.161.500		7.121.500	7.121.500	7.121.500
14	- Transferauszahlungen	31.779.776	31.891.926	34.973.426		34.908.926	33.989.326	33.929.326
15	- sonstige Auszahlungen	34.155.826	37.685.030	33.587.980		33.587.980	33.587.980	33.587.980
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	74.374.359	85.917.989	81.486.084		81.439.216	80.577.825	80.576.614
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	56.051.461	55.830.892	52.309.313		49.396.215	47.180.616	47.130.512
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.061						
30	= investive Auszahlungen	1.061						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	1.061						

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.05.01.01 Seniorenarbeit
- 1.05.01.02 Heimaufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.05.01.01

Seniorenarbeit

Beschreibung

Beratung und Unterstützung älterer Menschen, um Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen

- zu verhüten
- zu überwinden
- zu mildern

um weiter am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen.

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe, Landespflegegesetz NRW, Beschlüsse des Kreistages

Ziele

- Eigenständige Lebensführung der Menschen so lange wie möglich erhalten
- Längstmöglicher Verbleib im häuslichen und sozialen Umfeld

Zielgruppen

Ältere Menschen im Oberbergischen Kreis

1.05.01.02

Heimaufsicht

Beschreibung

- Wiederkehrende und anlassbezogene Überprüfungen aller Pflege- und Behindertenheime
- Beratung von Heimträgern und Leitungskräften
- Beratung und Information von Heimbewohnern, Angehörigen, Betreuern
- Planungs- und Konzeptberatung in Heimangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Heimgesetz (HeimG) mit Verordnungen, Landespflegegesetz (PfG NRW) mit Verordnungen

Ziele

- Die Bedürfnisse und Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner in Heimen schützen
- Qualitätssicherung in Heimen

Zielgruppen

Volljährige Heimbewohnerinnen und Heimbewohner, Angehörige, Heimträger und deren Mitarbeiter

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.01 Unterstützung von Senioren

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-22.043	-25.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	250					
10	= Ordentliche Erträge	-21.793	-25.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
11	- Personalaufwendungen	251.120	266.911	345.978	348.289	350.812	351.678
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	978.041	850.063	940.067	940.067	940.067	940.067
14	- Bilanzielle Abschreibungen	176					
15	- Transferaufwendungen	23.790	39.881	39.881	39.881	39.881	39.881
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	41.918	44.841	34.976	33.067	33.240	33.176
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.295.045	1.201.697	1.360.902	1.361.304	1.364.000	1.364.802
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.273.252	1.176.697	1.340.902	1.341.304	1.344.000	1.344.802
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.273.252	1.176.697	1.340.902	1.341.304	1.344.000	1.344.802
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.273.252	1.176.697	1.340.902	1.341.304	1.344.000	1.344.802
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	13.564	29.261	22.754	21.118	21.157	21.161
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.286.815	1.205.958	1.363.656	1.362.422	1.365.156	1.365.964

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Unterstützung von Senioren

Bei der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die zu vereinnahmenden Gebühren im Heimrecht abgebildet (Kostenart 431100).

In der Kontengruppe Personalaufwendungen werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden alle Kostenerstattungen verausgabt, die nach dem Rahmenkonzept Senioren- und Pflegeberatung erfolgen (Kostenart 525300). Darüber hinaus werden hier die Kosten der Aktion „Hilfe für alte Menschen“ veranschlagt (Kostenart 525900). Bei der Kontengruppe *Transferaufwendungen* handelt es sich um die Kosten der Erholungsfürsorge für alte Menschen (Kostenart 531900).

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* beinhaltet im Wesentlichen die Kosten der Heimaufsicht (Kostenart 542700). Daneben werden hier die Kosten für Fortbildungen der Mitarbeiter in den gemeindlichen Sozialämtern (Kostenart 541200) und die Sachkosten für die Demenzveranstaltung veranschlagt (Kostenart 543900). Ferner werden hier anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.) abgebildet, welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.01 Unterstützung von Senioren



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18.009	-25.000	-20.000		-20.000	-20.000	-20.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-18.009	-25.000	-20.000		-20.000	-20.000	-20.000
10	- Personalauszahlungen	165.465	167.395	215.393		217.547	219.723	221.920
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	960.530	850.000	940.000		940.000	940.000	940.000
14	- Transferauszahlungen		39.881	39.881		39.881	39.881	39.881
15	- sonstige Auszahlungen	28.516	29.850	18.500		18.500	18.500	18.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.154.512	1.087.126	1.213.774		1.215.928	1.218.104	1.220.301
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.136.502	1.062.126	1.193.774		1.195.928	1.198.104	1.200.301

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.05.02.01 Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und in anderen Lebenslagen

1.05.02.01.01 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

1.05.02.01.02 Hilfen zur Gesundheit

1.05.02.01.03 Hilfen in anderen Lebenslagen

1.05.02.02 Hilfe zur Pflege

1.05.02.02.01 Hilfe zur Pflege ambulant und vollstationär

1.05.02.02.02 Hilfe zur Pflege teilstationär

1.05.02.03 Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse

1.05.02.04 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

1.05.02.05 Leistungen für Schwerbehinderte

1.05.02.06 Ausgleichsabgabe nach § 77 SGB IX

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.05.02.01

Beschreibung

Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und in anderen Lebenslagen

- Gewährung von Hilfen für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz nach dem 5. Kapitel SGB XII
 - Gewährung von Eingliederungshilfeleistungen nach dem 6. Kapitel SGB XII für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung
 - Sonstige Hilfen nach dem 8. und 9. Kapitel des SGB XII
- Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe – mit Verordnungen

Auftragsgrundlage

Ziele

- Menschen, die Sozialhilfeleistungen beziehen, erhalten bedarfsgerechte Leistungen

Zielgruppen

Menschen ohne Krankenversicherungsschutz, Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige

1.05.02.02

1.05.02.03

Beschreibung

Hilfe zur Pflege

Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse

- Gewährung von Hilfen für pflegebedürftige Menschen nach dem 7. Kapitel SGB XII außerhalb und innerhalb von Einrichtungen
- Gewährung von Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüssen zu den Investitionsaufwendungen von Pflegediensten und Pflegeeinrichtungen
- Durchführung der trägerunabhängigen Pflegeberatung nach dem Rahmenkonzept zur integrierten Senioren- und Pflegeberatung
- Erstellen und Fortschreiben der kommunalen Pflegeplanung
- Weiterentwicklung von notwendigen Altenhilfe- und Pflegeangeboten

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) – Sozialhilfe –, Landespflegegesetz (PfG NRW) mit Verordnungen, Kreistagsbeschluss

Ziele

- Den pflegebedürftigen Menschen wird ein dauerhafter oder möglichst langer Aufenthalt in der eigenen häuslichen Umgebung ermöglicht
- Optimale individuelle Versorgung pflegebedürftiger Menschen
- Menschen, die Sozialhilfeleistungen beziehen, erhalten bedarfsgerechte Leistungen nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“

Zielgruppen

Pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige, Pflegedienste und Heimträger und deren Mitarbeiter

1.05.02.04

Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Beschreibung

Unterstützung der Träger der freien Wohlfahrtspflege in ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der sozialen Arbeit

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe – , Kreistagsbeschlüsse

Ziele

Schaffung und Aufrechterhaltung bedarfsgerechter Angebote

Zielgruppen

Menschen in prekären Lebenssituationen

1.05.02.05

Leistungen für Schwerbehinderte

1.05.02.06

Ausgleichsabgabe nach § 77 SGB IX

Beschreibung

- Unterstützung und Hilfen für schwerbehinderte Menschen
- Feststellung des Grades der Behinderung und zur Inanspruchnahme von Nachteilsausgleichen (Schwerbehindertenausweis)
- Kündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen
- Leistungen für schwerbehinderte Menschen im Arbeitsleben

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch IX - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – mit Verordnungen -

Ziele

- Zeitnahe Bearbeitung der Anträge auf Feststellung des Grades der Behinderung“
- Möglichst hoher Anteil von gütlichen Einigungen in Kündigungsschutzverfahren
- Ausschöpfung der zugewiesenen Mittel aus der Ausgleichabgabe

Zielgruppen

Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige, Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderung beschäftigen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-862.538	-808.933	-838.781	-838.781	-838.781	-838.781
3	+ Sonstige Transfererträge	-959.219	-955.000	-651.500	-651.500	-651.500	-651.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.656	-2.000	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-437.589	-392.000	-497.000	-497.000	-497.000	-497.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge	-2.264.003	-2.158.933	-1.992.281	-1.992.281	-1.992.281	-1.992.281
11	- Personalaufwendungen	1.825.242	1.888.317	1.923.941	1.937.748	1.952.576	1.959.603
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	683.142	659.728	614.612	584.612	584.612	584.612
14	- Bilanzielle Abschreibungen	11.879	7.945	9.414	9.965	10.522	10.790
15	- Transferaufwendungen	18.527.409	18.256.445	19.371.945	19.337.445	19.277.445	19.217.445
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	148.894	139.101	152.781	135.317	136.903	136.319
17	= Ordentliche Aufwendungen	21.196.566	20.951.535	22.072.694	22.005.086	21.962.058	21.908.769
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	18.932.564	18.792.602	20.080.413	20.012.805	19.969.777	19.916.488
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	18.932.564	18.792.602	20.080.413	20.012.805	19.969.777	19.916.488
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	18.932.564	18.792.602	20.080.413	20.012.805	19.969.777	19.916.488
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-60.973	-102.631	-67.616	-63.587	-64.021	-64.199
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	182.092	349.415	238.987	222.011	222.429	222.498

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	19.053.683	19.039.387	20.251.783	20.171.230	20.128.186	20.074.787

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderungen und in anderen Lebenslagen

Die Produktgruppe „1.05.02 Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und Pflegebedürftigkeit“ umfasst folgende Produkte und Teilprodukte:

- 1.05.02.01 Hilfen zur Gesundheit, Behinderung u. anderen Lagen
- 1.05.02.01.01 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
- 1.05.02.01.02 Hilfen zur Gesundheit
- 1.05.02.01.03 Hilfe in anderen Lebenslagen
- 1.05.02.02 Hilfe zur Pflege
- 1.05.02.02.01 Hilfe zur Pflege – ambulant u. vollstationär
- 1.05.02.02.02 Hilfe zur Pflege – teilstationär
- 1.05.02.03 Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse
- 1.05.02.04 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
- 1.05.02.05 Leistungen für Schwerbehinderte
- 1.05.02.06 Ausgleichsabgabe nach § 77 SGB IX

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* erfasst die Zuweisungen des Landes zu Beweiserhebungskosten (Kostenart 414200) und die Zuweisungen des Landschaftsverbandes aus der Ausgleichsabgabe (Kostenart 414300).

Über die Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* alle Kostenersätze von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen nachgewiesen. Hierzu zählen Kostenbeiträge (Kostenarten 421100 und 422100), übergeleitete Unterhalts- und andere Ansprüche (Kostenarten 421200 und 422200), Leistungen von vorrangigen Sozialleistungsträgern (Kostenarten 421300, 421400, 422300 und 422400), Rückzahlungen von sozialen Leistungen (Kostenarten 421500 und 422500) sowie sonstige Ersatzleistungen (Kostenarten 421900 und 422900).

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden sämtliche Verwaltungsgebühren vereinnahmt (Kostenart 431100). Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Erstattungen von Land und von Gemeinden abgewickelt (Kostenart 443906, 443907 und 442300). Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* beinhaltet die Einnahmen aus Zwangsgeldern (Kostenart 452120).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden Erstattungen an andere Sozialhilfeträger abgebildet (Kostenart 525300). Des weiteren werden hier die Kosten der Freizeitmaßnahmen sowie des Fahrdienstes für Behinderte veranschlagt (Kostenart 525900). Rund 2/3 der in dieser Kontengruppe erfassten Kosten fallen für die Beweiserhebung in Schwerbehindertenangelegenheiten an (Kostenart 529100).

Bei der Kontengruppe *Transferaufwendungen* handelt es sich im Wesentlichen um die folgenden Ausgabepositionen:

- Hilfe zur Pflege – ambulant, teil- und vollstationär (Kostenarten 533100 und 533200)
- Eingliederungshilfeleistungen und sonstige Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen (Kostenarten 533100 und 533200)
- Hilfen zur Gesundheit außerhalb und innerhalb von Einrichtungen (Kostenarten 533100 und 533200)
- Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse (Kostenart 533920)

Darüber hinaus werden hier Zuschüsse an Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Zuschüsse an das Frauenhaus sowie für präventive Beratung nach dem Gewaltschutzgesetz und die Investitionspauschale für ambulante Pflegedienste verausgabt (Kostenart 531900). Außerdem werden hier die Leistungen zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben aus der Ausgleichsabgabe ausgezahlt (Kostenart 533900) und zurück gezahlte darlehensweisen Hilfen an den Landschaftsverband weitergeleitet (Kostenart 539330).

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.



Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* bildet die Kosten für anfallende Sachverständigengutachten (Kostenart 542700) und die Sachausgaben für Schwerbehinderte (Kostenart 543900; Bewirtschaftung durch Amt 10) ab. Daneben werden ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing der Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, etc.) verbucht, welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungen die Produktgruppe belasten. Bei der *internen Leistungsverrechnung* werden anteilige Umlagen (Gebäudekosten inkl. AfA, KFZ-Kosten, etc.) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-830.862	-808.933	-838.781		-838.781	-838.781	-838.781
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-906.423	-955.000	-651.500		-651.500	-651.500	-651.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.064	-2.000	-4.000		-4.000	-4.000	-4.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-436.411	-392.000	-497.000		-497.000	-497.000	-497.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-500	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.177.260	-2.158.933	-1.992.281		-1.992.281	-1.992.281	-1.992.281
10	- Personalauszahlungen	1.295.049	1.221.555	1.243.284		1.255.717	1.268.274	1.280.956
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	659.379	659.252	614.100		584.100	584.100	584.100
14	- Transferauszahlungen	18.497.656	18.256.445	19.371.945		19.337.445	19.277.445	19.217.445
15	- sonstige Auszahlungen	40.703	20.130	20.130		20.130	20.130	20.130
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	20.492.787	20.157.382	21.249.459		21.197.392	21.149.949	21.102.631
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	18.315.527	17.998.449	19.257.178		19.205.111	19.157.668	19.110.350
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.061						
30	= investive Auszahlungen	1.061						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	1.061						

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.05.03.01 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

1.05.03.02 Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)

1.05.03.02.01 Hilfe zum Lebensunterhalt

1.05.03.02.02 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

1.05.03.03 Leistungen nach BAföG

1.05.03.04 Lastenausgleich

1.05.03.05 Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.05.03.01

Beschreibung

Grundsicherung für Arbeitssuchende

Gewährung von Hilfen an erwerbsfähige Menschen und deren Angehörige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können. Im SGB II gibt es eine zweigeteilte Trägerschaft – Kreis und Agentur für Arbeit. Der Kreis erbringt

- Leistungen für Unterkunft und Heizung
- einmalige Leistungen (Erstausstattung Wohnung und Bekleidung, mehrtägige Klassenfahrten)
- ergänzende Eingliederungsleistungen (Kinderbetreuung, Schuldnerberatung, Suchtberatung, psychosoziale Betreuung)
- Leistungen für Bildung und Teilhabe an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch II (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende, Kreistagsbeschluss

Ziele

- Die Menschen erhalten bedarfsgerechte Leistungen
- Die Leistungsempfänger werden befähigt, wieder unabhängig von Leistungen ein selbstbestimmtes Leben zu führen

Zielgruppen

Erwerbsfähige Menschen und ihre Angehörigen in prekären Einkommenssituationen

1.05.03.02

Beschreibung

Hilfe zum Lebensunterhalt , Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Gewährung von Hilfen an Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können. Die Hilfen werden erbracht als

- Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII
- Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII
- Leistungen für Bildung und Teilhabe an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr
- Leistungen zur Sicherung des Unterhalts von Wehr- und Zivildienstleistenden

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch II (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende

Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) – Sozialhilfe

Unterhaltssicherungsgesetz (USG)

Ziele

- Die Menschen erhalten bedarfsgerechte Leistungen
- Die Leistungsempfänger werden befähigt, wieder unabhängig von Leistungen ein selbstbestimmtes Leben zu führen

Zielgruppen

Menschen in prekären Einkommenssituationen

1.05.03.03

Leistungen nach BAföG

Beschreibung

- Bewilligung von Ausbildungsförderung nach dem BAföG
- Prüfung und Entscheidung von Anträgen auf Ausbildungsförderung nach dem BAföG
- Beratung von Antragsteller/innen

Auftragsgrundlage

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Sozialgesetzbuch (SGB) I und X, Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Ziele

Zeitnahe und rechtmäßige Entscheidung über Förderanträge von Schüler/innen und Auszubildenden

Zielgruppen

Schüler/innen und Auszubildende in vollzeitschulischen Bildungsgängen

1.05.03.05

Beschreibung

Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz

Gewährung von Leistungen für Bildung und Teilhabe an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr

Auftragsgrundlage

Bundeskindergeldgesetz (BKGG)

Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundeselterngeld- und Elternteilgesetz und nach dem Bundeskindergeldgesetz

Ziele

Die Menschen erhalten bedarfsgerechte Leistungen

Zielgruppen

Menschen in prekären Einkommenssituationen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-2.774.385	-2.594.000	-2.800.000	-2.800.000	-2.800.000	-2.800.000
3	+ Sonstige Transfererträge	-698.487	-688.500	-632.500	-632.500	-632.500	-632.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-12.019.210	-24.620.514	-23.731.840	-26.598.070	-27.952.278	-28.001.171
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	350					
10	= Ordentliche Erträge	-15.491.732	-27.903.014	-27.164.340	-30.030.570	-31.384.778	-31.433.671
11	- Personalaufwendungen	634.642	5.618.694	5.245.569	5.295.424	5.346.203	5.393.685
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.501.104	7.596.149	5.607.558	5.597.558	5.597.558	5.597.558
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-250					
15	- Transferaufwendungen	13.420.455	13.595.600	15.561.600	15.531.600	14.672.000	14.672.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	33.983.897	37.656.207	33.574.308	33.569.748	33.570.159	33.570.013
17	= Ordentliche Aufwendungen	52.539.849	64.466.650	59.989.035	59.994.330	59.185.920	59.233.256
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	37.048.117	36.563.636	32.824.695	29.963.760	27.801.142	27.799.585
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	37.048.117	36.563.636	32.824.695	29.963.760	27.801.142	27.799.585
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	37.048.117	36.563.636	32.824.695	29.963.760	27.801.142	27.799.585
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	166.306	191.645	198.431	182.285	181.594	181.068
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	37.214.423	36.755.281	33.023.125	30.146.045	27.982.736	27.980.653

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Hilfen bei Einkommensdefiziten

Die Produktgruppe „1.05.03 Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen“ umfasst folgende Produkte und Teilprodukte:

- 1.05.03.01 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
- 1.05.03.02 Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter; EM (SGB XII)
 - 1.05.03.02.01 Hilfe zum Lebensunterhalt
 - 1.05.03.02.02 Grundsicherung im Alter, bei Erwerbsminderung
- 1.05.03.03 Leistungen nach BaföG
- 1.05.03.04 Lastenausgleich
- 1.05.03.05 Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz

Bei der Kontengruppe *Steuern und ähnliche Abgaben* handelt es sich ausschließlich um Zuweisungen des Landes aus der Wohngeldentlastung (Kostenart 405200).

Über die Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden alle Kostenersätze von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen ausgewiesen. Hierzu zählen Kostenbeiträge (Kostenarten 421100 und 422100), übergeleitete Unterhalts- und andere Ansprüche (Kostenarten 421200 und 422200), Leistungen von vorrangigen Sozialleistungsträgern (Kostenarten 421300, 421400, 422300 und 422400), Rückzahlungen von sozialen Leistungen (Kostenarten 421500 und 422500) sowie sonstige Ersatzleistungen (Kostenarten 421900 und 422900).

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.



Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* wird in der Hauptsache die Beteiligung des Bundes an den Unterkunft- und Heizkosten (Kostenart 447100) sowie der Anteil der Bundesagentur (BA) an den Personalkosten für die kommunalen Mitarbeiter und an den Sachkosten für die 11 kommunalen Standorte des Jobcenters (Kostenart 442500) vereinnahmt. Darüber hinaus handelt es sich bei diesem Ansatz um den Anteil an der Bundeserstattung beim Vollzug des Grundsicherungsgesetzes (Kostenart 442100) sowie um Erstattungen von anderen Grundsicherungs- und Sozialhilfeträgern (Kostenart 442300). Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* beinhaltet Erstattungen von Gemeinden in Form von Schadenersatz (Kostenart 452700).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich vor allem um Erstattungen an Gemeinden und Kreis für die Bereitstellung von personellen und sächlichen Ressourcen für das Jobcenter, sowie um Erstattungen an andere Sozialhilfeträger (Kostenart 525300), Weiterhin wird dort der Kreisanteil an den Personalkosten für die BA-Mitarbeiter und an den Sachkosten für die 2 BA-Standorte des Jobcenters ausgewiesen (Kostenart 525500). Zu dieser Kostenart gehören auch die Erstattungen (an RBK) im Rahmen der Lastenausgleichsverwaltung (1.05.03.04 Lastenausgleich). Einen geringfügigen Teil des Aufwands bilden Gerichtsvollzieherkosten, Aufwendungsersätze, ü.ä. (Kostenart 529100), sowie der Kurierdienst (Kostenart 529909).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* werden

- die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII
- die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII (Kostenarten 533100 und 533200)
- Kommunale Eingliederungsleistungen an Arbeitssuchende nach § 16a SGB II (Kostenarten 533615, 533625, 531800) und
- die Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB XII und dem Bundeskindergeldgesetz

Verausgabt.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.



Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* weist hauptsächlich die Kosten von Leistungen für Unterkunft und Heizung (Kostenart 546200), Wohnungsbeschaffungskosten/ Umzugskosten (Kostenart 546210), Mietschulden sowie einmalige Leistungen an Arbeitssuchende (Kostenart 546220) und die Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB II aus. Anfallende Fortbildungskosten (Kostenart 541200) für Mitarbeiter in den gemeindlichen Sozialämtern werden ebenfalls auf dieser Kontengruppe geplant.

Zu den *sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, etc.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungen die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten inkl. AfA) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-2.774.385	-2.594.000	-2.800.000		-2.800.000	-2.800.000	-2.800.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-626.249	-688.500	-632.500		-632.500	-632.500	-632.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-12.726.955	-24.620.514	-23.731.840		-26.598.070	-27.952.278	-28.001.171
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-16.127.589	-27.903.014	-27.164.340		-30.030.570	-31.384.778	-31.433.671
10	- Personalauszahlungen	476.823	5.523.323	3.970.880		4.010.588	4.050.695	4.091.202
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.550.385	7.596.000	5.607.400		5.597.400	5.597.400	5.597.400
14	- Transferauszahlungen	13.282.120	13.595.600	15.561.600		15.531.600	14.672.000	14.672.000
15	- sonstige Auszahlungen	34.083.813	37.620.500	33.534.800		33.534.800	33.534.800	33.534.800
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	52.393.142	64.335.423	58.674.680		58.674.388	57.854.895	57.895.402
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	36.265.553	36.432.409	31.510.340		28.643.818	26.470.117	26.461.731

Beschreibung

Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen

Kann ein Volljähriger wegen Krankheit oder Behinderung seine Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht besorgen, kann das Vormundschaftsgericht für ihn einen Betreuer bestellen. Vor der Bestellung eines Betreuers oder der Anordnung eines Einwilligungsvorbehalts kann das Gericht die zuständige Behörde zur Ermittlung des Sachverhalts beauftragen. Zu berichten ist insbesondere zu den sozialen Umständen die eine Betreuung erforderlich machen, dem notwendigen Umfang der Betreuung sowie zur Verfügbarkeit und Eignung einer Betreuungsperson.

Das Gericht kann den Betroffenen im Zuge der Sachverhaltsermittlung und während der laufenden Betreuung durch die zuständige Behörde vorführen bzw. unterbringen lassen.

Kann ein Volljähriger durch eine oder mehrere natürliche Personen oder durch einen Betreuungsverein nicht hinreichend betreut werden, so bestellt das Gericht die zuständige Behörde zum Betreuer.

Förderung des Ehrenamts

Betreuungen werden grundsätzlich ehrenamtlich geführt. Zum Betreuer bestellt das Vormundschaftsgericht vorrangig natürliche Personen nach Wunsch der Betroffenen. Meist handelt es sich um Angehörige, weniger häufig um Freunde oder Bekannte.. Für Betreute ohne geeignete persönliche Bezüge schlägt die Behörde nach Gerichtsauftrag andere geeignete Personen vor, die vorrangig ehrenamtlich als Betreuer tätig werden sollen.

Betreuungsvereine und -behörde sind dazu aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Gewinnung, Beratung und Unterstützung ehrenamtlicher Betreuer zu ergreifen.

Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

Die Zahl rechtlich vertretungsbedürftiger Volljähriger nimmt stetig zu. Dem gegenüber steht eine nicht ausreichende Bereitschaft der Bürger, rechtliche Vertretung ehrenamtlich zu übernehmen. Rechtliche Betreuung hat sich vor diesem Hintergrund als freier Beruf in der Dienstleister-Szene etabliert. Das Gericht beauftragt die zuständige Behörde in Betreuungsverfahren zur Benennung geeigneter Betreuer. Die Behörde ist gehalten, geeignete Personen benennen zu können. Kann sie das nicht, muss sie die Betreuungen ggfs. selbst führen. Der Gesetzgeber hat den Handlungsrahmen rechtlicher Betreuung seit 1992 aus Kostengründen kontinuierlich eingeschränkt. Oft führen professionelle Betreuer zu viele Betreuungen und / oder diese in nachlassender Qualität, um ihr Einkommen zu sichern. Die Behörde ist daher zunehmend gefordert, qualitätssichernd (die „Eignung“ der Betreuer tatsächlich erhaltend) tätig zu sein. Durch verstärkte Information der Bevölkerung zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen können aufwändige Betreuungsverfahren und Betreuungen vermieden werden. Von dem gesetzlichen Auftrag an die zuständigen Behörden, zu den Themenfeldern zu berichten, profitiert im Erfolgsfall die Justiz. Ein vermindertes Aufkommen an Betreuungsverfahren wird aber auch die Betreuungsbehörde entlasten.

Auftragsgrundlage

Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen

§§ 1896, 1897, 1900 Abs. 4 BGB, §§ 7, 8 Betreuungsbehördengesetz (BtBG), §§ 68 Abs. 3, 68a, 69g, 69i, 70d Abs. 1, 70g Abs. 4 u. 5, 70i Abs. 1 Freiwillige-Gerichtbarkeitsgesetz (FGG)

Förderung des Ehrenamts

§ 1897 BGB i. V. mit §§ 4, 5 und 6 BtBG

Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

§ 1897 BGB, §§ 4, 5, 6, 8 BtBG

<p>Ziele</p>	<p><u>Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen</u></p> <ul style="list-style-type: none">- Fristgerechte, die Persönlichkeitsrechte Betroffener währende Berichterstattung an die Gerichte nach vorangegangener Sachverhaltsermittlung- Ausreichende Präsenz als zuständige Fachbehörde zur Unterstützung bei und nach Zwangsmaßnahmen- Wahrung der Rechte Betroffener im Betreuungsverfahren und bei Zwangsmaßnahmen <p><u>Förderung des Ehrenamts</u></p> <ul style="list-style-type: none">- Bereitstellen eines ausreichenden Angebots an ehrenamtlichen Betreuern- Ausreichende Qualifizierung ehrenamtlicher Betreuer und Bevollmächtigter zur eigenen Krisenprophylaxe in der rechtlichen Vertretung sowie zur effizienten Wahrung der Rechte Betreuer und von Vollmachtgebern- Ausreichende Vermittlung von Kenntnissen zur rechtlichen Vertretung Volljähriger- Stärkung des speziellen Ehrenamtes „rechtlicher Betreuer“ in der Öffentlichkeit <p><u>Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen</u></p> <ul style="list-style-type: none">- Schaffung eines kreisweit ausreichenden Angebots geeigneter übernahmebereiter Betreuer- Vermeidung der Übernahme von Betreuungen durch die Behörde- Vermeidung von Betreuungsmissbrauch- Ausreichender Schutz der Betreuten- Vermeidung von Betreuungsverfahren (und Betreuungen)
<p>Zielgruppen</p>	<p><u>Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen</u> Amtsgerichte, Betroffene i. S. § 1896 BGB, Angehörige Betroffener, Betreuer</p> <p><u>Förderung des Ehrenamts</u> Angehörige und nicht angehörige Betreuer, Vollmachtnehmer, Sozial engagierte Bürger</p> <p><u>Qualitätssicherung und Steuerung;</u> <u>Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen</u> Betroffene i. S. § 1896 BGB, Betreuer, Berufsbetreuer, Volljährige Bevölkerung</p>

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.04 Betreuungsleistungen


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-40	-150	-150	-150	-150	-150
10	= Ordentliche Erträge	-40	-150	-150	-150	-150	-150
11	- Personalaufwendungen	497.654	513.984	531.834	535.441	539.361	540.815
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	640	203	216	216	216	216
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.789	51.625	56.378	53.448	53.936	53.999
17	= Ordentliche Aufwendungen	536.083	565.812	588.428	589.105	593.513	595.030
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	536.043	565.662	588.278	588.955	593.363	594.880
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	536.043	565.662	588.278	588.955	593.363	594.880
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	536.043	565.662	588.278	588.955	593.363	594.880
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	30.563	43.998	45.004	38.789	38.932	39.029
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	566.607	609.660	633.282	627.743	632.295	633.909

Planerläuterung Teilergebnisplan Betreuungsleistungen

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) der Betreuungsstelle veranschlagt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.04 Betreuungsleistungen



Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich um Kosten für die Wahrnehmung von Querschnittsaufgaben im Betreuungswesen (Kostenart 549900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.04 Betreuungsleistungen


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-40	-150	-150		-150	-150	-150
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-40	-150	-150		-150	-150	-150
10	- Personalauszahlungen	331.126	323.508	333.621		336.958	340.327	343.730
15	- sonstige Auszahlungen	2.793	14.550	14.550		14.550	14.550	14.550
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	333.920	338.058	348.171		351.508	354.877	358.280
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	333.880	337.908	348.021		351.358	354.727	358.130

Haushaltsplan 2012

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

KD, Dez. III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-12.748.808	-15.678.500	-13.229.000	-13.851.000	-14.298.000	-14.763.000
3	+ Sonstige Transfererträge	-2.468.972	-2.593.600	-2.628.600	-2.663.600	-2.663.600	-2.663.600
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.190.990	-3.101.000	-2.701.000	-2.201.000	-2.201.000	-2.201.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-12.865	-47.000	-16.500	-16.500	-16.500	-16.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-899.878	-928.750	-961.500	-981.800	-983.800	-908.800
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.473	-3.000	-476.736	-498.511	-495.361	-484.182
10	= Ordentliche Erträge	-19.322.985	-22.351.850	-20.013.336	-20.212.411	-20.658.261	-21.037.082
11	- Personalaufwendungen	4.966.642	5.303.050	5.780.117	5.826.863	5.875.752	5.909.187
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.962.263	3.126.913	3.189.484	3.377.484	3.502.484	3.612.484
14	- Bilanzielle Abschreibungen	95.332	162.162	18.678	19.808	20.951	21.556
15	- Transferaufwendungen	49.073.277	54.355.740	52.101.600	53.804.600	54.970.600	56.170.600
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	413.545	485.788	1.258.150	1.661.387	1.662.280	1.650.423
17	= Ordentliche Aufwendungen	57.511.059	63.433.654	62.348.029	64.690.142	66.032.067	67.364.250
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	38.188.074	41.081.804	42.334.693	44.477.731	45.373.806	46.327.168
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	38.188.074	41.081.804	42.334.693	44.477.731	45.373.806	46.327.168
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	38.188.074	41.081.804	42.334.693	44.477.731	45.373.806	46.327.168
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-34.812	-34.922	-37.184	-31.422	-31.685	-31.856

Haushaltsplan 2012

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

KD, Dez. III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	339.656	470.445	476.701	409.510	410.183	410.557
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	38.492.918	41.517.326	42.774.211	44.855.819	45.752.304	46.705.869

Haushaltsplan 2012

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

KD, Dez. III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-14.194.823	-15.548.500	-13.229.000		-13.851.000	-14.298.000	-14.763.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-2.426.422	-2.593.600	-2.628.600		-2.663.600	-2.663.600	-2.663.600
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.193.047	-3.101.000	-2.701.000		-2.201.000	-2.201.000	-2.201.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-11.325	-47.000	-16.500		-16.500	-16.500	-16.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-992.351	-948.750	-961.500		-981.800	-983.800	-908.800
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.273	-3.000	-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-20.820.240	-22.241.850	-19.539.600		-19.716.900	-20.165.900	-20.555.900
10	- Personalauszahlungen	3.900.502	3.663.680	3.999.920		4.039.763	4.079.903	4.120.447
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.023.869	3.145.590	3.188.040		3.376.040	3.501.040	3.611.040
14	- Transferauszahlungen	49.106.661	54.355.740	52.101.600		53.804.600	54.970.600	56.170.600
15	- sonstige Auszahlungen	117.119	170.518	190.568		191.568	192.568	193.568
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	56.148.151	61.335.528	59.480.128		61.411.971	62.744.111	64.095.655
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	35.327.910	39.093.678	39.940.528		41.695.071	42.578.211	43.539.755
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-500.000	-1.323.000		-335.000		
23	= investive Einzahlungen		-500.000	-1.323.000		-335.000		
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		18.000					
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		1.980	30.980		1.980	1.980	1.980
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen		550.000	4.482.000		6.609.200		
30	= investive Auszahlungen		569.980	4.512.980		6.611.180	1.980	1.980

Haushaltsplan 2012

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

KD, Dez. III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / . Auszahlung)		69.980	3.189.980		6.276.180	1.980	1.980

Beschreibung

In Tageseinrichtungen sowie Einrichtungen der OGS werden Kinder von Fachkräften ganztags bzw. einen Teil des Tages in einer Gruppe gefördert. Kindertagespflege wird von einer geeigneten Person jeweils für ein bzw. bis zu acht Kindern geleistet.

Aufgabe von Kindertageseinrichtungen, Tagespflege wie Einrichtung der OGATA ist die Förderung von Kindern in den Bereichen Erziehung, Bildung und Betreuung. Die Förderung des Kindes soll möglichst früh, altersgerecht und seiner individuellen Lebenssituation entsprechend erfolgen.

Für Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt besteht ein Anspruch auf den Besuch einer Tageseinrichtung. Für Kinder unter drei Jahren und Schulkinder ist ein bedarfsgerechtes Angebot vorzuhalten. Für Kinder unter drei Jahren sind mindestens Plätze vorzuhalten, sofern die Erziehungsberechtigten sich in Ausbildung befinden bzw. einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder ohne die Leistung die Förderung des Kindes nicht gewährleistet ist. Der Betrieb einer Tageseinrichtung sowie die Erbringung von Kindertagespflegeleistungen sind erlaubnispflichtig.

Auftragsgrundlage

§§ 22-26, 43, 45-48 und 80 SGB VIII; Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG); Kinderbildungsgesetz (KiBiz);
Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Ziele

- Erstellung und Erhalt eines bedarfsgerechten, qualifizierten Förder- und Betreuungsangebotes für Kinder vom Säuglingsalter bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (Spielgruppen, Kindertagesstätten, Tagespflegestellen und außerunterrichtliche Angebote in Offenen Ganztagschulen)
- Verbesserung der Bildungschancen sowie die soziale und gesellschaftliche Integration von Kindern durch individuelle, altersgerechte, frühe Förderung
- gemeinsame Förderung von Kindern mit und ohne Behinderung
- Sicherstellung der pädagogischen Qualität in Tageseinrichtungen
- Ausbau der Tagespflege als gleichwertiger Alternative zu Tageseinrichtungen und deren Aufwertung durch die Qualifizierung von Tagespflegepersonen
- Ausbau familienfreundlicher Strukturen im Oberbergischen Kreis
- Unterstützung von Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Stärkung von Eltern
- Vereinfachung der Abrechnungsverfahren (Kindpauschalen)
- Regelung der öffentlichen Förderung und Finanzierung der Einrichtungen
- Verbesserung der Kooperation zwischen Tageseinrichtungen und Schule
- Unterstützung des Aufbaus bzw. der Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren
- Umsetzung der durch KiBiz anstehenden Veränderungen im Dialog mit den freien Trägern

Zielgruppen

Eltern, Kinder vom Säuglingsalter bis zum 14. Lebensjahr, Tagespflegestellen, Träger von Tageseinrichtungen für Kinder, in Tageseinrichtungen tätige Fachkräfte

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-12.536.927	-15.478.000	-13.018.000	-13.640.000	-14.087.000	-14.552.000
3	+ Sonstige Transfererträge	-62.559	-78.000	-83.000	-88.000	-88.000	-88.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.184.990	-3.100.000	-2.700.000	-2.200.000	-2.200.000	-2.200.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-12.865	-18.000	-12.000	-12.000	-12.000	-12.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-63.111	-63.000	-84.000	-103.300	-104.300	-29.300
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-473.736	-495.511	-492.361	-481.182
10	= Ordentliche Erträge	-15.860.452	-18.737.000	-16.370.736	-16.538.811	-16.983.661	-17.362.482
11	- Personalaufwendungen	458.045	489.493	390.990	393.652	396.545	397.639
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.853.212	1.970.188	2.000.200	2.148.200	2.233.200	2.323.200
14	- Bilanzielle Abschreibungen	150	146.333				
15	- Transferaufwendungen	28.518.946	32.975.750	29.546.750	31.127.750	32.243.750	33.403.750
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	119.419	173.331	907.341	1.334.222	1.331.175	1.318.812
17	= Ordentliche Aufwendungen	30.949.772	35.755.095	32.845.282	35.003.825	36.204.670	37.443.402
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	15.089.320	17.018.095	16.474.546	18.465.014	19.221.009	20.080.920
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	15.089.320	17.018.095	16.474.546	18.465.014	19.221.009	20.080.920
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	15.089.320	17.018.095	16.474.546	18.465.014	19.221.009	20.080.920
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	27.999	41.260	39.354	33.814	33.963	34.064
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	15.117.319	17.059.354	16.513.899	18.498.828	19.254.972	20.114.983

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kinder in Tageseinrichtungen/Tagespflege

Über die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden die folgenden Ertragsarten (Kostenart 414200) abgebildet:

- Landeszuschuss für Kinder in Tagespflege
- Landeszuschuss zu Sach- und Personalkosten der Tageseinrichtungen für Kinder (Hauptanteil an der Gesamtsumme)
- Landesmittel zur Sprachförderung in Tageseinrichtungen
- Landesmittel für Familienzentren

Bei der Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* handelt es sich um Kostenbeiträge (Kostenart 421100) von alleinerziehenden Elternteilen für die Unterbringung in Tagespflege und Erstattungen aus Vorjahren (Kostenart 429800) von vorrangig verpflichteten Sozialleistungsträgern. Die Kontengruppe mit der Bezeichnung *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* dient der Vereinnahmung von Elternbeiträgen (Kostenart 432901) zu den Betriebskosten der Tageseinrichtungen. Auf den Konten der Gruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden die Teilnehmerbeiträge (Kostenart 441901) zu Qualifizierungsmaßnahmen verbucht. Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen* wird die Personalkostenerstattung des Tagesmütternetzwerkes (Kostenart 443908, AO Amt 10) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfolgt die Erstattung (Kostenart 525900) vertraglicher Leistungen für freie Kindergartenträger. Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet in erster Linie den Betriebskostenzuschuss (Kostenart 531900) an freie Träger von Tageseinrichtungen für Kinder. Darüber hinaus werden die folgenden Kostenarten hier veranschlagt:

- Weiterleitung von Landesmitteln zur Förderung von Familienzentren (TP 1.06.01.01.01, Kostenart 531900)
- Weiterleitung von Landesmitteln zur Sprachförderung (TP 1.06.01.01.01, Kostenart 531900)
- Förderung von Schülerbetreuungsmaßnahmen (PSP 1.06.01.01, Kostenart 531900)
- Förderung sonstiger Betreuungsmaßnahmen (PSP 1.06.01.01, Kostenart 531900)

sowie

- Kosten der Unterbringung in Tagespflege (PSP 1.06.01.01, Kostenart 533400)

- Erziehung in einer Tagesgruppe (PSP 1.06.01.01, Kostenart 533530)

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich einerseits um Kosten von Qualifizierungsmaßnahmen für Mitarbeiter (Kostenart 541200) in Tageseinrichtungen (Offene Ganztagschulen, Familienzentren), andererseits um den Betriebskostenzuschuss an das Tagesmütternetzwerk (PSP 1.06.01.01, Kostenart 542911). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-13.982.942	-15.348.000	-13.018.000		-13.640.000	-14.087.000	-14.552.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-65.088	-78.000	-83.000		-88.000	-88.000	-88.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.187.047	-3.100.000	-2.700.000		-2.200.000	-2.200.000	-2.200.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-11.325	-18.000	-12.000		-12.000	-12.000	-12.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-65.143	-63.000	-84.000		-103.300	-104.300	-29.300
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-17.311.545	-18.607.000	-15.897.000		-16.043.300	-16.491.300	-16.881.300
10	- Personalauszahlungen	305.278	311.024	245.806		248.264	250.747	253.254
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.881.989	1.970.000	2.000.000		2.148.000	2.233.000	2.323.000
14	- Transferauszahlungen	28.617.937	32.975.750	29.546.750		31.127.750	32.243.750	33.403.750
15	- sonstige Auszahlungen	86.585	138.950	145.000		145.000	145.000	145.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	30.891.789	35.395.724	31.937.556		33.669.014	34.872.497	36.125.004
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	13.580.245	16.788.724	16.040.556		17.625.714	18.381.197	19.243.704
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-500.000	-1.323.000		-335.000		
23	= investive Einzahlungen		-500.000	-1.323.000		-335.000		
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			29.000				
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen		550.000	4.482.000		6.609.200		
30	= investive Auszahlungen		550.000	4.511.000		6.609.200		
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)		50.000	3.188.000		6.274.200		

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege



OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5510030 Investitionsförderung KiTa										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-500.000	-1.323.000		-335.000			-500.000	-2.158.000
6	= Summe Einzahlungen		-500.000	-1.323.000		-335.000			-500.000	-2.158.000
11	- Auszahlung für aktivierbare Zuwendungen		550.000	4.482.000		6.609.200			550.000	11.641.200
13	= Summe Auszahlungen		550.000	4.482.000		6.609.200			550.000	11.641.200
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		50.000	3.159.000		6.274.200			50.000	9.483.200

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem o. g. Ansatz für das Haushaltjahr 2010 ff. handelt es sich um Ein- und Auszahlungen im Rahmen der **Förderung von Baumaßnahmen und Ausstattungen an Träger von Kindertageseinrichtungen**. Die Abwicklung und Weiterleitung der Investitionsfördermittel wird von Amt 51 koordiniert. Der Fördersatz beträgt 90% der jeweiligen zuwendungsfähigen Höchstbeträge. Hinweis: Die Form der Veranschlagung ist von den Zweckbindungs- und Nebenbestimmungen der Landesförderung abhängig und kann sich noch ändern. Ggf. ist eine Verschiebung der Eigenanteile als Aufwand in den Ergebnisplan erforderlich.

Geleistete Zuwendungen zur Investitionstätigkeit sind später in der Bilanz unter dem Posten „Aktive Rechnungsabgrenzung“ zu aktivieren und durch eine periodengerechte Abgrenzung im Zeitablauf entsprechend der Erfüllung der Gegenleistungsverpflichtung zu mindern, wenn dem Zuwendungsempfänger eine Verpflichtung in sachlicher und zeitlicher Hinsicht (mehrjährige Gegenleistungsverpflichtung des Dritten) auferlegt wird, vgl. § 43 Absatz 2 GemHVO^{NKF}.

Die Einzahlung/Auszahlung der Investitionszuschüsse wird über die *Finanzstelle Investitionsförderung KiTa* abgewickelt:

2011 / PSP-I 5.510030.605.011 SK 681200 Landeszuschuss
 2011 / PSP-I 5.510030.700.311 SK 781900 Auszahlung / Weiterleitung LZ (einschließlich Eigenanteil)

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.06.02.01 Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit

1.06.02.01.01 Landeszuschuss Förderung offene Kinder- und Jugendarbeit

1.06.02.02 Jugendsozialarbeit

1.06.02.03 Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie

1.06.02.04 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.06.02.01

Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit

Beschreibung

Kinder- und Jugendarbeit soll an den Interessen und Bedürfnissen junger Menschen anknüpfen. Sie ist geprägt von Selbstorganisations- und Selbstbildungsprozessen und damit kein fremdbestimmtes Feld. Kinder- und Jugendarbeit konzentriert sich auf den Aufbau und die Durchführung außerschulischer und freizeitorientierter Bildungsangebote. Hierunter fallen insbesondere, politische, (inter)kulturelle und soziale Angebote, sportlich und freizeitorientierte Jugendarbeit, medienbezogene Jugendarbeit, geschlechterdifferenzierte Mädchen- und Jungenarbeit, internationale Jugendarbeit sowie die Jugendverbandsarbeit und die Offene Jugendarbeit.

Im Fokus stehen junge Menschen, die, ausdrücklich gewollt, selbst aktiv werden sollen. Ihnen obliegt die selbständige Initiierung, Planung und Durchführung von Projekten. Inhalte und Umsetzung der Kinder- und Jugendarbeit sollen mitgestaltet und auch selbst organisiert werden.

Die Träger der Angebote sorgen dafür, dass diese Ziele umgesetzt werden.

Aufgrund der sich stetig verändernden Bedürfnislage junger Menschen erfordert die Arbeit ein hohes Maß an Flexibilität.

Die Teilnahme an Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit unterliegt dem Prinzip der Freiwilligkeit.

Kinder- und Jugendarbeit wird von einer breiten Palette freier Träger, Verbände und Vereine geleistet, die zum Teil stark unterschiedliche Positionen und Wertehaltungen haben.

Auftragsgrundlage

§§ 11, 12 und 80 SGB VIII; 3. Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – Kinder- und Jugendfördergesetz (3. AG-KJHG – KJFöG)

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung



Ziele

- Umsetzung der im Kinder- und Jugendförderplan benannten Ziele
- Umsetzung des gesetzlich benannten Bildungsauftrages, insbesondere die Vermittlung von sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Grundkompetenzen
- sinnvolle Freizeitgestaltung
- Aufbau bzw. Erhaltung eines bedarfsgerechten Angebotes in der verbandlichen und offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Umsetzung geschlechterdifferenzierter Mädchen- und Jungenarbeit (Gender Mainstreaming)
- Förderung und Integration junger Menschen aus benachteiligten Lebenssituationen
- Befähigung junger Menschen zur Selbstbestimmung, zur Übernahme von gesellschaftlicher Mitverantwortung bzw. zu sozialem Engagement durch aktive Partizipation
- Unterstützung von Verbänden und Vereinen zur Vermittlung von Werten und demokratischem Denken
- Erhaltung des breiten und vielfältigen Trägerspektrums
- Unterstützung des Ehrenamtes
- AG gem. § 78 SGB VIII
- kontinuierliche Durchführung von Wirksamkeitsdialogen
- im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Kreises wird die Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit gewährleistet

Zielgruppen

- Ehren-, neben- und hauptamtlich in der Kinder- und Jugendarbeit tätige Personen
- Kinder ab dem 6ten Lebensjahr, Jugendliche und junge Menschen bis zum 27ten Lebensjahr
- Träger der Jugendhilfe
- Jugendverbände und Jugendgruppen

1.06.02.02

Jugendsozialarbeit

Beschreibung

Jugendsozialarbeit zielt darauf ab, junge Menschen auf dem Weg bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen. Ausdrücklich benannt ist die Aufgabe, junge Menschen auf ihrem Weg in Schule und Beruf zu begleiten. Schulbezogene Angebote sollen im engen Zusammenwirken von Schule und Jugendsozialarbeit auf- und ausgebaut werden.

Der Schwerpunkt der jugendsozialarbeiterischen Unterstützung liegt in der Prävention. Ein schulisches und berufliches Scheitern soll möglichst gar nicht erst erfolgen.

Jugendsozialarbeit hat auch die Aufgabe, an der sozialen und beruflichen Integration von Schulabgängern bzw. jungen Erwachsenen mitzuwirken. Hier gilt es vor allem, langfristige Abhängigkeiten von Sozialhilfeleistungen zu verhindern. Insbesondere junge Menschen, die den gesellschaftlichen Ansprüchen nicht nachkommen können, sollen unterstützt und integriert werden. Hier sind niederschwellige Angebote vorzuhalten, die jugendhilfeorientiert ausgerichtet sind.

Kooperationspartner für Träger im Handlungsfeld Jugendsozialarbeit sind Schulen, freie Träger der Jugendberufshilfe und die ARGE.

Auftragsgrundlage

§§ 13 und 80 SGB VIII; 3.AG-KJHG – KJFöG; Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung



Ziele

- Aufbau bzw. Erhaltung bedarfsgerechter und vielfältiger jugendsozialarbeiterischer Angebote
- Erweiterung des Angebotes als Alternative zu einzelfallbezogener Unterstützung
- zielgruppenorientierte gesellschaftliche Integration junger Menschen, z.B. junger Menschen mit Migrationshintergrund, abgebrochener Schul- bzw. Ausbildungslaufbahn, Sozialisationsdefiziten
- Gleichstellung von Jungen und Mädchen (Gender Mainstreaming)
- Abbau sozialer Benachteiligungen junger Menschen
- Verselbständigung junger Menschen
- Umsetzung konkreter Projekte mit zielgruppenbezogenen Inhalten
- Partizipation von jungen Menschen
- AG gem. § 78 SGB VIII
- kontinuierliche Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule
Weiterentwicklung bereits angelaufener Modelle
- Abstimmung mit Trägern von Leistungen nach § SGB II
- Erarbeitung von Konzepten zur Unterstützung und Integration schulisch wie beruflich förderungsbedürftiger Kinder und Jugendlicher

Zielgruppen

junge Menschen bis zur Vollendung des 27ten Lebensjahres, die aufgrund ihrer sozialen Benachteiligung oder individuellen Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Hilfe angewiesen sind

1.06.02.03**Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie****Beschreibung**

Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie ist vor allem auf den Erhalt bzw. die Verbesserung erzieherischer Handlungskompetenzen gerichtet. Erziehungsberechtigte sollen darin unterstützt werden, ihre Verantwortung in einer stetig komplexer werdenden Erziehungssituation besser wahrnehmen zu können. Ein Schwerpunkt liegt in der Vermittlung von gewaltfreien Konfliktlösungsstrategien. Das Recht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und gewaltfreie Erziehung wird hierdurch unterstützt.

Angebote allgemeiner Förderung zielen darauf ab, Erziehungsberechtigte in schwierigen Lebenssituationen zu entlasten. Angebote werden in vielfältiger Form vorgehalten und sollen sich an den Interessen und Bedürfnissen der Adressaten orientieren.

Allgemeine Förderung als Grundstein für den Erhalt bzw. Aufbau erzieherisch handlungskompetenter Familien ist auch als Präventionsmaßnahme zu betrachten.

Auftragsgrundlage

§§ 1 und 16 bis 21 und 80 SGB VIII; Art. 6 Abs. 1 Satz 1 GG; § 1631 Abs. 2 BGB; Landesrechtliche Regelungen; Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Ziele

- Auf- und Ausbau familienfreundlicher Bedingungen im Oberbergischen Kreis
- Aufbau und Begleitung sozialraumorientierter Angebote
- Förderung elterlicher Handlungskompetenzen
- Auf- und Ausbau der Ressourcen von Erziehungsberechtigten
- Sicherung des Kindeswohls
- Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes
- Beteiligung von jungen Menschen und Familien beim Auf- bzw. Ausbau familienfördernder Lebensbedingungen
- Steigerung der Inanspruchnahme bestehender Angebote
- Entlastung von Erziehungsberechtigten, die in belastenden sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen leben
- Auf-, Ausbau und Erhalt adäquater Angebote zur allgemeinen Förderung der Erziehung im Oberbergischen Kreis
- AG gem. § 78 SGB VIII

Zielgruppen

erziehungsberechtigte und andere mit der Erziehung betraute Personen, junge Menschen

1.06.02.04

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Beschreibung

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz ist als ein fachübergreifendes Handlungsfeld zu verstehen. Es handelt sich hierbei um eine Querschnittsaufgabe, die, neben jungen Menschen und Erziehungsberechtigten, auch auf Institutionen der Erziehung und Bildung gerichtet ist.

Erziehungsberechtigte, junge Menschen und Fachkräfte sollen befähigt werden, Gefährdungssituationen zu erkennen, zu vermeiden, bzw. zu bewältigen. Unter Beteiligung der Betroffenen und der mit dem Handlungsfeld in Berührung kommenden Fachkräfte soll auf die Erstellung des Kindeswohl nicht gefährdender Lebensbedingungen hingearbeitet werden.

Die Kernaufgabe erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes liegt im Bereich der Prävention und somit der Information und Aufklärung. Das Jugendamt hat diese Aufgabe wahrzunehmen bzw. dafür Sorge zu tragen, dass geeignete Maßnahmen vorgehalten werden.

Auftragsgrundlage

§§ 14 und 80 SGB VIII und 3. AG-KJHG – KJFöG i.V. mit Jugendschutzgesetz (JuSchG), Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (GjS), Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG); Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Ziele

- Schutz von Kindern und Jugendlichen vor gefährdenden Einflüssen
- Umsetzung der im Kinder- und Jugendförderplan festgehaltenen Ziele
- Vernetzung bzw. Intensivierung der Kooperation mit freien Trägern
- Initiierung gemeinsamer Aktionen von öffentlichem und freien Trägern
- Bildung einer AG gem. § 78 SGB VIII und damit Aufbau eines funktionierenden Netzwerkes und Abstimmung mit allen im Bereich des (erzieherischen) Kinder- und Jugendschutz tätigen Akteure
- Umsetzung konkreter Projekte unter aktiver Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Zielgruppen

junge Menschen, Erziehungsberechtigte, Träger der freien Jugendarbeit, Institutionen der Erziehung und Bildung

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-109.042	-109.000	-109.000	-109.000	-109.000	-109.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-29.000	-4.500	-4.500	-4.500	-4.500
10	= Ordentliche Erträge	-109.042	-138.000	-113.500	-113.500	-113.500	-113.500
11	- Personalaufwendungen	554.836	604.207	618.648	623.625	628.849	632.354
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	23.152	14.786	12.251	12.251	12.251	12.251
15	- Transferaufwendungen	682.586	825.940	1.415.800	1.415.800	1.415.800	1.415.800
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	41.163	43.121	48.649	45.241	45.809	45.882
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.301.737	1.488.054	2.095.349	2.096.917	2.102.709	2.106.288
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.192.695	1.350.054	1.981.849	1.983.417	1.989.209	1.992.788
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.192.695	1.350.054	1.981.849	1.983.417	1.989.209	1.992.788
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.192.695	1.350.054	1.981.849	1.983.417	1.989.209	1.992.788
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	35.423	52.594	53.745	46.383	46.539	46.648
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.228.119	1.402.648	2.035.593	2.029.800	2.035.748	2.039.435

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Jugendarbeit und Familienförderung

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* bildet den Landeszuschuss (Kostenart 414200) zur Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit ab. Bei der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* handelt es sich um Beiträge (Kostenart 441901) der Teilnehmer zu Veranstaltungen des Jugendamtes.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung



In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Hinter der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- /Dienstleistungen* verbergen sich die Kosten der Projektbegleitung „Neuausrichtung Jugendamt“ (Kostenart 524904). Die Ansätze der Kontengruppe *Transferaufwendungen* setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgend aufgeführten Kosten (Kostenart 531900) zusammen:

- Förderung der offenen Kinder und Jugendarbeit
- Zuschüsse zu Freizeitmaßnahmen
- Weiterleitung der Landesmittel offene Kinder und Jugendarbeit an freie Träger
- Zuschuss zu den Personal- und Sachkosten der Erziehungsberatungsstellen
- Betriebskostenzuschuss Jugendzeltplatz
- Personalkostenzuschüsse für die verbandliche Jugendarbeit
- Zuschüsse zu Materialien für die Jugendarbeit
- Grundförderung für Mitgliedsverbände des Kreisjugendrings
- Zuschuss zum Kreisjugendring
- Zuschuss zur Eingliederung Jugendlicher in das Berufsleben
- Bildungsveranstaltungen
- Betriebskostenzuschuss zu Familienbildungsstätten
- Gruppenveranstaltungen mit deutschen und ausländischen jungen Menschen
- Gruppenveranstaltungen mit behinderten Kindern

Darüber hinaus werden hier anfallende Projektkosten sowie Kosten für Veranstaltungen durch das Kreisjugendamt und im Rahmen des Jugendschutzes veranschlagt. Hinzu kommen Aufwendungen für jugendpflegerische Betreuung im Rahmen der Jugendsozialarbeit (PSP 1.06.02.02, Kostenart 533490) sowie für Maßnahmen der Elternbildung (PSP 1.06.02.03, Kostenart 533490). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-109.042	-109.000	-109.000		-109.000	-109.000	-109.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-29.000	-4.500		-4.500	-4.500	-4.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-28.000	-20.000					
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-137.042	-158.000	-113.500		-113.500	-113.500	-113.500
10	- Personalauszahlungen	424.304	410.394	425.437		429.691	433.988	438.328
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	29.634	34.550	12.000		12.000	12.000	12.000
14	- Transferauszahlungen	687.626	825.940	1.415.800		1.415.800	1.415.800	1.415.800
15	- sonstige Auszahlungen	1.618						
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.143.182	1.270.884	1.853.237		1.857.491	1.861.788	1.866.128
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.006.140	1.112.884	1.739.737		1.743.991	1.748.288	1.752.628
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		18.000					
30	= investive Auszahlungen		18.000					
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / J. Auszahlung)		18.000					

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.06.03.01 Hilfen zur Erziehung und sonst. Hilfen
 - 1.06.03.01.01 Institutionelle Erziehungsberatung
 - 1.06.03.01.02 Soziale Gruppenarbeit
 - 1.06.03.01.03 Erziehungsbeistandschaft
 - 1.06.03.01.04 Sozialpädagogische Familienhilfe
 - 1.06.03.01.05 Erziehung in einer Tagesgruppe
 - 1.06.03.01.06 Vollzeitpflege
 - 1.06.03.01.07 Unterbringung in Heimen / sonstigen betreuten Wohnformen
 - 1.06.03.01.08 Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung
 - 1.06.03.01.09 Gemeinsame Wohnformen für (werdende) Mütter oder Väter und Kinder
 - 1.06.03.01.10 Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche
 - 1.06.03.01.11 Flexible erzieherische Hilfe
- 1.06.03.02 Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
- 1.06.03.03 Beratungsangebote
- 1.06.03.04 Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren
- 1.06.03.05 Unterhaltsvorschussleistungen, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.06.03.01

Hilfen zur Erziehung und sonstige Hilfen

Beschreibung

Hilfe in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder, Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen und Hilfen für junge Volljährige sind individuell ausgerichtete Leistungsangebote für junge Menschen und Personensorgeberechtigte zur Überwindung individueller Problemlagen. Es besteht ein Rechtsanspruch auf die Gewährung notwendiger und geeigneter Leistungen, sofern

- eine dem Wohl des jungen Menschen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist bzw.
- ohne besondere Förderung eine altersgerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verhindert wird bzw.
- Einschränkungen in der Persönlichkeitsentwicklung und der Fähigkeit ein selbständiges Leben zu führen, die individuelle Situation eines jungen Volljährigen kennzeichnen bzw.
- Alleinerziehende während der Schwangerschaft bzw. mit einem unter 6jährigen Kind, aufgrund ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung den durch die Elternverantwortung entstehenden Anforderungen nicht gerecht werden.

Die Inanspruchnahme der Hilfe erfolgt auf freiwilliger Basis und impliziert die durchgängige und partnerschaftliche Zusammenarbeit aller am Hilfeprozess Beteiligten (Hilfeplanung). Hilfen werden in familienunterstützender, familienergänzender bzw. familienersetzender Form durch ausgebildete Fachkräfte angeboten.

Konkrete Beschreibungen der einzelnen Hilfeformen sind den Teilprodukten zu entnehmen.

Auftragsgrundlage

SGB VIII, hier insbesondere §§ 19, 27, 28 bis 35, 35a und 41 i.V.m. § 36 sowie § 80

<p>Ziele</p>	<ul style="list-style-type: none">- Im Interesse einer fachlichen, wirtschaftlichen und bedarfsorientierten Leistungserbringung werden Hilfen rechtmäßig und rechtzeitig angeboten, geplant und durchgeführt.- Die Hilfen zielen auf die Überwindung der zur Gewährung der Leistung führenden Problemlagen ab. Die Zielgruppe erhält die individuell erforderliche Unterstützung und Entlastung. Kinder und Jugendliche erhalten den notwendigen Schutz bzw. die ihrem Wohl entsprechende Erziehung.- Alle Hilfen sind gekennzeichnet durch ihren ganzheitlichen, system-, lebenswelt- und alltagsorientierten Ansatz. Die Adressaten werden dabei unterstützt, ihr Leben eigen- und selbständig zu gestalten. Alle Hilfen orientieren sich an dem Grundsatz, die Selbsthilfekräfte, Ressourcen und Kompetenzen der Zielgruppe zu stabilisieren, stärken und aufzubauen und eine Veränderung der festgestellt unterstützungsbedürftigen Lebenssituation zu erreichen.- Sofern eine familienersetzende Hilfe einzuleiten ist, soll die Unterbringung in einer Vollzeitpflegestelle Vorrang vor der Unterbringung in einer Heimeinrichtung haben.- Die Anzahl der Vollzeitpflegestellen soll ausgebaut werden.- Pflegeeltern sollen durchgehend qualifiziert und fachlich begleitet werden.- Hilfen sollen so frühzeitig wie möglich geleistet werden. Auf die engmaschige Vernetzung der verschiedenen, mit Kindern und Jugendlichen tätigen Institutionen, Personen und Einrichtungen ist hinzuwirken. Der Aufbau und Ausbau funktionierender Präventionsstrukturen (Soziale Frühwarnsysteme) wird vorangetrieben.
<p>Zielgruppen</p>	<ul style="list-style-type: none">- Kinder und Jugendliche, für die im konkreten Einzelfall eine ihrem Wohl entsprechende Erziehung und Entwicklung ohne sozialpädagogische Hilfe nicht gewährleistet werden kann.- Schwangere, Eltern, Erziehungsberechtigte bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligte Personen, die eine dem Wohl des jungen Menschen entsprechende Erziehung ohne sozialpädagogische Hilfe nicht gewährleisten können.- Seelische behinderte oder von einer seelischen Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche, die ohne diese Hilfe nicht ihrem Alter entsprechend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.- Junge Volljährige zwischen 18 bis unter 21 Jahren, in besonderen Ausnahmefällen auch älter, die, bezogen auf ihre Autonomiefähigkeit bzw. Persönlich- und Selbständigkeit einen zeitlich begrenzten Unterstützungsbedarf haben.

1.06.03.01.01

Institutionelle Erziehungsberatung

Beschreibung

- Erziehungsberatung ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 28 SGB VIII benannt. Jungen Menschen, Eltern und anderen Personensorgeberechtigten soll Unterstützung bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrundeliegenden Faktoren ebenso angeboten werden wie bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie in belastenden Lebenssituationen oder besonderen Lebenskrisen (z. B. Trennung, Scheidung).
- Erziehungsberatung setzt das Zusammenwirken von Fachkräften verschiedener Disziplinen in einem Team voraus. Zu den wichtigsten Fachrichtungen zählen: Psychologie, Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, Medizin, Pädagogik und Heilpädagogik. Die Fachkräfte müssen mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen vertraut sein.
- Integrative psychologische Diagnostik, Beratung oder Therapie, symptom- und/oder problemzentriert bzw. lösungsorientiert mit individuell und aktuell bedarfsangepassten, variabel kombinierten, zeitlich flexibel eingesetzten diagnostischen, beraterischen, therapeutischen, unterstützenden Verfahren und Methoden in fachübergreifender Zusammenarbeit im Team und wechselseitiger Supervision. Einbeziehung des sozialen Umfelds und Kooperation mit psychosozialen, medizinischen und anderen Fachkräften. Übernahme der im Rahmen der Hilfeplanung zugeteilten Aufgaben.
- Die Inanspruchnahme von Erziehungsberatung ist freiwillig, kostenfrei und vertraulich. Erziehungsberatung ist für Ratsuchende unmittelbar zugänglich und kann von diesen auch direkt und ohne Antragstellung in Anspruch genommen werden. Diese gewollte Niederschwelligkeit unterscheidet die Erziehungsberatung von den anderen Hilfeformen.
- Erziehungsberatung kann allerdings auch im Rahmen eines Hilfeplanverfahrens vom Jugendamt als geeignete Hilfe vermittelt werden.
- Erziehungsberatung orientiert sich an der konkreten Lebenssituation der Rat Suchenden sowie deren Ressourcen und setzt damit ein gewisses Selbsthilfepotential der Familie voraus.

Auftragsgrundlage

Ziele

Ziele der Erziehungsberatung sind

- Stärkung bzw. Förderung der elterlichen Erziehungskompetenz und der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit unter Stärkung der Selbsthilferessourcen.
- Aufhebung bzw. Reduzierung von Lernschwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsdefiziten oder -störungen sowie damit zusammenhängender psychosomatischer Beschwerden eines jungen Menschen
- Hilfen bei der Bewältigung von Übergangssituationen und -krisen in Familien
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Erziehungsberatung ist ein Angebot

- für Eltern oder Elternteile, alleinerziehende Mütter oder Väter sowie sonstige Erziehungsberechtigte bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligte Personen und/oder Bezugspersonen mit Umgangsrecht, denen die elterliche Sorge nicht zusteht.
- Kinder, Jugendliche und junge Volljährige sowie deren Familien (einschließlich Pflegefamilien)
- MultiplikatorInnen in anderen psychosozialen Einrichtungen und Diensten

1.06.03.01.02**Soziale Gruppenarbeit****Beschreibung**

Soziale Gruppenarbeit ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 29 SGB VIII benannt und soll älteren Kindern und Jugendlichen bei der Überwindung von Entwicklungs- und Verhaltensproblemen helfen. Soziale Gruppenarbeit steht für eine zeitlich befristete oder auch fortlaufende Betreuung von Minderjährigen, die auf der Grundlage eines gruppenpädagogischen Konzepts die Entwicklung älterer Kinder und Jugendlicher durch soziales Lernen in der Gruppe fördert. Soziale Gruppenarbeit kann auch im Rahmen erlebnispädagogischer Projekte erfolgen, die i. d. R. für eine kurze Dauer (mehrtägig bis ein halbes Jahr), laufen. Die Gruppenarbeit kann durch Fahrten und Wochenendseminare ergänzt werden. Angebote begleitender Elternarbeit flankieren die Arbeit mit dem jungen Menschen.

Soziale Gruppenarbeit wird von Fachkräften durchgeführt, die über eine sozialpädagogische Qualifikation verfügen. Die Arbeit wird dokumentiert und ausgewertet.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Soziale Gruppenarbeit ist ein Angebot für ältere Kinder (ca. 12-14 Jahre) und Jugendliche, die bereit sind, sich auf das Angebot einzulassen. Die jungen Menschen fallen im Wesentlichen durch ihr Verhalten in Gruppen auf. Die bestehenden Probleme basieren im Wesentlichen auf Mängeln in der individuellen und sozialen Handlungsfähigkeit. Das familiäre Beziehungsnetz ist ausreichend tragfähig um einen Verbleib des jungen Menschen in der Familie zu ermöglichen. Da Kinder und Jugendliche vielfach als Symptomträger fungieren, ist die Mitwirkung von Eltern gewünscht.

1.06.03.01.03**Erziehungsbeistandschaft****Beschreibung**

Die Erziehungsbeistandschaft ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 30 SGB VIII benannt und soll Kindern und Jugendlichen bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfelds helfen sowie unter Erhaltung des Lebensbezugs der Familie ihre Verselbständigung fördern. Die Hilfe wird durch pädagogische Fachkräfte mit einem abgeschlossenen Studium geleistet. Die Arbeit verläuft zumeist im Kontakt mit den beteiligten Familienmitgliedern, den jungen Menschen bzw. im Kontakt mit den jungen Menschen und seinen Bezugspersonen (z.B. Schule, Arbeitsumfeld). Gruppenarbeitsformen sind ebenfalls denkbar.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge des jungen Menschen
- Klärung der bzw. Entwicklung und Stabilisierung einer positiven Beziehung zwischen Eltern/-teilen und jungem Menschen
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Klärung von schulischen Probleme des jungen Menschen
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls
- Verselbständigung älterer Minderjähriger

Zielgruppen

Die Erziehungsbeistandschaft ist ein Angebot, dass vorrangig auf die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen zwischen 9 und 16 Jahren ausgerichtet ist. Das familiäre Leben dieser jungen Menschen ist durch tiefgreifende Probleme auf der Eltern-Kind-Ebene geprägt, Defizite im Sozialisationsverlauf und/oder soziale Auffälligkeiten, Anpassungsschwierigkeiten bzw. Anzeichen für Verwahrlosung sind erkennbar. Der familiäre Rahmen erscheint ausreichend tragfähig bzw. der junge Mensch ist zu einer eigenständigen Lebensführung fähig. Das soziale Umfeld lässt sich in die Hilfe einbeziehen.

1.06.03.01.04**Sozialpädagogische Familienhilfe****Beschreibung**

Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 31 SGB VIII benannt und soll durch intensive Betreuung und Begleitung von Familien Eltern in ihren Erziehungsaufgaben, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, der Lösung von Konflikten und Krisen sowie im Kontakt mit Ämtern und Institutionen unterstützen und Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Sozialpädagogische Familienhilfe ist auf die Bearbeitung spezifischer Problemlagen ausgerichtet und bindet die Ressourcen der Familie/ einzelner Familienmitglieder bewusst ein. Die Betreuung und Begleitung der Hilfesuchenden findet überwiegend im privaten Lebensbereich der Familie statt, d. h. zumeist im Kontakt mit den beteiligten Familienmitgliedern, den jungen Menschen bzw. im Kontakt mit den jungen Menschen und seinen Bezugspersonen (Schule, Arbeitsumfeld, etc.). Gruppenarbeitsformen sind ebenfalls denkbar.

Sozialpädagogische Familienhilfe erfolgt über beratende Gespräche, modellhaftes Handeln und praktische Hilfe. Aufgabenschwerpunkte ergeben sich etwa für die Bereiche Erziehungs-, Partner und/oder Einzelberatung, Anleitung bei der Haushaltsarbeit, Unterstützung bei der materiellen Lebenssicherung, (Freizeit)Aktivitäten mit Eltern und Kindern.

Sozialpädagogische Familienhilfe wird durch Fachkräfte mit einer Berufsqualifikation in sozialen/sozialpädagogischen/sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in einem/mehreren Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigt, durchgeführt.

Auftragsgrundlage

Ziele

- Sicherung des Kindeswohls
- Erhalt der Familie
- Aufbau der (neuerlichen) Fähigkeit der Familie zur Problemlösung und Alltagsbewältigung
- (Wieder)Herstellung der elterlichen Handlungs- und Erziehungskompetenzen
- Stärkung des Selbsthilfepotentials der Familie
- Lösen von Konflikten und Krisen
- Unterstützung bei der (Neu)Orientierung von Familien in Umbruchsituationen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge der Familie bzw. einzelner Familienmitglieder
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten

Diese Ziele werden i.d.R. durch die Umsetzung von Teilzielen erreicht, wie etwa

- Strukturierung des Alltags
- Aufbau und Stärkung des Selbstvertrauens der Beteiligten
- Aufbau und Stärkung von Problemlösungskompetenzen
- Erlernen notwendiger Grenzsetzung (auf der Erwachsenen-, Geschwister- und/oder Eltern-Kind-Ebene)
- Veränderung des Kommunikations- und Interaktionsverhalten zwischen den Familienmitgliedern sowie im Rahmen der Außenbeziehungen
- Klärung finanzieller Notlagen
- Förderung des Gesundheitsbewusstseins

Zielgruppen

Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist vorrangig ein Angebot für Familien, d.h. Lebensgemeinschaften mit einem Kind oder mehreren Kindern, deren Lebenssituation durch vielfältige familiäre Probleme, weniger durch Verhaltensauffälligkeiten junger Menschen selbst, geprägt ist. Aufgrund der belasteten Situation können Eltern das Wohl ihrer Kinder (Versorgung, Erziehung, Bildung) ohne Unterstützung nicht gewährleisten. Die Hilfeform eignet sich besonders für Familien in akuten Einzelkrisen, beim Tod eines Partners, bei Trennung, besonderen Schwierigkeiten mit Kindern und/oder bei Problemen alleinerziehender Elternteile. Die familiäre Situation ist häufig durch beengte Wohnverhältnisse, ein problematisches Umfeld, Langzeitarbeitslosigkeit, Verschuldung, etc. zusätzlich belastet. Oftmals empfinden sich Familien ausgegrenzt, leben isoliert. Junge Menschen zeigen oft verschiedene Auffälligkeiten, beispielsweise Schulverweigerung und Lernproblemen, Entweichungen, aggressives Verhalten, Isolationstendenzen, Delinquenz, Entwicklungsverzögerungen, etc.

1.06.03.01.05**Erziehung in einer Tagesgruppe****Beschreibung**

Die Erziehung in einer Tagesgruppe ist als eigenständige teilstationäre Hilfeform in § 32 SGB VIII benannt. Die Entwicklung junger Menschen soll mit der Aufnahme in einer Tagesgruppe durch soziales Lernen in der Gruppe, Begleitung der schulischen Förderung und Elternarbeit unterstützt und der Verbleib des jungen Menschen in seiner Familie gesichert werden.

Erziehung in Tagesgruppen wird i.d.R. in alters- und geschlechtsgemischten Gruppen umgesetzt, in einem geschützten Rahmen können auch geschlechtsspezifische Angebote vorgehalten werden. Der Besuch einer Tagesgruppe erfolgt i.d.R. täglich und im Anschluss an den Schulbesuch. Die Tagesgruppenerziehung kann mit einem besonderen Schwerpunkt erfolgen (z.B. heilpädagogische Ausrichtung). Spezielle Freizeitunternehmungen werden ebenso angeboten wie Ferienfahrten. Die Arbeit mit dem jungen Menschen erfolgt in der Gruppe (sozialpädagogische Gruppenarbeit) und im Rahmen von Einzelförderung. Die Gruppengröße umfasst i.d.R. maximal 8 bis 10 Plätze. Der Betreuungsschlüssel liegt i.d.R. zwischen 1:3 und 1:5. Es erfolgt eine intensive Elternarbeit, die zumeist im Rahmen von Hausbesuchen, Elternnachmittagen bzw. Gesprächen mit einzelnen Elternpaaren wahrgenommen wird. Es besteht i.d.R. ein intensiver Austausch mit der vom jungen Menschen besuchten Schule.

Erziehung in einer Tagesgruppe wird durch Fachkräfte mit einer formal abgeschlossenen Berufsqualifikation in sozialen/sozialpädagogischen/sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigt, durchgeführt. Fortbildung und Supervision werden als notwendiger und verbindlicher Bestandteil der Arbeit gesehen.

Auftragsgrundlage

Ziele

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen von Klienten
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen
- Aufarbeitung bestehender Entwicklungsrückstände
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern
- Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen auf der Elternebene
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Erziehung in einer Tagesgruppe ist ein Angebot für Kinder und Jugendliche (meist in schulpflichtigem Alter), die sich in belastenden Lebenssituationen befinden und deren Entwicklung gefährdet ist bzw. dauerhaft Schaden zu nehmen droht. Die jungen Menschen sind in ihrem Umfeld vielfach nicht ausreichend integriert, zeigen Verhaltensauffälligkeiten und haben schulische Probleme. Die Eltern sind bereit, sich in die Maßnahme einbeziehen zu lassen und aktiv mitzuwirken.

1.06.03.01.06**Vollzeitpflege****Beschreibung**

Die Vollzeitpflege ist als eigenständige Hilfeform in § 33 SGB VIII benannt. Unter Vollzeitpflege wird die Unterbringung, Betreuung und Erziehung eines jungen Menschen über Tag und Nacht außerhalb des Elternhauses, also „in einer anderen Familie“ verstanden. Der Begriff „andere Familie“ ist flexibel zu definieren. Jugendhilfe orientiert sich bei der Auswahl von Pflegepersonen an den Bedürfnissen des jungen Menschen, d.h. der Familienbegriff wird nicht „traditionell“ definiert. Auch unverheiratete Paare, Einzelpersonen oder alternative Haushaltsgemeinschaften können als Pflegestelle Anerkennung finden, sofern die für den Einzelfall notwendige Erziehungsarbeit gewährleistet werden kann. Befinden sich mehr als fünf Kinder in einer Pflegestelle, ist i. d. R. nicht mehr von Vollzeitpflege, sondern der Betreuung in einer Einrichtung auszugehen. Über die Vollzeitpflege im Sinne des § 33 SGB VIII wird eine, wenn auch im Einzelfall nicht zwingend durchgängige, sozialpädagogische Betreuung angeboten. Das Jugendamt ist jederzeit und regelmäßig über den Erziehungsprozess informiert.

Vollzeitpflege lässt sich, je nach Dauer und Zielsetzung, in drei verschiedene Formen unterteilen:

- Unter *Kurzzeitpflege* sind solche Pflegeverhältnisse zu verstehen, in denen die Versorgung und Erziehung eines jungen Menschen, bei befristetem, maximal zwei Monate dauernden, Ausfall der Herkunftsfamilie, von einer Pflegefamilie übernommen wird. Grund der Aufnahme kann auch eine Krisen- und/oder Notsituation sein, die es erforderlich macht, den jungen Menschen aus seinem gewohnten Umfeld herauszunehmen und ihm für die Dauer der perspektivischen Abklärung Schutz und Versorgung zu sichern.
- Unter *Übergangspflege* sind Pflegeverhältnisse zu verstehen, die für einen unbestimmten, befristeten Zeitraums die Erziehung und Versorgung junger Menschen sicherstellen, deren Herkunftsfamilie hierzu nicht in der Lage ist, jedoch auch im weiteren die Verantwortung für den jungen Menschen wahrnehmen will und könnte. Hier ist die Kooperation zwischen Herkunfts- und Pflegefamilie zum Wohle des jungen Menschen unabdingbar. In der Regel erhält die Herkunftsfamilie zusätzliche Hilfe. Die Ablösung des jungen Menschen aus seinen bisherigen Bezügen heraus ist nicht beabsichtigt.
- Unter *Dauerpflege* sind konstante Pflegeverhältnisse zu verstehen. Eine Rückkehr des jungen Menschen zur Herkunftsfamilie ist, aus unterschiedlichen Gründen heraus, nicht in Betracht zu ziehen. Dem jungen Menschen wird mit dieser Form der Pflege quasi eine „Ersatzfamilie“ angeboten.

Die Grenzen zwischen den benannten Formen sind fließend, orientieren sich insbesondere am Verlauf der Entwicklung in der Herkunftsfamilie bzw. des jungen Menschen.

Pflegestellen werden, vor Aufnahme eines jungen Menschen, seitens des Jugendamtes auf ihre Eignung hin überprüft und während einer laufenden Vollzeitpflege kontinuierlich beraten und begleitet.

Vollzeitpflege wird auch in professionalisierten Formen (z.B. Erziehungsstellen) angeboten. Jungen Menschen wird in diesem Rahmen eine intensive pädagogische und/oder therapeutische Betreuung angeboten. Die Pflegepersonen weisen i.d.R. eine pädagogische Qualifikation auf.

Auftragsgrundlage

Ziele

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- altersgerechte Förderung des jungen Menschen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen
- Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern bzw. generelle Berücksichtigung persönlicher Bindungen des jungen Menschen
- bei beabsichtigter Rückführung, Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen in der Herkunftsfamilie
- im Rahmen der *Dauerpflege*, Integration in die Pflegefamilie sowie die Förderung von Bindungs- und Beziehungsfähigkeit
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Vollzeitpflege ist ein Angebot für Kinder und Jugendliche, die aus den unterschiedlichsten Gründen heraus, vorübergehend oder auf Dauer, nicht in ihrer Herkunftsfamilie leben können. Der Schwerpunkt der bestehenden Probleme kann sich in ungünstigen familiären Lebensbedingungen ebenso finden wie in familiärem Konfliktniveau und/oder Verhaltensauffälligkeiten des jungen Menschen. Es besteht ein erzieherischer Bedarf, der durch die leiblichen Eltern des jungen Menschen nicht erfüllt wird/werden kann. AntragstellerInnen sind zur Kooperation mit dem Jugendamt bzw. der Pflegestelle bereit. Sofern eine Rückführung anvisiert ist, wird die elterliche Kooperationsbereitschaft vorausgesetzt.

1.06.03.01.07**Unterbringung in Heimen / sonstigen betreuten Wohnformen****Beschreibung**

Die Heimerziehung bzw. Erziehung in einer sonstigen betreuten Wohnform ist als eigenständige stationäre Hilfeform in § 34 SGB VIII benannt. Der junge Mensch wird außerhalb der Familie untergebracht. Die Begriffe Heim bzw. sonstige betreute Wohnform stehen für eine Fülle verschiedener Lebensorte (z.B. größere Einrichtungen mit mehreren Gruppen, Kinderdörfer, familienähnliche Lebensformen, Wohngemeinschaften). Dahinter steht jeweils das Angebot einer intensiven, kontinuierlichen und belastbaren Form des Zusammenlebens in sozialpädagogischen Lebensgemeinschaften mit familiären und/oder gruppenpädagogischen Anteilen. Der Anbieter erstellt individuelle und auf den Einzelfall abgestimmte Förderkonzepte. Durch eine Verbindung von Alltagserleben mit pädagogischen und therapeutischen Angeboten sollen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung gefördert werden. Besondere Unterstützungsangebote (z.B. heilpädagogische Förderung) werden vorgehalten.

Entsprechend dem Alter und Entwicklungsstand des jungen Menschen sowie den Möglichkeiten zur Verbesserungen der Erziehungsbedingungen in der Familie wird entweder im Rahmen professioneller Eltern- und Familienarbeit auf eine Rückführung hingearbeitet oder die Erziehung in einer anderen Familie vorbereitet. Es kann aber ebenso eine auf längere Dauer angelegte Lebensform geboten sowie die Verselbständigung vorbereitet werden.

Erziehung in einem Heim bzw. einer sonstigen betreuten Wohnform wird durch Fachkräfte mit einer formal abgeschlossenen Berufsqualifikation in sozialen / sozialpädagogischen / sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigen, durchgeführt. Fortbildung und Supervision werden als notwendiger und verbindlicher Bestandteil der Arbeit gesehen.

Auftragsgrundlage

Ziele

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Vermittlung lebenspraktischer Kompetenzen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen
- Schutz und Versorgung
- Rückführung des jungen Menschen, alternativ dazu Vorbereitung auf das Zusammenleben mit einer anderen Familie bzw. Angebot eines „Familienersatzes“
- Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern
- Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Heimerziehung bzw. Erziehung in einer sonstigen betreuten Wohnform sind Angebote für Kinder und Jugendliche, die aus den unterschiedlichsten Gründen heraus für einen kurzen oder auch längeren Zeitraum nicht in ihrer Familie leben können. Der Schwerpunkt der bestehenden Probleme kann sich in ungünstigen familiären Lebensbedingungen ebenso finden wie in erheblichem familiären Konfliktniveau und/oder Verhaltensauffälligkeiten des jungen Menschen. Eltern sind zur Kooperation mit dem Anbieter bereit. Sofern eine Rückführung anvisiert ist, wird die elterliche Kooperationsbereitschaft vorausgesetzt.

1.06.03.01.08**Intensive sozialpädagogische Familienhilfe****Beschreibung**

Die Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 35 SGB VIII benannt und als nachhaltige Unterstützung für Jugendliche, die sozial nicht ausreichend integriert sind bzw. die ihr Leben nicht eigenverantwortlich führen können, gedacht. Es handelt sich hierbei um ein sehr offenes Angebot, welches weder an tradierte Formen bzw. Institutionen gebunden ist, in ambulanter Form geleistet oder mit einer Wohnhilfe verbunden werden kann, sich letztlich stark an den Bedürfnissen des Einzelfalls ausrichtet.

Die Hilfe wird durch pädagogische Fachkräfte mit einem abgeschlossenen Studium geleistet.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- altersgerechte Förderung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- (Wieder)Eingliederung in die Gesellschaft
- Stärkung der Selbsthilferessourcen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge des jungen Menschen
- Klärung der bzw. Entwicklung und Stabilisierung einer positiven Beziehung zwischen Eltern/-teilen und jungem Menschen, Begleitung beim Ablöseprozess vom Elternhaus
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen, Aufarbeitung negativer oder traumatischer Erfahrungen
- Klärung von schulischen, beruflichen Probleme des jungen Menschen bzw. Vorbereitung auf das Berufsleben
- Verselbständigung älterer Minderjähriger

Zielgruppen

Die Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung ist ein Angebot, dass sich schwerpunktmäßig an

- Jugendliche und
- junge Volljährige

richtet. Diese fallen durch regelwidriges Verhalten in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit und/oder ihrer Familie auf. Vielfach waren die jungen Menschen Gewalt und/oder Missbrauch ausgesetzt, stationär untergebracht, haben Drogen konsumiert, sich schulisch verweigert und/oder stehen ihrer Umwelt oft ablehnend gegenüber. Vor dem Hintergrund bereits gemachter Erfahrungen stehen diese jungen Menschen Hilfeleistungen oft skeptisch gegenüber.

1.06.03.01.09**Gemeinsame Wohnformen für (werdende) Mütter oder Väter und Kinder****Beschreibung**

„Gemeinsame Wohnformen“ für alleinstehende Schwangere bzw. alleinerziehende Elternteile und Kinder sind als eigenständige Hilfeleistung in § 19 SGB VIII beschrieben. Unter „Wohnformen“ ist eine Vielzahl an betreuten Wohnmodellen zu verstehen, die sich durch die Unterbringungsform und die Betreuungsintensität deutlich unterscheiden können, immer aber dem pädagogischen Setting eines Trägers zugeordnet sind. Diese Anbindung gewährleistet, dass der Elternteil die im Bedarfsfall notwendige Unterstützung zeitnah erhält.

Auftragsgrundlage**Ziele**

Die Hilfe zielt darauf ab, (werdende) Mütter und Väter, die tatsächlich allein für ein Kind bzw. mehrere Kinder, von denen zu Leistungsbeginn mindestens eins unter sechs Jahren alt ist, sorgen und ihrer elterlichen Verantwortung, also der Pflege, d.h. körperlichen und gesundheitlichen Versorgung sowie Ernährung, ebenso wie der Erziehung aufgrund ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung ohne ergänzende pädagogische Hilfen noch nicht gerecht werden können, in die Lage zu versetzen, ihre Elternrolle autonom wahrnehmen und ihr Leben mit dem Kind selbständig führen zu können. Die (bevorstehende) Geburt eines Kindes ist häufig mit erheblichen persönlichen, familiären, sozialen, emotionalen bzw. finanziellen Problemen verbunden, die zu einer den alleinerziehenden Elternteil überfordernden Situation führen können. Elternteile werden im Rahmen der Hilfe unterstützt, eine schulische/berufliche Ausbildung zu beginnen und/oder fortzuführen. Der Antritt einer Bildungsmaßnahme bzw. Berufstätigkeit führt nicht zwangsläufig zur Einstellung der Hilfefewährung.

Die Hilfe beinhaltet die Sicherstellung notwendiger Unterhalts- und Krankenhilfeleistungen.

Zielgruppen

Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder sind ein Angebot

- für Schwangere und Mütter bzw.
- Väter,

die für ein Kind unter 6 Jahren allein Sorge zu tragen haben (werden) oder tatsächlich allein sorgen und gleichzeitig aufgrund ihrer Persönlichkeitsentwicklung dieser Form der Unterstützung bei der Pflege und Erziehung ihrer Kinder bedürfen.

□ Kinder unter 6 Jahren, deren alleinerziehender Elternteil aufgrund eigener Persönlichkeitsentwicklungsbedarfe die zu einer gesunden körperlichen, seelischen und geistigen Kindesentwicklung erforderliche Elternverantwortung nicht tragen kann.

Geschwisterkinder, die über 6 Jahre alt sind, werden i.d.R. in die Hilfe miteinbezogen.

1.06.03.01.10

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche

Beschreibung

Die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche ist als eigenständige Hilfeform in § 35a SGB VIII benannt. Mit der Hilfe soll einer drohenden seelischen Behinderung begegnet bzw. eine vorhandene seelische Behinderung beseitigt oder gemildert werden. Zudem soll eine drohende Ausgrenzung aus der Gesellschaft verhindert bzw. die Eingliederung in die Gesellschaft ermöglicht werden. Leistungen der Eingliederungshilfe stehen an der Schnittstelle verschiedener Hilfesysteme, z.B. Gesundheitswesen, Schule, Sozialhilfe. Bei der Feststellung des Unterstützungsbedarfs und im Verlauf der Hilfgewährung ist ein interdisziplinäres Zusammenwirken unverzichtbar. Bei der Umsetzung der Maßnahme bedarf es eines ganzheitlichen Hilfeansatzes. Das offene Leistungsspektrum der Eingliederungshilfe ermöglicht eine hohe Flexibilität bei der individuellen Ausgestaltung des Angebotes. Hilfen können in ambulanter, teilstationärer und stationärer Form geleistet werden.

Je nach individuellem Bedarf ergeben sich Kombinationen zwischen verschiedenen Maßnahmen, etwa Angeboten nach § 35a und §§ 28 bis 35, ebenso wie zwischen verschiedenen Trägern, z.B. dem Gesundheitswesen und der Jugendhilfe.

Auftragsgrundlage

Ziele

Ziel der Eingliederungshilfe ist von seelischer Behinderung bedrohten bzw. seelisch behinderten jungen Menschen die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen bzw. zu verbessern.

Zielgruppen

Die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche ist ein Angebot zur Unterstützung von

- Kindern und Jugendlichen
- in besonderen Fällen auch jungen Volljährigen,

deren seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr als sechs Monate von ihrem alterstypischen Zustand abweicht und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben insofern beeinträchtigt ist bzw. mit hoher Wahrscheinlichkeit beeinträchtigt sein wird.

1.06.03.01.11**Flexible erzieherische Hilfe****Beschreibung**

Flexible erzieherische Hilfen sind § 27 Abs 2 SGB VIII zuzuordnen. Die damit verbundenen Maßnahmen umfassen alle Hilfen zur Erziehung, die explizit nicht über die §§ 19, 28 bis 35 sowie 35a SGB VIII zu definieren sind.

Flexible erzieherische Hilfen sind auf den konkreten Einzelfall passgenau zugeschnitten. Die Form und Inhalte der jeweiligen Maßnahmen können stark variieren und sind in jedem Fall nicht dem im SGB VIII benannten Standardkatalog erzieherischer Hilfen zuzuordnen.

Flexible erzieherische Hilfen umfassen etwa Maßnahmen, in denen mehrere etablierte Hilfen zur Erziehung nebeneinander gewährt werden bzw. in denen verschiedene Hilfearten ineinander übergehen. Darüber hinaus bietet die Flexibilität der Hilfe Möglichkeiten, neue, individuelle Hilfen, wie sie vielfach aufgrund eines besonderen erzieherischen Bedarfes erforderlich sind, zu entwickeln.

Die Hilfe kann sowohl durch Fachkräfte mit abgeschlossener erzieherischer oder (sozial)pädagogischer Ausbildung als auch geeignete, nicht ausdrücklich sozialpädagogisch ausgebildete, Personen geleistet werden.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen von Klienten
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen
- Aufarbeitung bestehender Entwicklungsrückstände
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern
- Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen auf der Elternebene
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Flexible erzieherisch Hilfe ist ein Angebot zur Unterstützung von

- Eltern oder Elternteilen, Schwangeren, alleinerziehenden Müttern oder Vätern sowie sonstigen Erziehungsberechtigten bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligten Personen und/oder Bezugspersonen mit Umgangsrecht, denen die elterliche Sorge nicht zusteht
- Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen sowie deren Familien (einschließlich Pflegefamilien)

1.06.03.02

Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

Beschreibung

In Eil- und Notfällen leitet das Jugendamt zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vorläufige Maßnahmen ein. Im Rahmen der Krisenintervention werden diagnostische wie prognostische Aufgaben seitens des Jugendamtes wahrgenommen.

Fällt der überwiegend betreuende Elternteil aufgrund gesundheitlicher bzw. anderer zwingender Gründen aus und tritt deshalb eine Notsituation bzgl. der Betreuung und Versorgung eines Kindes unter 14 Jahren auf, soll familienbegleitende Unterstützung gewährt werden. Voraussetzung ist, dass das Kindeswohl im familialen Umfeld gesichert ist. Es handelt sich hierbei um eine die elterliche Erziehungsverantwortung unterstützende, nicht ersetzende Leistung der Jugendhilfe.

Im Falle des Bekanntwerdens einer Gefährdungssituation ist im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte abzuwägen, wie ein wirksamer Schutz des Kindes sicherzustellen ist. Personensorgeberechtigte sollen soweit wie möglich einbezogen werden. ist das Familiengericht anzurufen.

Mit Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach dem SGB VIII erbringen, sind Vereinbarungen zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung zu schließen.

Die Verpflichtung zur Inobhutnahme besteht, wenn das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Minderjährigen akut gefährdet ist und die Eltern nicht gewillt bzw. in der Lage sind, die Gefahr abzuwenden. Es liegt eine Gefährdungssituation vor, deren Abwendung keinen Aufschub duldet. Bei der Inobhutnahme handelt es sich um eine hoheitliche Aufgabe. Das Jugendamt nimmt hier das verfassungsrechtlich verankerte Wächteramt wahr, um das Kindeswohl zu sichern.

Minderjährige, die sich in einer akuten Notlage sehen („Selbstmelder“), sind in Obhut zu nehmen. Gleiches gilt für unbegleitete minderjährige Migranten.

Auftragsgrundlage

§§ 8a, 20 und 42 SGB VIII

Ziele

- Umsetzung des staatlichen Wächteramtes zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
- Sicherstellung des Kindeswohls, insbesondere der Betreuung, Versorgung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen
- Erhalt des familiären Lebensraumes und Vermeidung von Fremdunterbringungen
- Vermeidung oder Verhinderung von Kindeswohlgefährdung durch Unterstützung von bzw. erfolgreicher Kooperation mit Fachleuten aus anderen Tätigkeitsfeldern (Auf- und Ausbau flächendeckender, funktionierender Netzwerkarbeit)
- Koordination zur Sicherstellung der notwendigen Fachberatung zur Abschätzung eines Gefährdungsrisikos
- Abschluss von Vereinbarungen mit Trägern von Leistungen nach dem SGB VIII zur Sicherstellung des Schutzauftrages gem. § 8a SGB VIII
- Abbau von Hemmschwellen gegenüber der Institution Jugendamt (Öffentlichkeitsarbeit)
- verlässliche Kooperation zwischen Jugendhilfe und Polizei
- Ausbau und Qualifizierung von Bereitschaftspflegestellen
- Vorhalten zielgruppenspezifischer und geschlechtsspezifischer Angebote
- (Wieder)Herstellung positiver Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche bzw. zeitnahe Einleitung adäquater Hilfen
- Rückführung von Kindern und Jugendlichen, sofern das Kindeswohl sichergestellt ist

Zielgruppen

1.06.03.03**Beratungsangebote****Beschreibung**

Kinder, Jugendliche, Erziehungsberechtigte und sonstige Bezugspersonen erhalten bei der Klärung und Bewältigung individueller, familiärer und sozialer Probleme konkrete Unterstützung in Form von Beratungsangeboten. Beratung ist ein präventives Angebot zur Stärkung der Erziehungskompetenz, zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und Autonomie. Bei weitergehendem Bedarf kann in Anschlusshilfen vermittelt werden.

Beratung wird zudem für spezifische Bereiche vorgehalten und in diesem Zusammenhang auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet. Hierunter fallen beispielsweise Adoptionsbewerber, Pflegepersonen, Vormünder, Alleinerziehende, Väter (nichtehelicher) Kinder, Herkunftseltern.

Es besteht ein Rechtsanspruch auf Beratungsangebote. Beratung ist niederschwellig zu erreichen und wird kostenfrei vorgehalten.

Beratungsangebote richten sich auch an Fachkräfte, die mit und für Familien, Kinder und Jugendliche tätig sind. SGB VIII, insbesondere §§ 8, 17, 18, 23, 25, 28, 36, 37, 51, 52a, 53

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Verhinderung von Krisen bzw. Unterstützung bei der Krisenbewältigung
- Förderung von Partnerschaften und Familien
- Befähigung von getrennt lebenden/geschiedenen Eltern zur Ausübung der gemeinsamen elterlichen Sorge bzw. einvernehmlichen Regelung des Umgangs
- Vermeidung kostenintensiver erzieherischer Hilfen
- Ratsuchende sollen ihre eigenen Ressourcen besser wahrnehmen, umsetzen und weiterentwickeln lernen
- (Wieder)Herstellung der Fähigkeit Ratsuchender zur selbständigen Lösung von Konflikten
- Sicherstellen niederschwellig erreichbarer und kostenfreier Unterstützung
- Verbesserung der Fach- und Handlungskompetenzen von Fachkräften
- Ausbau bedürfnisorientierter, passgenauer Beratungsangebote
 - o Enge Vernetzung und Abstimmung aller im Sinne des SGB VIII tätigen beratenden Stellen
- Erfüllung des Rechtsanspruches auf Beratung (in spezifischen Lebenslagen)

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, junge Volljährige, Erziehungsberechtigte, sonstige Bezugspersonen, Fachkräfte, die mit und für junge Menschen und Familien tätig sind

1.06.03.04

Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren

Beschreibung

Das Jugendamt wirkt in allen Verfahren vor dem Vormundschafts- und dem Familiengericht mit, die die Personensorge von Kindern und Jugendlichen betreffen. Des weiteren werden alle gerichtlichen Maßnahmen, die im Interesse des Kindeswohls vorgesehen bzw. getroffen werden können, unterstützt.

Im Rahmen der Annahme als Kind (Adoption) hat das Jugendamt auch die Belehrungspflicht bezogen auf einen Teil der Gründe, die zu einer Ersetzung der Einwilligung in die Adoption führen können.

Jugendliche und Heranwachsende bis zum 21. Lebensjahr, die wegen einer Straftat angeklagt werden, werden während des gesamten jugendstrafrechtlichen Verfahrens begleitet. Es ist frühzeitig zu prüfen, ob ein erzieherischer Handlungsbedarf besteht und damit die Inanspruchnahme von Jugendhilfeleistungen in Betracht zu ziehen ist.

Die Jugendgerichtshilfe bringt erzieherische und soziale Aspekte in das Verfahren ein. Benachteiligungen junger Menschen sollen verhindert bzw. abgebaut werden. Angeordnete Weisungen und Auflagen werden ggf. eingeleitet bzw. begleitet.

Das Jugendamt wird als Träger eigener, sich aus dem SGB VIII ergebender Aufgaben tätig und hat dabei eine eigenständige Position gegenüber dem Gericht. Das Jugendamt übernimmt die soziale, nicht aber juristische Anwaltschaft zugunsten junger Menschen und ihrer Familien.

Auftragsgrundlage

§§ 8a, 18(3), 50 bis 52 SGB VIII; Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); §§ 49 und 49a Gesetz über die Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG); Jugendgerichtsgesetz (JGG)

Ziele

- Schutz, Förderung und Unterstützung von jungen Menschen und Familien
- Förderung der Handlungskompetenz von Eltern, Kindern und Jugendlichen
- Steigerung einvernehmlicher von Sorge- und Umgangsregelungen
- fachliche Beratung und sachverständige Unterstützung des Familien-, Vormundschafts- bzw. Jugendgerichtes
- Auf- und Ausbau verlässlicher Kooperationen von Jugendhilfe und Justiz im Interesse gefährdeter und straffällig gewordener junger Menschen
- Ausbau und Optimierung präventiver, verfahrensbegleitender und nachgehender Leistungen unter Einbindung geeigneter Netzwerkpartner
- Ausbau wirksamer Leistungen der Jugendhilfe als Alternative zu strafrechtlichen Vergeltungsmaßnahmen / Steigerung der Diversion

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, junge Volljährige bis 21 Jahren, Personensorgeberechtigte

1.06.03.05

Unterhaltsvorschussleistungen, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Beschreibung

Sofern Eltern zur Ausübung der elterlichen Sorge nicht in der Lage sind bzw. kein geeigneter Einzelvormund vorhanden ist, wird dem Jugendamt durch Beschluss des Vormundschaftsgerichtes die Ausübung der elterlichen Sorge bzw. Teilbereichen der Sorge übertragen. Das Vormundschaftswesen dient dem Schutz und der Förderung minderjähriger Kinder und Jugendlicher sowie der Wahrnehmung ihrer Rechte. Die gesetzliche Vertretung bzw. von Teilbereichen der gesetzlichen Vertretung wird vom Jugendamt übernommen und geführt. Dabei sind rechtliche und erzieherische Defizite im Verhältnis zwischen Kind und Eltern auszugleichen.

Auf Antrag eines sorgeberechtigten Elternteils wird das Jugendamt für einen bestimmten Wirkungskreis zum Beistand. Die Beistandschaft stellt eine konkrete Hilfe für die Geltendmachung bzw. die Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen dar. Der Beistand vertritt das Kind im Vaterschaftsfeststellungsverfahren. Die elterliche Sorge wird durch eine Beistandschaft nicht eingeschränkt. Der Beistand ist jedoch alleiniger Prozessvertreter für die beantragten Aufgabenbereiche.

Zur wirtschaftlichen Absicherung von Kindern, denen von einer unterhaltspflichtigen Person wegen mangelnder Zahlungsbereitschaft bzw. -fähigkeit kein Unterhalt zukommt, werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gewährt.

Auftragsgrundlage

§§ 52a bis 60, 68, 87c, 87e SGB VIII; 1705 bis 1711 BGB

Ziele

- Der Schutz und die Förderung minderjähriger Kinder und Jugendlicher und die Wahrnehmung ihrer Rechte werden sichergestellt.
- Die rechtliche Vertretung für Kinder und Jugendliche wird fach- und bedarfsgerecht wahrgenommen.
- Rechtliche und erzieherische Defizite im Verhältnis zwischen Kind und Eltern werden ausgefüllt.
- Unterstützung der wirtschaftlichen Absicherung von Kindern und Jugendlichen
- Gerichtliche Verfahren werden durch Beurkundung und Beglaubigung von Willensbekundungen, etwa im Rahmen der Vaterschaftsfeststellung, vermieden.
- Gewährleistung einer langfristigen und stetigen Beziehung zwischen gesetzlichem Vertreter und Mündel (keine anonyme Fallführung)
- interne Übertragung (von Teilen) des Aufgabenbereiches auf Personen mit besonderen finanzwirtschaftlichen bzw. steuerrechtlichen Fachkenntnissen und damit Verbesserung der Einkommensüberprüfung Unterhaltsverpflichteter
- Anwerben, Unterweisen und Begleiten geeigneter Personen, die als Beistand, Pfleger oder Vormund tätig werden wollen bzw. tätig sind
- Stärkung der Erziehungsfähigkeit von Eltern, für deren Kinder eine Pflegschaft bzw. Vormundschaft besteht
- Erweiterung des gesellschaftlichen Bewusstseins bzgl. der Wichtigkeit von Unterhaltsleistungen

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, in besonderen Fällen auch junge Volljährige; Personensorgeberechtigte und/oder Unterhaltspflichtige in spezifischen Lebenslagen; Alleinerziehende, denen die alleinige elterliche Sorge für den Bereich zusteht, für den eine Beistandschaft erforderlich ist

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-102.839	-91.500	-102.000	-102.000	-102.000	-102.000
3	+ Sonstige Transfererträge	-2.406.413	-2.515.600	-2.545.600	-2.575.600	-2.575.600	-2.575.600
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-765.960	-791.000	-812.000	-813.000	-814.000	-814.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.473	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
10	= Ordentliche Erträge	-3.282.685	-3.402.100	-3.463.600	-3.494.600	-3.495.600	-3.495.600
11	- Personalaufwendungen	3.844.959	4.101.168	4.658.780	4.697.164	4.737.142	4.765.751
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.086.124	1.141.939	1.177.032	1.217.032	1.257.032	1.277.032
14	- Bilanzielle Abschreibungen	95.181	15.829	18.678	19.808	20.951	21.556
15	- Transferaufwendungen	19.871.745	20.554.050	21.139.050	21.261.050	21.311.050	21.351.050
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	244.985	259.916	292.740	272.504	275.876	276.309
17	= Ordentliche Aufwendungen	25.142.995	26.072.902	27.286.280	27.467.558	27.602.051	27.691.698
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	21.860.310	22.670.802	23.822.680	23.972.958	24.106.451	24.196.098
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	21.860.310	22.670.802	23.822.680	23.972.958	24.106.451	24.196.098
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	21.860.310	22.670.802	23.822.680	23.972.958	24.106.451	24.196.098
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-98.234	-98.751	-105.145	-88.854	-89.596	-90.081
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	314.711	404.668	420.180	357.852	358.392	358.971

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	22.076.787	22.976.720	24.137.715	24.241.956	24.375.247	24.464.989

Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet die (TP 1.06.03.01.01, Kostenart 414300) Zuweisung des LVR zur Psychologischen Beratungsstelle (fachkraftbezogene Pauschale).

Unter der Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden zu einem großen Teil Kostenbeiträge zu Hilfen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421100 u. 422100) vereinnahmt. Darüber hinaus handelt es sich hierbei um Erstattungen der Unterhaltspflichtigen (Kostenart 421200), um die Rückzahlung zuviel gezahlter UVG Leistungen sowie um Erstattungen aus Vorjahren (Kostenart 429800) durch die Beendigung von Hilfefällen.

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* erfolgt die Verbuchung der Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Adoptionsvermittlungsverfahren. Bei der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung /-umlage* werden überwiegend Kostenerstattungen durch andere öffentliche Träger der Jugendhilfe dargestellt (Kostenart 442300). Hinzu kommen die Erstattungen vom Land (Kostenart 442200) und periodenfremde Kostenerstattungen (Kostenart 449800). Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* dient der Vereinnahmung von Geldbußen (Kostenart 452110) nach dem Jugendgerichtsgesetz.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- / Dienstleistungen* werden überwiegend Erstattungen gegenüber anderen Trägern öffentlicher Jugendhilfe abgebildet. Die Durchführung therapeutischer Maßnahmen (Psychologische Beratungsstelle) sowie im UVG-Bereich anfallende Gerichts- und Anwaltskosten (Kostenart 528903) werden ebenfalls an dieser Stelle verausgabt. Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet die folgenden Positionen (nach Kostenvolumen sortiert):

- Kosten der Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen
(TP 1.06.03.01.02 bis TP 1.06.03.01.05; TP 1.06.03.01.07; TP 1.06.03.01.11; PSP 1.06.03.02; Kostenart 533410, 533430, 533510, 533530)
- Kosten der Vollzeitpflege (TP 1.06.03.01.06, Kostenart 533400)
- Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes (PSP 1.06.03.05, Kostenart 533910)

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



- Zuschuss zu den Personal- und Sachkostenkosten der Erziehungsberatungsstellen (TP 1.06.03.01.01, PSP 1.06.03.03, Kostenart 531900)
- Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (TP 1.06.03.01.10, Kostenarten 533430 u. 533510)
- Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (TP 1.06.03.01.08, Kostenart 533900)
- Kosten der Inobhutnahme (PSP 1.06.03.02, Kostenart 533510)
- Gemeinsame Unterbringung von Müttern oder Vätern mit Kindern (TP 1.06.03.01.09, Kostenart 533510)
- Abführung des Landesanteils an den Erstattungsleistungen der Unterhaltspflichtigen (46,67%) (PSP 1.06.03.05, Kostenart 539320)
- Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen (PSP 1.06.03.02, Kostenart 533490)
- Kosten sozialpädagogischer Lern- und Entwicklungsmaßnahmen (PSP 1.06.03.04, Kostenart 533490)
- Geschäftskostenzuschuss für den Verein „nina und nico“ (PSP 1.06.03.03, Kostenart 531900)

Unter den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* wird sowohl der Mitgliedsbeitrag (Kostenart 544300) zur Landesarbeitsgemeinschaft als auch die vermischten Ausgaben u. Fortbildungskosten der Psychologischen Beratungsstelle geplant. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-102.839	-91.500	-102.000		-102.000	-102.000	-102.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-2.361.334	-2.515.600	-2.545.600		-2.575.600	-2.575.600	-2.575.600
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-828.478	-791.000	-812.000		-813.000	-814.000	-814.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.273	-3.000	-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.300.924	-3.402.100	-3.463.600		-3.494.600	-3.495.600	-3.495.600
10	- Personalauszahlungen	3.101.899	2.875.935	3.260.244		3.292.690	3.325.359	3.358.358
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.112.246	1.141.040	1.176.040		1.216.040	1.256.040	1.276.040
14	- Transferauszahlungen	19.801.098	20.554.050	21.139.050		21.261.050	21.311.050	21.351.050
15	- sonstige Auszahlungen	21.507	22.148	36.148		37.148	38.148	39.148
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	24.036.750	24.593.173	25.611.482		25.806.928	25.930.597	26.024.596
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	20.735.826	21.191.073	22.147.882		22.312.328	22.434.997	22.528.996
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		1.980	1.980		1.980	1.980	1.980
30	= investive Auszahlungen		1.980	1.980		1.980	1.980	1.980
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)		1.980	1.980		1.980	1.980	1.980

Beschreibung

- Bearbeitung von Anträgen auf Elterngeld
- Beratung in Elternzeit- und Elterngeldangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)

Ziele

Rechtsfehlerfreie Bearbeitung des Elterngeldantrages innerhalb von 21 Kalendertagen nach Eingang

Zielgruppen

Im Oberbergischen Kreis lebende (werdende) Eltern

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-70.807	-74.750	-65.500	-65.500	-65.500	-65.500
10	= Ordentliche Erträge	-70.807	-74.750	-65.500	-65.500	-65.500	-65.500
11	- Personalaufwendungen	108.802	108.183	111.699	112.423	113.217	113.443
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-225					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.978	9.420	9.420	9.420	9.420	9.420
17	= Ordentliche Aufwendungen	116.555	117.603	121.119	121.843	122.637	122.863
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	45.748	42.853	55.619	56.343	57.137	57.363
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	45.748	42.853	55.619	56.343	57.137	57.363
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	45.748	42.853	55.619	56.343	57.137	57.363
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	24.945	35.751	31.385	28.892	29.200	29.099
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	70.693	78.604	87.003	85.234	86.336	86.462

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Leistungen n. d. BundeselterngeldG

Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Personal- und Sachkostenerstattung des Landes (Kostenart 443906 u. 443907) für die vom Oberbergischen Kreis bereitgestellte Leistung.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören die Sachaufwendungen der Produktgruppe Elterngeld sowie anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-70.730	-74.750	-65.500		-65.500	-65.500	-65.500
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-70.730	-74.750	-65.500		-65.500	-65.500	-65.500
10	-	Personalauszahlungen	69.020	66.327	68.433		69.118	69.809	70.507
15	-	sonstige Auszahlungen	7.409	9.420	9.420		9.420	9.420	9.420
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	76.429	75.747	77.853		78.538	79.229	79.927
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	5.699	997	12.353		13.038	13.729	14.427

Haushaltsplan 2012

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-68.651	-66.750	-68.250	-69.250	-69.750	-70.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-240.782	-238.000	-238.000	-238.000	-238.000	-238.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-7.295	-7.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-140.998	-155.000	-155.000	-157.500	-160.000	-162.500
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	213	-600	-600	-600	-600	-600
10	= Ordentliche Erträge	-457.513	-467.350	-469.850	-473.350	-476.350	-479.350
11	- Personalaufwendungen	2.695.614	2.868.597	2.860.291	2.884.820	2.910.260	2.929.995
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	398.917	445.940	453.167	459.867	466.567	473.767
14	- Bilanzielle Abschreibungen	125	16.677	14.743	15.647	16.563	16.357
15	- Transferaufwendungen	1.073.762	1.352.110	1.372.610	1.395.610	1.415.910	1.436.910
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	155.139	169.146	178.059	174.849	176.539	176.777
17	= Ordentliche Aufwendungen	4.323.557	4.852.470	4.878.871	4.930.794	4.985.839	5.033.806
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	3.866.044	4.385.120	4.409.021	4.457.444	4.509.489	4.554.456
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	3.866.044	4.385.120	4.409.021	4.457.444	4.509.489	4.554.456
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	3.866.044	4.385.120	4.409.021	4.457.444	4.509.489	4.554.456
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	233.813	409.289	397.294	368.456	369.868	369.725
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	4.099.857	4.794.409	4.806.315	4.825.900	4.879.357	4.924.181

Haushaltsplan 2012

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

Dezernat III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-72.261	-66.750	-68.250		-69.250	-69.750	-70.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-241.998	-238.000	-238.000		-238.000	-238.000	-238.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-7.618	-7.000	-8.000		-8.000	-8.000	-8.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-54.824	-155.000	-155.000		-157.500	-160.000	-162.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-62	-600	-600		-600	-600	-600
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-376.763	-467.350	-469.850		-473.350	-476.350	-479.350
10	- Personalauszahlungen	2.300.926	2.047.786	2.039.623		2.060.019	2.080.620	2.101.427
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	386.694	445.260	452.460		459.160	465.860	473.060
14	- Transferauszahlungen	1.074.362	1.352.110	1.372.610		1.395.610	1.415.910	1.436.910
15	- sonstige Auszahlungen	11.991	16.470	15.010		15.250	15.450	15.650
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.773.973	3.861.626	3.879.703		3.930.039	3.977.840	4.027.047
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.397.209	3.394.276	3.409.853		3.456.689	3.501.490	3.547.697
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	174	3.780	3.780		3.780	3.780	3.780
30	= investive Auszahlungen	174	3.780	3.780		3.780	3.780	3.780
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	174	3.780	3.780		3.780	3.780	3.780

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.07.01.01 Koordination, Planung und Berichterstattung im Gesundheitsbereich

1.07.01.02 Ärztliche/zahnärztliche Prävention und Gesundheitsförderung: Schwerpunkt Kinder und Jugendliche

1.07.01.02.01 Ambulante Sprachheilfürsorge

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.07.01.01

Koordination, Planung und Berichterstattung im Gesundheitsbereich

Beschreibung

Beratung gemeinsam interessierender Fragen der gesundheitlichen Versorgung auf kommunaler Ebene und Koordinierung von Maßnahmen zur Gewährleistung einer abgestimmten und bedarfsgerechten Weiterentwicklung der psychosozialen und gesundheitlichen Versorgung.

1. Bereitstellung von Informationen über die gesundheitliche Situation der Bevölkerung, über Gesundheitsrisiken und Versorgung mit Gesundheitsleistungen
2. Koordination der kommunalen Gesundheitsberichterstattungen, Erstellung von Gesundheitsberichten
3. Einrichtung der themenspezifischen Arbeitsgruppen
4. Festlegung von Schwerpunktthemen
5. Analyse regional wichtiger Einzelfragen der gesundheitlichen Versorgung und Erarbeitung und Umsetzung von Handlungsempfehlungen
6. Geschäftsführung der Gesundheitskonferenz und ihrer Arbeitsgruppen

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Beschluss Kommunale Gesundheitskonferenz

Ziele

- Abstimmung und Zusammenarbeit aller an der Gesundheitsversorgung Beteiligten zur Schaffung gesunder Lebensverhältnisse
- Verringerung von Gesundheitsrisiken und Unterstützung bei der Bewältigung von Krankheit und Behinderung
- Erhöhung der Transparenz der Leistungsangebote
- Entwicklung bürgernaher, bedarfsgerechter Angebotsstrukturen
- Schließung von Versorgungslücken und Vermeidung überflüssiger Dienstleistungen

Zielgruppen

Einrichtungen der psychosozialen und psychiatrischen Versorgung (Angebotsträger), Leistungsträger, andere Behörden.

1.07.01.02

**Ärztliche / zahnärztliche Prävention und Gesundheitsförderung:
Schwerpunkt Kinder und Jugendliche**

Beschreibung

Beratung der Sorgeberechtigten sowie Erzieher/innen und Lehrer/innen von Kindergarten- und Schulkindern.
Untersuchung der Kinder sowie Durchführung von Prophylaxemaßnahmen.

1. Hilfen für Kinder und Jugendliche (z.B. Frühförderung behinderter Kinder)
2. Untersuchung von Kindergartenkindern
3. betriebsmedizinische Aufgaben in Kindergärten und Schulen
4. Einschulungsuntersuchungen einschließlich Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs
5. Schulentlassuntersuchungen
6. Durchführung von Veranstaltungen (z.B. Ernährungsberatung)
7. Bereitstellung von Informationsmaterial
8. Reihenuntersuchungen in Kindergärten und Schulen zur Erkennung von Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten
9. Durchführung von Prophylaxemaßnahmen zur Vorbeugung gegen Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Gesetz für Tageseinrichtungen für Kinder, Schulverwaltungsgesetz, Allgemeine Schulordnung, Vereinbarung mit den Krankenkassen zur Förderung der Gruppenprophylaxe im Oberbergischen Kreis

Ziele

Förderung einer gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen

- Erkennung von Defiziten und Einleitung von Fördermaßnahmen
- Steigerung der Vorsorgeuntersuchungen
- Flächendeckende betriebsmedizinische Tätigkeit
- Flächendeckende zahnärztliche Betreuung der Einrichtungen einmal jährlich

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, Sorgeberechtigte, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrer und Lehrerinnen, Behörden und Einrichtungen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.01 Gesundheitsförderung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-140.998	-155.000	-155.000	-157.500	-160.000	-162.500
10	= Ordentliche Erträge	-140.998	-155.000	-155.000	-157.500	-160.000	-162.500
11	- Personalaufwendungen	942.041	1.040.560	1.002.420	1.011.305	1.020.465	1.028.051
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	68.909	86.716	85.925	87.125	88.325	89.525
14	- Bilanzielle Abschreibungen		16.677	14.743	15.647	16.563	16.357
15	- Transferaufwendungen	585.946	712.900	721.000	734.500	746.300	757.700
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	55.769	61.320	64.875	63.711	64.323	64.410
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.652.664	1.918.173	1.888.964	1.912.288	1.935.977	1.956.043
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.511.666	1.763.173	1.733.964	1.754.788	1.775.977	1.793.543
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.511.666	1.763.173	1.733.964	1.754.788	1.775.977	1.793.543
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.511.666	1.763.173	1.733.964	1.754.788	1.775.977	1.793.543
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-149.061	-211.728	-210.822	-197.399	-199.004	-199.293
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	233.813	355.343	348.200	323.991	325.743	325.806
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.596.419	1.906.787	1.871.342	1.881.380	1.902.716	1.920.056

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gesundheitsförderung

Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Kostenerstattung durch Krankenkassen (Kostenart 442500) für Gruppenprophylaxe.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zudem sind hier Honorarkosten (Kostenart 501950, nur 2009) für die Bereiche Einschulungsuntersuchung und Ernährungsberatung veranschlagt.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind Kosten für die Unterhaltung (Kostenart 523600) und Neuanschaffung von ärztlichen Instrumenten, Sachkosten und Prophylaxematerial sowie Zahnarzthonorare für die Gruppenprophylaxe zusammengefasst. Darüber hinaus beinhaltet diese Summe Kosten der Gesundheitsförderung/Prävention (Kostenart 524900) und der Ernährungsberaterin (Kooperation mit Aggerenergie, Kostenart 529900) .

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* erfasst den Kostenzuschuss an den Verein Lebenshilfe zur Frühförderung behinderter Kinder und den Zuschuss an den Verein zur Förderung und Betreuung behinderter Kinder (Kostenart 531900). Außerdem werden hier die Kosten der ambulanten Sprachheilfürsorge (Kostenart 533900, TP 1.07.01.02.01) veranschlagt.

Über die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Kosten für Online-Verträge über die Nutzung medizinischer Datenbanken abgebildet (Kostenart 542900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.01 Gesundheitsförderung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-54.824	-155.000	-155.000		-157.500	-160.000	-162.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-54.824	-155.000	-155.000		-157.500	-160.000	-162.500
10	- Personalauszahlungen	829.311	751.624	728.584		735.870	743.229	750.662
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	59.559	86.660	85.860		87.060	88.260	89.460
14	- Transferauszahlungen	585.946	712.900	721.000		734.500	746.300	757.700
15	- sonstige Auszahlungen	10.862	14.630	14.530		14.770	14.970	15.170
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.485.678	1.565.814	1.549.974		1.572.200	1.592.759	1.612.992
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.430.854	1.410.814	1.394.974		1.414.700	1.432.759	1.450.492
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	174	3.780	3.780		3.780	3.780	3.780
30	= investive Auszahlungen	174	3.780	3.780		3.780	3.780	3.780
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / J. Auszahlung)	174	3.780	3.780		3.780	3.780	3.780

Beschreibung

Erstellung von medizinischen Gutachten, psychiatrischen Gutachten, ärztlichen Stellungnahmen, Gesundheitszeugnissen im Auftrag von Behörden, Arbeitgebern.

- Gutachten nach beamten- oder beihilferechtlichen Vorschriften
- Gutachten nach dem TVöD
- Gutachter nach dem SGB XII (Sozialhilfe)
- Begutachtungen nach Fahrerlaubnisverordnung
- Begutachtungen von Ausländern und Asylbewerbern
- Begutachtungen für Gerichte
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Beamtengesetze und Verordnungen, Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO), Fahrerlaubnisverordnung, Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Sozialgesetzbuch (SGB), Strafgesetzbuch (StGB) Verordnung über das Leichenwesen, u.a.

Ziele

- Erstellung transparenter, objektiver und nachvollziehbarer Entscheidungsgrundlagen mit dem Ziel, eine rechtmäßige Anwendung der gesetzlichen Vorschriften durch die beteiligten Stellen zu ermöglichen
- Hohe Fach- und Beratungskompetenz

Zielgruppen

Behörden, Institutionen, Bevölkerung des Kreisgebietes, Beamte und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-171.551	-180.000	-180.000	-180.000	-180.000	-180.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-7.295	-7.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
10	= Ordentliche Erträge	-178.847	-187.000	-188.000	-188.000	-188.000	-188.000
11	- Personalaufwendungen	421.790	454.311	424.898	428.766	432.736	436.187
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.990	13.460	13.465	13.465	13.465	13.465
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	26.989	28.905	30.738	30.180	30.473	30.515
17	= Ordentliche Aufwendungen	456.768	496.677	469.101	472.411	476.674	480.167
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	277.921	309.677	281.101	284.411	288.674	292.167
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	277.921	309.677	281.101	284.411	288.674	292.167
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	277.921	309.677	281.101	284.411	288.674	292.167
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	40.545	71.814	69.244	64.475	64.832	64.861
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	318.466	381.491	350.345	348.886	353.506	357.028

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gutachten und Stellungnahmen

Die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* erfasst die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für das Gesundheitsamt des Oberbergischen Kreises. Über die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden Einnahmen aus Nebentätigkeit (Kostenart 441903) abgewickelt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden Kosten für die Unterhaltung (Kostenart 523600) und Neuanschaffung von ärztlichen Instrumenten sowie Wäsche- und Laborkosten (Kostenart 529100) abgebildet.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-172.279	-180.000	-180.000		-180.000	-180.000	-180.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-7.618	-7.000	-8.000		-8.000	-8.000	-8.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-179.897	-187.000	-188.000		-188.000	-188.000	-188.000
10	- Personalauszahlungen	383.859	338.042	313.688		316.825	319.994	323.194
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.530	13.290	13.290		13.290	13.290	13.290
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	391.389	351.332	326.978		330.115	333.284	336.484
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	211.493	164.332	138.978		142.115	145.284	148.484

Beschreibung

1. Koordination der Bereiche Sucht- und Drogenhilfe und Psychiatrie im Rahmen des Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV)
2. Koordination der Fachstelle Sucht- und Drogenprävention
3. Ärztliche Untersuchungen zur Abklärung der Erkrankungen und der dadurch bedingten Hilfsbedürftigkeit
4. Entscheidungen über Zwangsmaßnahmen nach dem PsychKG
5. Gewährung von Zuschüssen an die freien Träger
6. Durchführung der HIV-Beratung
7. Sicherstellung der Schwangerschaftskonfliktberatung
8. Sicherstellung eines Beratungsangebotes für Schwangere und Mütter in sozialen und gesundheitlichen Problemlagen
9. Hilfe für alte und behinderte Menschen
10. Koordination im Rahmen der Fachberatungsstelle für Wohnungslose
11. Gewährung von Zuschüssen an die Träger der Fachberatungsstelle für Wohnungslose

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Erkrankungen (PsychKG), Beschlüsse des Kreistages (Vereinbarung zum GPV)

Ziele

- Verbesserung der psychiatrischen Versorgung in der Bevölkerung
- Sicherstellung individueller Beratungs- und Hilfsangebote
 - o für psychisch kranke und abhängigkeitskranke Menschen
 - o für AIDS-Kranke
 - o für Schwangere
 - o für Wohnungslose

Zielgruppen

Besonders gefährdete Personengruppen, Psychisch Kranke, Abhängigkeitskranke, Schwangere und Mütter in sozialen und gesundheitlichen Problemlagen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.03 Gesundheitshilfe



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-63.538	-61.500	-63.000	-64.000	-64.500	-65.000
10	= Ordentliche Erträge	-63.538	-61.500	-63.000	-64.000	-64.500	-65.000
11	- Personalaufwendungen	539.911	552.546	559.060	563.294	567.793	570.354
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	288.998	295.024	303.028	308.528	314.028	320.028
15	- Transferaufwendungen	487.817	639.210	651.610	661.110	669.610	679.210
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.968	26.598	28.254	27.750	28.015	28.053
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.341.694	1.513.378	1.541.952	1.560.682	1.579.447	1.597.645
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.278.156	1.451.878	1.478.952	1.496.682	1.514.947	1.532.645
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.278.156	1.451.878	1.478.952	1.496.682	1.514.947	1.532.645
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.278.156	1.451.878	1.478.952	1.496.682	1.514.947	1.532.645
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	36.816	67.428	65.882	61.261	61.560	61.573
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.314.972	1.519.306	1.544.834	1.557.943	1.576.506	1.594.218

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gesundheitshilfe

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet den Landeszuschuss (Kostenart 414200) für die Beratungsstelle Schwangerenkonfliktberatung.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind die Kosten der Gesundheitsförderung/Prävention (Kostenart 524900) sowie die Erstattungen der Personal- und Sachkosten an den Gemeindepsychiatrischen Verbund und für die Geschäftsführung der Diözese Münster ausgewiesen (Kostenart 525900).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind die Zuschüsse für den Bereich Suchtkrankenarbeit, der Zuschuss zur Weiterführung der sozialpsychiatrischen Kontaktstellen, der Zuschuss an das DRK, der Zuschuss zur Betreuung von Menschen in sozialer Not und der Zuschuss für die Beratungsstellen (Schwangerenkonfliktberatung) zusammengefasst (Kostenart 531900).

Über die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden Mitgliedsbeiträge (Kostenart 544900) abgebildet. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.03 Gesundheitshilfe

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-63.538	-61.500	-63.000		-64.000	-64.500	-65.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-63.538	-61.500	-63.000		-64.000	-64.500	-65.000
10	- Personalauszahlungen	397.924	366.457	371.969		375.688	379.445	383.239
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	287.786	294.870	302.870		308.370	313.870	319.870
14	- Transferauszahlungen	488.417	639.210	651.610		661.110	669.610	679.210
15	- sonstige Auszahlungen	473	480	480		480	480	480
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.174.601	1.301.017	1.326.929		1.345.648	1.363.405	1.382.799
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.111.063	1.239.517	1.263.929		1.281.648	1.298.905	1.317.799



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.07.04.01 Infektions- und umweltbezogener Gesundheitsschutz
- 1.07.04.02 Medizinalaufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.07.04.01

Infektions- und umweltbezogener Gesundheitsschutz

Beschreibung

Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Erkrankungen beim Menschen, Durchführung von Impfungen, Überwachung im Rahmen des Infektionsschutzes, Hygieneüberwachung, Gesundheitliche Bewertung von Umwelteinflüssen aller Art, Beratungen und Stellungnahmen.

1. Impfberatung und Durchführung von Schutzimpfungen
2. Belehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz
3. Tätigkeiten im Zusammenhang mit meldepflichtigen Krankheiten
4. Tuberkuloseüberwachung
5. Stellungnahmen im Rahmen der Orts-, Siedlungs- und Wohnhygiene sowie zu Industrie und Gewerbeanlagen
6. Trink- und Badewasserüberwachung
7. Hygieneüberwachung nach § 17 ÖGDG

Auftragsgrundlage

Infektionsschutzgesetz (IfSG), Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Krankenhausgestaltungsgesetz (KHGG NRW), Heimgesetz, Krankenhausbauverordnung, Hygieneverordnung, Landeswassergesetz, Trinkwasserverordnung, Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), u.a.

Ziele

- Verhütung und Bekämpfung (übertragbarer) Krankheiten
- Aufdeckung von Infektionsketten und deren Unterbrechung
- Verbesserung der Durchimpfungsraten in der Bevölkerung
- Schutz der Bevölkerung vor umweltbedingten Gesundheitsgefahren
- Vermeidung von Gesundheitsgefahren durch die Mitwirkungen an Planungen

Zielgruppen

Erkrankte Personen, Kontaktpersonen, Gemeinschaftseinrichtungen, Träger von Krankenhäusern und Heimen, Behörden, Institutionen, Firmen etc.

1.07.04.02

Medizinalaufsicht

Beschreibung

Erfassung und Überwachung der Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie Arzneimittelüberwachung, Apothekenaufsicht.

1. Erfassung und Überwachung der Berufe des Gesundheitswesens
2. Durchführung von Prüfungen in nichtärztlichen Heilberufen und Erteilung der Erlaubnisse
3. Leichen- und Bestattungswesen
4. Erlaubnisse über Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse
5. Erlaubnisse zur Führung der Berufsbezeichnung nichtärztlicher Heilberufe
6. Erteilung von Konzessionen für Privatkrankenhäuser
7. Apothekenaufsicht
8. Arzneimittelüberwachung

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Verordnung zur Durchführung des Feuerbestattungsgesetzes, Ordnungsbehördliche Verordnung über das Leichenwesen, Krankenpflegegesetz und weitere Spezialgesetze der nichtärztlichen Heilberufe, Arzneimittelgesetz, Apothekengesetz, Betäubungsmittelgesetz, Heilmittelwerbegesetz, Chemikaliengesetz u.a.

Ziele

Zu 1.: Erfassung sämtlicher Personen, die in Berufen des Gesundheitswesens tätig sind.

Zu 5.: Verhinderung des Einsatzes nicht ausreichend qualifizierter Personen in nichtärztlichen Heilberufen.

Zu 7. und 8.: Einhaltung der Bestimmungen über den Umgang mit Arzneimitteln.

Zielgruppen

Personen mit Berufen des Gesundheitswesens, Bestattungsinstitute, Privatkrankenhäuser, Apotheken

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.04 Gesundheitsschutz

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-5.113	-5.250	-5.250	-5.250	-5.250	-5.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-69.230	-58.000	-58.000	-58.000	-58.000	-58.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	213	-600	-600	-600	-600	-600
10	= Ordentliche Erträge	-74.131	-63.850	-63.850	-63.850	-63.850	-63.850
11	- Personalaufwendungen	791.873	821.180	873.913	881.455	889.265	895.403
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	33.020	50.740	50.748	50.748	50.748	50.748
14	- Bilanzielle Abschreibungen	125					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	47.413	52.322	54.192	53.209	53.727	53.800
17	= Ordentliche Aufwendungen	872.432	924.243	978.854	985.412	993.741	999.951
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	798.301	860.393	915.004	921.562	929.891	936.101
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	798.301	860.393	915.004	921.562	929.891	936.101
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	798.301	860.393	915.004	921.562	929.891	936.101
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	71.700	126.433	124.791	116.128	116.737	116.779
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	870.001	986.825	1.039.795	1.037.690	1.046.628	1.052.879

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gesundheitsschutz

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet den Landeszuschuss (Kostenart 414200) zu den Impfstoffkosten und den Landeszuschuss zu den Personal- und Sachkosten zu den Prüfungen nichtärztlicher Heilberufe. In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für das Gesundheitsamt und die Verwaltungsgebühren für das Sachgebiet Infektionsschutz und Umwelthygiene zusammengefasst. Die *Sonstigen ordentlichen Erträge* weisen Verwarnungsgelder und Zwangsgelder aus (Kostenart 452130 und 452120).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst alle Impfkosten/Kosten für Impfstoffe (Kostenart 526600) sowie Röntgenkosten bzw. die Kosten für bakteriologische und serologische Untersuchungen und Untersuchungen nach dem Infektionsschutzgesetz (Kostenart 529100). In der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Erstattungen an Prüfungsausschussmitglieder (Kostenart 542800) erfasst. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.04 Gesundheitsschutz

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-8.723	-5.250	-5.250		-5.250	-5.250	-5.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-69.719	-58.000	-58.000		-58.000	-58.000	-58.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-62	-600	-600		-600	-600	-600
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-78.505	-63.850	-63.850		-63.850	-63.850	-63.850
10	- Personalauszahlungen	689.832	591.663	625.382		631.636	637.952	644.332
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	31.818	50.440	50.440		50.440	50.440	50.440
15	- sonstige Auszahlungen	656	1.360					
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	722.305	643.463	675.822		682.076	688.392	694.772
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	643.801	579.613	611.972		618.226	624.542	630.922

Haushaltsplan 2012

1.08 Sportförderung

verantwortlich:

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.810	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
10	= Ordentliche Erträge	-1.810	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
11	- Personalaufwendungen	38.855	36.310	37.376	37.623	37.891	37.975
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	87	29	31	31	31	31
15	- Transferaufwendungen	213.304	208.516	209.516	187.516	189.516	189.516
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.621	5.328	6.012	5.591	5.661	5.669
17	= Ordentliche Aufwendungen	256.866	250.184	252.935	230.760	233.099	233.192
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	255.056	248.284	251.035	228.860	231.199	231.292
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	255.056	248.284	251.035	228.860	231.199	231.292
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	255.056	248.284	251.035	228.860	231.199	231.292
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	49.687	90.869	111.909	71.403	71.699	71.724
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	304.743	339.153	362.944	300.263	302.897	303.016

Haushaltsplan 2012

1.08 Sportförderung

verantwortlich:

Dezernat III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.810	-1.900	-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.810	-1.900	-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
10	- Personalauszahlungen	24.530	22.503	23.088		23.319	23.552	23.787
14	- Transferauszahlungen	213.480	208.516	209.516		187.516	189.516	189.516
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	238.010	231.019	232.604		210.835	213.068	213.303
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	236.200	229.119	230.704		208.935	211.168	211.403

Beschreibung

Förderung des Sports in Sportvereinen und –verbänden durch finanzielle Unterstützung.
Zusammenarbeit mit Vereinen und deren Fachverbänden.
Förderung durch Bereitstellung von Sportstätten für den außerschulischen Sport.

- Förderung des Sports in Vereinen und Verbänden
- Förderung des Schulsports
- Außerschulische Vergabe von Turn- und Sporthallen

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschluss

Ziele

Förderung des Breitensports

- jugendpflegerische Betätigung in der Breitensportarbeit in den Vereinen
- Gestaltung des Vereinslebens für Kinder und Jugendliche mit Sport, Spiel und Geselligkeit.

Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schul- und Vereinssport durch die Übertragung der Aufgaben der Geschäftsführung im „Ausschuss für den Schulsport“

Zielgruppen

Geschäftsführung „Ausschuss für den Schulsport“, Vereine/Verbände, sonstiger organisierter Sport

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.08 Sportförderung

1.08.01 Sportförderung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.810	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
10	= Ordentliche Erträge	-1.810	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
11	- Personalaufwendungen	38.855	36.310	37.376	37.623	37.891	37.975
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	87	29	31	31	31	31
15	- Transferaufwendungen	213.304	208.516	209.516	187.516	189.516	189.516
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.621	5.328	6.012	5.591	5.661	5.669
17	= Ordentliche Aufwendungen	256.866	250.184	252.935	230.760	233.099	233.192
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	255.056	248.284	251.035	228.860	231.199	231.292
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	255.056	248.284	251.035	228.860	231.199	231.292
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	255.056	248.284	251.035	228.860	231.199	231.292
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	49.687	90.869	111.909	71.403	71.699	71.724
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	304.743	339.153	362.944	300.263	302.897	303.016

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Sportförderung

Über die Kontengruppe *Öffentlich–Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Gebühren für die Inanspruchnahme von Sporthallen vereinnahmt (Kostenart 432100).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* dient hauptsächlich der Abwicklung von Maßnahmen zur Förderung der Jugendarbeit in Sportvereinen. Darüber hinaus wird hier der Zuschuss für Behindertensportveranstaltungen bzw. Sportjugendtage sowie die pauschale Kostenerstattung an den Kreissportbund veranschlagt (Kostenart 531900). Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Bei der *Internen Leistungsverrechnung* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.08 Sportförderung

1.08.01 Sportförderung



OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.810	-1.900	-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.810	-1.900	-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
10	- Personalauszahlungen	24.530	22.503	23.088		23.319	23.552	23.787
14	- Transferauszahlungen	213.480	208.516	209.516		187.516	189.516	189.516
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	238.010	231.019	232.604		210.835	213.068	213.303
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	236.200	229.119	230.704		208.935	211.168	211.403

Haushaltsplan 2012

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-87.500					
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-715.750	-563.800	-602.100	-606.600	-614.100	-614.600
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-6.436	-2.200	-300	-300	-300	-300
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.925.543	-10.990.150	-134.804	-361.804	-40.304	-40.304
10	= Ordentliche Erträge	-2.735.228	-11.556.150	-737.204	-968.704	-654.704	-655.204
11	- Personalaufwendungen	4.590.517	4.717.883	4.790.355	4.831.816	4.874.733	4.908.690
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.183.384	11.682.761	745.386	717.786	409.935	356.435
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.525	8.652	9.363	12.496	17.317	22.518
15	- Transferaufwendungen				130.900	130.900	130.900
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	426.600	476.004	502.107	430.862	433.594	437.043
17	= Ordentliche Aufwendungen	7.202.025	16.885.300	6.047.211	6.123.860	5.866.479	5.855.586
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	4.466.797	5.329.150	5.310.007	5.155.156	5.211.775	5.200.382
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	4.466.797	5.329.150	5.310.007	5.155.156	5.211.775	5.200.382
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	4.466.797	5.329.150	5.310.007	5.155.156	5.211.775	5.200.382
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-34.170	-18.190	-13.791	-13.264	-13.547	-13.831
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	300.130	521.175	397.891	364.533	364.755	364.660
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	4.732.757	5.832.135	5.694.107	5.506.426	5.562.984	5.551.211

Haushaltsplan 2012

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-87.500						
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-718.004	-563.800	-602.100		-606.600	-614.100	-614.600
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-6.071	-2.200	-300		-300	-300	-300
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.918.819	-10.983.800	-131.000		-358.000	-36.500	-36.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-18.901						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.749.295	-11.549.800	-733.400		-964.900	-650.900	-651.400
10	- Personalauszahlungen	4.008.150	3.422.214	3.449.522		3.484.018	3.518.856	3.554.046
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.165.047	11.701.140	776.850		746.750	438.900	385.400
14	- Transferauszahlungen					130.900	130.900	130.900
15	- sonstige Auszahlungen	102.720	122.160	122.630		85.730	82.880	87.980
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.275.917	15.245.514	4.349.002		4.447.398	4.171.536	4.158.326
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.526.622	3.695.714	3.615.602		3.482.498	3.520.636	3.506.926
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	6.783	5.400	5.400		32.600	32.800	51.000
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	8.687	4.000	4.000		4.000	4.000	4.000
30	= investive Auszahlungen	15.470	9.400	9.400		36.600	36.800	55.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	15.470	9.400	9.400		36.600	36.800	55.000

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.09.01.01 Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformation

1.09.01.02 Beutreuung von Verfahren externer Planungsträger

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.09.01.01

Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformation

Beschreibung

- Koordination zur Herstellung eines regionalen Konsenses bei übergeordneten Planungen / Erarbeitung von kreisbezogenen Beiträgen und Antragsteilen
- Grundlagenerarbeitung von bedarfs- und strukturorientierten Beiträgen zur Kreisentwicklung insbesondere bei übergeordneten Rahmenplanungen und Basiserhebung sowie zur Gewerbe-, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung des Oberbergischen Kreises
- Sicherstellung der dörflichen Entwicklung im Oberbergischen Kreis / Durchführung des Kreiswettbewerbes (Unser Dorf hat Zukunft) sowie Beteiligung an Landes- und Bundeswettbewerben
- Unterstützung und Anpassungsnotwendigkeiten für den Strukturwandel in Gewerbe, Wirtschaft, Siedlung und Verkehr verbunden mit der Erarbeitung von Beiträgen zur Neustrukturierung und Schwerpunktausrichtung von querschnittsorientierten Handlungsfeldern im Rahmen der Kreisentwicklung (z.B. Anpassung an den demographischen Wandel, Flexibilisierung von Siedlungs- und Gewerbestrukturen, etc.)
- Grundlagenerarbeitung von EU- und nationalorientierten Förderanträgen zur Kreisentwicklung, aktive Teilnahme an Wettbewerbsprozessen
- kulturlandschaftliche Entwicklungsplanung
- Entwicklungsplanungen zur Freiraum- und Erholungsnutzung
- Erfassung und Fortführung von fachbezogenen Geodaten aus dem Bau-, Planungs- und Umweltbereich
- Planungsunterstützung von Investitionsvorhaben, Genehmigungsabläufen, Planfeststellungserfordernissen und sonstigen zur Beschleunigung von Realisierungsvorhaben notwendigen Schritten
- Erstellung von Plänen und kartographischen Auswertungen
- Führen der Fachgeodaten aus dem Bau-, Planungs- und Umweltbereich im Rauminformationssystem Oberberg - RIO

Auftragsgrundlage

EU-, Bundes- und Landesvorgaben; EU-, Bundes und Landesförderprogramme; Beschlüsse der politischen Gremien

Ziele

Der Oberbergische Kreis erfüllt interkommunale Aufgaben zur Gewerbe-, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung sowie zur Freiraum- und Erholungssicherung gegenüber der Bezirksregierung Köln und dem Land NRW. Den Interessen des Oberbergischen Kreises und seiner 13 angehörigen Kommunen ist dabei in überregionalen Planungsverfahren zur Ausweisung neuer Vorrangstandorte entsprechend Gehör und Akzeptanz zu verschaffen. Dafür sind Basisgrundlagen zu erarbeiten, Zielvorstellungen zu formulieren und interkommunal für die Region des OBK abzustimmen.

Veränderungen und Entwicklungsprozesse in allen Bereichen der raumbedeutsamen Daseinsvorsorge sind dabei zu beachten, so dass die Zielformulierung ständig aktualisiert werden muss. Belange der Wirtschaft, aktuelle Entwicklungen im Bereich des Siedlungsbestandes und der Siedlungsplanung sowie Entwicklung im Bereich der Verkehrsbedarfe führen zu Bedarfsänderungen von Infrastruktur und Flächennutzung, so dass regionale Entwicklungsziele einem ständigen Anpassungsprozess unterliegen. Auch die Veränderung der Altersstruktur sowie der Wanderung im Oberbergischen Kreis führen zu einer sich ständig wandelnden Neuorientierung für private und öffentliche Träger in der regionalen Entwicklung des Oberbergischen Kreises.

Ziel ist, diese Anpassung kreisförderlich zu gestalten. Planungsrelevante Daten sind mit allen Veränderungen zu erfassen und für Planungs- und Genehmigungsvorhaben mit dem Ziel der Beschleunigung von Bearbeitungsprozessen bereit zu halten.

Zielgruppen

Politik, Behörden, Wirtschaft, Institutionen, Verbände, Vereine, Touristik, Gesellschaft

1.09.01.02

Betreuung von Verfahren externer Planungsträger

Beschreibung

- Federführung bei städtebaulichen, regionalplanerischen und raumordnerischen Stellungnahmen des Oberbergischen Kreises als Träger öffentlicher Belange
 - o im Rahmen der Bauleitplanung kreisangehöriger Kommunen und benachbarter Gebietskörperschaften
 - o bei Innen- und Außenbereichssatzungen
 - o bei der Beteiligung von Planungen des Bundes und des Landes (LEPro, Landes- und Regionalpläne, Raumordnungsverfahren)
 - o bei Planfeststellungsverfahren
- Stellungnahmen bei fachlichen Einzelplanungen und –nutzungen mit raumbedeutsamen Wirkungen (z.B. Flurbereinigung, agrarstrukturelle und forstliche Rahmenplanungen)
- Koordinierung bzgl. der Ämterbeteiligung innerhalb der Kreisverwaltung bei städtebaulichen, regionalplanerischen und raumordnerischen Planungen
- Wahrnehmung von externen Terminen im Rahmen oben genannter Planungen
- Planungsaufsicht zur Einhaltung von Zielen der Raumordnung und Landesplanung
- Vertretung der Interessen des Oberbergischen Kreises bei landes- und regionalplanerischen Anhörungsverfahren
- landschaftspflegerische Beurteilung von Planungen und Maßnahmen sowie Vollzugskontrolle im Rahmen der gesetzlichen bauleitplanerischen Eingriffs- / Ausgleichsregelung
- wasser-, boden- und artenschutzrechtliche Beurteilung von Planungen und Maßnahmen u.a. im Rahmen der Bauleitplanung

Auftragsgrundlage

Raumordnungsgesetz, Landesplanungsgesetz, LEPro NRW, Baugesetzbuch, Bundesnaturschutzgesetz, Fernstraßengesetz, Straßen- und Wegegesetz, Eisenbahngesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Bundesbodenschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, EU-Verordnungen und -Richtlinien

Ziele

- positive Steuerung der Raumentwicklung im Sinne einer wirtschaftsförderlichen Entwicklung
- Einhaltung der Zeitvorgaben der Planungsträger
- Optimierung von Verwaltungsabläufen
- kommunale Planungen mit den Zielen der Raumordnung und Landschaftsplanung in Übereinstimmung zu bringen
- Einbringung der Kreisinteressen bei Planungen in Abstimmung mit seinen Aufgaben als Träger öffentlicher Belange

Zielgruppen

Landesplanungsbehörden, Bezirksregierung Köln, Kommunen des Oberbergischen Kreises, benachbarte Gebietskörperschaften, Bezirksregierungen, Straßen NRW

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.01 Räumliche Planung


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.904.491	-10.966.650	-99.804	-323.804	-3.804	-3.804
10	= Ordentliche Erträge	-1.904.491	-10.966.650	-99.804	-323.804	-3.804	-3.804
11	- Personalaufwendungen	672.608	736.488	823.855	830.248	837.000	841.153
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.922.144	11.465.681	456.329	479.229	159.729	98.229
14	- Bilanzielle Abschreibungen		4.274	4.266	4.511	4.760	4.879
15	- Transferaufwendungen				130.900	130.900	130.900
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	36.043	45.085	46.159	45.276	45.554	45.473
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.630.795	12.251.528	1.330.609	1.490.164	1.177.944	1.120.634
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	726.304	1.284.878	1.230.805	1.166.360	1.174.140	1.116.830
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	726.304	1.284.878	1.230.805	1.166.360	1.174.140	1.116.830
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	726.304	1.284.878	1.230.805	1.166.360	1.174.140	1.116.830
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-22.427	-1.611	-2.949	-3.040	-3.210	-3.419
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	55.931	58.396	65.633	55.874	56.038	56.294
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	759.808	1.341.663	1.293.489	1.219.194	1.226.968	1.169.705

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Räumliche Planung

Die Produktgruppe „1.09.01 Räumliche Planung“ beinhaltet die Produkte „1.09.01.01 Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformationen“ und „1.09.01.02 Betreuung von Verfahren externer Planungsträger“.

Über die Kontengruppe *Kostenerstattungen* werden neben den Zuschüssen für verschiedene Projekte (s.u., Kostenart 444905) auch Erstattungen des Bundesamtes für Zivildienst (Kostenart 444903) vereinnahmt. Für das Jahr 2011 werden für das Projekt Metabolon (Kostenstelle 1514) im Rahmen der Regionale 2010 Zuschüsse in Höhe von ca. 8,5 Mio. Euro vereinnahmt (Kostenart 444905).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen sowie die anteiligen Kosten von Zivildienstleistenden.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind die Aufwendungen für Regionale Entwicklung u. Demographie (Kostenart 529914), das Projekt Metabolon (Kostenart 529927; im Jahr 2011 ca. 8,5 Mio. Euro) und die Kosten des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ (Kostenart 529915) veranschlagt.

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die anfallenden Kosten für die Unterstützung von Regionalmessen und Veranstaltungen, der Aufbau und die Unterhaltung des Kompensationsflächenkatasters nach dem Landschaftsgesetz NRW und die Beschaffung von Planungsunterlagen verausgabt (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Die Produktgruppe „1.09.01 Räumliche Planung“ beinhaltet weiter die Kosten von Projekten im Rahmen der Regionale 2010 (Projekt Kulturlandschaft Homburger Ländchen, Projekt Wasserquintett, Projekt Bergische Grauwacke (bis 2011), Projekt Rad Region (Infrastruktur), Projekt Mühlen u. Hämmer, Projekt Metabolon (bis 2011), Steuerungskosten bzw. Umsetzung/Qualifizierung d Projekte Regionale 2010).

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.01 Räumliche Planung



Teilfinanzplan			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.898.010	-10.960.300	-96.000		-320.000		
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.898.010	-10.960.300	-96.000		-320.000		
10	-	Personalauszahlungen	512.557	491.493	554.595		560.142	565.743	571.400
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.903.908	11.479.810	480.450		503.350	183.850	122.350
14	-	Transferauszahlungen					130.900	130.900	130.900
15	-	sonstige Auszahlungen	12.608	21.390	20.580		20.580	20.580	20.580
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.429.073	11.992.693	1.055.625		1.214.972	901.073	845.230
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	531.062	1.032.393	959.625		894.972	901.073	845.230

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.09.02.01 Geodätischer Raumbezug

1.09.02.02 Liegenschafts- und Ingenieurvermessung

1.09.02.02.01 Vermessungstätigkeit für Dritte

1.09.02.02.02 Verwaltungsinterne Vermessungstätigkeit

1.09.02.03 Führung der Liegenschaften Flurstücke und Gebäude

1.09.02.03.01 Übernahme beigebrachter Vermessungsschriften

1.09.02.03.02 Übernahme eigener Vermessungsschriften

1.09.02.03.03 Durchsetzung von Vermessungspflichten

1.09.02.04 Erhebung und Führung der Nutzung, Topografie und Bodenschätzung

1.09.02.05 Führung der Personen- und Bestandsdaten

1.09.02.06 Erneuerung des Liegenschaftskatasters

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.09.02.01

Geodätischer Raumbezug

Beschreibung

Ohne geodätischen Raumbezug (Lagebezugssystem ETRS89) können keine Koordinaten, Flächen, Höhen u.a. zuverlässig ermittelt werden. Der Raumbezug wird durch Vermessung und Berechnung im Innen- und Außendienst gebührenfrei als Grundlagendienst bereitgestellt. Hierbei ist die kontinuierliche Führung und Pflege des Anschlusspunktfeldes die Hauptaufgabe.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung

Ziele

Die Gewährleistung des geodätischen Raumbezugs ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Die flächendeckende, hochgenaue Verfügbarkeit des geodätischen Lagebezugs ist Hauptziel.

Wirtschaftlich steht eine Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher, dem einzelnen Grundstück bzw. Flurstück, im Vordergrund.

Zielgruppen

Freie und gewerbliche Unternehmen sowie öffentliche Stellen, deren örtliche Erhebungen Raumbezug benötigen

1.09.02.02

Liegenschafts- und Ingenieurvermessung

Beschreibung

Liegenschaftsvermessungen sind Teilungs-, Grenz- und Gebäudevermessungen, die auf Antrag gebührenpflichtig oder von Amts wegen gebührenfrei erbracht werden.

Von Amts wegen werden die Einmessungen der vor August 1972 errichteten Gebäude und alle Vermessungen zur Katastererneuerung (Produkt 1.09.02.06) durchgeführt.

Ingenieurvermessungen werden nur in Einzelfällen für interne Zwecke der Kreisverwaltung durchgeführt.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung

Ziele

Die Ausführung von Liegenschaftsvermessungen ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Mittelfristig stellt die Ausführung von Gebäudeeinmessungen die umfangreichste Aufgabe dar. Es ist eine größtmögliche Zahl anzustreben, um die vorhandenen Einmessungsdefizite der Altbauten baldmöglichst aufzuarbeiten.

Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung im Vordergrund. Bei gleichzeitiger Steigerung der Fallzahlen müssen sich die Kosten am Einzelvorgang orientieren.

Zielgruppen

Grundstückseigentümer als Antragsteller oder Beteiligte im Verfahren

1.09.02.03**Führung der Liegenschaften Flurstücke und Gebäude****Beschreibung**

Alle auf bzw. an Grundstücken vorgenommenen Veränderungen wie zum Beispiel die Errichtung eines Gebäudes, die Teilung eines Grundstücks oder der Umbau einer Straße haben Liegenschaftsvermessungen zur Folge. Diese von befugten Stellen durchgeführten Vermessungen müssen der Katasterbehörde eingereicht werden. Die sich anschließende Prüfung und Übernahme dieser Vermessungsergebnisse stellt die zentrale Pflichtaufgabe der Katasterführung dar.

Gebührenpflichtig erfolgt die Bildung von Flurstücken; gebührenfrei sind die Bearbeitung von Grenz- und Gebäudeeinmessungen sowie die Verschmelzung von Flurstücken.

Darüber hinaus überwacht die Katasterbehörde die Gebäudeeinmessungspflicht und setzt diese im Einzelfall durch.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung, Kreisgebührensatzung

Ziele

Prüfung und Übernahme der Vermessungsergebnisse sind umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Für die Wirtschaftsförderung ist im Besonderen eine zügige Bearbeitung von Flurstücksbildungen vorrangig. Auf der Kostenseite ist der erforderliche Personalaufwand an den erzielbaren Gebühreneinnahmen zu messen. Trotz schwieriger Voraussetzungen (Niedrige Bodenwerte, teilweise problematische Katasterqualität, gebührenfreie Vorgänge u.a.) soll die Kostendeckung langfristiges Ziel sein.

Für eine umfängliche, belastbare Nutzung des Liegenschaftskatasters ist mittelfristig die qualifizierte Vollständigkeit des Gebäudenachweises zu erreichen.

Zielgruppen

Befugte Vermessungsstellen (Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure, privilegierte Behörden), Grundstückseigentümer als Einmessungsverpflichtete bzw. Auftraggeber und als Antragsteller bei Vereinigungen

1.09.02.04

Erhebung und Führung der Nutzung, Topografie und Bodenschätzung

Beschreibung

Im Liegenschaftskataster sind in Ergänzung der Flurstücks- und Gebäudedaten flächendeckend und aktuell zu beschreiben:

- die tatsächlichen Flächennutzungen,
- die charakteristischen Geländeformen, baulichen Anlagen und wesentlichen Landschaftselemente (Topografie) sowie die von der Finanzbehörde durchgeführten Bodenschätzungen als Grundlage zur Besteuerung der landwirtschaftlichen Flächen.

Nutzung und Topographie werden im Innen- und Außendienst erfasst und ebenso wie die vom Finanzamt durchgeführte Bodenschätzung gebührenfrei als Grundlagendienst bereitgestellt.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Grundsteuer-, Bewertungs- und Bodenschätzungsgesetz

Ziele

Die Laufendhaltung von Flächennutzung und Topografie ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Die flächendeckende Aktualität stellt für die Nutzer den maßgeblichen Mehrwert der Geobasisdaten dar. Da in den nächsten Jahren neben der Laufendhaltung zusätzlich Umstellungsarbeiten bezüglich der Art der Datenführung erfolgen müssen, soll der erreichte Aktualitätsstand mittelfristig gehalten werden.

Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher, der zu bearbeitenden Fläche, im Vordergrund.

Zielgruppen

Aufgabenträger aus der Planung und Statistik, Unternehmen der Energieversorgung, Bauwillige, Ordnungsbehörden, Bewertungssachverständige, Finanz- und Steuerämter u.a. private / öffentliche Nutzer des Liegenschaftskatasters

1.09.02.05

Führung der Personen- und Bestandsdaten

Beschreibung

Das Liegenschaftskataster ist das amtliche Verzeichnis der Grundstücke im Sinne der Grundbuchordnung. Die Übereinstimmung zwischen Liegenschaftskataster und Grundbuch ist demnach zwingend zeitnah zu wahren. Die Amtsgerichte als Grundbuchämter teilen der Katasterbehörde die Eigentumsveränderungen überwiegend in digitaler Form mit. Diese müssen geprüft und gebührenfrei in das Liegenschaftskataster als Grundlagendienst übernommen werden.

Ergänzend werden weitere Personendaten, d.h. Informationen des Katasters zur Person, Anschrift, Verwaltung, Vertretung und Hinweise auf Baulasten geführt.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Grundbuchordnung §2, Abs.2

Ziele

Die Laufendhaltung der Personen- und Bestandsdaten ist umfassend durch fachliche Vorgaben und programmtechnische Bedingungen geregelt. Deren Einhaltung vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Die flächendeckende Aktualität, d.h. die zeitnahe Übereinstimmung mit dem Grundbuch, stellt für die Nutzer den maßgeblichen Mehrwert der Eigentümerdaten dar. Eine Aktualitätsdifferenz von wenigen Tagen soll erreicht werden. Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher ‚Eigentümer‘, dessen Handeln Veränderungen der Personen- und Bestandsdaten zur Folge hat, im Vordergrund.

Zielgruppen

Alle Nutzer des Liegenschaftskatasters, die berechtigt sind, Eigentümerdaten einzusehen (Eigentümer und Berechtigte an Grundstücken, eine Vielzahl an Behörden, Energieversorgern, Banken, Architekten, Planern, Maklern u.v.a.m.)

1.09.02.06

Erneuerung des Liegenschaftskatasters

Beschreibung

Um den stetig steigenden Anforderungen der Nutzer zu genügen, ist das Liegenschaftskataster (LK) durch verschiedene, weitgehend gebührenfreie¹⁾ Maßnahmen zu erneuern, die in 4 Kategorien darstellbar sind:

- E1: Umstellung der Karten, Pläne, Bücher, Listen, Skizzen, Urkunden und der historischen Unterlagen auf digitale Führung
- E2: Integration bzw. Migration der Daten untereinander zum Abbau von Mehrfachinformationen (Redundanzen) und Zusammenführung in ALKIS (Amtliches Liegenschaftskataster Informationssystem)
- E3: Umfassende Qualifizierung des LK durch Übernahme von Bodenordnungsverfahren (Flurbereinigungen, Umliegungen¹⁾) und durch eigene Maßnahmen
- E4: Geometrische Verbesserung durch Aufbau eines spannungsfreien Koordinatenkatasters

¹⁾ Nur im Zusammenhang mit der Übernahme von Umliegungen sowie ggf. durch Zahlung von Landeszuschüssen im Rahmen besonderer Erneuerungsmaßnahmen können Einnahmen anfallen.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung

Ziele

Das langfristige Ziel aller Erneuerungsmaßnahmen muss deren Abschluss unter Beachtung der fachlichen Vorgaben sein. Die Reihenfolge der Kategorien hinsichtlich ihrer Priorität ist: E1-E4-E3-(E2). Durch die Einführung von ALKIS in 2011 konnte der OBK ein umfassendes Projekt erfolgreich mit dem ersten Drittel aller NRW-Katasterbehörden umsetzen. Letzte Nacharbeiten werden in 2012 abgeschlossen.

Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen an der Zahl der zu erneuernden Katasterfälle, d.h. der Flurstücke, im Vordergrund.

Zielgruppen

Alle privaten und öffentlichen Nutzer des Liegenschaftskatasters

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-87.500					
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-370.924	-341.000	-385.400	-380.400	-380.400	-380.400
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-243	-12.000	-13.500	-16.500	-15.000	-15.000
10	= Ordentliche Erträge	-458.667	-353.000	-398.900	-396.900	-395.400	-395.400
11	- Personalaufwendungen	2.872.661	2.999.459	2.735.100	2.758.677	2.783.102	2.802.256
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	184.281	148.317	199.826	164.327	174.671	182.671
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.445	4.378	5.097	7.985	12.557	17.639
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	263.457	289.317	305.392	249.829	251.508	255.407
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.321.844	3.441.471	3.245.415	3.180.817	3.221.837	3.257.973
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.863.177	3.088.471	2.846.515	2.783.917	2.826.437	2.862.573
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.863.177	3.088.471	2.846.515	2.783.917	2.826.437	2.862.573
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.863.177	3.088.471	2.846.515	2.783.917	2.826.437	2.862.573
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-82.202	-116.058	-75.892	-71.566	-72.356	-72.881
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	244.199	432.382	297.713	277.372	277.669	277.462
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	3.025.175	3.404.795	3.068.336	2.989.723	3.031.751	3.067.154

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Vermessung und Führung von Geobasisdaten

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für die Ausführung von Vermessungen und die Übernahme von Vermessungsschriften gesammelt. Die einzelnen Gebühren können über Produkte/Teilprodukte noch weiter differenziert werden. Bei den *Kostenerstattungen und Kostenumlagen* handelt es sich um Kostenbeteiligungen z.B. durch Kommunen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten für die Arbeiten zur Erneuerung des Liegenschaftskatasters und die Ausgaben für Bildflüge (Kostenart 529100).

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-87.500						
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-377.438	-341.000	-385.400		-380.400	-380.400	-380.400
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen		-12.000	-13.500		-16.500	-15.000	-15.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-16.526						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-481.464	-353.000	-398.900		-396.900	-395.400	-395.400
10	- Personalauszahlungen	2.647.222	2.285.421	2.070.059		2.090.759	2.111.665	2.132.783
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	209.891	178.990	252.400		199.400	209.750	217.750
15	- sonstige Auszahlungen	73.632	81.850	81.550		44.650	41.800	46.900
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.930.746	2.546.261	2.404.009		2.334.809	2.363.215	2.397.433
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.449.282	2.193.261	2.005.109		1.937.909	1.967.815	2.002.033
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	6.783	5.400	5.400		32.600	32.800	51.000
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	8.687	4.000	4.000		4.000	4.000	4.000
30	= investive Auszahlungen	15.470	9.400	9.400		36.600	36.800	55.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	15.470	9.400	9.400		36.600	36.800	55.000

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	15.470	9.400	9.400		36.600	36.800	55.000	38.054	175.854
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	15.470	9.400	9.400		36.600	36.800	55.000	38.054	175.854

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich **Katasterverwaltung**. Der Ansatz ist für vermessungstechnische Geräte bzw. IT-Geräte bestimmt, welche nicht angemietet werden. Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto).

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.620001* (BGA, Technische Geräte, Anlagevermögen > 410 Euro netto) bzw. bzw. über die *Finanzstelle 5.620002* (GWG, Technische Geräte, Anlagevermögen < 410 Euro netto) abgewickelt.

In den Jahren 2013 und 2014 werden Investitionen von jeweils 27.000 Euro, sowie in 2015 45.000 € für neue Messfahrzeuge eingeplant (PSP-I 5.620003.710).

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.09.03.01 Bereitstellung von Geodaten und kartografischen Produkten
 - 1.09.03.01.01 Nutzung von Abrufverfahren
 - 1.09.03.01.02 Betrieb von Abrufverfahren

- 1.09.03.02 Abgabe von Geodaten und kartografischen Produkten
 - 1.09.03.02.01 Abgabe von digitalen Geobasisdaten
 - 1.09.03.02.02 Abgabe von analogen Geobasisdaten
 - 1.09.03.02.03 Abgabe von digitalen kommunalen Geodaten
 - 1.09.03.02.04 Abgabe von analogen kommunalen Geodaten
 - 1.09.03.02.05 Interne Ausdrücke und digitale Vervielfältigungen
 - 1.09.03.02.06 Ausdrücke und digitale Vervielfältigungen
 - 1.09.03.02.07 Bescheinigungen
 - 1.09.03.02.08 Unschädlichkeitszeugnisse
 - 1.09.03.02.09 Einnahmen für Dritte (Land)

- 1.09.03.03 Abgabe von Geobasisdaten des Vermessungszahlenwerks
 - 1.09.03.03.01 Vermessungsunterlagen ohne MwSt
 - 1.09.03.03.02 Vermessungsunterlagen mit MwSt

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.09.03.01**Bereitstellung von Geodaten und kartografischen Produkten****Beschreibung**

Um den Nutzern aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft eine hochwertige Grundlage für anstehende Entscheidungen zu geben, werden die verfügbaren Geodaten aufbereitet und aktuell mittels Web-basierter Geodienste bereitgestellt. Hierdurch entstehen bei den Nutzern Mehrwerte in Form von Zeitersparnissen und nachhaltiger Belastbarkeit der Informationen, was durch deren Flächendeckung, Aktualität, Zuverlässigkeit, Standardisierung, Transparenz, Verknüpfbarkeit u.a. begründet ist.

Auftragsgrundlage

Die Kreisverwaltung setzt hierzu freie und Quellcode-offene Programme im Geodienst *Rauminformation Oberberg (RIO)* ein. Neben frei zugänglichen Diensten sind auch kostenpflichtige Erweiterungen des Geodienstes vereinbar. Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Geodatenzugangsgesetz (GeoZG NRW), Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung

Ziele

Die Einhaltung der informationstechnischen Sicherheitsvorgaben und der geltenden Kostenordnungen wird vorausgesetzt.

Inhalt, Aktualität und Verfügbarkeit des Web-basierten Geodienstes sind ausschlaggebende Parameter für dessen Nutzung. Da die bei den Nutzern entstehenden Mehrwerte quantitativ nicht erfassbar sind, sollte die Steigerung der Datenzugriffe und der Zahl der vertraglich gebundenen Nutzer angestrebt werden.

Zur Erfassung von Zugriffszahlen sind die programmtechnischen Voraussetzungen zu schaffen.

Wirtschaftlich steht eine Kosten-Nutzen-Bilanzierung im Vordergrund. Aufgrund der erheblichen Streuung der Nutzer sind die Kosten an der Einwohnerzahl zu messen.

Zielgruppen

Nutzer von Geoinformationen aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft

1.09.03.02

Abgabe von Geodaten und kartografischen Produkten

Beschreibung

Die Geobasisdaten des amtlichen Vermessungswesens können digital und analog erworben werden. Es werden zudem Bescheinigungen und Unschädlichkeitszeugnisse ausgestellt sowie Vermessungs- und Vereinigungsanträge entgegengenommen. Sonderdienstleistungen für Scanarbeiten, spezielle Daten- oder Druckausgaben werden angeboten.

Regelmäßig sind in diesem Zusammenhang beratende und klärende Gespräche zu führen.

Darüber hinaus sind die sonstigen befugten Behörden (zurzeit alle kreisangehörigen Gemeinden) in ihrer Vertriebstätigkeit zu unterstützen.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung, Unschädlichkeitsgesetz, Kreisgebührensatzung

Ziele

Die Einhaltung der geltenden Kostenordnungen und -vorgaben wird vorausgesetzt. Die beratenden Tätigkeiten sind nachhaltig und qualifiziert wahrzunehmen.

Für die Wirtschaftsförderung ist im Besonderen eine zügige Bearbeitung der Anträge vorrangig.

Auf der Kostenseite ist der erforderliche Personalaufwand an den erzielbaren Gebühreneinnahmen zu messen. Trotz schwieriger Voraussetzungen (Parallelvertrieb durch die kreisangehörigen Gemeinden, nicht gebührendeckende bzw. gebührenfreie Vorgänge usw.) soll eine Kostendeckung langfristiges Ziel sein.

Zielgruppen

Auskunftssuchende und Antragsteller aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft

1.09.03.03

Abgabe von Geobasisdaten des Vermessungszahlenwerks

Beschreibung

Zur Vorbereitung und Durchführung aller grundstücksbezogenen Vermessungsarbeiten werden für private und hoheitlich tätige Vermessungsstellen die notwendigen Unterlagen bereitgestellt und überwiegend gebührenfrei abgegeben.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung

Ziele

Die Einhaltung der geltenden Gebührenordnung und die Vollständigkeit der Datenabgaben bzw. der Vermessungsunterlagen wird vorausgesetzt. Für die Wirtschaftsförderung ist eine zügige Bearbeitung der Anträge vorrangig.

Zielgruppen

Freie und gewerbliche Vermessungsbüros sowie sonstige gewerbliche Antragsteller

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-331.699	-193.300	-182.700	-187.200	-194.700	-195.200
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-6.436	-2.200	-300	-300	-300	-300
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-19.602	-10.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
10	= Ordentliche Erträge	-357.736	-205.500	-203.000	-207.500	-215.000	-215.500
11	- Personalaufwendungen	625.787	652.276	755.427	762.485	769.693	776.246
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	52.091	48.316	64.153	54.153	55.457	55.457
14	- Bilanzielle Abschreibungen	80					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	80.184	81.790	86.705	76.840	77.357	77.110
17	= Ordentliche Aufwendungen	758.142	782.382	906.286	893.479	902.506	908.813
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	400.406	576.882	703.286	685.979	687.506	693.313
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	400.406	576.882	703.286	685.979	687.506	693.313
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	400.406	576.882	703.286	685.979	687.506	693.313
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	46.973	86.603	64.573	60.102	60.406	60.618
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	447.378	663.485	767.859	746.080	747.912	753.931

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Geoinformationsdienste

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für die Nutzung von Abrufverfahren, die Abgabe von Geobasisdaten sowie für kartentechnische Auftragsarbeiten und Bescheinigungen veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte (Kontenart 441) / Kostenerstattungen (Kontenart 442)* werden die Einnahmen aus dem Verkauf von Geobasisdaten sowie die Kostenerstattungen für den Betrieb von Abrufverfahren und für die Abgabe von Geobasisdaten durch das Land angesetzt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind die anteilmäßigen Kosten für die Unterhaltung der Datenverarbeitungseinrichtungen (Wartung, Dienstleistungen für IT), Ausgaben für die zum Weiterverkauf (Kostenart 526600) bestimmten, fertigen Produkte und auch die Erstattungen an das Land (Kostenart 525200) aus dem Verkauf von Landesdaten enthalten.

Unter der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Leasingaufwendungen (Kostenart 542200) für IT-Bedarf gebucht. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-327.251	-193.300	-182.700		-187.200	-194.700	-195.200
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-6.071	-2.200	-300		-300	-300	-300
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-19.602	-10.000	-20.000		-20.000	-20.000	-20.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.798						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-354.722	-205.500	-203.000		-207.500	-215.000	-215.500
10	- Personalauszahlungen	498.818	430.663	501.210		506.223	511.285	516.398
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	38.164	30.700	34.000		34.000	35.300	35.300
15	- sonstige Auszahlungen	6.488						
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	543.470	461.363	535.210		540.223	546.585	551.698
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	188.748	255.863	332.210		332.723	331.585	336.198

Beschreibung

Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte ist ein mit Bewertungssachverständigen besetztes, neutrales und von Weisungen unabhängiges Kollegialgremium. Zur Aufgabenerfüllung ist eine Geschäftsstelle bei der Kreisverwaltung vorzuhalten. Pflichtaufgaben sind:

- [*kostenfrei als Grundlagendienst zu erbringen:*]
Führung der Kaufpreissammlung, Festsetzung und Beauskunftung der Bodenrichtwerte, Ableitung von für die Wertermittlung erforderlichen Daten (z.B. Liegenschaftszinssätze, Marktfaktoren), Erstellung von Marktberichten u.a.m.
- [*gebührenpflichtig auf Antrag zu erbringen:*]
Gutachten, Wertauskünfte, Stellungnahmen über Grundstückswerte, Auswertungen aus der Kaufpreissammlung, Datenvertrieb
- [*kostenfrei auf Antrag zu erbringen:*]
Wertermittlungen in Sozial- und Arbeitslosenangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch §§ 192ff i.V.m. der Gutachterausschussverordnung NRW,
Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung, Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz

Ziele

Die Tätigkeiten des Gutachterausschusses und seiner Geschäftsstelle sind vielfältig. Es handelt sich sowohl um Grundlagendienste als auch um antragsbezogene Dienstleistungen. Während z.B. die Führung der Kaufpreissammlung auf der einen Seite klaren Vorgaben unterliegt, ist die Grundstücksbewertung andererseits geprägt durch eine Vielzahl von Ermessensspielräumen. Dieses heterogene Aufgabenspektrum führt dazu, dass ein umfassendes, den gesamten Arbeitsbereich abdeckendes Ziel nicht festzulegen ist.

Für die Grundlagendienste sollen zeitnahe und termingerechte Bearbeitung sowie die Nutzerakzeptanz der Produkte im Vordergrund stehen.

Die Wirtschaftlichkeit des Gutachterausschusses und im Besonderen der antragsbezogenen Dienstleistungen soll sich am Hauptverursacher ‚Eigentümer‘, dessen Handeln den Grundstücksmarkt prägt, und an einem gebietstypischen Parameter, der Zahl der Bodenrichtwerte, orientieren.

Zielgruppen

Eigentümer und sonstige Berechtigte an Grundstücken, Banken, Versicherungen, Steuerberater, Immobilienmakler, Sachverständige, Finanz-, Arbeits-, Sozial-, Bodenordnungs-, Planungs-, Bau- und Liegenschaftsbehörden, Gerichte u.a.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.04 Grundstückswertermittlung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-13.127	-29.500	-34.000	-39.000	-39.000	-39.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.207	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500
10	= Ordentliche Erträge	-14.334	-31.000	-35.500	-40.500	-40.500	-40.500
11	- Personalaufwendungen	419.461	329.660	475.973	480.406	484.937	489.035
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.868	20.448	25.077	20.077	20.078	20.078
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	46.915	59.811	63.851	58.917	59.176	59.053
17	= Ordentliche Aufwendungen	491.244	409.919	564.901	559.401	564.192	568.166
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	476.910	378.919	529.401	518.901	523.692	527.666
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	476.910	378.919	529.401	518.901	523.692	527.666
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	476.910	378.919	529.401	518.901	523.692	527.666
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	23.486	43.272	35.022	32.528	32.661	32.756
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	500.396	422.191	564.423	551.429	556.353	560.422

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Grundstückswertermittlung

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Auskünfte, Auswertungen, Marktberichte, Bodenrichtwerte, Gutachten und Wertermittlungen für kommunale Zwecke veranschlagt. Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* sind Erstattungen vom Land (Kostenart 442200) aus deren Einnahmen aus der Abgabe von Bodenrichtwerten und Marktberichten kalkuliert.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* (Kostenart 529100) fallen die Ausgaben für die Vergabe von Wertermittlungen in Sozial- und Arbeitslosenangelegenheiten.

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* (Kostenart 542800) umfasst die Aufwendungen für die Entschädigung der Mitglieder des Gutachterausschusses. Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.04 Grundstückswertermittlung


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-13.315	-29.500	-34.000		-39.000	-39.000	-39.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.207	-1.500	-1.500		-1.500	-1.500	-1.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-577						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-15.099	-31.000	-35.500		-40.500	-40.500	-40.500
10	- Personalauszahlungen	349.553	214.637	323.658		326.894	330.163	333.465
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	13.083	11.640	10.000		10.000	10.000	10.000
15	- sonstige Auszahlungen	9.992	18.920	20.500		20.500	20.500	20.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	372.628	245.197	354.158		357.394	360.663	363.965
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	357.529	214.197	318.658		316.894	320.163	323.465

Haushaltsplan 2012

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

KD, Dez. III, Dez. IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-924.254	-606.500	-594.000	-594.000	-606.500	-606.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-8.453	-13.000	-255.000	-13.000	-13.000	-13.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.750	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
10	= Ordentliche Erträge	-929.957	-626.500	-856.000	-614.000	-626.500	-626.500
11	- Personalaufwendungen	2.337.674	2.419.399	2.578.272	2.599.821	2.622.276	2.638.762
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.758	9.485	251.529	9.529	9.529	9.529
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.504	5.482	6.452	6.816	7.185	7.361
15	- Transferaufwendungen		3.400	3.400	3.400	3.400	3.400
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	134.382	132.119	159.980	154.921	156.159	155.997
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.479.318	2.569.885	2.999.633	2.774.486	2.798.549	2.815.049
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.549.361	1.943.385	2.143.633	2.160.486	2.172.049	2.188.549
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.549.361	1.943.385	2.143.633	2.160.486	2.172.049	2.188.549
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.549.361	1.943.385	2.143.633	2.160.486	2.172.049	2.188.549
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	197.114	365.973	266.148	248.908	249.452	249.473
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.746.475	2.309.358	2.409.781	2.409.394	2.421.501	2.438.022

Haushaltsplan 2012

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

KD, Dez. III, Dez. IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-919.028	-606.500	-594.000		-594.000	-606.500	-606.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-7.632	-13.000	-255.000		-13.000	-13.000	-13.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-4.716	-7.000	-7.000		-7.000	-7.000	-7.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-931.376	-626.500	-856.000		-614.000	-626.500	-626.500
10	- Personalauszahlungen	1.961.528	1.713.303	1.811.688		1.829.805	1.848.104	1.866.585
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.282	8.880	250.880		8.880	8.880	8.880
14	- Transferauszahlungen		3.400	3.400		3.400	3.400	3.400
15	- sonstige Auszahlungen	24.246	15.480	34.980		34.980	34.980	34.980
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.989.055	1.741.063	2.100.948		1.877.065	1.895.364	1.913.845
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.057.679	1.114.563	1.244.948		1.263.065	1.268.864	1.287.345



Beschreibung

Diese Produktgruppe fasst folgende Produkte zusammen:

1.10.01.01 Untere Bauaufsicht

1.10.01.02 Bauordnungsbehördliche Verfahren

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.10.01.01

Untere Bauaufsicht

Beschreibung

- Bearbeitung von und Entscheidung über Bauanträge und Anträge auf Vorbescheid auf der Grundlage der BauO NRW, einschließlich Abweichungen und Befreiungen nach BauGB
- Baurechtliche Prüfung von Anträgen nach anderen Rechtsvorschriften, wie z.B. dem Bundesimmissionsschutzgesetz
- Bauberatung außerhalb von Verfahren
- Bauzustandsbesichtigungen
- Wiederkehrende Prüfungen von Sonderbauten
- Abnahmen von Fahrgeschäften und Zelten

Auftragsgrundlage

Bauordnung des Landes NRW, Baugesetzbuch

Ziele

- Sicherstellung der Qualitätsmerkmale des Gütesiegels als mittelstandsfreundliche Verwaltung, insbesondere der Servicezusage einer Baugenehmigung innerhalb von 40 Werktagen nach Antragseingang für gewerbliche Vorhaben
- Zeitnahe Entscheidungen aller übrigen Bauanträge
- Rechtssichere Entscheidungen: Quote von mind. 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener verwaltungsrechtlicher Streitverfahren

Zielgruppen

Bauherren und Architekten, Eigentümer und Nutzer baulicher Anlagen

1.10.01.02

Bauordnungsbehördliche Verfahren

Beschreibung

- Abwicklung von ordnungsbehördlichen Verfahren zur Beseitigung baurechtswidriger Zustände
- Prüfung und Bearbeitung von Teilungsanträgen und Anträgen auf Abgeschlossenheitsbescheinigung
- Durchführung von örtlichen Überprüfungen und Baukontrollen im Rahmen von ordnungsbehördlichen Verfahren und Abnahmen im Baugenehmigungsverfahren
- Vorbereitung und Eintragung /löschung von Baulasten
- Führung des Baulastenverzeichnisses
- Erteilung von Baulastauskünften
- Ablehnungen von Bauanträgen und Bauvorbescheiden
- Abwicklung von Schriftverkehr mit der oberen und obersten Bauaufsichtsbehörde (Eingaben, Petitionen)
- Fachliche Begleitung der beim Rechtsamt abzuwickelnden Klageverfahren in baurechtlichen Angelegenheiten

Auftragsgrundlage

Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (BauO NRW), Baugesetzbuch (BauGB); Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung NRW (AVerwGebO NRW)

Ziele

- Zeitnahe und rechtssichere Abwicklung der ordnungsbehördlichen Verfahren:
Aufnahme des Verfahrens innerhalb einer Woche nach Eingang der Meldung §8 BauO NRW)
Quote von mindestens 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener Klageverfahren
- Rechtssichere und zeitnahe Erteilung der beantragten Teilungsgenehmigungen innerhalb eines Monats:
Quote von mindestens 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener Klageverfahren
Entscheidung innerhalb eines Monats
- Zeitnahe Erteilung der Abgeschlossenheitsbescheinigungen, Baulasteintragungen und Baulastauskünften sowie Ablehnungen der Bauanträge und Bauvorbescheide

Zielgruppen

Bauherren und Grundstückseigentümer und Nutzer baulicher Anlagen im Zuständigkeitsbereich der Bauaufsicht des Oberbergischen Kreises

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-836.744	-555.000	-555.000	-555.000	-555.000	-555.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.196	-6.000	-248.000	-6.000	-6.000	-6.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.750	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
10	= Ordentliche Erträge	-835.191	-568.000	-810.000	-568.000	-568.000	-568.000
11	- Personalaufwendungen	1.753.174	1.829.126	1.984.548	2.001.361	2.018.839	2.032.057
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.253	9.358	251.393	9.393	9.393	9.393
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.494	5.482	6.452	6.816	7.185	7.361
15	- Transferaufwendungen		3.400	3.400	3.400	3.400	3.400
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	109.346	104.214	129.062	126.945	127.875	127.812
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.869.266	1.951.579	2.374.855	2.147.915	2.166.692	2.180.023
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.034.076	1.383.579	1.564.855	1.579.915	1.598.692	1.612.023
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.034.076	1.383.579	1.564.855	1.579.915	1.598.692	1.612.023
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.034.076	1.383.579	1.564.855	1.579.915	1.598.692	1.612.023
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-7.828	-12.192	-7.926	-7.514	-7.563	-7.584
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	142.124	283.109	198.491	185.256	185.456	185.472
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.168.372	1.654.496	1.755.421	1.757.658	1.776.585	1.789.911

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Maßnahmen der Bauaufsicht

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind bauaufsichtliche Genehmigungsgebühren sowie Gebühren für Teilungsgenehmigungen, für die Ablehnung bauaufsichtlicher Verfahren, für die Eintragung von Baulasten, für Abgeschlossenheitsbescheinigungen nach dem Wohnungseigentumsgesetz und für ordnungsrechtliche Maßnahmen zusammengefasst (Kostenart 431100). Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Erstattung der Kosten für die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 442900). Bei den *Sonstigen ordentlichen Erträgen* handelt es sich um Zwangsgelder (Kostenart 452120).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst die Kosten der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 524902) sowie anfallende Kosten für Katasterunterlagen bzw. Katastermaterial (Kostenart 529100). Über die Kontengruppe *Transferaufwendungen* werden Erstattungen von Verwaltungsgebühren und die Rückzahlung von Zwangsgeldern a.V. abgebildet (Kostenart 539300). Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Bei der *Internen Leistungsverrechnung* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-847.480	-555.000	-555.000		-555.000	-555.000	-555.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-375	-6.000	-248.000		-6.000	-6.000	-6.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-4.716	-7.000	-7.000		-7.000	-7.000	-7.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-852.571	-568.000	-810.000		-568.000	-568.000	-568.000
10	- Personalauszahlungen	1.492.171	1.304.390	1.405.370		1.419.423	1.433.618	1.447.955
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.282	8.880	250.880		8.880	8.880	8.880
14	- Transferauszahlungen		3.400	3.400		3.400	3.400	3.400
15	- sonstige Auszahlungen	24.246	15.480	34.980		34.980	34.980	34.980
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.519.698	1.332.150	1.694.630		1.466.683	1.480.878	1.495.215
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	667.127	764.150	884.630		898.683	912.878	927.215

Beschreibung

Fachaufsicht über die Unteren Denkmalbehörden im Oberbergischen Kreis durch

- Beratung und Information der Unteren Denkmalbehörden
- Durchführung von Geschäftsprüfungen
- Bearbeitung von Eingaben, Beschwerden und Petitionen
- Erteilung von Grabungserlaubnissen

Auftragsgrundlage

Genehmigung von Denkmalbereichssatzungen
DSchG NRW, VwVfG, GO

Ziele

- Sinnvolle Erhaltung und Nutzung von erhaltenswerter Bausubstanz, Einhaltung der Vorschriften des DSchG NRW,
- Effiziente, zeitnahe und rechtssichere Beratung und Unterstützung der Unteren Denkmalbehörden
Terminangebot für Beratungen von Kommunen innerhalb einer Woche
- Effiziente Fachaufsicht:
Genehmigung von Denkmalbereichssatzungen innerhalb von 4 Wochen
mind. eine Geschäftsprüfung pro Untere Denkmalbehörde alle 5 Jahre, d.h. 2-3 pro Jahr

Zielgruppen

Untere Denkmalbehörden im Oberbergischen Kreis, Einsender von Eingaben, Beschwerden und Petitionen,
Denkmaleigentümer, Rheinisches Amt für Denkmalpflege

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.02 Denkmalschutz u. Denkmalpflege

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
11	- Personalaufwendungen	38.692	41.621	41.887	42.186	42.508	42.657
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	27	12	13	13	13	13
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.450	2.066	2.360	2.319	2.337	2.336
17	= Ordentliche Aufwendungen	41.169	43.699	44.261	44.518	44.858	45.006
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	41.169	43.699	44.261	44.518	44.858	45.006
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	41.169	43.699	44.261	44.518	44.858	45.006
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	41.169	43.699	44.261	44.518	44.858	45.006
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.042	5.522	3.873	3.630	3.640	3.644
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	44.211	49.221	48.134	48.147	48.498	48.650

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Denkmalschutz und Denkmalpflege

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.02 Denkmalschutz u. Denkmalpflege



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
10	- Personalauszahlungen	27.269	26.863	26.991		27.261	27.534	27.809
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	27.269	26.863	26.991		27.261	27.534	27.809
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	27.269	26.863	26.991		27.261	27.534	27.809

Beschreibung

- Im Bereich der Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum
- Entscheidung über Anträge auf
 - o Förderung des Neubaus und des Erwerbs von selbstgenutztem Wohneigentum
 - o Reduzierung von Barrieren im Bestand
 - o Durchführung von baulichen Änderungen
 - Förderzusagen
 - Bau- und Finanzierungsberatung, Ortstermine
 - Bauzustandsbesichtigungen
- Im Bereich der Förderung von Mietwohnungen
- Entscheidung über Anträge auf
 - o Förderung des Neubaus und der Modernisierung von Mietwohnungen
 - o Reduzierung von Barrieren im Bestand
 - Förderzusagen
 - Bau- und Finanzierungsberatung, Ortstermine
 - Bauzustandsbesichtigungen

Auftragsgrundlage

Wohnraumförderungsgesetz – WoFG
Wohnungsbauförderungsgesetz NRW (WBFG)
i.V.m. dem jeweils aktuellen Wohnraumförderungsprogramm des Landes NRW

Ziele

- Nachhaltige Versorgung mit preiswertem Wohnraum
- Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen
- Schaffung von selbstgenutztem Wohneigentum, insbesondere für Haushalte mit Kindern
- Anpassung von Wohnraum an geänderte Wohnbedürfnisse

Zielgruppen

Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind. Investoren, Eigentümer/innen von bestehendem Wohnraum

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.03 Wohnungsbauförderung


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-77.335	-42.500	-30.000	-30.000	-42.500	-42.500
10	= Ordentliche Erträge	-77.335	-42.500	-30.000	-30.000	-42.500	-42.500
11	- Personalaufwendungen	334.098	333.072	322.506	325.144	327.902	329.828
17	= Ordentliche Aufwendungen	334.098	333.072	322.506	325.144	327.902	329.828
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	256.763	290.572	292.506	295.144	285.402	287.328
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	256.763	290.572	292.506	295.144	285.402	287.328
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	256.763	290.572	292.506	295.144	285.402	287.328
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	35.284	42.631	39.086	37.021	37.273	37.249
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	292.047	333.203	331.592	332.165	322.675	324.577

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wohnungsbauförderung

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Entscheidungen im sozialen Wohnungsbau ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.10 Bauen und Wohnen**1.10.03 Wohnungsbauförderung**OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-61.489	-42.500	-30.000		-30.000	-42.500	-42.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-61.489	-42.500	-30.000		-30.000	-42.500	-42.500
10	- Personalauszahlungen	277.482	234.953	223.807		226.046	228.306	230.589
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	277.482	234.953	223.807		226.046	228.306	230.589
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	215.994	192.453	193.807		196.046	185.806	188.089

Beschreibung

Erfassung, Kontrolle und Überwachung von Sozialwohnungen

- Erteilung von Nutzungsgenehmigungen
- Mietangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Wohnungsbindungsgesetz (WoBindG), Wohnraumförderungsgesetz (WoFG)

Ziele

Zielgruppen

Vermieter und Eigentümer, Wohnungsinhaber und Wohnungssuchende

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.04 Wohnraumsicherung und -versorgung



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-10.175	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-7.257	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
10	= Ordentliche Erträge	-17.432	-16.000	-16.000	-16.000	-16.000	-16.000
11	- Personalaufwendungen	135.224	135.841	144.358	145.583	146.857	147.824
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	436	93	99	99	99	99
14	- Bilanzielle Abschreibungen	10					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	19.262	22.185	24.383	21.557	21.814	21.719
17	= Ordentliche Aufwendungen	154.933	158.119	168.840	167.239	168.770	169.642
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	137.501	142.119	152.840	151.239	152.770	153.642
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	137.501	142.119	152.840	151.239	152.770	153.642
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	137.501	142.119	152.840	151.239	152.770	153.642
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	19.706	37.030	25.569	23.912	24.025	24.067
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	157.207	179.148	178.409	175.151	176.795	177.708

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wohnraumsicherung und -versorgung

Bei der Kontengruppe *Öffentlich–Rechtliche Leistungsentgelte* handelt es sich um Gebühren (Kostenart 431100) für Entscheidungen nach dem WoBindG. Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Verwaltungskostenbeiträge (Kostenart 442200) der Wohnungsbauförderungsanstalt vereinnahmt. Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* weist Geldleistungen nach § 25 WoBindG aus (Kostenart 452100).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich um die Weiterleitung der Geldleistung (Kostenart 549900) nach §25 WoBindG an die WFA. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat III

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.04 Wohnraumsicherung und -versorgung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-10.060	-9.000	-9.000		-9.000	-9.000	-9.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-7.257	-7.000	-7.000		-7.000	-7.000	-7.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-17.317	-16.000	-16.000		-16.000	-16.000	-16.000
10	- Personalauszahlungen	114.352	96.989	102.342		103.365	104.399	105.443
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	114.352	96.989	102.342		103.365	104.399	105.443
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	97.036	80.989	86.342		87.365	88.399	89.443

Beschreibung

Fachaufsicht über die Unteren Bauaufsichtsbehörden im Oberbergischen Kreis durch

- Beratung und Information der Unteren Bauaufsichtsbehörden
- Durchführung von Geschäftsprüfungen
- Bearbeitung von Eingaben, Beschwerden und Petitionen

Auftragsgrundlage

Beratung von Bürgern in Bauangelegenheiten

BauGB, BauO NRW, Baunebenrecht, VwVfG, VwGO

Ziele

- Einhaltung bauordnungs- und bauplanungsrechtlicher Vorschriften im Wege der Fachaufsicht:
- Reaktion auf Eingaben innerhalb einer Woche
- Geschäftsprüfungen der Unteren Bauaufsichtsbehörden alle 5 Jahre
- effiziente, zeitnahe und rechtssichere Beratung und Unterstützung der Unteren Bauaufsichtsbehörden
- Beantwortung von Beratungsanfragen innerhalb einer Woche
- Angebot zu einem Beratungstermin innerhalb einer Woche

Zielgruppen

Untere Bauaufsichtsbehörden im Oberbergischen Kreis, Einsender von Eingaben, Beschwerden und Petitionen, am Bau beteiligte, Bezirksregierung, Ministerium für Bauen und Verkehr

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.05 Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht



OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
11	- Personalaufwendungen	76.485	79.739	84.973	85.546	86.170	86.396
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	42	22	23	23	23	23
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.324	3.654	4.175	4.100	4.133	4.131
17	= Ordentliche Aufwendungen	79.851	83.415	89.171	89.670	90.327	90.550
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	79.851	83.415	89.171	89.670	90.327	90.550
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	79.851	83.415	89.171	89.670	90.327	90.550
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	79.851	83.415	89.171	89.670	90.327	90.550
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.786	9.874	7.054	6.604	6.621	6.626
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	84.638	93.289	96.225	96.274	96.948	97.176

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Bauaufsicht i. R. d. Fachaufsicht

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden anfallende Widerspruchsgebühren (Kostenart 431100) vereinnahmt. Es handelt sich um auslaufende Verfahren, die in ihrer Entstehung vor Verabschiedung des Bürokratieabbaugesetzes anzusiedeln sind.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.05 Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
10	- Personalauszahlungen	50.254	50.108	53.178		53.710	54.247	54.789
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	50.254	50.108	53.178		53.710	54.247	54.789
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	50.254	50.108	53.178		53.710	54.247	54.789

Haushaltsplan 2012

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-945.146	-3.532.860	-4.018.035	-4.026.973	-4.046.410	-4.069.065
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.896	-1.600	-100	-100	-100	-100
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-11.188	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
10	= Ordentliche Erträge	-958.230	-3.536.960	-4.020.635	-4.029.573	-4.049.010	-4.071.665
11	- Personalaufwendungen	584.826	594.170	589.063	594.794	600.606	606.246
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.121.172	2.157.540	2.602.958	2.598.458	2.628.458	2.651.958
14	- Bilanzielle Abschreibungen		3.915.335	3.906.864	3.939.559	3.989.952	4.053.265
15	- Transferaufwendungen	1.572.917	3.809.917	4.663.306	4.813.306	5.203.306	5.203.306
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	98.287	105.137	105.556	104.496	105.099	105.182
17	= Ordentliche Aufwendungen	4.377.202	10.582.099	11.867.748	12.050.614	12.527.421	12.619.958
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	3.418.972	7.045.139	7.847.113	8.021.041	8.478.411	8.548.293
19	+ Finanzerträge	-390.000					
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-390.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	3.028.972	7.046.139	7.848.113	8.022.041	8.479.411	8.549.293
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	3.028.972	7.046.139	7.848.113	8.022.041	8.479.411	8.549.293
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	47.866	98.027	71.297	65.250	65.364	65.320
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	3.076.838	7.144.166	7.919.410	8.087.291	8.544.775	8.614.613

Haushaltsplan 2012

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-945.146	-2.577.064	-3.066.100		-3.066.100	-3.066.100	-3.066.100
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.896	-1.600	-100		-100	-100	-100
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	12.000	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-390.101						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.325.143	-2.581.164	-3.068.700		-3.068.700	-3.068.700	-3.068.700
10	- Personalauszahlungen	546.087	455.575	452.271		456.795	461.363	465.977
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.088.731	2.157.380	2.602.794		2.598.294	2.628.294	2.651.794
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen		1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
14	- Transferauszahlungen	1.563.782	3.809.917	4.663.306		4.813.306	5.203.306	5.203.306
15	- sonstige Auszahlungen	149.208	62.840	60.200		60.300	60.400	60.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.347.807	6.486.712	7.779.571		7.929.695	8.354.363	8.382.577
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.022.664	3.905.548	4.710.871		4.860.995	5.285.663	5.313.877
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-1.035.418	-1.142.000	-577.000		-844.000	-470.000	-572.000
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-559	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
23	= investive Einzahlungen	-1.035.977	-1.144.500	-579.500		-846.500	-472.500	-574.500
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	119.795	129.000	163.000		110.000	139.000	107.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.469.374	2.000.000	1.500.000		1.500.000	1.150.000	1.330.000
30	= investive Auszahlungen	1.589.169	2.129.000	1.663.000		1.610.000	1.289.000	1.437.000

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	553.192	984.500	1.083.500		763.500	816.500	862.500

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.12.01.01 Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen
- 1.12.01.02 Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.12.01.01**Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen****Beschreibung**

Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Baumaßnahmen, die der Erstellung und Umgestaltung von Kreisstraßen innerhalb des 212,3 km langen Gesamtnetzes (Stand 01.01.2009) einschließlich der begleitenden Geh- und Radwege und der Ingenieurbauwerke dienen. Dazu gehören

- Planung und Bürgerbeteiligung / Planfeststellung
- Grunderwerb und Vermessung
- Zuschussbearbeitung
- Durchführungsvereinbarungen mit Beteiligten
- Ausschreibung und Vergabe
- Bauleitung
- Abrechnung
- Erfüllung landschaftsrechtlicher Ausgleichsverpflichtungen

Auftragsgrundlage

Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW), Fernstraßengesetz und dazu erlassene Richtlinien, Beschlüsse des Kreistages, Förderrichtlinien Stadtverkehr (vormals Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz), Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Straßenverkehrsgesetz / -ordnung

Ziele

Stetige und nachhaltige Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Leistungsfähigkeit der Kreisstraßen unter Nutzung möglicher Landesförderungen durch Baumaßnahmen, mittels derer auch bei zunehmender Verkehrsstärke

- die durchschnittliche Unfallhäufigkeit im Gesamtnetz in der mittelfristigen Betrachtung stetig abnimmt
- die prozentuale Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten stetig abnimmt
- die Gesamtlänge der Geh- und Radwege / begehbaren Bankette bis 2015 um mind. 5 km erhöht wird
- bis 2020 mind. 85 % der Kreisstraßenlänge eine Fahrbahnbreite von mind. 4,75 m haben, durch die ein gefahrloser Begegnungsverkehr ermöglicht wird (2008: 74 %)
- schädigende Einflüsse auf Anliegergrundstücke durch Wassereintrag oder dergl. so kurzfristig beseitigt werden, dass keine Haftungsansprüche entstehen

Zielgruppen

motorisierte und nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer, Straßenanlieger, ÖPNV-Nutzer, Kommunen, Bauunternehmen

1.12.01.02**Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen****Beschreibung**

Tätigkeiten zur Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht, zur Substanzerhaltung oder –wiederherstellung, zur Bestandsverwaltung und zur Regelung der Nutzungsbedürfnisse Dritter auf und an den insgesamt 212,3 km langen Kreisstraßen (Stand 01.01.2009) durch

- Straßenunterhaltung einschl. Winterdienst (wird vertraglich vom Landesbetrieb Straßen NRW und den Städten Gummersbach und Hückeswagen eigenverantwortlich wahrgenommen; dem OBK obliegen Kontrollfunktionen)
- Ausschreibung, Vergabe, Bauleitung und Abrechnung von Instandsetzungsarbeiten
- Widmungen, Einziehungen, Umstufungen, Ortsdurchfahrtenfestsetzungen nach Vorgabe des StrWG NRW sowie sonstige straßen-, wasser- und abfallrechtliche Regelungen
- Grundstücks- und Straßenbestandserfassung, -bewertung und –bereinigung
- straßenfachliche Begleitung von Bauleitplanungen, baulichen Anlagen an Kreisstraßen, besonderen Veranstaltungen und Großraum-/Schwertransporten
- Genehmigung und Überwachung von Versorgeraufbrüchen

Auftragsgrundlage

Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW), Straßenverkehrsordnung, Beschlüsse des Kreistages, Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Telekommunikationsgesetz, Rahmen- und Gestattungsverträge mit Versorgern

Ziele

Erhaltung der Substanz und damit dem Vermögens- und Gebrauchswert des Gesamtnetzes durch Unterhaltungs-, Instandsetzungs- und Überwachungsleistungen in einem Zustand, der mindestens der Durchschnittsnote des Vorjahres entspricht

Zielgruppen

Verkehrsteilnehmer, Straßenanlieger, Kommunen, Versorgungsträger, Bau- und Transportunternehmen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-955.796	-951.935	-960.873	-980.310	-1.002.965
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.896	-1.600	-100	-100	-100	-100
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-11.188	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
10	= Ordentliche Erträge	-13.083	-959.896	-954.535	-963.473	-982.910	-1.005.565
11	- Personalaufwendungen	485.044	484.137	536.358	541.705	547.108	552.538
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.106.561	2.094.450	2.174.123	2.195.623	2.225.623	2.249.123
14	- Bilanzielle Abschreibungen		3.915.335	3.906.864	3.939.559	3.989.952	4.053.265
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	63.239	68.697	68.941	68.039	68.593	68.689
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.654.844	6.562.619	6.686.286	6.744.927	6.831.275	6.923.616
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.641.761	5.602.723	5.731.751	5.781.454	5.848.365	5.918.051
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.641.761	5.603.723	5.732.751	5.782.454	5.849.365	5.919.051
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.641.761	5.603.723	5.732.751	5.782.454	5.849.365	5.919.051
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	43.205	88.720	62.433	57.871	57.924	57.841
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.684.966	5.692.443	5.795.185	5.840.326	5.907.290	5.976.892

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Öffentliche Verkehrsflächen

In der Kontengruppe *Zuwendungen und allg. Umlagen* sind die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen des Landes abgebildet. Diese Position ist die "Gegenposition" zu den Abschreibungen.

Die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* beinhaltet Entgelte für Ausschreibungsunterlagen (Kostenart 441100) sowie die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung (Kostenart 441200).

Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Erstattungen von Gemeinden (Kostenart 442300) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden die Kosten der nachfolgend aufgeführten Maßnahmen verbucht:

- Instandsetzungsmaßnahmen zur Straßenerhaltung (Kostenart 523140)
- Erhaltung der Straßenausstattung (Kostenart 523140)
- Kosten der Grundstücksbewirtschaftung (Kostenart 524908)
- Kosten für Ausrüstungsgegenstände zur Bestandsverwaltung (Kostenart 529100)

Darüber hinaus werden an dieser Stelle die Entschädigungen an den Landesbetrieb Straßen NRW sowie an Kommunen für die Unterhaltung der Kreisstraßen verausgabt (Kostenart 523200).

In der Zeile *Bilanzielle Abschreibungen* sind die Aufwendungen für Abschreibungen (AfA für Brücken u. Tunnel, Straßen, Wege, Plätze, etc.) abgebildet.

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich um die Kosten von Bodenuntersuchungen und Prüfungen im Straßenbestand (Kostenart 542919) sowie die an Wasserverbände zu zahlenden Gewässerunterhaltungsbeiträge (Kostenart 544900). Darüber hinaus werden hier Kosten für die Anpachtung von Grundstücken (Kostenart 542100) und für Bekanntmachungen bei Straßenrechtsverfahren u. Ausschreibungen (Kostenart 543600) veranschlagt. Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, Ausrüstungsgegenstände zur Bestandsverwaltung, Kosten für

Bodenuntersuchungen und Prüfung im Straßenbestand, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Die Kontengruppe *Zinsen und ähnliche Aufwendungen* erfasst Zinsaufwendungen, die für überzahlte Landeszuweisungen anfallen.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. Weitere Belastungen erfährt die Produktgruppe „Öffentliche Verkehrsflächen“ durch die Verrechnung der Abschreibungen für Straßen sowie für Bauwerke an Straßen, vermindert um die entsprechenden Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen o.ä. kostenmindernden Erlösen. Hierbei finden sowohl Altanlagen als auch Neuinvestitionen Berücksichtigung.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.896	-1.600	-100		-100	-100	-100
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	12.000	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	10.104	-4.100	-2.600		-2.600	-2.600	-2.600
10	- Personalauszahlungen	480.414	378.892	418.105		422.287	426.510	430.775
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.074.203	2.094.330	2.174.000		2.195.500	2.225.500	2.249.000
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen		1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
15	- sonstige Auszahlungen	119.208	32.840	30.200		30.300	30.400	30.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.673.824	2.507.062	2.623.305		2.649.087	2.683.410	2.711.275
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.683.929	2.502.962	2.620.705		2.646.487	2.680.810	2.708.675
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-1.035.418	-1.142.000	-577.000		-844.000	-470.000	-572.000
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-559	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
23	= investive Einzahlungen	-1.035.977	-1.144.500	-579.500		-846.500	-472.500	-574.500
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	119.795	129.000	163.000		110.000	139.000	107.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.469.374	2.000.000	1.500.000		1.500.000	1.150.000	1.330.000
30	= investive Auszahlungen	1.589.169	2.129.000	1.663.000		1.610.000	1.289.000	1.437.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	553.192	984.500	1.083.500		763.500	816.500	862.500

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5660002 Planung der Kreisstraßenprojekte										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	69.967	120.000	130.000		130.000	130.000	130.000	315.161	835.161
13	= Summe Auszahlungen	69.967	120.000	130.000		130.000	130.000	130.000	315.161	835.161
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	69.967	120.000	130.000		130.000	130.000	130.000	315.161	835.161

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um **Planungskosten** im Zusammenhang mit **Kreisstraßenprojekten**.
Die Maßnahmen werden von der Abteilung Tiefbau betreut.

Die o. g. Maßnahmen werden über die *Finanzstelle 5.660002* abgewickelt.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5660003 Eigenfinanz. Straßenbaumaßnahmen										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-140	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000	-2.140	-10.140
6	= Summe Einzahlungen	-140	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000	-2.140	-10.140
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	27.778	20.000	25.000		25.000	25.000	25.000	61.789	161.789
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	386.145	130.000	230.000		280.000	350.000	600.000	1.020.061	2.480.061
13	= Summe Auszahlungen	413.923	150.000	255.000		305.000	375.000	625.000	1.081.850	2.641.850
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	413.783	148.000	253.000		303.000	373.000	623.000	1.079.710	2.631.710

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine **eigenfinanzierte Bauinvestitionen an Kreisstraßen**.

Die Maßnahmen werden von der Abteilung Tiefbau betreut.

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.660003* abgewickelt.



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5660004 Straßenbegleit. Radwege										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-180.000	-275.000		-117.000			-180.000	-572.000
6	= Summe Einzahlungen		-180.000	-275.000		-117.000			-180.000	-572.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	1.216	5.000	18.000		5.000			6.216	29.216
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		250.000	650.000					250.000	900.000
13	= Summe Auszahlungen	1.216	255.000	668.000		5.000			256.216	929.216
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.216	75.000	393.000		-112.000			76.216	357.216

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um die **Anlage kreisstraßenbegleitender Radwege**.

Die Maßnahmen werden von der Abteilung Tiefbau betreut.

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.660004* abgewickelt.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5661801 Ausbau K18/39 Dohrgaul										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-436.000	-120.000						-673.500	-673.500
6	= Summe Einzahlungen	-436.000	-120.000						-673.500	-673.500
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	33.342	5.000						54.911	54.911
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	623.444							794.397	794.397
13	= Summe Auszahlungen	656.786	5.000						849.308	849.308
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	220.786	-115.000						175.808	175.808
5662302 Knoten K23/Bahnstr.										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-130.000		-115.000	-68.000			-313.000
6	= Summe Einzahlungen			-130.000		-115.000	-68.000			-313.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		15.000			20.000	10.000		15.000	45.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			250.000		210.000				460.000
13	= Summe Auszahlungen		15.000	250.000		230.000	10.000		15.000	505.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		15.000	120.000		115.000	-58.000		15.000	192.000

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
5662303 Knoten K23/B55										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-266.500	-40.000	-90.000					-306.500	-396.500
6	= Summe Einzahlungen	-266.500	-40.000	-90.000					-306.500	-396.500
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		50.000						110.000	110.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	162.350	100.000	90.000					262.350	352.350
13	= Summe Auszahlungen	162.350	150.000	90.000					372.350	462.350
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-104.150	110.000						65.850	65.850

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
5662401 Umbau K24 Schmitzhöhe										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-17.378							-26.078	-26.078
6	= Summe Einzahlungen	-17.378							-26.078	-26.078
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden								6.805	6.805
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen								104.208	104.208
13	= Summe Auszahlungen								111.013	111.013
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-17.378							84.935	84.935

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5662801 Verlängerung K28										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen							-440.000		-440.000
6	= Summe Einzahlungen							-440.000		-440.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden						80.000	80.000		160.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen							600.000		600.000
13	= Summe Auszahlungen						80.000	680.000		760.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)						80.000	240.000		320.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5662901 Umbau K29/Unterommer										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen					-15.000	-230.000	-65.000		-310.000
6	= Summe Einzahlungen					-15.000	-230.000	-65.000		-310.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		4.000			10.000	14.000	2.000	4.000	30.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen					30.000	470.000			500.000
13	= Summe Auszahlungen		4.000			40.000	484.000	2.000	4.000	530.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		4.000			25.000	254.000	-63.000	4.000	220.000

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5664201 Ausbau K42 Wasserfuhr										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-30.000		-255.000	-75.000			-360.000
6	= Summe Einzahlungen			-30.000		-255.000	-75.000			-360.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		15.000			20.000	5.000		15.000	40.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			30.000		550.000				580.000
13	= Summe Auszahlungen		15.000	30.000		570.000	5.000		15.000	620.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		15.000			315.000	-70.000		15.000	260.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5664501 Ausbau K45/L306										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-300.000	-800.000	-50.000		-180.000			-1.100.000	-1.330.000
6	= Summe Einzahlungen	-300.000	-800.000	-50.000		-180.000			-1.100.000	-1.330.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	57.459	15.000	100.000		10.000			147.277	257.277
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	227.468	1.400.000	120.000					1.627.468	1.747.468
13	= Summe Auszahlungen	284.927	1.415.000	220.000		10.000			1.774.745	2.004.745
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-15.073	615.000	170.000		-170.000			674.745	674.745

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5665203 Umbau K52 Weiershagen										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen					-160.000	-95.000	-65.000		-320.000
6	= Summe Einzahlungen					-160.000	-95.000	-65.000		-320.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			20.000		20.000	5.000			45.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen					300.000	200.000			500.000
13	= Summe Auszahlungen			20.000		320.000	205.000			545.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			20.000		160.000	110.000	-65.000		225.000

Beschreibung

- Planung, Ausgestaltung und Organisation des ÖPNV im Oberbergischen Kreis: Aufstellung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Oberbergischen Kreis. Der Plan beinhaltet Ziele und Rahmenvorgaben für das betriebliche Leistungsangebot und seine Finanzierung sowie die Investitionsplanung. Benachbarte ÖPNV-Aufgabenträger haben sich bei der Aufstellung ihrer Nahverkehrspläne abzustimmen
- Nahverkehrsförderung: Investitionsförderung (Busse / sonst. ÖPNV-Investitionen) und Vorhaltekostenförderung (Betriebskostenzuschüsse)
- Auferlegung oder Vereinbarung gemeinwirtschaftlicher Verkehrsleistungen: Der Oberbergische Kreis ist zuständige Behörde für die Auferlegung oder Vereinbarung gemeinwirtschaftlicher Verkehrsleistungen über öffentliche Personenverkehrsdienste
- Zweckverband Nahverkehr Rheinland und Zweckverband VRS: Mitwirkung und Mitfinanzierung

Auftragsgrundlage

ÖPNV-Gesetz NRW, Personenbeförderungsgesetz, EU-Verordnungen und -Richtlinien

Ziele

Sicherstellung eines leistungsfähigen, kundenorientierten und wirtschaftlich tragbaren ÖPNV-Angebotes im Oberbergischen Kreis

Zielgruppen

Fahrgäste von Bus und Bahn, im ÖPNV tätige Verkehrsunternehmen im Oberbergischen Kreis

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.02 ÖPNV

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-945.146	-2.577.064	-3.066.100	-3.066.100	-3.066.100	-3.066.100
10	= Ordentliche Erträge	-945.146	-2.577.064	-3.066.100	-3.066.100	-3.066.100	-3.066.100
11	- Personalaufwendungen	99.782	110.033	52.705	53.088	53.498	53.708
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.610	63.090	428.835	402.835	402.835	402.835
15	- Transferaufwendungen	1.572.917	3.809.917	4.663.306	4.813.306	5.203.306	5.203.306
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	35.049	36.441	36.615	36.457	36.507	36.492
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.722.358	4.019.480	5.181.462	5.305.687	5.696.146	5.696.342
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	777.211	1.442.416	2.115.362	2.239.587	2.630.046	2.630.242
19	+ Finanzerträge	-390.000					
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-390.000					
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	387.211	1.442.416	2.115.362	2.239.587	2.630.046	2.630.242
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	387.211	1.442.416	2.115.362	2.239.587	2.630.046	2.630.242
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.661	9.307	8.864	7.379	7.439	7.479
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	391.872	1.451.723	2.124.226	2.246.965	2.637.485	2.637.721

Planerläuterung zum Teilergebnisplan ÖPNV

Über die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden die Zuweisungen des Land (Kostenart 414200) vereinnahmt. Hierzu gehört die sogenannte Aufgabenträgerpauschale nach den Maßgaben des ÖPNVG NRW sowie die Investitionsförderung des Landes (siehe Teilprodukt 1.12.02.01.01), welche in voller Höhe weitergeleitet wird.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* beinhaltet die Kosten des Nahverkehrsplans (Kostenart 529916). Dazu gehören die Planung zur Umsetzung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes sowie die Umsetzung des Nahverkehrsplanes.

In die Kontengruppe *Transferaufwendungen* werden Aufwendungen für Zuschüsse an verbundene Unternehmen (Kostenart 531600) gebucht, hierzu zählen der Zuschuss an die Oberbergische Verkehrsgesellschaft (OVAG) für die Erbringung gemeinwirtschaftlicher Leistungen und ab dem Jahr 2011 auch die Mittel aus der Investitionsförderung des Landes (Kostenart 546900, siehe Erläuterung zu Zuwendungen und allgemeine Umlagen). Hier sind im Ansatz 2011 weitere 59.000 Euro als Zuschuss an die Gemeinde Marienheide veranschlagt, Stichwort: Park & Ride Parkplatz am Bahnhof, siehe auch Sperrvermerk, KT-Beschluss v. 24.03.2011.

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Aufwendungen aus der Verlustübernahme (Kostenart 545300) bzw. der Fehlbetragsabdeckung für den Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS GmbH) verausgabt. Diese Umlage wird an den Zweckverband VRS ausgezahlt, welcher diesen Betrag an die VRS-GmbH weiterleitet. Bis einschließlich 2010 wurden in dieser Kontengruppe auch die Mittel aus der Investitionsförderung des Landes weitergeleitet.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.02 ÖPNV

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-945.146	-2.577.064	-3.066.100		-3.066.100	-3.066.100	-3.066.100
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-390.101						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.335.247	-2.577.064	-3.066.100		-3.066.100	-3.066.100	-3.066.100
10	- Personalauszahlungen	65.673	76.683	34.166		34.508	34.853	35.202
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	14.529	63.050	428.794		402.794	402.794	402.794
14	- Transferauszahlungen	1.563.782	3.809.917	4.663.306		4.813.306	5.203.306	5.203.306
15	- sonstige Auszahlungen	30.000	30.000	30.000		30.000	30.000	30.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.673.983	3.979.650	5.156.266		5.280.608	5.670.953	5.671.302
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	338.736	1.402.586	2.090.166		2.214.508	2.604.853	2.605.202

Haushaltsplan 2012

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

Dez. I, Dez. II, Dez. IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-35.000	-98.200	-99.000	-75.400	-75.400	-75.400
3	+ Sonstige Transfererträge		-250	-250	-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-7.117	-8.750	-8.750	-8.750	-8.750	-8.750
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-728.099	-488.000	-493.000	-493.000	-493.000	-493.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-927	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-76.291	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000
10	= Ordentliche Erträge	-847.434	-620.900	-626.700	-603.100	-603.100	-603.100
11	- Personalaufwendungen	730.990	734.390	758.332	763.973	769.985	773.243
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	367.007	528.041	453.890	418.870	418.870	418.870
14	- Bilanzielle Abschreibungen		281	417	1.250	2.083	2.916
15	- Transferaufwendungen	16.500	11.500	2.500	2.500	2.500	2.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	131.111	179.799	175.915	182.604	182.931	182.889
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.245.608	1.454.011	1.391.054	1.369.196	1.376.369	1.380.417
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	398.174	833.111	764.354	766.096	773.269	777.317
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	398.174	833.111	764.354	766.096	773.269	777.317
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	398.174	833.111	764.354	766.096	773.269	777.317
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	33.990	64.539	59.335	52.727	52.931	53.078
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	432.164	897.650	823.689	818.823	826.200	830.395

Haushaltsplan 2012

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

Dez. I, Dez. II, Dez. IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-35.000	-98.200	-99.000		-75.400	-75.400	-75.400
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen		-250	-250		-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-7.174	-8.750	-8.750		-8.750	-8.750	-8.750
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-785.684	-488.000	-493.000		-493.000	-493.000	-493.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-927	-2.700	-2.700		-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige Einzahlungen	-73.757	-23.000	-23.000		-23.000	-23.000	-23.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-902.541	-620.900	-626.700		-603.100	-603.100	-603.100
10	- Personalauszahlungen	539.120	483.894	499.125		504.115	509.156	514.248
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	272.101	527.790	453.630		418.610	418.610	418.610
14	- Transferauszahlungen	16.500	11.500	2.500		2.500	2.500	2.500
15	- sonstige Auszahlungen	89.428	141.840	136.200		144.200	144.200	144.210
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	917.149	1.165.024	1.091.455		1.069.425	1.074.466	1.079.568
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	14.607	544.124	464.755		466.325	471.366	476.468
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-8.649						
23	= investive Einzahlungen	-8.649						
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	7.476	80.000	80.000		80.000	80.000	80.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	26.643	4.500	5.000		5.000	5.000	5.000
30	= investive Auszahlungen	34.119	84.500	85.000		85.000	85.000	85.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	25.470	84.500	85.000		85.000	85.000	85.000

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.13.01.01 Landschaftsschutz, Landschaftspflege

1.13.01.02 Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung

1.13.01.02.01 Landschaftspflegemaßnahmen

1.13.01.02.02 Landschaftsplanung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.13.01.01

Landschaftsschutz, Landschaftspflege

Beschreibung

- Ordnungsrechtliche Verfahren nach Landschaftsrecht
- Erteilung von Befreiungen und Ausnahmegenehmigungen nach dem Landschaftsgesetz, Landschaftsplänen und ordnungsbehördlichen Verordnungen
- Stellungnahmen und ggf. Genehmigungen zu Reitregelungen, Wanderwegen, Veranstaltungen, Leitungstrassen, forstlichen Wegbau, wasserrechtlichen und baulichen Verfahren u.a. Maßnahmen,
- Ausgabe von Reitkennzeichen
- Betreuung des Landschaftsbeirates und der Landschaftswacht
- Betreuung, Pflege, Erhaltung und Verkehrssicherung von Naturdenkmälern (Bäumen), - Aufbau und Pflege eines Naturdenkmalkatasters
- Ausgleichs- u. Ersatzmaßnahmen (u.a. Festsetzung von Ersatzgeldzahlungen gem. Landschaftsgesetz)
- Förderung der Oberbergischen Naturschutzvereine
- Landschaftspflegerische Maßnahmen, - Vergabe von Gestaltungs- und Pflegearbeiten

Auftragsgrundlage

Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz, Landschaftspläne, ordnungsbehördliche Verordnungen

Ziele

Zielgruppen

Ordnungspflichtige, andere Ämter der Kreisverwaltung, Landschaftsbeirat, Landschaftswacht, Oberbergische Naturschutzvereine, Grundstückseigentümer, Städte u. Gemeinden

1.13.01.02

Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung

Beschreibung

- Durchführung von Aufstellungs- und Änderungsverfahren bei Landschaftsplänen
- Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit der Biologischen Station Oberberg e.V. (BSO)
- Abwicklung des Vertragsnaturschutzes
- Durchführung von Unterschutzstellungsverfahren und Mitwirkung bei Unterschutzstellung außerhalb der Landschaftsplanung
- Prüfung und ggf. Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechtes
- Stellungnahmen zu Verfahren anderer Träger der Landschaftsplanung
- Abgrenzung und Betreuung gesetzlich geschützter Biotope
- Führung von Bestandsverzeichnissen (Kompensation, Schutzflächen und –objekte)
- Mitarbeit bei der Erstellung und Überwachung von Flächenpools / Ökokonten
- Verwaltung und Verwendung der im Rahmen von Eingriffen in Natur und Landschaft eingemommener Ersatzgelder
- Koordinierungstätigkeiten bei der Organisation und Betreuung des BSO und der Bergischen Agentur für Kulturlandschaft gGmbH (BAK)
- Koordination und Betreuung von jährlich zwei FÖJ-Stellen (Freiwilliges ökologisches Jahr)
- Vollzug des Artenschutzes

Auftragsgrundlage

Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, Durchführungsverordnung zum Landschaftsgesetz NRW, Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Bundesartenschutzverordnung, Gesetz zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres, diverse EU-Verordnungen und –Richtlinien, Beschlüsse der politischen Gremien

Ziele

Strategische Ziele:

Schutz, Pflege und Entwicklung der Kulturlandschaft für die naturbezogenen Erholung sowie zur Erhaltung und Förderung gefährdeter Lebensräume, Tiere und Pflanzen unter größtmöglichem Interessensausgleich zwischen privaten und öffentlichen Belangen

Operative Ziele:

- Erarbeitung und Umsetzung einer flächendeckenden Landschaftsplanung bei gleichzeitig kontinuierlicher Reduzierung der Sachkosten durch Nutzung neuer automatischer Verfahren
- Optimierung des Vertragsnaturschutzes durch maximale Ausschöpfung der Finanzausweisungen der EU und des Landes zur Honorierung und Förderung einer naturverträglichen Landwirtschaft
- Vorläufiger Abschluss der kreisweiten Abgrenzung gesetzlich geschützter Biotop

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Fachbehörden, Biologische Station Oberberg, Planungsträger, Land- und Forstwirte, Naturschutzverbände, sonstige Träger öffentlicher Belange

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dez. II, Dez. IV

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.01 Natur und Landschaft



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-35.000	-98.200	-99.000	-75.400	-75.400	-75.400
3	+ Sonstige Transfererträge		-250	-250	-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-7.117	-8.750	-8.750	-8.750	-8.750	-8.750
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-927	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-76.291	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000
10	= Ordentliche Erträge	-119.335	-132.900	-133.700	-110.100	-110.100	-110.100
11	- Personalaufwendungen	586.752	594.341	614.221	618.455	623.040	624.902
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	185.281	301.839	268.386	233.366	233.366	233.366
15	- Transferaufwendungen	2.500	11.500	2.500	2.500	2.500	2.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	109.279	153.471	149.114	156.432	156.645	156.622
17	= Ordentliche Aufwendungen	883.813	1.061.151	1.034.221	1.010.752	1.015.550	1.017.390
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	764.478	928.251	900.521	900.652	905.450	907.290
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	764.478	928.251	900.521	900.652	905.450	907.290
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	764.478	928.251	900.521	900.652	905.450	907.290
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.297	51.972	48.935	42.889	43.081	43.226
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	789.775	980.223	949.457	943.541	948.531	950.516

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Natur und Landschaftsschutz

Die Produktgruppe „1.13.01 Natur und Landschaft“ beinhaltet das Produkt „1.13.01.01 Landschaftsschutz, Landschaftspflege“ (Amt 67) und das Produkt „1.13.01.02 Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung“ (Amt 61).

Bei der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* handelt es sich um Zuweisungen vom Land (Kostenart 414200) für landschaftspflegerische Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Landschaftsplänen sowie Landeszuschüsse zu den Kosten von Landschaftsplänen (Amt 61). In der Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden die Rückzahlungen (Kostenart 429200) von nichtverbrauchten Mitteln (Rückzahlungen von Zuweisungen) vereinnahmt (Amt 61). In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für die Kennzeichnung von Reitpferden verbucht (Amt 67). Unter die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* fallen alle Erstattungen von übrigen Bereichen (Kostenart 442900) sowie andere sonstige Kostenerstattungen (Kostenart 443900). Kostenerstattungen sind im Rahmen der Kennzeichnungspflicht von Reitpferden und bei Ersatzvornamen vorgesehen (Amt 67). Als *sonstige ordentlichen Erträge* werden ordnungsrechtlichen Erträge (Kostenart 452100) wie Zwangs- u. Verwarnungsgelder (Amt 67) sowie Ersatzgeldzahlungen (Kostenart 452410) nach dem Landschaftsgesetz NRW (Amt 61, Amt 67) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen und andere Sach- und Dienstleistungen (Kostenart 529900) gebucht, beispielsweise die Kosten im Rahmen der Kennzeichnungspflicht von Reitpferden, Kosten für den Aufbau und die Pflege des Naturdenkmalkatasters sowie die Sachkosten für den Landschaftsbeirat und die Landschaftswacht (Amt 67). Weitere Aufwendungen entstehen für die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 524902) und sonstige Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes sowie Verkehrssicherheitsmaßnahmen (Kostenart 524906) an Naturdenkmälern (Amt 67). Des weiteren werden in der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* Kosten für die Umsetzung der FFH – u. Vogelschutzrichtlinien verausgabt, die Kosten des Kreiskulturlandschaftsprogramms (Kostenart 529917; incl. Ansatzserhöhung i. H. v. 28.000 Euro, vgl. Kreistagsbeschluss v. 12.03.2009), die Kostenbeteiligung an der EDV-Koordinierungsstelle der BSO, Kosten für die Beschaffung von Planungsunterlagen, Kosten für Landschaftspflegemaßnahmen (Kostenart 529918), die Verwendung von Ersatzgeldzahlungen (Kostenart 529919) sowie Sachkosten im Rahmen des Artenschutzes (Kostenart 529920, Amt 61).

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dez. II, Dez. IV

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.01 Natur und Landschaft



In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* fallen die Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche (Kostenart 531900), z. B. Oberbergischen Naturschutzvereine, (Amt 67). Zur Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören: Kosten für Dienst- u. Schutzkleidung (Kostenart 541600), die Erstellung von Gutachten, die Pflege des Bestandsverzeichnisses nach dem Landschaftsgesetz, der Eigenanteil zur Unterhaltung der Biologische Station (Kostenart 542912), Werkverträge (Kostenart 542913) im Rahmen der Umsetzung Vertragsnaturschutz, Aufklärungsmaßnahmen/Drucksachen (Kostenart 543200, Amt 61/67) sowie Kosten der Landschaftsplanung (Kostenart 543908, Amt 61). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dez. II, Dez. IV

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.01 Natur und Landschaft



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-35.000	-98.200	-99.000		-75.400	-75.400	-75.400
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen		-250	-250		-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-7.174	-8.750	-8.750		-8.750	-8.750	-8.750
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-927	-2.700	-2.700		-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige Einzahlungen	-71.566	-23.000	-23.000		-23.000	-23.000	-23.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-114.666	-132.900	-133.700		-110.100	-110.100	-110.100
10	- Personalauszahlungen	398.912	375.817	388.142		392.023	395.943	399.902
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	87.766	301.630	268.170		233.150	233.150	233.150
14	- Transferauszahlungen	2.500	11.500	2.500		2.500	2.500	2.500
15	- sonstige Auszahlungen	75.997	125.130	119.640		127.640	127.640	127.640
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	565.175	814.077	778.452		755.313	759.233	763.192
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	450.508	681.177	644.752		645.213	649.133	653.092
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden		55.000	55.000		55.000	55.000	55.000
30	= investive Auszahlungen		55.000	55.000		55.000	55.000	55.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)		55.000	55.000		55.000	55.000	55.000

Planerläuterung Teilfinanzplan

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dez. II, Dez. IV

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.01 Natur und Landschaft



Erläuterung zu Zeile 24: Bei dem Ansatz handelt es sich um eine Reihe von **Investition** aus dem Bereich des **Umweltschutz (Natur und Landschaft)**. Bei der Summe der investiven Einzahlungen sind Landeszuschüsse zum Grunderwerb zur Durchführung von Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Landschaftsplänen (1200.3610 u. 1200.3611) sowie Ersatzgeldzahlungen nach dem Landschaftsgesetz (1200.3620) veranschlagt. In der Zeile *investive Auszahlungen* sind Grunderwerbskosten zur Durchführung von Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Landschaftsplänen (1200.9320 u. 1200.9321) sowie Kosten zur Durchführung von Ersatzmaßnahmen für Dritte (Grunderwerb) veranschlagt. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 61 begleitet.

Die o. g. Zuschüsse bzw. Investition werden über folgende *Finanzstellen (PSP-I)* abgewickelt:

5.610000.605	LZ Maßnahmen innerh./außerh. LP
5.610000.700	Grunderw. Maßn. innerh./außerh. LP
5.610010.605	Ersatzgeldzahlungen (Einn.)
5.610010.700	Durchf. Ersatzmaßn. (Grunderw.)

Beschreibung

Optimierung der Forstwirtschaft im ökologischen und ökonomischen Sinn
Erhaltung von gesunden und stabilen Wäldern
Verkauf von Rohholz aus Laub- und Nadelholz in allen anfallenden Sortimenten (d.h. Papierholz, Industrieholz, Palettenholz, Zaunholz etc.).

Auftragsgrundlage

Landesforstgesetz, Bundeswaldgesetz, Landschaftsgesetz

Ziele

- Erhöhung des Laubholzanteils auf 50 % der Betriebsfläche (auf Laubholz geeigneten Standflächen)
- Positives Betriebsergebnis zur Unterstützung des Kreishaushaltes

Zielgruppen

Bürger im Naherholungsgebiet Oberbergischer Kreis

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-728.099	-488.000	-493.000	-493.000	-493.000	-493.000
10	= Ordentliche Erträge	-728.099	-488.000	-493.000	-493.000	-493.000	-493.000
11	- Personalaufwendungen	144.237	140.050	144.111	145.518	146.945	148.340
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	181.726	226.201	185.504	185.504	185.504	185.504
14	- Bilanzielle Abschreibungen		281	417	1.250	2.083	2.916
15	- Transferaufwendungen	14.000					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.832	26.328	26.800	26.172	26.286	26.267
17	= Ordentliche Aufwendungen	361.795	392.860	356.833	358.444	360.819	363.027
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-366.304	-95.140	-136.167	-134.556	-132.181	-129.973
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-366.304	-95.140	-136.167	-134.556	-132.181	-129.973
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-366.304	-95.140	-136.167	-134.556	-132.181	-129.973
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.693	12.568	10.399	9.838	9.850	9.852
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-357.610	-82.573	-125.768	-124.718	-122.331	-120.121

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wald, Forst- und Landwirtschaft

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet die Landeszuweisung (Kostenart 414200) zu waldbaulichen Maßnahmen. In der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* sind die Einnahmen aus Holzverkäufen und Kleinholzverkauf, aus dem Verkauf von Öko-Punkten sowie Erlöse aus

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft



dem Verkauf von Grundvermögen (Kostenart 441100) zusammengefasst. Darüber hinaus sind in dieser Summe Einnahmen aus Pachten und Nutzungsentschädigungen (Kostenart 441200) enthalten.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst die Kosten der Unterhaltung und Instandsetzung der Waldarbeiterhütte (Kostenart 523100), der Unterhaltung der Holzabfuhrwege (Kostenart 523200), der Unterhaltung/Neuanschaffung von Geräten und Schutzkleidung (Kostenart 523600) sowie die Kosten für Unternehmereinsatz (Kostenart 523100). Des weiteren werden an dieser Stelle Kosten für Neuanpflanzungen (Kostenart 523700), Kosten für die Erstellung des Wirtschaftsplans und Kosten für Katasterunterlagen bzw. Kartenmaterial (Kostenart 529100) veranschlagt. Für die Haushaltsjahr 2009 und 2010 sind weitere Kosten zur Sanierung der Fischteiche Kaltenbach (1.13.02.01.01; Kostenart 523140) geplant. Über die Kontengruppe *Transferaufwendungen* wird der Zuschuss für Maßnahmen im Privatwald (Kostenart 531900) abgebildet.

In der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die allgemeinen Geschäftsausgaben und die vermischten Ausgaben, aber auch die Umlage Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft (Unfallversicherung, Kostenart 544120) und Abgaben erfasst. Darüber hinaus wird an dieser Stelle der Mitgliedsbeitrag zur Forstbetriebsgemeinschaft Gummersbach (Kostenart 544300) und die anfallende Grundsteuer für Forstgrundstücke (Kostenart 547100) veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-785.684	-488.000	-493.000		-493.000	-493.000	-493.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.191						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-787.875	-488.000	-493.000		-493.000	-493.000	-493.000
10	- Personalauszahlungen	140.208	108.077	110.983		112.092	113.213	114.346
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	184.335	226.160	185.460		185.460	185.460	185.460
14	- Transferauszahlungen	14.000						
15	- sonstige Auszahlungen	13.431	16.710	16.560		16.560	16.560	16.570
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	351.974	350.947	313.003		314.112	315.233	316.376
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-435.901	-137.053	-179.997		-178.888	-177.767	-176.624
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-8.649						
23	= investive Einzahlungen	-8.649						
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	7.476	25.000	25.000		25.000	25.000	25.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	26.643	4.500	5.000		5.000	5.000	5.000
30	= investive Auszahlungen	34.119	29.500	30.000		30.000	30.000	30.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	25.470	29.500	30.000		30.000	30.000	30.000

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft



OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5208570 Arrondierung Kreisforsten										
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		25.000	25.000		25.000	25.000	25.000	25.000	125.000
13	= Summe Auszahlungen		25.000	25.000		25.000	25.000	25.000	25.000	125.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		25.000	25.000		25.000	25.000	25.000	25.000	125.000

Haushaltsplan 2012

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-370.000	-203.600	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-152.189	-165.500	-165.500	-165.500	-165.500	-165.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-203.325	-311.100	-339.226	-339.226	-339.226	-339.226
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.900	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250
10	= Ordentliche Erträge	-728.414	-701.450	-605.976	-605.976	-605.976	-605.976
11	- Personalaufwendungen	1.988.688	2.003.193	2.117.679	2.133.625	2.150.577	2.160.102
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.464	128.208	128.223	128.223	128.223	128.223
14	- Bilanzielle Abschreibungen	420	4.966	5.884	6.228	6.576	6.744
15	- Transferaufwendungen	56.093	40.000				
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	423.631	506.667	354.944	352.993	353.592	353.750
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.480.296	2.683.034	2.606.730	2.621.069	2.638.968	2.648.819
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.751.882	1.981.584	2.000.754	2.015.093	2.032.992	2.042.843
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.751.882	1.981.584	2.000.754	2.015.093	2.032.992	2.042.843
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.751.882	1.981.584	2.000.754	2.015.093	2.032.992	2.042.843
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-11.608	-18.731	-12.576	-11.830	-11.923	-12.000
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	117.205	234.068	169.579	157.183	157.358	157.697
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.857.479	2.196.921	2.157.757	2.160.445	2.178.427	2.188.541

Haushaltsplan 2012

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

Dezernat II



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-167.800	-203.600	-80.000		-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-150.148	-165.500	-165.500		-165.500	-165.500	-165.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-184.827	-304.750	-335.422		-335.422	-335.422	-335.422
7	+ Sonstige Einzahlungen		-21.250	-21.250		-21.250	-21.250	-21.250
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-502.775	-695.100	-602.172		-602.172	-602.172	-602.172
10	- Personalauszahlungen	1.463.717	1.322.175	1.403.122		1.417.153	1.431.325	1.445.638
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	10.465	127.890	127.890		127.890	127.890	127.890
14	- Transferauszahlungen	37.890	40.000					
15	- sonstige Auszahlungen	313.819	432.580	275.470		275.470	275.470	275.470
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.825.891	1.922.645	1.806.482		1.820.513	1.834.685	1.848.998
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.323.116	1.227.545	1.204.310		1.218.341	1.232.513	1.246.826
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	845						
30	= investive Auszahlungen	845						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	845						

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.14.01.01 Bodenschutz und Altlasten

1.14.01.02 Abfall

1.14.01.03 Immissionsschutz

1.14.01.04 Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung, Abgrabungen

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.14.01.01

Bodenschutz und Altlasten

Beschreibung

- Erfassung und Erstbewertung von Altlastenverdachtsflächen, Maßnahmen zur Gefahrenermittlung (Amtsermittlung), Ordnungsrechtliche Verfahren zur Gefahrenermittlung, Ahndung, Durchführung / Anordnung von Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen
- Baubetreuung und -überwachung (Bauleitung)
- Ausschreibung und Vergabeverfahren, Förderverfahren
- Kontrollen und Überwachung, Deponienachsorge
- Stellungnahmen zu Plan- u. Genehmigungsverfahren, TÖB
- Durchführung von Maßnahmen des vorsorgenden Bodenschutzes, Verfahren von Ausweisung von Bodenschutzgebieten
- Erfassen und Pflege von boden- u. abfallrelevanten Umweltdaten

Auftragsgrundlage

Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG), Landesbodenschutzgesetz NW (LBodSchG), Bundesbodenschutz- u. Altlastenverordnung (BbodSchV)

Ziele

Zielgruppen

Bürger, Industrie- u. Gewerbebetriebe, Kommunen, Planungsträger, Investoren

1.14.01.02

Abfall

Beschreibung

- Ordnungsbehördliche und OWI-Verfahren zur Beseitigung und Ahndung illegaler Abfallablagerungen
- Abfallrechtliche Maßnahmen bei Schadensereignissen
- Überwachung der Entsorgung gefährlicher (Sonder-) Abfälle aus Kleingewerbe und Industrie (Betriebsbesuche, Betriebserfassung) sowie Überwachungsmaßnahmen nach diversen Verordnungen
- Mitwirkung / Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (Abbruchverfahren, BImSchG-Anlagen, Baugenehmigungen, Strafverfahren, Altlastensanierungen)
- Genehmigung und Überwachung von Erddeponien
- Abfallüberwachungssystem (ASYS): Datenerfassung und -pflege im Landesprogramm

Auftragsgrundlage

Kreislaufwirtschafts- u. Abfallgesetz , Landesabfallgesetz NW und diverse untergesetzliche Regelwerke

Ziele

Zielgruppen

Gewerbliche und private Abfallerzeuger, -besitzer im Kreisgebiet, andere Behörden

1.14.01.03

Immissionsschutz

Beschreibung

- Genehmigung der Errichtung und des Betriebs von Anlagen (Betriebsstätten, Maschinen, Geräte, Lagerflächen etc.) mit potenziell schädlichen Umwelteinwirkungen
- Kontrolle und Überwachung des ordnungsgemäßen Betriebs von gewerblichen Anlagen, einschließlich Anpassung der Anlagen an den Stand der Technik
- Anlassbezogene Überwachung der Anlagen bei Anhaltspunkten für von der Anlage ausgehende schädliche Umwelteinwirkungen
- Beratung bei Errichtung und Betrieb von Anlagen, die keiner Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz bedürfen
- Mitwirkung / fachtechnische Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (Baugenehmigungen, bauplanungsrechtliche Verfahren, Zulassungen nach der Betriebssicherheitsverordnung)
- Ausnahmegenehmigungen für Tätigkeiten während der Nachtzeit sowie an Sonn- und Feiertagen
- Durchführung ordnungsrechtlicher Verfahren
- Klärung grundsätzlicher Fragen im Immissionsschutzrecht

Auftragsgrundlage

Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), Verordnungen zur Durchführung des BImSchG (z.Zt. 38 VOs), Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), Landesimmissionsschutzgesetz (LImSchG), Technische Richtlinien (TA-Luft, TA-Lärm, Geruchsimmisions-Richtlinie), Baunutzungsverordnung (BauNVO)

Ziele

Zielgruppen

Betreiber von Anlagen aus Industrie und Gewerbe, Kommunen und kommunale Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger

1.14.01.04

Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung, Abgrabungen

Beschreibung

- Wasserrechtliche Zulassungen (Genehmigung, Bewilligung, Erlaubnis, Befreiung, Eignungsfeststellung) von Abwasserbehandlungsanlagen, Gewässer-benutzungen in Grundwasser u. oberirdische Gewässer, Indirekteinleitungen, von Anlagen zum Umgang mit wgf. Stoffen u. im Rahmen des Ausbaus und Unterhaltung von Gewässern sowie der Wassergewinnung einschließlich Wasserschutzgebieten
- Abgrabungsrechtliche Zulassungen von Abgrabungen und deren Rekultivierungen
- Ordnungsrechtliche Verfahren zur gewässerverträglichen Gestaltung und Unterhaltung der vg. Anlagen und Benutzungen sowie zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Abgrabungen
- Kontrolle und Überwachung der vg. Anlagen und Benutzungen
- Mitwirkung / fachtechnische Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (BlmSchG-Anlagen, Baugenehmigungen, Strafverfahren, Altlastensanierungen, Abfallrechtlichen Verfahren usw.)
- Durchführung von WISTO / RAL – Verfahren
- Maßnahmen des vorbeugenden Gewässerschutzes
- Maßnahmen zur Gefahrenerkundung und -abwehr bei Gewässerverunreinigungen u. -gefährdungen, einschließlich einer Rufbereitschaft für Schadensfälle
- Durchführung von wasserrechtlichen Zwangsrechtsverfahren
- Klärung grundsätzlicher Fragen im Wasserrecht und Abgrabungsrecht
- AkoPro / UIS (Umweltinformationssystem): Aufbau, Pflege und Fortschreibung, Informationspflicht gegenüber übergeordneter Behörden, Statistik, Beratung

Auftragsgrundlage

Wasserhaushaltsgesetz, Landeswassergesetz NW Abgrabungsgesetz, sowie dazugehörige Erlasse, Verordnungen und Richtlinien

Ziele

Serviceversprechen für garantierte Bearbeitungszeiten für Genehmigungs- u. Erlaubnis-anträge mit Ausnahme formgebundener Verfahren:

Die Untere Wasserbehörde entscheidet in 80 % der Fälle innerhalb von 40 Arbeitstagen nach Vorlage vollständiger und prüffähiger Antragsunterlagen über die Erteilung der beantragten Genehmigungen / Erlaubnisse

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger, Industrie und Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Kommunen und kommunale Unternehmen, Wasserverbände und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts, Wasserversorgungsunternehmen, Straßenbaulastträger Träger öffentlicher Belange

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat II

1.14 Umweltschutz

1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-370.000	-203.600	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-152.189	-165.500	-165.500	-165.500	-165.500	-165.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-203.325	-311.100	-339.226	-339.226	-339.226	-339.226
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.900	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250
10	= Ordentliche Erträge	-728.414	-701.450	-605.976	-605.976	-605.976	-605.976
11	- Personalaufwendungen	1.988.688	2.003.193	2.117.679	2.133.625	2.150.577	2.160.102
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.464	128.208	128.223	128.223	128.223	128.223
14	- Bilanzielle Abschreibungen	420	4.966	5.884	6.228	6.576	6.744
15	- Transferaufwendungen	56.093	40.000				
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	423.631	506.667	354.944	352.993	353.592	353.750
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.480.296	2.683.034	2.606.730	2.621.069	2.638.968	2.648.819
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.751.882	1.981.584	2.000.754	2.015.093	2.032.992	2.042.843
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.751.882	1.981.584	2.000.754	2.015.093	2.032.992	2.042.843
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.751.882	1.981.584	2.000.754	2.015.093	2.032.992	2.042.843
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-11.608	-18.731	-12.576	-11.830	-11.923	-12.000
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	117.205	234.068	169.579	157.183	157.358	157.697
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.857.479	2.196.921	2.157.757	2.160.445	2.178.427	2.188.541

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Umweltschutzmaßnahmen

Unter der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden Landeszuschüsse (Kostenart 414200) für Maßnahmen im Bereich der Altlasten bzw. für den Bereich des Bodenschutzes (Produkt Bodenschutz und Altlasten) vereinnahmt. Für Maßnahmen der Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altlasten sowie für Maßnahmen des Bodenschutzes können Landeszuschüsse in Höhe bis zu 80 % der tatsächlichen Gesamtausgaben beantragt werden.

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Auskünfte aus dem Altflächenkataster (Produkt Bodenschutz und Altlasten), Verwaltungsgebühren für Wasserrechtssachen (Produkt Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen) und weitere allgemeine Verwaltungsgebühren (Produkt Abfall und Produkt Immissionsschutz) veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Erstattungen des Zweckverbandes BAV (Mitgliedsbeitrag AAV, Kostenart 442400) und andere sonstige Kostenerstattungen (Produkt Bodenschutz und Altlasten) angesetzt. Hierzu gehört auch die Kostenerstattung i. R. d. Gefahrenabwehr. Unter andere sonstige Kostenerstattungen fällt die Erstattung von Kosten zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Produkt Abfall). Die Erstattungen vom Land teilen sich in Personalkosten- und Sachkostenerstattung (Kostenart 443906 u. 443907) auf. Erstattungen aller übrigen Bereiche (Kostenart 442900) umfassen die Erstattung von Kosten für Vollstreckungs- und Zwangsmaßnahmen (Produkt Immissionsschutz).

Bei den *sonstigen ordentlichen Erträgen* werden alle Erträge, die nicht einer anderen Kontengruppe zuzuordnen sind, verbucht: beispielsweise die Zwangsgelder (Kostenart 452120) zur Durchführung ordnungsbehördlicher Anordnungen (Produkt Bodenschutz und Altlasten), die Zwangsgeldeinnahmen bei den Produkten Gewässerschutz, -bewirtschaftung, Abgrabungen und Abfall.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Aufwendungen für den Unterhalt der Betriebs- und Geschäftsausstattung und die anderen sonstigen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen gebucht. Hierzu gehört die Beschaffung von Katastermaterial, die Beschaffung von Geräten oder Materialien oder die Kosten der Digitalisierung des Altlasten-Verdachtsflächen-Katasters (Produkt Bodenschutz und Altlasten).

Über der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Aufwendungen für Maßnahmen des Bodenschutzes und der Gefährdungsabschätzung (Kostenart 543903) sowie die Sanierung von Altlasten (Produkt Bodenschutz und Altlasten, Kostenart 543904) und der Mitgliedsbeitrag AAV (gesetzliche

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat II

1.14 Umweltschutz

1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen



Verpflichtung n. d. AAV-Gesetz, Kostenart 544300) verausgabt. Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören auch die Kosten für Wasser und Abwasserproben (Kostenart 542914), andere sonstige Geschäftsaufwendungen für Grundlagenermittlung sowie Dienst- und Schutzkleidung und die Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen (Produkt Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen). Unter Prüfung, Beratung, Rechtsschutz sind die Kosten für Untersuchungen u. Gutachten im Abfallbereich gefasst (Produkt Abfall). Sachverständigen- und Gutachterkosten (Produkt Immissionsschutz) werden auch als sonstiger ordentlicher Aufwand verstanden. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat II

1.14 Umweltschutz

1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-167.800	-203.600	-80.000		-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-150.148	-165.500	-165.500		-165.500	-165.500	-165.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-184.827	-304.750	-335.422		-335.422	-335.422	-335.422
7	+ Sonstige Einzahlungen		-21.250	-21.250		-21.250	-21.250	-21.250
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-502.775	-695.100	-602.172		-602.172	-602.172	-602.172
10	- Personalauszahlungen	1.463.717	1.322.175	1.403.122		1.417.153	1.431.325	1.445.638
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	10.465	127.890	127.890		127.890	127.890	127.890
14	- Transferauszahlungen	37.890	40.000					
15	- sonstige Auszahlungen	313.819	432.580	275.470		275.470	275.470	275.470
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.825.891	1.922.645	1.806.482		1.820.513	1.834.685	1.848.998
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.323.116	1.227.545	1.204.310		1.218.341	1.232.513	1.246.826
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	845						
30	= investive Auszahlungen	845						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	845						

Haushaltsplan 2012

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

Kreisdirektor



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-970	-23.250	-750	-750	-750	-750
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-106.154	-156.200	-136.500	-37.200	-37.200	-37.200
10	= Ordentliche Erträge	-107.124	-179.450	-137.250	-37.950	-37.950	-37.950
11	- Personalaufwendungen	669.300	649.612	683.973	689.911	696.054	700.936
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	252.396	200.217	141.437	1.237	1.237	1.237
14	- Bilanzielle Abschreibungen		1.986	2.354	2.491	2.630	2.697
15	- Transferaufwendungen	97.500	92.500	82.500	82.500	82.500	82.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	202.482	237.183	214.944	237.232	212.894	237.618
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.221.678	1.181.498	1.125.208	1.013.371	995.315	1.024.989
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.114.554	1.002.048	987.958	975.421	957.365	987.039
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.114.554	1.002.048	987.958	975.421	957.365	987.039
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.114.554	1.002.048	987.958	975.421	957.365	987.039
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-35.284	-32.852	-30.705	-29.430	-29.740	-29.751
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	48.170	78.770	82.774	71.151	71.340	71.552
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.127.439	1.047.966	1.040.027	1.017.142	998.965	1.028.840

Haushaltsplan 2012

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

Kreisdirektor



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-944.970	-23.250	-750		-750	-750	-750
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-106.035	-156.200	-136.500		-37.200	-37.200	-37.200
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.051.005	-179.450	-137.250		-37.950	-37.950	-37.950
10	- Personalauszahlungen	576.180	432.474	448.395		452.880	457.409	461.983
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.393.930	210.000	102.700		1.000	1.000	1.000
14	- Transferauszahlungen	95.000	92.500	82.500		82.500	82.500	82.500
15	- sonstige Auszahlungen	156.939	184.035	159.035		184.035	159.035	184.035
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.222.050	919.009	792.630		720.415	699.944	729.518
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.171.045	739.559	655.380		682.465	661.994	691.568

Beschreibung

Eine erfolgreiche mittelständische Wirtschaft kennzeichnet den Oberbergischen Kreis gleichermaßen wie dessen reizvolle Hügellandschaft und Waldreichtum. Der Oberbergische Kreis und dessen Wirtschaftsförderung unterstützen die in seinem Zuständigkeitsbereich ansässigen Betriebe durch eine mittelstandsorientierte Ausrichtung und zielgruppengerechte Angebote. In Kooperation mit den Städten und Gemeinden und wirtschaftspolitisch bedeutsamen Akteuren, wie der IHK Köln, der Fachhochschule Köln, Campus Gummersbach, u.a. wird der Wirtschaftsstandort Oberberg auf diese Weise weiterentwickelt und nach Innen und Außen beworben. Darüber hinaus unterstützt der Oberbergische Kreis ansiedlungsbereite Unternehmen und Gründerinnen und Gründer durch Information, Beratung und die Vermittlung von Förderprogrammen.

Auftragsgrundlage

Vorgaben des Kreistags und des Landrates, Gesetze, Förderrichtlinien, Ausschreibungen in Wettbewerbsverfahren, Gütekriterien der RAL-Gütegemeinschaft „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ und anderer Stellen; Startercentervereinbarung

Ziele

- Ausbau/Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und Rahmenbedingungen sowie der Arbeitsmarktsituation im OBK durch kurzfristig und langfristig angelegte Maßnahmen und Projekte, z.B. in den Bereichen „Mittelstandsorientierte Verwaltung“, „Cluster-Entwicklung“, „Frau und Beruf“ etc.
- Unterstützung von Unternehmen im OBK durch Beratung, Durchführung von Informationsveranstaltungen und Messen, Vermittlung von Förderprogrammen sowie durch aktive Cluster- und Netzwerkarbeit
- Kompetente und zeitnahe Informationen zu gründungsspezifischen Fragen
- Informationen zu Gewerbeimmobilien im OBK durch individuelle Beratung und Präsentation
- Bewerbung des Wirtschaftsstandortes Oberberg auf Messen und in den Medien

Zielgruppen

Kleine, mittlere und große Unternehmen im Oberbergischen Kreis, Gründerinnen und Gründer, Beschäftigte und Arbeitssuchende, Fachämter der Kreisverwaltung, Verbände und Institutionen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.15 Wirtschaft und Tourismus

1.15.01 Wirtschaftsförderung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-970	-23.250	-750	-750	-750	-750
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-106.154	-125.500	-105.800	-6.500	-6.500	-6.500
10	= Ordentliche Erträge	-107.124	-148.750	-106.550	-7.250	-7.250	-7.250
11	- Personalaufwendungen	393.919	423.473	462.769	466.512	470.435	473.101
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	182.396	130.217	141.437	1.237	1.237	1.237
14	- Bilanzielle Abschreibungen		1.986	2.354	2.491	2.630	2.697
15	- Transferaufwendungen	42.500	37.500	27.500	27.500	27.500	27.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	179.282	213.983	191.744	214.032	189.694	214.418
17	= Ordentliche Aufwendungen	798.098	807.160	825.805	711.772	691.496	718.954
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	690.974	658.410	719.255	704.522	684.246	711.704
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	690.974	658.410	719.255	704.522	684.246	711.704
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	690.974	658.410	719.255	704.522	684.246	711.704
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-69.208	-56.880	-55.860	-53.746	-54.340	-54.405
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	46.862	65.598	69.488	59.376	59.576	59.816
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	668.627	667.127	732.883	710.153	689.482	717.115

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.15 Wirtschaft und Tourismus

1.15.01 Wirtschaftsförderung



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wirtschaftsförderung

Unter der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* sind die Finanzierungsbeiträge der Oberbergischen Sparkassen zum „Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ (Kostenart 414700) ausgewiesen. Die Position *Erträge aus Kostenerstattungen* umfasst die Erstattungen vom Land (Kostenart 442200) für den Bildungsscheck.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* ist die Kostenerstattung an die Regionalagentur (Kostenart 528904) sowie verschiedene Projektkosten veranschlagt: Rad Region (Marketing), CheK.NRW (siehe Teilprodukte). Nachrichtlich: Die Kosten für Kreismarketing (Kostenart 529934) sind im Produkt 1.01.02.01 veranschlagt.

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet Zuwendungen/Zuschüsse (Kostenart 531900) an folgende Bereiche: Aufbau regionale EFRE Struktur, Beteiligung an Kosten GO MIT.

Die *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* umfassen die Beiträge zum Verein „Region Köln/Bonn e.V.“ sowie den Mitgliedsbeitrag „Gütegemeinschaft“ (Kostenart 544300), die Defizitübernahme „GTC Gummersbach“ (Kostenart 545300), die Kosten für das „Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung (RAL-Gütezeichen)“ (Kostenart 543901) sowie weitere sonstige Geschäftsaufwendungen (Inanspruchnahme von Informationsdiensten, Beschaffung von Material, Herausgabe von Schriften und sonstige Kosten der Wirtschaftsförderung). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. Die Aufwendungen für das „Bündnis für Familie“ (Kostenart 543902) sind im Produktbereich 1.01.02 abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.15 Wirtschaft und Tourismus

1.15.01 Wirtschaftsförderung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-944.970	-23.250	-750		-750	-750	-750
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-106.035	-125.500	-105.800		-6.500	-6.500	-6.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.051.005	-148.750	-106.550		-7.250	-7.250	-7.250
10	- Personalauszahlungen	307.291	257.047	276.456		279.221	282.013	284.833
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.323.930	140.000	102.700		1.000	1.000	1.000
14	- Transferauszahlungen	40.000	37.500	27.500		27.500	27.500	27.500
15	- sonstige Auszahlungen	143.739	170.835	145.835		170.835	145.835	170.835
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.814.961	605.382	552.491		478.556	456.348	484.168
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	763.956	456.632	445.941		471.306	449.098	476.918

Beschreibung

Mit Blick auf seine landschaftliche Schönheit, die geprägt ist durch eine sanfte Hügellandschaft, Waldreichtum und zahlreiche Talsperren, sowie mit Blick auf ein großes Marktpotential im direkten Umland stellt der Oberbergische Kreis ein attraktives Tourismusziel, insbesondere für den Tages- und Wochenendtourismus, dar. Der heimischen Bevölkerung bieten Natur und Landschaft ein hohes Maß an Lebensqualität. Mit der Beteiligung an der Naturarena Bergisches Land GmbH und durch die Mitgliedschaft im Naturpark Bergisches Land und im Touristik-Verband Oberbergisches Land fördert der Oberbergische Kreis den Tourismus in den Bereichen „Infrastruktur“ und „Marketing“. Eine - mit Blick auf die Gesellschafterstrukturen begrenzte - Einflussnahmemöglichkeit besteht für den OBK insbesondere im Hinblick auf die regelmäßig stattfindenden Gremiensitzungen.

Auftragsgrundlage

Beschlüsse des Kreistages (freiwillige Aufgabe); ggf. Förderbestimmungen

Ziele

- Verbesserung der touristischen Infrastruktur sowie Steigerung des Bekanntheits-grades und des positiven Images des Oberbergischen Kreises als Tourismusregion. Steigerung der Gäste- und Besucherzahlen
- Öffentlichkeitsarbeit durch Herausgabe von Informationsmaterial und Teilnahme an Messen sowie an ausgewählten touristischen Veranstaltungen
- Steigerung der Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung

Zielgruppen

Wirtschaft, Einwohner, Touristen, Kulturschaffende

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.15 Wirtschaft und Tourismus

1.15.02 Tourismus

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-30.700	-30.700	-30.700	-30.700	-30.700
10	= Ordentliche Erträge		-30.700	-30.700	-30.700	-30.700	-30.700
11	- Personalaufwendungen	275.380	226.138	221.204	223.399	225.619	227.835
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	70.000	70.000				
15	- Transferaufwendungen	55.000	55.000	55.000	55.000	55.000	55.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.200	23.200	23.200	23.200	23.200	23.200
17	= Ordentliche Aufwendungen	423.580	374.338	299.404	301.599	303.819	306.035
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	423.580	343.638	268.704	270.899	273.119	275.335
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	423.580	343.638	268.704	270.899	273.119	275.335
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	423.580	343.638	268.704	270.899	273.119	275.335
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	35.232	37.200	38.440	36.090	36.363	36.390
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	458.812	380.838	307.144	306.989	309.482	311.725

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Tourismus

Unter *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* ist die Personalkostenerstattung des Zweckverbandes Naturpark Bergisches Land (Kostenart 442400) veranschlagt. Dem Oberbergischen Kreis obliegt die Geschäftsführung für diesen Zweckverband.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* beinhalten die Kosten zum Projekt "Wege durch die Zeit" (Kostenart 529933; entfällt ab 2012).

Die *Transferaufwendungen* enthalten den Betriebskostenzuschuss (Kostenart 531600) zur Gesellschaft „Naturarena Bergisches Land GmbH“. Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 10.03.2005 beschlossen, dass sich der Oberbergische Kreis an dieser Gesellschaft beteiligt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner der Beitrag zum ZV Naturpark sowie anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.15 Wirtschaft und Tourismus

1.15.02 Tourismus

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen		-30.700	-30.700		-30.700	-30.700	-30.700
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		-30.700	-30.700		-30.700	-30.700	-30.700
10	- Personalauszahlungen	268.889	175.427	171.939		173.659	175.396	177.150
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	70.000	70.000					
14	- Transferauszahlungen	55.000	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000
15	- sonstige Auszahlungen	13.200	13.200	13.200		13.200	13.200	13.200
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	407.089	313.627	240.139		241.859	243.596	245.350
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	407.089	282.927	209.439		211.159	212.896	214.650

Haushaltsplan 2012

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-274.628	-159.030	-86.740			
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-189.998.729	-196.434.105	-207.828.623	-211.288.164	-214.761.995	-216.955.907
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.014.690		-653.918	-571.425	-489.976	-437.484
10	= Ordentliche Erträge	-191.288.047	-196.593.135	-208.569.281	-211.859.589	-215.251.971	-217.393.391
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.964					
15	- Transferaufwendungen	52.124.516	51.322.408	54.241.141	56.460.553	58.585.870	59.495.450
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	692.216		843.319	754.983	675.449	589.510
17	= Ordentliche Aufwendungen	52.819.696	51.322.408	55.084.460	57.215.536	59.261.319	60.084.960
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-138.468.352	-145.270.727	-153.484.821	-154.644.053	-155.990.652	-157.308.431
19	+ Finanzerträge	-399.717	-136.000	-454.000	-454.000	-454.000	-454.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.589.187	3.008.464	3.498.353	3.811.934	3.847.215	3.774.660
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	2.189.470	2.872.464	3.044.353	3.357.934	3.393.215	3.320.660
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-136.278.881	-142.398.263	-150.440.468	-151.286.119	-152.597.437	-153.987.771
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-136.278.881	-142.398.263	-150.440.468	-151.286.119	-152.597.437	-153.987.771
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-136.278.881	-142.398.263	-150.440.468	-151.286.119	-152.597.437	-153.987.771

Haushaltsplan 2012

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

Dezernat I



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-280.569	-159.030	-86.740				
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-189.998.729	-196.434.105	-207.820.436		-211.255.207	-214.712.025	-216.888.470
7	+ Sonstige Einzahlungen	1.260.271						
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-291.412	-136.000	-454.000		-454.000	-454.000	-454.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-189.310.440	-196.729.135	-208.361.176		-211.709.207	-215.166.025	-217.342.470
10	- Personalauszahlungen	-79.686						
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.576						
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	2.577.488	3.008.464	3.498.353		3.811.934	3.847.215	3.774.660
14	- Transferauszahlungen	52.124.516	51.322.408	54.241.141		56.460.553	58.585.870	59.495.450
15	- sonstige Auszahlungen	30.726						
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	54.656.619	54.330.872	57.739.494		60.272.487	62.433.085	63.270.110
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-134.653.821	-142.398.263	-150.621.682		-151.436.720	-152.732.940	-154.072.360
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-735.600		-735.600	-735.600	-735.600
22	+ sonstige Investitionseinzahlungen	-217						
23	= investive Einzahlungen	-217		-735.600		-735.600	-735.600	-735.600
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./. Auszahlung)	-217		-735.600		-735.600	-735.600	-735.600

Beschreibung

Die „Allgemeine Finanzwirtschaft“ stellt kein eigenständiges Produkt im engeren Sinne dar, sondern stellt die Finanzmittel dar, die dem Kreishaushalt produktunabhängig zufließen oder die der Haushalt produktunabhängig zu leisten hat. Aus Transparenzgründen werden hier nur die Finanzmittel und nicht die eigentliche Aufgabenwahrnehmung dargestellt:

Im Ergebnisplan:

- Jagdsteuer
- Schlüsselzuweisungen
- Kreisumlage
- Differenzierte Umlagen: Kreisvolkshochschule, Berufsschulen, Jugendamt
- Umlage an den Landschaftsverband

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), Kommunalabgabengesetz (KAG), Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG), jährliche Haushaltssatzung

Ziele

Senkung bzw. mind. Konstanthalten des Kreisumlagehebesatzes

Zielgruppen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-274.628	-159.030	-86.740			
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-189.998.729	-196.434.105	-207.820.436	-211.255.207	-214.712.025	-216.888.470
10	= Ordentliche Erträge	-190.273.357	-196.593.135	-207.907.176	-211.255.207	-214.712.025	-216.888.470
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-2.149					
15	- Transferaufwendungen	52.124.516	51.322.408	54.241.141	56.460.553	58.585.870	59.495.450
17	= Ordentliche Aufwendungen	52.122.367	51.322.408	54.241.141	56.460.553	58.585.870	59.495.450
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-138.150.990	-145.270.727	-153.666.035	-154.794.654	-156.126.155	-157.393.020
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-138.150.990	-145.270.727	-153.666.035	-154.794.654	-156.126.155	-157.393.020
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-138.150.990	-145.270.727	-153.666.035	-154.794.654	-156.126.155	-157.393.020
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-138.150.990	-145.270.727	-153.666.035	-154.794.654	-156.126.155	-157.393.020

Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe *Steuern und ähnliche Abgaben* beinhaltet die Erträge aus der Jagdsteuer (Kostenart 403400).

Bei den *Zuwendungen und allgemeinen Umlagen* handelt es sich zum überwiegenden Teil um die Kreisumlage (Kostenart 417210). Darüber hinaus werden in dieser Kontengruppe die Schlüsselzuweisungen vom Land (Kostenart 411100) sowie die Umlagen aus den Mehrbelastungen Jugendamt (Kostenart 417220), Berufsschulwesen (Kostenart 417240) und Kreisvolkshochschule (Kostenart 417250) verbucht. In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* wird der Aufwand für die Landschaftsumlage (Kostenart 537240) erfasst. Nähere Erläuterungen können dem Vorbericht entnommen werden.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-280.569	-159.030	-86.740				
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-189.998.729	-196.434.105	-207.820.436		-211.255.207	-214.712.025	-216.888.470
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-190.279.298	-196.593.135	-207.907.176		-211.255.207	-214.712.025	-216.888.470
10	- Personalauszahlungen	10.338						
14	- Transferauszahlungen	52.124.516	51.322.408	54.241.141		56.460.553	58.585.870	59.495.450
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	52.134.854	51.322.408	54.241.141		56.460.553	58.585.870	59.495.450
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-138.144.444	-145.270.727	-153.666.035		-154.794.654	-156.126.155	-157.393.020

Beschreibung

Die „Allgemeine Finanzwirtschaft“ stellt kein eigenständiges Produkt im engeren Sinne dar, sondern stellt die Finanzmittel dar, die dem Kreishaushalt produktunabhängig zufließen oder die der Haushalt produktunabhängig zu leisten hat.

Aus Transparenzgründen werden hier nur die Finanzmittel und nicht die eigentliche Aufgabenwahrnehmung dargestellt:

Im Ergebnisplan:

- Zinserträge
- Zinsaufwendungen

Im Finanzplan:

Einzahlungen und Auszahlungen aus der Tilgung von vergebenen und aufgenommenen Krediten

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), jährliche Haushaltssatzung

Ziele

Einhaltung des Tilgungsvolumens laut Haushaltsplan

Zielgruppen

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft



Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-8.187	-32.957	-49.970	-67.437
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.014.690		-653.918	-571.425	-489.976	-437.484
10	= Ordentliche Erträge	-1.014.690		-662.105	-604.382	-539.946	-504.921
14	- Bilanzielle Abschreibungen	5.113					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	692.216		843.319	754.983	675.449	589.510
17	= Ordentliche Aufwendungen	697.329		843.319	754.983	675.449	589.510
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-317.361		181.214	150.601	135.503	84.589
19	+ Finanzerträge	-399.717	-136.000	-454.000	-454.000	-454.000	-454.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.589.187	3.008.464	3.498.353	3.811.934	3.847.215	3.774.660
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	2.189.470	2.872.464	3.044.353	3.357.934	3.393.215	3.320.660
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.872.109	2.872.464	3.225.567	3.508.535	3.528.718	3.405.249
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.872.109	2.872.464	3.225.567	3.508.535	3.528.718	3.405.249
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.872.109	2.872.464	3.225.567	3.508.535	3.528.718	3.405.249

Planerläuterung Teilergebnisplan

Bei den *Finanzerträgen* werden die Erträge aus Zinsen von Kreditinstituten (Kostenart 461800) vereinnahmt.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft



Zinsen und ähnliche Aufwendungen sind einerseits an das Land zu leistende Zinsen (Kostenart 551200) aus Kreditverbindlichkeiten, andererseits an Kreditinstitute zu leistende Zinsen für langfristige Verbindlichkeiten (Kostenart 551500) und für Kassenkredite (Kostenart 551810).

Die anfallenden Auszahlungen für die Tilgung von Krediten sowie zu erwartende Einzahlungen aus Kreditaufnahmen werden ausschließlich im Gesamtfinanzplan in den Zeilen 33 und 34 abgebildet.

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
7	+ Sonstige Einzahlungen	1.260.271						
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-291.412	-136.000	-454.000		-454.000	-454.000	-454.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	968.858	-136.000	-454.000		-454.000	-454.000	-454.000
10	- Personalauszahlungen	-90.024						
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.576						
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	2.577.488	3.008.464	3.498.353		3.811.934	3.847.215	3.774.660
15	- sonstige Auszahlungen	30.726						
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.521.765	3.008.464	3.498.353		3.811.934	3.847.215	3.774.660
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.490.623	2.872.464	3.044.353		3.357.934	3.393.215	3.320.660
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-735.600		-735.600	-735.600	-735.600
22	+ sonstige Investitionseinzahlungen	-217						
23	= investive Einzahlungen	-217		-735.600		-735.600	-735.600	-735.600
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	-217		-735.600		-735.600	-735.600	-735.600

Haushaltsplan 2012

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft



OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlun gen / - auszahlun gen
5200000 Investitionspauschale										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-735.600		-735.600	-735.600	-735.600		-2.942.400
6	= Summe Einzahlungen			-735.600		-735.600	-735.600	-735.600		-2.942.400
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			-735.600		-735.600	-735.600	-735.600		-2.942.400

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um die sog. **Investitionspauschale** nach dem **GFG**. Die erhaltene Zuwendung wird zunächst zentral vereinnahmt. Im Rahmen des Jahresabschlusses wird die erhaltene Zuwendung einem quasi bezuschussten Vermögensgegenstand zugeordnet. Die Zuwendung erscheint später in der Bilanz als **Sonderposten** auf der Passivseite zwischen dem Eigenkapital und den Rückstellungen. Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes.

Die o. g. Investition/Einnahme wird über die **Finanzstelle 5.200000 (SK 681200)** abgewickelt.

Stellenplan

Stellenplan - Teil A: Beamte

Wahlbeamte und Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2012	Zahl der Stellen 2011	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2011	Vermerke, Erläuterungen
Wahlbeamte	B 7	1	1	1	
	B 4	1	1	1	
Höherer Dienst	B 2	1	2	1	
	A 16	3	2	2	
	A 15	12	11	10	
	A 14	14,5	12,5	12,5	
	A 13	11	12,5	12,5	
Gehobener Dienst	A 13	16,5	14,5	13,5	
	A 12	49,5	43	42	
	A 11	85,5	90,5	89,5	
	A 10	46,5	43	42,5	
	A 9	20	17	14	
Mittlerer Dienst	A 9	33	32	30,5	
	A 8	39,5	39,5	38	
	A 7	3	5	5	
	A 6	1	0	0	
G e s a m t :		338	326,5	315	

Stellenplan - Teil B: Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppe / Sondertarif		Zahl der Stellen 2012	Zahl der Stellen 2011	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2011	Vermerke, Erläuterungen
Entgeltgruppe	15 TVöD	5,5	4,5	4,5	
	14 TVöD	9,5	9,5	9,5	
	13 TVöD	7	8,5	8,5	
	12 TVöD	17,5	20,5	19,5	
	11 TVöD	49,25	44	43	
	10 TVöD	31	26	23	
	9 TVöD	133	151,5	102,5	
	8 TVöD	65	72	55,5	
	7 TVöD	1	0	0	
	6 TVöD	129,5	185,5	90,5	
	5 TVöD	135	32,5	30	
	4 TVöD	2,5	2,5	2,5	
	3 TVöD	13,5	6,5	5,5	
	2 TVöD	8,5	7,5	7,5	
	1 TVöD	0	0	0	
	Sondertarif	44	35	32	
Gesamt:		651,75	606	434	

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - BEAMTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Höherer Dienst				Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				Gesamt
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	
01.01	Politische Gremien									0,5							0,5
01.02	Verwaltungsführung	1	1	1	3			2									8
01.03	Gleichstellung von Frau und Mann							0,5									0,5
01.04	Beschäftigtenvertretung								1								1
01.05	Rechnungsprüfung					1			2,5	2	1						6,5
01.06	Zentrale Dienste					0,5		0,5	0,5		0,5			2			4
01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit							1									1
01.08	Personalmanagement						1		2	3	1	2	2	2			13
01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen					0,5		1	3	1	3	2	3,5	5	1	1	21
01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung					0,5		0,5	2,5	3	3						9,5
01.11	Recht					1	3	0,5									4,5
01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement					0,5		1			0,5			1			3
01.13	Technisches Immobilienmanagement					0,5	1			0,5							2
01.14	Kommunalaufsicht					0,5			2		1,5						4
01.15	Kreispolizeibehörde						1		2			3	1	2			9
02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten					0,5			1	1,5	1			1			5
02.02	Verbraucherschutz					0,5		1		0,5	1						3
02.03	Tiergesundheit					0,5		1		1							2,5
02.04	Verkehrsangelegenheiten							0,5	1	0,5		1,5	1	2	5,5		12
02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse													2,5			2,5

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung -BEAMTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Höherer Dienst				Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				Gesamt	
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7		A 6
07.02	Gutachten und Stellungnahmen						0,5											0,5
07.03	Gesundheitshilfe						0,5	0,5		0,5	4							5,5
07.04	Gesundheitsschutz									1	1,5		1					3,5
09.01	Räumliche Planung					1			3	1,5	0,5							6
09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten					0,5		1	1	3	5,5	2						13
09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement								0,5	0,5								1
09.04	Grundstückswertermittlung					0,5				1								1,5
10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht						1		1	2,5	3,5	1,5	2		0,5			12
10.03	Wohnungsbauförderung										1		1					2
10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung													1				1
10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht									0,5	0,5							1
12.02	ÖPNV								1									1
13.01	Natur und Landschaft									1	4	1,5						6,5
14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser					1		1	1	3	10,5	1		1				18,5
15.01	Wirtschaftsförderung									1,5	1							2,5

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD															Sonder-tarif	Gesamt	
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1			
01.01	Politische Gremien										0,5								0,5
01.02	Verwaltungsführung							2	4										6
01.04	Beschäftigtenvertretung							1	1										2
01.05	Rechnungsprüfung				1							1							2
01.06	Zentrale Dienste					1		0,5	2,5	1	8	3	1						17
01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit					1													1
01.08	Personalmanagement										1	1,5							2,5
01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen							1	4,5		0,5	1							7
01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung				3,5	1	0,5	2			0,5								7,5
01.11	Recht											1							1
01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement								2		9					8,5			19,5
01.13	Technisches Immobilienmanagement					4,5	1				0,5								6
01.15	Kreispolizeibehörde					1					2								3
02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten								0,5			0,5		0,5					1,5
02.02	Verbraucherschutz							5			0,5								5,5
02.03	Tiergesundheit		3			1		1	2										7
02.04	Verkehrsangelegenheiten							1	3		5	2							11
02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse					1		1	2,5		1								5,5
02.06	Kfz-Angelegenheiten					1			11		4	3							19
02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen							3,5	1			0,5		0,5					5,5

Stellenübersicht - Teil B: Dienstkräfte in Ausbildung

Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Bezeichnung	Art der Vergütung	Zahl 2012	Zahl 2011	Zahl am 01.10.2011	Vermerke, Erläuterungen
Kreisinspektoranwärter/in	Anwärterbezüge	17	17	16	
Kreissekretäranwärter/in	Anwärterbezüge	6	7	7	
Kreisbauoberinspektoranwärter/in	Anwärterbezüge	1	1	1	
Kauffrau/mann für Bürokommunikation	Ausbildungsvergütung	13	15	15	
Informatikkaufmann/frau	Ausbildungsvergütung	1	1	1	
Vermessungstechniker/in	Ausbildungsvergütung	3	1	1	
Forstwirt	Ausbildungsvergütung	2	1	1	
Lebensmittelkontrolleur/in	Ausbildungsvergütung	1	1	1	
Praktikanten	Pauschale	3	3	3	
Gesamt:		47	47	46	

Übersichten

Übersicht über die Bürgschaften

Bürgschaft gewährt für	Betrag	Bank	Art
<i>Elterninitiative "Kleine Freunde" e.v. Hemmerholzer Weg 18, 51597 Morsbach</i>	51.129 €	KSK Köln	Ausfallbürgschaft
<i>Neubau des Kindergartens Engelskirchen-Schnellenbach</i>	Der OBK übernimmt als zuständiger örtlicher Träger der öffentl. Jugendhilfe für die Mietzahlungen aus dem Mietvertrag zw. der Bauunternehmung und der Johanniter Unfallhilfe e.V. die Bürgschaft. (siehe KT-Beschluss v. 18.03.2004)		
<i>Neubau des Kindergartens Engelskirchen-Osberghausen</i>	Der OBK übernimmt als zuständiger örtlicher Träger der öffentl. Jugendhilfe für die Mietzahlungen aus dem Mietvertrag zw. der Bauunternehmung und der Johanniter gGmbH die Bürgschaft. (siehe KT-Beschluss v. 22.09.2005)		
<i>Übernahme von Ausfallbürgschaften Kreiskrankenhaus Waldbröl</i>	Der OBK übernimmt als Gesellschafter des <i>Klinkums Oberberg</i> entsprechend seinem Gesellschafteranteil gem. § 18 des Gesellschaftsvertrages in Höhe v. 95,7 % (= 3.349.500 €) eine Ausfallbürgschaft für den von der Kreissparkasse Köln zur Verfügung gestellten Darlehensrahmen. Die Bürgschaft gilt zeitlich begrenzt für die Dauer bis zum 30.06.2025 (siehe KT-Beschluss v. 25.09.2008). Die Übernahme einer weiteren Ausfallbürgschaft für den von der Kreissparkasse Köln zur Verfügung gestellten Darlehensrahmen zur Sicherung des Gesamtanierungsbedarfs des Bettenhauses in Höhe von 17.274.600 € hat der Kreistag am 13.10.2011 beschlossen.		
<i>Gemeinnützige Gesellschaft "Das Bergische gGmbH" Eichenhofstr. 31, 51789 Lindlar</i>	Der Rheinisch-Bergische Kreis, der Oberbergische Kreis und der Zweckverband Naturpark Bergisches Land übernehmen eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von maximal 1.744.404 € für die durch das Land NRW gewährten Fördermittel (Projekt Wege durch die Zeit).		

Übersicht über den Stand von Sonderabgaben

Sonderabgaben sind einmalige oder laufende öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die im Gegensatz zu Steuern nicht der allgemeinen Mittelbeschaffung sondern der Finanzierung eines bestimmten Sachzwecks dienen. Im Gegensatz zu Gebühren und Beiträgen stellen sie keine Entgelte für eine empfangene oder bevorzugt angebotene Leistung des öffentlich-rechtlichen Gemeinwesens dar. Zu den Sonderabgaben zählen auch Leistungen, bei denen an Stelle der Finanzierungsfunktion die Antriebs- und Ausgleichsfunktion im Vordergrund steht.

Bei den nach § 5 des Landschaftsgesetzes NW erhobenen Ersatzgeldern handelt es sich um Sonderabgaben, die zweckgebunden für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu verwenden sind. Ersatzgelder werden erhoben, wenn bei einem Eingriff in Natur und Landschaft der erforderliche Ausgleich vom Verursacher nicht durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen durchgeführt werden kann.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17.07.2003 (BverfG 2 BvL 1/99) sind die Länder verpflichtet, dem Haushalt als Anlage eine Übersicht über den Bestand und die Entwicklung von Sonderabgaben beizufügen. Analog zu dieser Regelung ist nachfolgend der Bestand und die Entwicklung der Ersatzgelder nach Landschaftsgesetz aufgeführt:

Übersicht über den Stand und die Entwicklung der Ersatzgelder gemäß § 5 Landschaftsgesetz:

Produktgruppe 1.13.01 Natur und Landschaft	Anfangsbestand 2011	Einnahmen 2011	Ausgaben 2011	Endbestand 2011 (=Anfangsbestand 2012)
Pflegemaßnahmen	119.529,74 €	18.688,80 €	14.161,03€	124.057,51 €
Investitionen	143.933,56 €	0,00 €	654,46 €	143.297,10 €
Gesamtbestand	263.463,30 €	18.688,80 €	14.815,49 €	267.354,61 €

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan 2010, 2011 und 2012

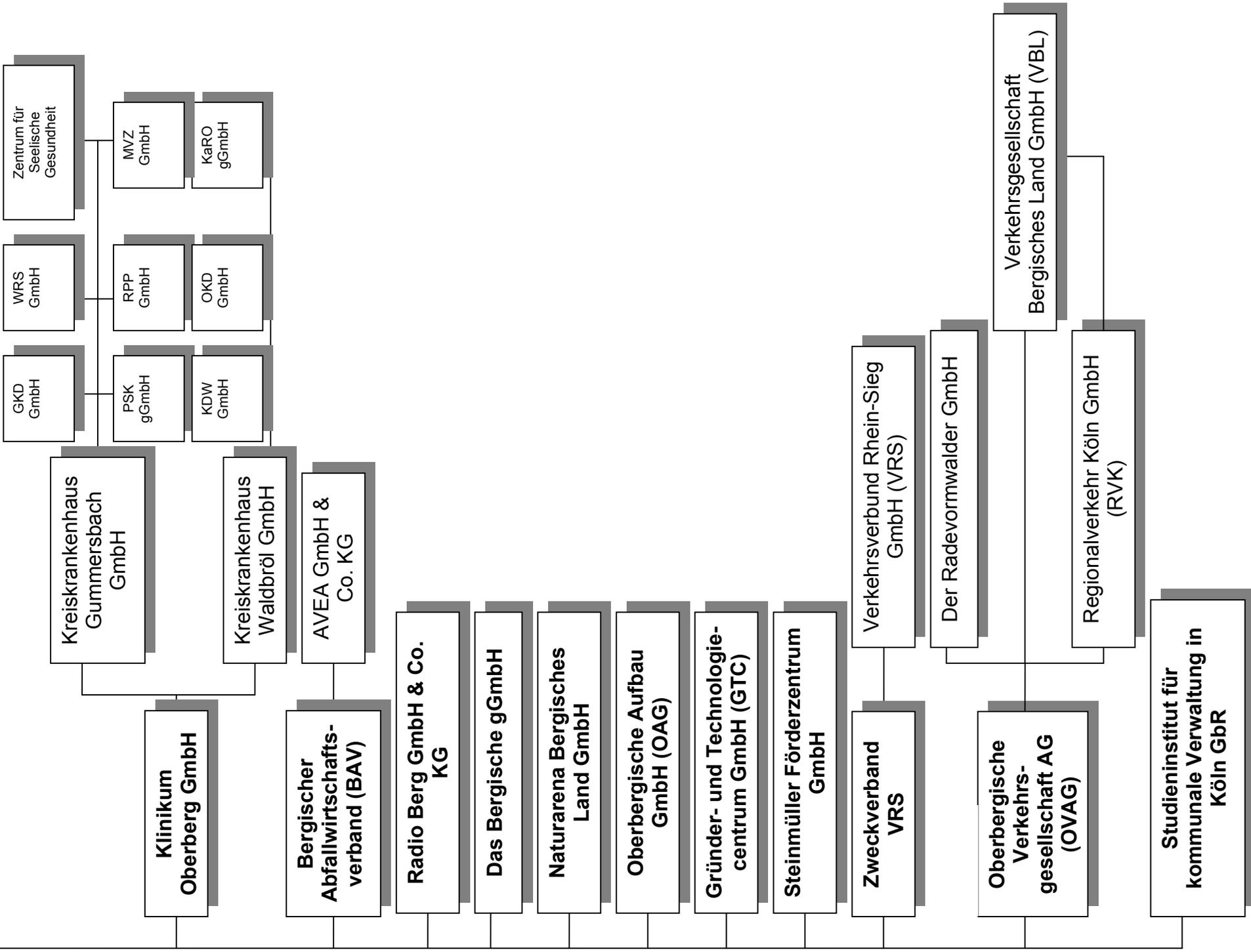
Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres	Voraussichtlich fällige Ausgaben					
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Euro	Euro	Euro	Euro		
2010	15.220.000 €	5.150.000 €	4.915.000 €			
2011		3.985.000 €	2.900.000 €	1.610.000 €		
2012			3.000.000 €	1.350.000 €	2.130.000 €	
2013						
Summe	15.220.000 €	9.135.000 €	10.815.000 €	2.960.000 €	2.130.000 €	

Übersicht über den Stand der Kreditverbindlichkeiten

Art der Verbindlichkeit	Stand am Ende des Haushaltsjahres 2009 31.12.2009 Tsd. Euro	Stand am Ende des Haushaltsjahres 2010 31.12.2010 Tsd. Euro	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2012 01.01.2012 Tsd. Euro	Stand zum Ende des Haushaltsjahres 2012 31.12.2012 Tsd. Euro
1. Anleihen				
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen				
2.1 von verbundenen Unternehmen				
2.2 von Beteiligungen				
2.3 von Sondervermögen				
2.4 vom öffentlichen Bereich				
2.4.1 vom Bund				
2.4.2 vom Land	1.632 T€	1.628 T€	1.626 T€	1.626 T€
2.4.3 von Gemeinden (GV)				
2.4.4 von Zweckverbänden				
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich	41.463 T€	52.031 T€	53.934 T€	63.911 T€
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen				
2.5 vom privaten Kreditmarkt				
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten				
2.5.2 von übrigen Kreditgebern				
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung				
3.1 vom öffentlichen Bereich	29.210 T€	29.650 T€	29.180 T€	
3.2 vom privaten Kreditmarkt				
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen				
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen				
7. Sonstige Verbindlichkeiten				
8. Summe aller Verbindlichkeiten	72.305 T€	83.309 T€	84.740 T€	65.537 T€
Nachrichtlich anzugeben: Haftungsverhältnis aus der Bestellung von Sicherheiten: z.B. Bürgschaften u.a.	Siehe Anlage			

Beteiligungen

Oberbergischer Kreis



Übersichten gem. § 1 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO

Informationen zu **Beteiligungen** an Unternehmen in privater Rechtsform können dem Beteiligungsbericht entnommen werden, welcher jährlich fortgeschrieben wird.

Erfolgspläne/Wirtschaftspläne

gem. § 2 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO

Die Planungsunterlagen für das Geschäftsjahr 2012 der
Gesellschaften *Klinikum Oberberg* und *OVAG* liegen noch nicht vor.

Zuwendungen an die Kreistagsfraktionen

gem. § 40 Abs. 3 KrO

Zuwendungen an Fraktionen - Teil A: Geldleistungen

Nr.	Fraktion	Haushaltsansatz		Ergebnis der	Erläuterungen
		2012 EUR	2011 EUR	2010 EUR	
1	2	3	4	5	6
1	CDU - Kreistagsfraktion	38.420	38.420	38.420	<p>Nach § 40 KrO i.V.m. § 12 der Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis gewährt der Kreis den Fraktionen folgende Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung:</p> <p>1. Grundbetrag je Fraktion 9.040,00 Euro jährlich</p> <p>2. Betrag je Fraktionsmitglied 1.130,00 Euro jährlich</p> <p>Für 2012 ergibt sich ein Gesamtzuwendungsbetrag von 118.650 €. Geldwerte Leistungen werden nicht gewährt.</p> <p>(Die UWG-Fraktion hat nur ca. 2 Monate bestanden, anschließend, am 24.05.2011, erfolgte die Gründung der DU/FWO-Fraktion.)</p>
2	SPD - Kreistagsfraktion	25.990	25.990	25.990	
3	FDP - Kreistagsfraktion	15.820	15.820	15.820	
4	Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	15.820	15.820	15.820	
5	Kreistagsfraktion DIE LINKE	11.300	11.300	11.300	
6	UWG - Kreistagsfraktion	./.	1.400	./.	
7	DU/FWO-Kreistagsfraktion	11.300	6.834,70	./.	

Zuwendungen an Fraktionen - Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: CDU-Kreistagsfraktion, SPD-Kreistagsfraktion, Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP-Kreistagsfraktion, DU/FWO-Kreistagsfraktion (seit dem 24.05.2011) und Kreistagsfraktion DIE LINKE (die UWG-Kreistagsfraktion bestand nur vom 03.03. – 23.05.2011)				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	2012	2011	mehr (+) weniger (-)	
	EUR	EUR	EUR	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit	0	0		
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)				
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)				
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0	0		
3. Bereitstellung von Räumen	0	0		
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle				
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen				
4. Bereitstellung einer Büroausstattung	0	0		
4.1 Büromöbel und -maschinen				
4.2 sonstiges Büromaterial				
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für	0	0		
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)				
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften				
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen				
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage				
6. Sonstiges	0	0		

Zuordnung von Ausschüssen zu Produktgruppen

Zuordnung von Ausschüssen zu Produktgruppen

Produktbereich	Produktgruppe	Bezeichnung	Ausschuss
Gesamtergebnisplan			KT / KA / FinanzA
Gesamtfinanzplan			KT / KA / FinanzA
1.01	Innere Verwaltung		
	1.01.01	Politische Gremien	KT / KA
	1.01.02	Verwaltungsführung	KT / KA
	1.01.03	Gleichstellung von Mann und Frau	KT / KA
	1.01.04	Beschäftigtenvertretung	KT / KA
	1.01.05	Rechnungsprüfung	KT / RPA
	1.01.06	Zentrale Dienste	KT / KA
	1.01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	KT / KA
	1.01.08	Personalmanagement	KT / KA
	1.01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	Finanzausschuss
	1.01.10	Organisationsangelegenh. u. technischerunterstützte Informationsverarbeitung	KT / KA
	1.01.11	Recht	KT / KA
	1.01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement	Bauausschuss
	1.01.13	Technisches Immobilienmanagement	Bauausschuss
	1.01.14	Kommunalaufsicht	KT / KA
	1.01.15	Kreispolizeibehörde	KT / KA / Polizeibeirat
1.02	Sicherheit und Ordnung		
	1.02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten	KT / KA
	1.02.02	Verbraucherschutz	Umweltausschuss
	1.02.03	Tiergesundheit	Umweltausschuss
	1.02.04	Verkehrsangelegenheiten	KT / KA
	1.02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse	KT / KA
	1.02.06	Kfz-Angelegenheiten	KT / KA
	1.02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen	KT / KA
	1.02.08	Statistik	Kreisentwicklungsausschuss
	1.02.09	Wahlen	KT / KA
	1.02.10	Bevölkerungsschutz	Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ...
	1.02.11	Rettungsdienst	Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ...
1.03	Schulträgeraufgaben		
	1.03.01	Förderschulen	Schulausschuss
	1.03.02	Berufskollegs	Schulausschuss
	1.03.03	Schülerbeförderung	Schulausschuss
	1.03.04	Sonstige schulische Aufgaben	Schulausschuss
1.04	Kultur und Wissenschaft		
	1.04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung	Kulturausschuss
	1.04.02	Volkshochschule	Kulturausschuss
	1.04.03	Museum	Kulturausschuss
	1.04.04	Heimatbildstelle	Schulausschuss
1.05	Soziale Leistungen		
	1.05.01	Unterstützung von Senioren	Sozialausschuss
	1.05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen	Sozialausschuss
	1.05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	Sozialausschuss
	1.05.04	Betreuungsleistungen	Sozialausschuss

Produktbereich	Produktgruppe	Bezeichnung	Ausschuss
1.06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		
	1.06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	Jugendhilfeausschuss
	1.06.02	Jugendarbeit und Familienförderung	Jugendhilfeausschuss
	1.06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	Jugendhilfeausschuss
	1.06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz	KT / KA
1.07	Gesundheitsdienste		
	1.07.01	Gesundheitsförderung	Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ...
	1.07.02	Gutachten und Stellungnahmen	Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ...
	1.07.03	Gesundheitshilfe	Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ...
	1.07.04	Gesundheitsschutz	Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ...
1.08	Sportförderung		
	1.08.01	Sportförderung	Sportausschuss
1.09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen		
	1.09.01	Räumliche Planung	Kreisentwicklungsausschuss
	1.09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten	Kreisentwicklungsausschuss
	1.09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement	Kreisentwicklungsausschuss
	1.09.04	Grundstückswertermittlung	Kreisentwicklungsausschuss
1.10	Bauen und Wohnen		
	1.10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	Bauausschuss
	1.10.02	Denkmalschutz u. Denkmalpflege	Bauausschuss
	1.10.03	Wohnungsbauförderung	Bauausschuss
	1.10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung	Bauausschuss
	1.10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht	Bauausschuss
1.12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV		
	1.12.01	Öffentliche Verkehrsflächen	Bauausschuss
	1.12.02	ÖPNV	Kreisentwicklungsausschuss
1.13	Natur- und Landschaftspflege		
	1.13.01	Natur und Landschaft	Umweltausschuss
	1.13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft	Finanzausschuss
1.14	Umweltschutz		
	1.14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser	Umweltausschuss
1.15	Wirtschaft und Tourismus		
	1.15.01	Wirtschaftsförderung	Kreisentwicklungsausschuss
	1.15.02	Tourismus	Kreisentwicklungsausschuss
1.16	Allgemeine Finanzwirtschaft		
	1.16.01	Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen	Finanzausschuss
	1.16.02	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	Finanzausschuss

Baumaßnahmen werden dem jeweiligen Sachgebiet bzw. der Produktgruppe zugeordnet, z. B. werden Straßenbaumaßnahmen in der Produktgruppe 1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen abgebildet, Baumaßnahmen im Schulbereich werden im Produktbereich Schulträgeraufgaben ausgewiesen, usw. (Der Produktbereich Schulträgeraufgaben ist aber grundsätzlich dem Schulausschuss zugeordnet). Die Baumaßnahmen sind deshalb im Vorbericht nochmals dargestellt.

Finanzstellen (PSP-I)

Investitionselemente / Finanzstellen

Auch im doppischen Haushaltsrecht kann auf eine Planung der Einzahlungen und Auszahlungen, insbesondere für Investitionen, nicht verzichtet werden. Der Oberbergische Kreis erlässt für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung. Diese nennt neben Summen der Aufwendungen und Erträge auch die Summen der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen. Die Ein- und Auszahlungen, bei denen auch künftig zwischen „laufenden“ Ausgaben und Investitionsausgaben unterschieden wird sowie der erforderliche Kreditbedarf, werden im Finanzplan und in der Finanzrechnung ausgewiesen. Zudem werden die Investitionsmaßnahmen im Einzelnen separat im Haushaltsplan neben dem Ergebnis- und Finanzplan ausgewiesen, dabei wird nochmals zwischen Investitionsmaßnahmen oberhalb bzw. unterhalb der Wertgrenze unterschieden, vgl. § 7 der Haushaltssatzung. Baumaßnahmen im Bereich Hoch- oder Tiefbau sowie einzelne Investitionen (oberhalb der Wertgrenze) werden einzeln ausgewiesen. Typische Ersatzbeschaffungen (Mobiliar, ADV-Ausstattung, Laborgeräte, etc.) werden dagegen häufig zusammengefasst. Die Planansätze (Einzahlungen/Auszahlungen) für die Investitionsmaßnahmen werden auf sog. *PSP-Investitionselementen* (alternative Bezeichnung: Finanzstellen) geführt, die Investitionselemente besitzen damit eine strukturierende Funktion und bilden gewissermaßen das Investitionsprogramm für das aktuelle Haushaltsjahr. Für die Zuordnung von Einzahlungen und Auszahlungen zur Investitionstätigkeit kommt es darauf an, ob die Zahlungsströme vermögenswirksam sind. Wird dagegen kein neues Sachvermögen geschaffen, sind die erbrachten Leistungen vielmehr als „Erhaltungsaufwand bzw. als Unterhaltungsaufwand“ zu qualifizieren. Die Auszahlungen dafür dürfen dann nicht mit Krediten für Investitionen finanziert werden, sondern stellen Aufwendungen dar, die im Ergebnisplan zu veranschlagen sind (vgl. auch Ausführungen im Vorbericht zum Thema Kreisstraßen). Auf den folgenden Seiten werden die Planungselemente nachrichtlich aufgelistet. Der Ressourcenverbrauch, der durch die Abnutzung von beweglichen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens entsteht, wird über die planmäßigen Abschreibungen erfasst (vgl. § 35 GemHVO NRW). Diese planmäßigen Abschreibungen (= Aufwand, keine Auszahlung) sind unter den entsprechenden Haushaltsposition im Ergebnisplan zu veranschlagen. Die Abschreibungssimulation für den Haushaltsplan berücksichtigt aber nicht nur die geplanten Anlagen, sondern auch die Auswirkungen der Alt-Anlagen aus der Eröffnungsbilanz (Gebäude, Straßen, etc.) bzw. der Investitionen der vergangenen Jahre.

Finanzstelle	PSP-Element	Bezeichnung	Amt
5.101002	5.101002.710	Einrichtung Telearbeitsplätze	Amt 10
5.101003	5.101003.720	Einrichtung Telearbeitsplätze GWG	Amt 10
5.101010	5.101010.720	GWG, Inventar, Bewegl. Vermögen	Amt 10
5.101020	5.101020.710	Verwaltungsvermögen (über 410 EUR)	Amt 10
5.200010	5.200010.620	Rückzahlung Geschäftsanteile (Beteilig.)	Amt 20
5.206398	5.206398.730	Kapitalstock Pensionsrückstellung	Amt 20
5.208550	5.208550.710	Ersatzbeschaffung, Geräte (Forsten)	Amt 20
5.208560	5.208560.720	GWG Ersatzbeschaffungen Geräte (Forsten)	Amt 20
5.208570	5.208570.700	Erwerb Grundstücke/Forsten	Amt 20
5.230001	5.230001.700	Anbau Kreishaus BHKW	Amt 23
5.230002	5.230002.700	Notstromaggregat Kreishaus	Amt 23
5.230003	5.230003.700	Blockheizkraftwerk Kreishaus	Amt 23
5.230350	5.230350.710	Ersatzbeschaffung, Geräte (ZIM)	Amt 23
5.230352	5.230352.720	GWG Geräte (ZIM)	Amt 23
5.231300	5.231300.700	Baumaßnahmen Brandschutzzentrum	Amt 23
5.231300	5.231300.605	Konjunkturpaket II	Amt 23
5.231300	5.231300.720	Ausstattung GWG Brandschutzzentrum	Amt 32
5.231300	5.231300.710	Ausstattung BGA Brandschutzzentrum	Amt 32
5.231300	5.231300.600	Investitionspauschale (anteilig)	Amt 23
5.232400	5.232400.710	Ersatzbeschaffung, Geräte (ZIM-BK)	Amt 23
5.232410	5.232410.700	Fassadensanierung BK-Dieringhausen	Amt 23
5.232410	5.232410.605	Investitionspauschale (anteilig)	Amt 23
5.232414	5.232414.700	Erweiterung BK-Wipperfürth	Amt 23
5.232415	5.232415.700	Fahrradparkplatz BKO Wipperfürth	Amt 23
5.232415	5.232415.605	Einnahmen/LZ 2011	Amt 23
5.232450	5.232450.700	Erweiterung BK Waldbröl	Amt 23
5.232770	5.232770.700	Ausbau FS f. emotionale u. soziale Entw.	Amt 23
5.233211	5.233211.700	Erweiterung Schloss Homburg	Amt 23
5.233211	5.233211.605	Erweit.Schl.Hom. (Zuschuss)	Amt 23
5.234601	5.234601.710	Erwerb Sanitärcontainer Jgd.-zeltplatz	Amt 23
5.238550	5.238550.620	Vermögensveräuß. lw.Nutzfl., Grundstücke	Amt 23
5.238550	5.238550.700	Erwerb lw. Nutzfläche, Grundstück	Amt 23
5.238560	5.238560.700	Erwerb Grundstücke/Freiflächen	Amt 23
5.238800	5.238800.620	Vermögensveräuß. Gesundheitsamt W'fürth	Amt 23
5.300010	5.300010.710	Digitaltechnik	Amt 30
5.321001	5.321001.710	Jagdwaffen i. R. d. Jägerprüfung	Amt 32
5.321002	5.321002.710	Abschiebebus (Ausländeramt)	Amt 32
5.323001	5.323001.605	LZ zur Förderung des Feuerschutzes	Amt 38
5.323001	5.323001.710	Ersatzbeschaffung, Geräte (BSZ)	Amt 38
5.323002	5.323002.720	GWG, Geräte, Inventar (BSZ)	Amt 38
5.323003	5.323003.710	Ausstattung Katastrophenschutz 2009	Amt 38
5.323004	5.323004.710	Ausstattung Kreisleitstelle	Amt 38
5.323005	5.323005.710	Atemschutzreserve	Amt 38
5.323006	5.323006.710	Ausstattung Großschadensereign.	Amt 38
5.323006	5.323006.600	LZ Hilfe bei Großschadensereign.	Amt 38
5.323007	5.323007.720	GWG - Ausstattung Katastrophenschutz	Amt 38
5.323008	5.323008.710	Ausstattung der Rettungswachen	Amt 38
5.323008	5.323008.620	Veräußerungserlöse	Amt 38
5.323008	5.323008.605	Investitionskostenzuschuss	Amt 38
5.323014	5.323014.720	GWG - Ausstattung Kreisleitstelle	Amt 38
5.323018	5.323018.720	GWG - Ausstattung der Rettungswachen	Amt 38
5.323020	5.323020.710	Digitalfunk BOS	Amt 38
5.323022	5.323022.710	Gerätewagen Messtechnik	Amt 38
5.323030	5.323030.700	Baumaßnahmen Rettungswachen	Amt 38
5.323035	5.323035.710	Beschaffung Kfz f.d. RD	Amt 38
5.323040	5.323040.710	Medizinische Geräte RD	Amt 38

Finanzstelle	PSP-Element	Bezeichnung	Amt
5.323045	5.323045.710	Dekontaminationsschleuse	Amt 38
5.323050	5.323050.700	Investition RW Wipperfürth	Amt 38
5.323050	5.323050.605	Zuwendung RW Wipperfürth	Amt 38
5.323060	5.323060.700	Investition RW Reichshof-Sinspert	Amt 38
5.323060	5.323060.605	Zuwendung RW Reichshof-Sinspert	Amt 38
5.323060	5.323060.620	Vermögensveräußerung / Rückzahl.v.Zuwend	Amt 38
5.360001	5.360001.710	Verkehrssicherung, Geräte etc.	Amt 36
5.360010	5.360010.710	Kassensystem SVA	Amt 36
5.390001	5.390001.710	BGA / Mediz.Geräte/Laborgeräte (Amt 39)	Amt 39
5.390002	5.390002.720	GWG / Mediz.Geräte/Laborgeräte (Amt 39)	Amt 39
5.390003	5.390003.710	Erwerb Tierseuchencontainer Amt 39	Amt 39
5.390004	5.390004.730	Anteile Untersuchungsinstitut Rheinland	Amt 39
5.400010	5.400010.710	BuG - BK Dieringhausen (über 410 EUR)	Amt 40
5.400020	5.400020.720	GwG - BK Dieringhausen	Amt 40
5.400030	5.400030.710	BuG - BK Gummersbach (über 410 EUR)	Amt 40
5.400040	5.400040.720	GwG - BK Gummersbach	Amt 40
5.400050	5.400050.710	BuG - BK Wipperfuertth (über 410 EUR)	Amt 40
5.400060	5.400060.720	GwG - BK Wipperfürth	Amt 40
5.400110	5.400110.710	BuG - Helen-Keller-Schule (Wiehl)	Amt 40
5.400120	5.400120.720	GwG - Helen-Keller-Schule (Wiehl)	Amt 40
5.400130	5.400130.710	BuG - Anne-Frank-Schule (W'fürth)	Amt 40
5.400140	5.400140.720	GwG - Anne-Frank-Schule (W'fürth)	Amt 40
5.400150	5.400150.710	BuG - FS Sprache (Oberwiehl)	Amt 40
5.400160	5.400160.720	GwG - FS Sprache (Oberwiehl)	Amt 40
5.400170	5.400170.710	BuG - Schule f. Kranke (Windhagen)	Amt 40
5.400180	5.400180.720	GwG - Schule f. Kranke (Windhagen)	Amt 40
5.400190	5.400190.710	BuG - FS Emot. Entwickl. (Vollmerh.)	Amt 40
5.400200	5.400200.720	GwG - FS Emot. Entwickl. (Vollmerh.)	Amt 40
5.402931	5.402931.710	BGA - Schulpsychologischer Dienst	Amt 40
5.402932	5.402932.720	GWG - Schulpsychologischer Dienst	Amt 40
5.402933	5.402933.710	BGA - Bildungsnetzwerk	Amt 40
5.402934	5.402934.720	GWG - Bildungsnetzwerk	Amt 40
5.402935	5.402935.710	BGA - Heimatbildstelle	Amt 40
5.402936	5.402936.720	GWG - Heimatbildstelle	Amt 40
5.402950	5.402950.715	Immat. VG, Lizenzen (Medienzentrum)	Amt 40
5.410000	5.410000.710	Museumsgut u. Exponate	Amt 41
5.410010	5.410010.710	BuG - Inventar über 410 (Museum)	Amt 41
5.410020	5.410020.720	GwG - Inventar unter 410 (Museum)	Amt 41
5.410030	5.410030.710	BuG - Kulturgeschichtl. Dauerausst.	Amt 41
5.410040	5.410040.720	GwG - Kulturgeschichtl. Dauerausst.	Amt 41
5.430001	5.430001.710	BGA, Lehr-/Lernmittel, KVHS	Amt 43
5.430002	5.430002.720	GWG, Lehr-/Lernmittel (KVHS)	Amt 43
5.430011	5.430011.710	BGA, Lehr-/Lernmittel (Altenpfl.seminar)	Amt 43
5.430012	5.430012.720	GWG, Lehr-/Lernmittel (Altenpfl.seminar)	Amt 43
5.510030	5.510030.700	Investitionsförderung KiTa	Amt 51
5.510030	5.510030.605	Investitionsförderung (LZ)	Amt 51
5.510040	5.510040.710	Aufenthaltswagen für Kinder	Amt 51
5.515701	5.515701.710	BGA / Therap./Psych.Testverfahren (PBS)	Amt 51
5.515702	5.515702.720	GWG / Therap./Psych.Testverfahren (PBS)	Amt 51
5.530000	5.530000.710	Geräte f. schul-/ärztl. Bereich	Amt 53
5.530002	5.530002.720	GWG / Mediz.Geräte/Laborgeräte (Amt 53)	Amt 53
5.610000	5.610000.700	Grunderw. Maßn. innerh./außerh. LP	Amt 61
5.610000	5.610000.605	LZ/SoPo Maßnahmen innerh./außerh. LP	Amt 61
5.610010	5.610010.700	Durchf. Ersatzmaßn. (Grunderw.)	Amt 61
5.610010	5.610010.605	Ersatzgeldzahlungen / Einnahme / SoPo	Amt 61
5.610040	5.610040.700	KVHS Akademie für Pflegeberufe	Amt 61

Finanzstelle	PSP-Element	Bezeichnung	Amt
5.610040	5.610040.605	LZ Konjunkturpaket II (anteilig)	Amt 20
5.610050	5.610050.700	Haus der Wirtschaft	Amt 61
5.620001	5.620001.710	BGA / Techn.Geräte (Katasteramt)	Amt 62
5.620002	5.620002.720	GWG / Techn.Geräte (Katasteramt)	Amt 62
5.620003	5.620003.710	Kfz vermessungstechnischer AD	Amt 62
5.660001	5.660001.620	Grundstücksveräußerungen	Amt 66
5.660002	5.660002.700	Planung der Kreisstraßenprojekte	Amt 66
5.660003	5.660003.700	Eigenfinanz. Straßenbaumaßnahmen (Ausg.)	Amt 66
5.660003	5.660003.605	Eigenfi.Straßenbaum. (Einn./Erstattung)	Amt 66
5.660004	5.660004.700	Straßenbegleit. Radwege (Baumaßnahme)	Amt 66
5.660004	5.660004.605	Straßenbegleit. Radwege (Zuschuss)	Amt 66
5.660004	5.660004.600	Straßenbegleit. Radwege (Erstatt.)	Amt 66
5.660004	5.660004.100	Straßenbegleit. Radwege (Grunderw.)	Amt 66
5.660040	5.660040.700	Ergänzung der Straßenausstattung	Amt 66
5.660060	5.660060.700	Beteiligungen an Baumaßn. Dritter	Amt 66
5.660070	5.660070.600	Einnahmen aus Maßnahmenabwicklung	Amt 66
5.661701	5.661701.700	Verk.sich. K17 Rölefeld	Amt 66
5.661801	5.661801.700	Ausbau K18/39 Dohrgaul	Amt 66
5.662301	5.662301.700	Verk.sich. K23 Belmicke	Amt 66
5.662302	5.662302.700	Knoten K23/Bahnstr.	Amt 66
5.662302	5.662302.200	Knoten K23/Bahnstr (Grunderw.)	Amt 66
5.662302	5.662302.605	Knoten K23/Bahnstr. (Zuschuss)	Amt 66
5.662302	5.662302.600	Knoten K23/Bahnstr. (Erstattungen)	Amt 66
5.662303	5.662303.700	Knoten K23/B55 (Kreisanteil)	Amt 66
5.662303	5.662303.605	Knoten K23/B55 (Zuschuss)	Amt 66
5.662303	5.662303.200	Knoten K23/B55 (Grunderw.)	Amt 66
5.662401	5.662401.700	Umbau K24 Schmitzhöhe	Amt 66
5.662801	5.662801.605	Verlängerung K28 (Zuschuss)	Amt 66
5.662801	5.662801.600	Verlängerung K28 (Erstattung)	Amt 66
5.662801	5.662801.700	Verlängerung K28 (Baumaßnahme)	Amt 66
5.662801	5.662801.200	Verlängerung K28 (Grunderwerb)	Amt 66
5.662901	5.662901.700	Umbau K29/Unterommer (Baumaßnahme)	Amt 66
5.662901	5.662901.605	Umbau K29/Unterommer (Zuschuss)	Amt 66
5.662901	5.662901.200	Umbau K29/Unterommer (Grunderw.)	Amt 66
5.663001	5.663001.700	Umbau K30 Kreuzberg	Amt 66
5.664201	5.664201.700	Ausbau K42 Wasserfuhr	Amt 66
5.664201	5.664201.200	Ausbau K42 Wasserfuhr (Grunderw.)	Amt 66
5.664201	5.664201.605	Ausbau K42 Wasserfuhr (Zuschuss)	Amt 66
5.664201	5.664201.600	Ausbau K42 Wasserfuhr (Erstatt.)	Amt 66
5.664501	5.664501.700	Ausbau K45/L306 (Ausbau)	Amt 66
5.664501	5.664501.200	Ausbau K45/L306 (Grunderw.)	Amt 66
5.664501	5.664501.600	Ausbau K45/L306 (Erstattungen)	Amt 66
5.664501	5.664501.605	Ausbau K45/L306 (Zuschuss)	Amt 66
5.665201	5.665201.700	Kreisverkehrsplatz K5	Amt 66
5.665202	5.665202.700	Umbau K52 Weiershagen	Amt 66
5.665203	5.665203.700	Umbau K52 Weiershagen	Amt 66
5.665203	5.665203.605	Zuwendung	Amt 66
5.665203	5.665203.610	Erstattungen	Amt 66
5.670030	5.670030.710	BGA Immissionsschutz	Amt 67
5.800010	5.800010.730	Erwerb Geschäftsanteile "Das Bergische"	Amt 80
5.800011	5.800011.730	Erwerb Geschäftsanteile "Nutscheid"	Amt 80

Kosten- und Leistungsrechnung

Kosten- und Leistungsrechnung

Die **Kosten- und Leistungsrechnung** (KLR) ist ein Bestandteil des neuen Haushaltsrechts. Sie dient in erster Linie der internen Steuerung. Die *Ergebnis- und Finanzrechnung* im Haushaltsplandruck ist dagegen eine allgemeine Darstellung der Kosten, weil durch sie die sachzielbezogenen Kosten der Fachämter, aber auch die Aufwendungen der Querschnittsämter oder Gemeinkosten, zu Kostenartengruppen (z. B. *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, sonstige ordentliche Kosten*) zusammengefasst werden. Der Detaillierungsgrad der Planungskosten geht durch die Vorgaben des Gesetzgebers zur Darstellung der Haushaltsdaten unterteilt nach vorgegebenen Ertrags- und Aufwandsarten verloren. Die intern orientierte Kosten- und Leistungsrechnung dagegen liefert Informationen zu speziellen Kostenarten (welche Art von Kosten), zu den Kostenstellen (wo entstehen die Kosten) und zu den Kostenträgern (für welche Produkte entstehen Kosten). Beispiel: Die Gebäudekosten des Kreishauses (Sanierung, Energie, Versicherung, Abschreibungen, usw.) werden zentral über eine Kostenstelle abgewickelt. Diese Querschnittskosten oder Gemeinkosten werden im Rahmen der KLR bzw. im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung auf die Produkte nach bestimmten Schlüsseln verrechnet. Im Haushaltsplandruck erscheinen die Positionen der KLR damit nicht, sie dient, wie oben bereits erwähnt, primär der internen Steuerung.

Jede Gemeinde in NRW soll entsprechend **§ 18 GemHVO NRW** eine **Kosten- und Leistungsrechnung** zur Unterstützung der Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit nach den örtlichen Bedürfnissen führen. Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister regelt die Grundsätze über Art und Umfang der Kosten- und Leistungsrechnung und legt sie dem Rat zur Kenntnis vor.

Die Kostenrechnung dient damit der Planung, Steuerung und Kontrolle des wirtschaftlichen Geschehens, gleichzeitig sollen alle Planungskosten bzw. später Ist-Kosten *verursachungsgerecht* auf die einzelnen Produktbereiche verteilt werden. Die Regelung gibt den Gemeinden die Befugnis, die Kosten- und Leistungsrechnung nach ihren Bedürfnissen zu führen. Die Gemeinde entscheidet danach eigenverantwortlich über den Umfang und die weitere Ausgestaltung der

Kosten- und Leistungsrechnung und hat insoweit einen großen Entscheidungsspielraum. Die konkrete Ausgestaltung ist nach den örtlichen Erfordernissen auszurichten. Die örtlichen Bestimmungen zur Kosten- und Leistungsrechnung werden im Folgenden vorgestellt.

Als Kostenstelle bezeichnet man in der Literatur häufig eine organisatorische Einheit, die den Ort der Kostenentstehung darstellt. Orte der Kostenentstehung sind beispielsweise Organisationseinheiten (Ämterkostenstellen), Immobilien (Gebäudekostenstellen) oder technische Einrichtungen/Geräte bzw. Fahrzeuge (Objektkostenstellen). Hilfskostenstellen hingegen sind reine Kostensammler. Meist handelt es sich dabei um Gemeinkosten (z.B. Haftpflichtversicherung), die in ihrer Entstehung keinem Produkt eindeutig zugeordnet werden können.

Die Differenzierung der Kosten- und Leistungsrechnung erfolgte unter Berücksichtigung der örtlichen Erfordernisse bzw. die Kostenstellenbildung orientiert sich an den vorhandenen Strukturen. So wurden zunächst drei Kostenstellengruppen für die spätere Gliederung der Kostenstellen eingerichtet:

- Hilfskostenstellen, z. B. für Kosten der Beihilfe, Kosten für Fortbildungen, etc.
- Objektkostenstellen für Gebäude, Fahrzeuge, AfA-Kostenstellen
- Fachkostenstellen, z. B. für Organisationseinheiten

Die Hilfskostenstellen werden in der Regel im Rahmen einer *Verteilung* verrechnet, im Haushaltsplandruck werden diese üblicherweise in den Zeilen 11 bis 16 ausgewiesen. Gemeinkosten (z. B. Gebäudekosten) werden dagegen üblicherweise im Rahmen einer *Umlage* verrechnet, diese Kosten werden in den Zeilen 27 bis 28 im Haushaltsplandruck ausgewiesen.

Um das Thema zu veranschaulichen, werden beispielhaft einige Kostenstellen genannt. Hilfskostenstellen bestehen immer aus einer 4-stelligen Ziffernfolge, z. B. Kostenstelle 1016 für die Abwicklung der Dienstreisen. Auch alle Arten von Versicherungen (Haftpflicht-, Elektronikversicherung oder die Unfallversicherung für Kreistagsmitglieder, usw.) werden über Hilfskostenstellen abgewickelt. Weitere typische Beispiele für Hilfskostenstellen sind Kosten der Beihilfe, Beiträge zur Sozialversicherung oder zur Versorgungskasse, Kosten der Aktenvernichtung, Kosten für Datenleitungen

oder Kosten für zeitlich befristete Projekte (z. B. Zensus 2011). Objektkostenstellen wurden insbesondere für die Abwicklung der Gebäudekosten oder die Kosten des Fuhrparks (Kfz-Kostenstellen) eingerichtet, diese bestehen immer aus einer 5-stelligen Ziffernfolge, z. B. Kostenstelle 12020 für die Abwicklung des Gebäudes Berufskolleg Gummersbach. Auf dieser Gebäudekostenstellen werden unterschiedliche Planungskonten (= Kostenarten) berücksichtigt: z. B. Strom, Fernwärme, Wasser, Sanierungsmaßnahmen, Abfallentsorgung, Gebäudereinigung, Gebäudeversicherung oder die Grundsteuer. Die Fachkostenstellen werden in der Regel für die Abrechnung von Büromaterial, Zeitungen und Fachliteratur oder sonstigen Sach- und Dienstleistungen genutzt. Die Organisationskostenstellen bestehen aus einer 6-stelligen Ziffernfolge, z. B. Kostenstelle 100310 für die Kosten der Polizeibehörde.

Neben der Einrichtung der Kostenstellenstruktur besteht die Hauptaufgabe darin, ein *geeignetes Verrechnungsverfahren* bzw. geeignete Verrechnungsschlüssel auszuwählen. Die Definition von "geeigneten" Bezugsgrößen oder Verrechnungsschlüsseln ist unter Berücksichtigung örtlicher Strukturen und Erfordernisse in das Ermessen der Gemeinde gestellt.

Die Kosten des Gebäudes Kreishaus werden beispielsweise anhand einer statistischen Kennziffer *Belegungsfläche Kreishaus* (Einheit: m²) auf die verschiedenen Organisationskostenstellen verrechnet. In einem zweiten Verrechnungsschritt werden diese Kosten weiter auf die Produkte verteilt. Andere Gebäudekosten können in Summe zu 100 Prozent unmittelbar verrechnet werden. So werden die Gebäudekosten des Berufskollegs Gummersbach direkt auf das Produkt Berufskolleg Gummersbach im Produktbereich Berufsschulen verrechnet. Für Kosten der Beihilfe werden als Bezugsbasis dagegen die Plankosten der Beamtenbesoldung berücksichtigt, d. h. die Beihilfe wird per Dreisatz im Verhältnis der geplanten Beamtenbesoldung verrechnet. Für die spätere Abrechnung der Ist-Kosten müssen selbstverständlich die Ist-Kosten der Beamtenbesoldung als Bezugsbasis berücksichtigt werden. Andere Kosten wie die der Fortbildung werden dagegen nach festen Prozentsätzen nach Erfahrungswerten verteilt. Im Rahmen der Haushaltsplanung können nur Erfahrungswerte berücksichtigt werden, im Rahmen des Jahresabschlusses könnten dagegen die Kosten anhand der tatsächlichen Inanspruchnahme auf die Fachkostenstellen verteilt werden.

Bei der Suche nach einer *verursachungsgerechten* Bezugsgröße oder Verteilungsschlüssel stößt man früher oder später auf folgendes Problem: **Gerechte Verteilungsschlüssel können zu ungerechten Ergebnissen führen und umgekehrt.** Organisationseinheiten (bzw. Produktbereiche) die in einem sanierungsbedürftigen Gebäude untergebracht sind, bekommen im Verhältnis relativ mehr Gebäudekosten für Energie und Sanierung zugeordnet als andere Organisationseinheiten. Da die Organisationseinheiten sich in der Regel ihren Arbeitsort nicht aussuchen können, kann diese Art der Verrechnung als *ungerecht* bewertet werden. Dagegen ist es aber rational begründet, die Gebäudekosten möglichst sachgerecht den einzelnen Fachämtern zuzuordnen. Ein anderes Beispiel ist die Beihilfe. Folgende Frage soll diskutiert werden: Sollen Beihilfekosten personenbezogen verrechnet werden oder pauschal im Wege einer Kopfpauschale? Bei einer personenbezogenen Verrechnung werden die Organisationseinheiten benachteiligt, deren Altersdurchschnitt über dem Gesamtdurchschnitt liegt (es wird hier angenommen, dass es eine Korrelation zwischen Alter der Beschäftigten und Kosten der Beihilfe gibt). Die Kosten der Beihilfe wären dann aber hochgradig genau zugeordnet. Das könnte aber mit Blick auf das Produkt dazu verleiten, möglichst junge Kollegen bei internen Stellenbesetzungen zu bevorzugen, da diese weniger Beihilfekosten "produzieren" und damit ein Produkt im Vergleich weniger belasten. Dagegen werden bei einer pauschalen Verteilung von Kosten der Beihilfe besonders Abteilungen mit einem jugendlichen Altersdurchschnitt benachteiligt, obwohl dieser Personenkreis unter Umständen gar keine Beihilfekosten verursacht. Die Frage, was ist *verursachungsgerecht*, lässt sich somit nicht immer eindeutig beantworten.

Neben diesen Grundregeln sowie der Unterscheidung in Ist-Kosten- und Plankosten-Rechnung wurden bei der Ausgestaltung insbesondere folgende Grundsätze berücksichtigt:

- Objektivität,
- Rationalität
- Klarheit,
- formelle Ordnungsmäßigkeit sowie
- Wirtschaftlichkeit.

Der Oberbergische Kreis hat rd. 770 Kostenstellen (Stand: November 2011) eingerichtet. Über die kostenartengenaue Planung ergibt sich ein hoher Detaillierungsgrad. Die im SAP-System im Hintergrund ausgeführte Kostenrechnung könnte man zusätzlich auch in Papierform vorlegen, allerdings ist der Detaillierungsgrad durch die iterative Verrechnung im SAP-System so umfangreich, dass es für einen Ausdruck aller Kostenrechnungsschritte mit allen Kleinstbeträgen für einen Haushaltsplanungszeitraum von vier Jahren ca. 10.000 Blatt Papier bedürfte, um das vollständige Verrechnungsmodell mit allen Senderregeln und den Definitionen der Segmente zu dokumentieren.

Da jede Verwaltung ihr Verrechnungsmodell eigenverantwortlich mit dem gegebenen Entscheidungsspielraum aufstellt, ist eine **Vergleichbarkeit** von Produkten von verschiedenen Verwaltungen prinzipiell **nicht** möglich. So kann Kommune A die Kosten der Beihilfe zentral im Produkt Personalbetreuung verbucht haben, Kommune B verteilt dagegen die Kosten nach einer Kopfpauschale auf alle Produkte und Kommune C wiederum hinterlegt eine individuelle Bezugsgröße. Die Frage nach einem sachgerechten Verteilungsprozess bzw. einem gerechtem Verteilungsergebnis liegt im Auge des Betrachters und kann rational ganz unterschiedlich begründet werden. Insofern wird es zum Thema KLR immer Widersprüche und andere Meinungen geben. Anders ausgedrückt könnte man auch sagen, dass es **die eine optimale Verrechnungsstrategie nicht gibt**. In einer derartigen Situation wird man vielmehr feststellen, dass nebeneinander gleichwertige Verrechnungsmodelle existieren.

Allerdings verursachen der Entscheidungsprozess und die Ausgestaltung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie die anschließende Pflege des Verrechnungsmodells selber **Kosten**. Je aufwendiger ein Verrechnungsmodell ausgestaltet wird, umso höher sind die Kosten der Informationsbeschaffung sowie der laufenden Pflege und Anpassung. Vor diesem Hintergrund muss die Frage gestellt werden, welchen Nutzen der Bürger oder die Politik davon haben, wenn die Kosten für Fortbildung und Dienstreisen mit zwei Nachkommastellen genau auf die Produktbereiche verrechnet werden (müssen). In einer solchen Kostensituation kann der Nutzen eines Modells mit unvollständigen Informationen und einfachen Verrechnungsschlüsseln genau so überzeugend und rational sein wie eine "teure" Lösung mit vollständigen Informationen.

Produktübersicht

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppenverantwortlich	Produktverantwortlich
1.01	Innere Verwaltung		
1.01.01	Politische Gremien	KD	
1.01.01.01	Kreistag, Ausschüsse, Frakt., sonst. Sitzun.		Amt 10
1.01.02	Verwaltungsführung	KD	
1.01.02.01	Entwicklung v. Konzepten u. Rahmenregel.		Amt 10
1.01.02.01.01	Projekt KOMM-IN		Amt 10
1.01.03	Gleichstellung von Frau und Mann	KD	
1.01.03.01	Gleichstellung von Frau und Mann		Amt 19
1.01.04	Beschäftigtenvertretung	PR	
1.01.04.01	Personalrat		PR
1.01.05	Rechnungsprüfung	Dez. II	
1.01.05.01	Rechnungsprüfung und Beratung		Amt 14
1.01.05.02	Prüfungen für Dritte		Amt 14
1.01.06	Zentrale Dienste	KD, Dez. II	
1.01.06.01	Druckerei		Amt 10
1.01.06.02	Poststelle		Amt 10
1.01.06.03	Bürgerservice		Amt 10
1.01.06.04	Fuhrpark		Amt 10
1.01.06.05	Sonstige zentrale Dienste		Amt 10
1.01.06.06	Zentrale Bußgeldstelle		Amt 30
1.01.06.06.01	Bußgelder Abfallwirtschaft		Amt 30
1.01.06.06.02	Bußgelder Bauordnung		Amt 30
1.01.06.06.03	Bußgelder Gewässerschutz		Amt 30
1.01.06.06.04	Bußgelder Ordnungsamt		Amt 30
1.01.06.06.05	Bußgelder Sonstige Ordnungswidrigkeiten		Amt 30
1.01.06.06.06	Bußgelder Veterinäraufsicht		Amt 30
1.01.06.06.07	Bußgelder Verkehrsrechtl. Genehmigungen		Amt 30
1.01.06.07	Submission, Datenschutz, AGG, sonst.		Amt 14
1.01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	KD	
1.01.07.01	Medien		Amt 10
1.01.08	Personalmanagement	KD	
1.01.08.01	Personalsteuerung und -entwicklung		Amt 10
1.01.08.02	Personalausbildung und -qualifizierung		Amt 10
1.01.08.03	Personalbetreuung		Amt 10
1.01.08.04	Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz		Amt 10
1.01.09	Finanzmanagement und Rechnungswesen	Dez. I	
1.01.09.01	Haushaltssteuerung		Amt 20
1.01.09.01.01	Beteiligungen (allg.)		Amt 20
1.01.09.01.02	KSK - Kreissparkasse Köln (Gewinnbet.)		Amt 20
1.01.09.01.03	Radio Berg GmbH & Co.KG		Amt 20
1.01.09.01.04	Rhein. Studieninstitut Köln		Amt 20
1.01.09.01.05	BAV - Berg. Abfallwirtschaftsverband		Amt 20
1.01.09.02	Kasse und Vollstreckung		Amt 20
1.01.09.02.01	Zahlungsabwicklung		Amt 20
1.01.09.02.02	Vollstreckung		Amt 20
1.01.10	Organisationsangelegenheiten und TuI	KD, Dez. III, Dez. IV	
1.01.10.01	Informationstechnische Infrastruktur		Amt 10
1.01.10.01.01	Amt 10		Amt 10
1.01.10.01.02	Amt 40		Amt 40
1.01.10.01.03	Amt 62		Amt 62
1.01.10.02	Organisationsangelegenheiten		Amt 10
1.01.11	Recht	Dez. II	
1.01.11.01	Rechtsangelegenheiten		Amt 30
1.01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement	Dez. IV	
1.01.12.01	Grundstücks- und Gebäudemanagement		Amt 23
1.01.13	Technisches Immobilienmanagement	Dez. IV	
1.01.13.01	Unterhaltungen und Baumaßnahmen		Amt 23
1.01.14	Kommunalaufsicht	Dez. I	
1.01.14.01	Kommunalaufsicht		Amt 20
1.01.15	Kreispolizeibehörde	KD	
1.01.15.01	Kreispolizeibehörde		Amt 31
1.01.15.01.01	Polizeiliche Erlaubnisse		Amt 31
1.01.15.01.02	Polizeil. Begleitung v. Schwertransporten		Amt 31
1.01.15.01.03	Falschalarme		Amt 31
1.01.15.01.04	Sonstige Verwaltungsgebühren		Amt 31

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppenverantwortlich	Produktverantwortlich
1.02	Sicherheit und Ordnung		
1.02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten	Dez. I	
1.02.01.01	Allgemeine Gefahrenabwehr		Amt 32
1.02.01.01.01	Jagd und Fischerei		Amt 32
1.02.01.02	Gewerbe und Handwerk		Amt 32
1.02.01.02.01	Schornsteinfegeraufsicht		Amt 32
1.02.02	Verbraucherschutz	Dez. II	
1.02.02.01	Verbraucherschutz		Amt 39
1.02.02.01.01	Lebensmittelüberwachung		Amt 39
1.02.02.01.02	Schlacht tier- und Fleischuntersuchung		Amt 39
1.02.03	Tiergesundheit	Dez. II	
1.02.03.01	Tiergesundheit		Amt 39
1.02.03.01.01	Betriebskosten Wild-Annahme-Container		Amt 39
1.02.04	Verkehrsangelegenheiten	Dez. II	
1.02.04.01	Verkehrsregelung und -lenkung		Amt 36
1.02.04.02	Überwachung des fließenden Verkehrs		Amt 30
1.02.04.02.01	Polizeiliche Geschwindigkeitsanzeigen		Amt 30
1.02.04.02.02	Geschwindigkeitsüberwachung		Amt 30
1.02.04.03	Verkehrsrechtliche Genehmigungen		Amt 36
1.02.04.04	Verkehrserziehung und -aufklärung		Amt 36
1.02.04.04.01	Verkehrsinformationsbus		Amt 36
1.02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse	Dez. II	
1.02.05.01	Fahr- u. Beförderungserlaubnisse		Amt 36
1.02.06	Kfz-Angelegenheiten		
1.02.06.01	Zulassung		Amt 36
1.02.06.02	Überwachung der Halterhaftung		Amt 36
1.02.07	Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen	Dez. I	
1.02.07.01	Einwohnerangelegenheiten		Amt 32
1.02.07.01.01	Einbürgerungen		Amt 32
1.02.07.02	Regelung des Aufenthalts von Ausländern		Amt 32
1.02.07.02.01	Humanitäre Aufenthalte		Amt 32
1.02.08	Statistik	Dez. IV	
1.02.08.01	Statistik		Amt 61
1.02.09	Wahlen	KD	
1.02.09.01	Wahlen und Abstimmungen		Amt 10
1.02.10	Bevölkerungsschutz	Dez. I	
1.02.10.01	Brandschutz		Amt 38
1.02.10.01.01	Werkstatt für Feuerwehrausrüstung		Amt 38
1.02.10.01.02	Vorbeugender Brandschutz		Amt 38
1.02.10.01.03	Brandschau Kommunen		Amt 38
1.02.10.01.04	Kreisausbildung Freiwillige Feuerwehren		Amt 38
1.02.10.02	Katastrophenschutz		Amt 38
1.02.10.02.01	Sachausstattung Einsatzkräfte		Amt 38
1.02.10.02.02	Zuschüsse Einsatzorganisationen		Amt 38
1.02.11	Rettungsdienst	Dez. I	
1.02.11.01	Rettungsdienst		Amt 38
1.02.11.01.01	Kosten des Luftrettungsdienstes		Amt 38
1.03	Schulträgeraufgaben		
1.03.01	Förderschulen	Dez. III	
1.03.01.01	Helen-Keller-Schule		Amt 40
1.03.01.01.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.01.02	Anne-Frank-Schule		Amt 40
1.03.01.02.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.01.03	Förderschule Sprache (Wiehl)		Amt 40
1.03.01.03.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.01.04	Schule für Kranke (Anna-Freud-Schule)		Amt 40
1.03.01.04.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.01.05	Förderschule emotionale u. soziale Entw.		Amt 40
1.03.01.05.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.02	Berufskollegs	Dez. III	
1.03.02.01	Berufskolleg Gummersbach und Waldbröl		Amt 40
1.03.02.01.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.02.02	Berufskolleg Gummersbach-Dieringhausen		Amt 40
1.03.02.02.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.02.03	Berufskolleg Wipperfürth		Amt 40
1.03.02.03.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppenverantwortlich	Produktverantwortlich

1.03.03	Schülerbeförderung	Dez. III	
1.03.03.01	Schülerbeförderung Förderschulen		Amt 40
1.03.03.02	Schülerbeförderung Berufskollegs		Amt 40
1.03.04	Sonstige schulische Aufgaben	Dez. III	
1.03.04.01	Schulpsychologie		Amt 40
1.03.04.02	Medienzentrum		Amt 40
1.03.04.03	Schulaufsicht		Amt 40
1.03.04.04	Bildungsnetzwerk Oberberg		Amt 40
1.03.04.05	Übergangsmangement Schule - Beruf		Amt 40
1.04	Kultur und Wissenschaft		
1.04.01	Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung	Dez. I	
1.04.01.01	Veranstal./Kulturförd./Sonst.Kultureinr.		Amt 41
1.04.01.01.01	Sonderausstellungen		Amt 41
1.04.01.01.02	Kreis- und Stadtbücherei		Amt 41
1.04.01.01.03	Kunstsammlung Oberberg		Amt 41
1.04.01.01.04	Musikpflege		Amt 20
1.04.02	Weiterbildung und Studium	Dez. I	
1.04.02.01	Volkshochschule		Amt 43
1.04.02.01.01	Abendgymnasium		Amt 43
1.04.02.02	Akademie für Gesundheitswesen (AGewiS)		Amt 43
1.04.02.02.01	Grundausbildung		Amt 43
1.04.02.02.02	Weiterbildung		Amt 43
1.04.02.02.03	Modellprojekt Altenpflegehilfe		Amt 43
1.04.02.99	Volkshochschule (KST)		Amt 43
1.04.03	Museum	Dez. I	
1.04.03.01	Museum Schloss Homburg		Amt 41
1.04.03.01.01	Schloss Homburg		Amt 41
1.04.03.01.02	Haus Dahl		Amt 41
1.04.04	Heimatbildstelle	Dez. III	
1.04.04.01	Heimatbildstelle		Amt 40
1.05	Soziale Leistungen		
1.05.01	Unterstützung von Senioren	Dez. III	
1.05.01.01	Seniorenarbeit		Amt 50
1.05.01.02	Heimaufsicht		Amt 50
1.05.02	Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.	Dez. III	
1.05.02.01	Hilfen Gesundh.,Behind. u. anderen Lagen		Amt 50
1.05.02.01.01	Eingliederungsh. f. behinderte Menschen		Amt 50
1.05.02.01.02	Hilfen zur Gesundheit		Amt 50
1.05.02.01.03	Hilfe in anderen Lebenslagen		Amt 50
1.05.02.02	Hilfe zur Pflege		Amt 50
1.05.02.02.01	Hilfe z. Pfl. ambulant u. vollstationär		Amt 50
1.05.02.02.02	Hilfe zur Pflege teilstationär		Amt 50
1.05.02.03	Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse		Amt 50
1.05.02.04	Förd. von Trägern der Wohlfahrtspflege		Amt 50
1.05.02.05	Leistungen für Schwerbehinderte		Amt 50
1.05.02.06	Ausgleichsabgabe n. SchwerbehindertenG		Amt 50
1.05.03	Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.	Dez. III	
1.05.03.01	Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II)		Amt 50
1.05.03.01.01	Schulsozialarbeit Bildung und Teilhabe		Amt 50
1.05.03.02	H.z.Lebensunt.,Grunds.i.A.;EM (SGB XII)		Amt 50
1.05.03.02.01	Hilfe zum Lebensunterhalt		Amt 50
1.05.03.02.02	Grundsicherung i. Alter,bei Erwerbsmind.		Amt 50
1.05.03.03	Leistungen nach BAföG		Amt 50
1.05.03.04	Lastenausgleich		Amt 50
1.05.03.99	Kst. 1.05.03 Budgetvernüpfung (KST)		Amt 23
1.05.03.05	Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz		Amt 50
1.05.04	Betreuungsleistungen	Dez. III	
1.05.04.01	Rechtl. Vertr. Volljähriger - Betreuung		Amt 51

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppenverantwortlich	Produktverantwortlich
1.06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		
1.06.01	Kinder in Tageseinricht./Tagespflege	Dez. III	
1.06.01.01	Tageseinrichtungen f. Kinder/Tagespflege		Amt 51
1.06.01.01.01	LZ Sprachförderung, Familienzentren		Amt 51
1.06.01.01.02	LZ Ausbau U3		Amt 51
1.06.01.99	Kst. 1.06.01 Budgetverknüpfung (KST)		Amt 51
1.06.02	Jugendarbeit und Familienförderung	Dez. III	
1.06.02.01	Förd. v. Angeboten Kinder- und Jugendarb.		Amt 51
1.06.02.01.01	LZ Förd. offene Kinder- u. Jugendarbeit		Amt 51
1.06.02.02	Jugendsozialarbeit		Amt 51
1.06.02.03	Allg. Förd. d. Erziehung in der Familie		Amt 51
1.06.02.04	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz		Amt 51
1.06.03	Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien	Dez. III	
1.06.03.01	Hilfen zur Erziehung und sonst. Hilfen		Amt 51
1.06.03.01.01	Institutionelle Erziehungsberatung		Amt 51
1.06.03.01.02	Soziale Gruppenarbeit		Amt 51
1.06.03.01.03	Erziehungsbeistandschaft		Amt 51
1.06.03.01.04	Sozialpädagogische Familienhilfe		Amt 51
1.06.03.01.05	Erziehung in einer Tagesgruppe		Amt 51
1.06.03.01.06	Vollzeitpflege		Amt 51
1.06.03.01.07	Unterbringung in Heimen		Amt 51
1.06.03.01.08	Int. sozialpädagogische Einzelbetreuung		Amt 51
1.06.03.01.09	Gemeins. Wohnformen Mütter/Väter/Kinder		Amt 51
1.06.03.01.10	Eingliederungshilfe f. seel. beh. Kinder		Amt 51
1.06.03.01.11	Flexible erzieherische Hilfe		Amt 51
1.06.03.02	Maßn. z. Schutz v. Kindern u. Jugendl.		Amt 51
1.06.03.03	Beratungsangebote		Amt 51
1.06.03.04	Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren		Amt 51
1.06.03.05	Unterhaltsvorschussleist., Pflegschaft		Amt 51
1.06.04	Leistungen nach dem BundeselterngeldG	KD	
1.06.04.01	Elterngeld		Amt 10
1.07	Gesundheitsdienste		
1.07.01	Gesundheitsförderung	Dez. III	
1.07.01.01	Koordination, Planung, Berichterstattung		Amt 53
1.07.01.02	Ärztl. Prävention, Gesundheitsförderung		Amt 53
1.07.01.02.01	Ambulante Sprachheilfürsorge		Amt 50
1.07.02	Gutachten und Stellungnahmen	Dez. III	
1.07.02.01	Ärztliche Gutachten		Amt 53
1.07.03	Gesundheitshilfe	Dez. III	
1.07.03.01	Psych.Hilfen,H. bei Krankheiten,sonst.H.		Amt 53
1.07.03.01.01	Sucht		Amt 53
1.07.03.01.02	Psychiatrie		Amt 53
1.07.04	Gesundheitsschutz	Dez. III	
1.07.04.01	Infektions-/umweltbez. Gesundheitsschutz		Amt 53
1.07.04.02	Medizinalaufsicht		Amt 53
1.08	Sportförderung		
1.08.01	Sportförderung	Dez. III	
1.08.01.01	Sportförderung		Amt 51
1.09	Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation		
1.09.01	Räumliche Planung	Dez. IV	
1.09.01.01	Kreisentw.planung, Raum- u. Umweltinfo.		Amt 61
1.09.01.02	Betreuung v. Verf. ext. Planungsträger		Amt 61
1.09.02	Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten	Dez. IV	
1.09.02.01	Geodätischer Raumbezug		Amt 62
1.09.02.02	Liegenschafts- und Ingenieurvermessung		Amt 62
1.09.02.02.01	Vermessungstätigkeit für Dritte		Amt 62
1.09.02.02.02	Verwaltungsinterne Vermessungstätigkeit		Amt 62
1.09.02.03	Führ. d. Liegenschaft.,Flurstck.,Gebäude		Amt 62
1.09.02.03.01	Übern.beigebrachter Vermessungsschriften		Amt 62
1.09.02.03.02	Übernahme eigener Vermessungsschriften		Amt 62
1.09.02.03.03	Durchsetzung v. Vermessungspflichten		Amt 62
1.09.02.04	Erh./Führ. d. Nutzung,Topogr.,Bodensch.		Amt 62
1.09.02.05	Führung der Personen- und Bestandsdaten		Amt 62
1.09.02.06	Erneuerung des Liegenschaftskatasters		Amt 62

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppenverantwortlich	Produktverantwortlich
1.09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.	Dez. IV	
1.09.03.01	Bereitst.v.Geodaten/kartograf. Produkten		Amt 62
1.09.03.01.01	Nutzung von Abrufverfahren		Amt 62
1.09.03.01.02	Betrieb von Abrufverfahren		Amt 62
1.09.03.02	Abgabe v. Geodaten,kartograf. Produkten		Amt 62
1.09.03.02.01	Abgabe von Geobasisdaten digital (Geb.)		Amt 62
1.09.03.02.02	Abgabe von Geobasisdaten analog (Geb.)		Amt 62
1.09.03.02.03	Abgabe v.Geobasisdaten digital (Entgelt)		Amt 62
1.09.03.02.04	Abgabe v. Geobasisdaten analog (Entgelt)		Amt 62
1.09.03.02.05	Kartentechn. Auftragsarbeiten intern		Amt 62
1.09.03.02.06	Kartentechn. Auftragsarbeiten für Dritte		Amt 62
1.09.03.02.07	Bescheinigungen		Amt 62
1.09.03.02.08	Unschädlichkeitszeugnisse		Amt 62
1.09.03.02.09	Einnahmen für Dritte (Entgelte für Land)		Amt 62
1.09.03.03	Abg.v.Geodaten d.Vermessungszahlenwerks		Amt 62
1.09.03.03.01	Vermessungsunterlagen auf Antrag		Amt 62
1.09.03.03.02	Vermessungsunterlagen intern, + MwSt.		Amt 62
1.09.04	Grundstückswertermittlung	Dez. IV	
1.09.04.01	Gutachterausschuss für Grundstückswerte		Amt 62
1.09.04.01.01	Gutachten		Amt 62
1.09.04.01.02	Auskünfte, Auswertungen		Amt 62
1.09.04.01.03	Wertermittlungen für kommunale Zwecke		Amt 62
1.09.04.01.04	Marktberichte		Amt 62
1.09.04.01.05	Bodenrichtwerte		Amt 62
1.10	Bauen und Wohnen		
1.10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	Dez. IV	
1.10.01.01	Untere Bauaufsicht		Amt 65
1.10.01.02	Bauordnungsbehördliche Verfahren		Amt 65
1.10.02	Denkmalschutz u. Denkmalpflege	Dez. IV	
1.10.02.01	Denkmalschutz/-pflege (Fachaufsicht)		Amt 65
1.10.03	Wohnungsbauförderung	KD	
1.10.03.01	Wohnungsbauförderung		Amt 80
1.10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung	Dez. III	
1.10.04.01	Bestandsverwaltung geförderten Wohnraums		Amt 50
1.10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht	Dez. IV	
1.10.05.01	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht		Amt 65
1.11	Ver- und Entsorgung		
1.12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV		
1.12.01	Öffentliche Verkehrsflächen	Dez. IV	
1.12.01.01	Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen		Amt 66
1.12.01.02	Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen		Amt 66
1.12.02	ÖPNV	Dez. IV	
1.12.02.01	ÖPNV		Amt 61
1.12.02.01.01	Förderung Verkehrsunterern.		Amt 61
1.12.02.01.02	OVAG Verkehrsunternehmen		Amt 61
1.12.02.01.03	VRS Zweckverband/GmbH		Amt 61
1.12.02.01.04	Ausbildungsverkehrspauschale		Amt 61

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppen- verantwortlich	Produkt- verantwortlich
1.13	Natur- und Landschaftspflege		
1.13.01	Natur und Landschaft	Dez. II, Dez. IV	
1.13.01.01	Landschaftsschutz, Landschaftspflege		Amt 67
1.13.01.02	Landschaftsplanung, -entwicklung		Amt 61
1.13.01.02.01	Landschaftspflegemaßnahmen		Amt 61
1.13.01.02.02	Landschaftsplanung		Amt 61
1.13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft	Dez. I	
1.13.02.01	Wald und Forstwirtschaft		Amt 20
1.13.02.01.01	Fischteiche Kaltenbach		Amt 23
1.14	Umweltschutz		
1.14.01	Umweltschutzmaßnahmen	Dez. II	
1.14.01.01	Bodenschutz und Altlasten		Amt 67
1.14.01.02	Abfall		Amt 67
1.14.01.03	Immissionsschutz		Amt 67
1.14.01.04	Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen		Amt 67
1.14.01.04.01	Ersatzgelder n. § 113 LWG		Amt 67
1.15	Wirtschaft und Tourismus		
1.15.01	Wirtschaftsförderung	KD	
1.15.01.01	Bestandspflege u.-entw.,Ansiedl.,Gründg.		Amt 80
1.15.01.01.01	RAL-Gütezeichen		Amt 80
1.15.01.01.02	REGIONALE 2010		Amt 80
1.15.01.01.03	Umsetzung/Qualif. Projekte Region. 2010		Amt 10
1.15.01.01.04	Maßn. z. Berufsorientierung u. Vorber.		Amt 80
1.15.01.01.05	Aufbau regionale EFRE Struktur		Amt 80
1.15.01.01.06	Beteiligung Kosten GO Mit		Amt 80
1.15.01.01.07	Verein Köln/Bonn e.V.		Amt 80
1.15.01.01.08	GTC Gummersbach		Amt 80
1.15.01.01.09	Breitband Konzept Oberberg		Amt 61
1.15.02	Tourismus	KD	
1.15.02.01	Tourismus		Amt 80
1.15.02.01.01	Zweckverband Naturpark		Amt 80
1.15.02.01.02	Naturarena Berg. Land GmbH		Amt 80
1.15.02.01.03	Projekte		Amt 80
1.15.02.01.04	leer		Amt 23
1.16	Allgemeine Finanzwirtschaft		
1.16.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	Dez. I	
1.16.01.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen		Amt 20
1.16.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	Dez. I	
1.16.02.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft		Amt 20